Dienstag, 1. Oktober 1985 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 228 - 40. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lehrer: Die Zahl der arbeitslosen Lehrer in der Bundesrepublik ist nach Erhebungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft seit dem vergangenen Jahr um rund 10 000 auf 72 000 gestiegen. Bundesweit hätten in diesem Jahr nur noch 8500 Junglehrer eine Anstellung erhalten.

Krawalle: Nach dem Tod des Demonstranten Günter Saré kam es in der Nacht zum Montag in Frankfurt sowie in Hamburg, München, Berlin, Göttingen und anderen Städten zu schweren Krawallen. Es entstand hoher Sachschaden. (S. 4)

Flucht: Zwei jungen Männern aus der „DDR" ist im Werra-Meißner-Kreis die Flucht über die neuen Sperranlagen gelungen.

Abfuhr: Der Grünen-Abgeordnete Schily hat ein Angebot der niedersächsischen SPD-Spitze abgelehnt, nach einer Loslösung von den Grünen als Parteiloser in eine SPD-Landesregierung einzutreten. Es werde nach der Landtagswahl 1986 entweder eine Koalition SPD/Grüne geben oder gar keine. (S. 4)

Nordafrika: Die Grenzen zwischen Tunesien und Libyen sind geschlossen worden, nachdem Tunis die Beziehungen wegen „terroristischer Aktionen" Libyens abgebrochen hatte.

Afghanistan: Der von den USA finanzierte Sender „Radio Freies Afghanistan" nimmt heute seinen Betrieb auf. Die Sendungen werden in München von Exil-Afghanen produziert und über Relaisstationen von Radio Free Europe und Radio Liberty nach Afghanistan ausgestrahlt. Sie sollen bis zum Abzug der Sowjets ausgestrahlt werden.

Anschläge: Auf das Amsterdamer Büro der israelischen Fluggesellschaft El Al ist gestern ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Dank der Sicherung durch Panzerglasfenster blieb der Sachschaden gering. – Am Botschaftsgebäude der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen zerstörten Unbekannte drei Fenster und stürzten zwei Autos um.

Polisario: Madrid hat alle Vertreter der Westsahara-Befreiungsfront ausgewiesen und ihre Informations-Büros geschlossen. Vorausgegangen war die Versenkung eines spanischen Fischkutters durch die Polisario vor der Küste der Westsahara.

Urabstimmung: Bei der Charterfluggesellschaft LTU droht ein Arbeitskampf. In einer Urabstimmung beim fliegenden Personal sprachen sich 94 Prozent der DAG-Mitglieder für Streikmaßnahmen zur Durchsetzung eines neuen Manteltarifvertrags aus.

ZITAT DES TAGES



„Ich fordere den Gesetzgeber auf, eindeutige Regelungen zu treffen, die bei begründetem Verdacht auf gewalttätige Ausschreitungen ein Verbot von Demonstrationen ermöglichen"

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) in einem Interview der „Bild"-Zeitung zu den Ausschreitungen in Frankfurt FOTO: WOLF P. PRANGE

WIRTSCHAFT

Bruttoverdienst: Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Industriearbeiter ist 1984 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf 36 809 DM gestiegen. Die in der Industrie beschäftigten Angestellten verdienten mit durchschnittlich 58 427 DM rund 3,6 Prozent mehr als 1983.

Renten: Zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen hat jetzt auch das Institut der deutschen Wirtschaft ein Konzept vorgelegt. Es sieht unter anderem eine Erhöhung des Bundeszuschusses und eine Änderung des Rentenanpassungsverfahrens vor. (S. 13)

Hausse ungebrochen: Die nach dem Dollarsturz aufgetauchte Sorge, die heile Welt der Börse könnte erschüttert werden, war unbegründet. Allerdings sind gewisse Umorientierungen beim Käufer festzustellen. (S. 13)

Börse: Kaufaufträge aus dem Ausland führten am Wochenbeginn zu deutlichen Kurssteigerungen. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 221,37 (217,53). BHF-Rentenindex 105,564 (105,584). Performance Index 108,300 (108,291). Dollarmittelkurs 2,6699 (2,6699) Mark. Goldpreis 325,75 (328,60) Dollar.

KULTUR

Ausstellung: Ist das gewaltige Unternehmen nun gut oder schlecht gelungen? Selbst Dieter Honisch, Direktor der Neuen Nationalgalerie in Berlin und Präses der Ausstellung „1945–1985 – Kunst in der Bundesrepublik Deutschland", mag sich nicht festlegen. Sicher ist, daß eine erste Besichtigung keine Euphorie aufkommen läßt. (S. 21)

Simone Signoret: Die französische Filmschauspielerin ist im Alter von 64 Jahren in Paris an Krebs gestorben. 1960 war sie als erste französische Darstellerin für ihre Rolle in „Der Weg nach oben" mit dem Oscar ausgezeichnet worden. Die in Wiesbaden geborene Simone Signoret war mit dem Schauspieler und Sänger Yves Montand verheiratet. (S. 21)

SPORT

Tennis: Boris Becker begann in Frankfurt mit dem Training zum Davispokalspiel gegen die CSSR – auf einem neuen Kunststoffbelag, auf dem das Feld um einen Meter zu kurz markiert war. (S. 10)

Volleyball: Nach dem 3:1-Sieg des deutschen Damenteams über Frankreich bei der EM in Holland erklärte Bundestrainer Niemczyk, er werde als Trainer des SV Lohhof zurücktreten. (S. 10)

AUS ALLER WELT

James Dean: Tausende von Fans waren in die kleine Farmgemeinde Fairmount (Indiana) gepilgert, um ihrem Idol zu huldigen. Gestern jährte sich zum 30. Mal der Todestag von James Dean. (S. 22)

„Entwicklungshilfe": Die Verkaufspraktiken der Pharmaindustrie prangert ein Bericht der Health Action International an. So werden an hungernde Menschen in der Dritten Welt Medikamente verkauft, die als Nebenwirkung den Appetit steigern. (S. 9)

Wetter: Meist heiter und trocken. 17 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gorbatschow wirbt um Gemeinsamkeit mit Paris

Vor dem Frankreich-Besuch: Erinnerung an alte Freundschaft

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Mit jeden Tag, den der Frankreich-Besuch Michail Gorbatschows näherrückt, wird die Sprache der Sowjet-Kommentatoren kräftiger. Die „Prawda" würdigte gestern die am Mittwoch beginnende Visite als „großes und wichtiges Ereignis". Denn die politische und internationale Bedeutung der bevorstehenden Begegnung und Gespräche „liegen auf der Hand". Gemeint ist: Frankreich soll der Sowjetunion vor allem als europäische „Speerspitze" gegen die USA dienen.

Freilich hüten sich die Parteipropagandisten, all zu offen die Kreml-Absichten zu beschreiben. Man will nicht in Paris mit der Tür ins Haus fallen. Gleich nach der Ankündigung der Visite – es ist der erste Besuch des KPdSU-Generalsekrektärs in einem westlichen Land – beeilten sich die Kreml-Sprecher die Version weit von sich zu weisen, daß Gorbatschow mit der „europäischen Karte" die Vereinigten Staaten reizen wolle. Der Besuch zeuge vielmehr von „der Achtung gegenüber dem französischen Volk, dem die Sowjetbürger Freundschaft und Sympathie entgegenbringen, und von der Anerkennung der Rolle der sowjetisch-französischen Beziehungen der Welt von heute", so die sowjetische Lesart. Kein Wort über die Bedenken in Paris gegen das amerikanische SDI-Programm, keines allerdings auch über die französischen Eureka-Pläne. Moskau brauche seine Hand gar nicht zu rühren, weil sich Washington selber von seinen europäischen Partner „löse", in dem es ihnen seine „abenteuerlichen Pläne" aufzwingen wolle, erklärte ein sowjetischer Kommentator.

Mochten auch die Moskau-Erklärungen zu diesem sowjetisch-französischen Treffen bisher noch so weitmaschig angelegt sein, nun, so kurz vor der Paris-Visite kommt man doch noch konkret zur Sache. So heißt es jetzt in einer ausführlichen Stellungnahme in der Wochenschrift des Außenministeriums „Neue Zeit", Frankreich, das ein hohes und stetes wachsendes nukleares Potential hat, „könnte konstruktiver zur Zügelung des Wettrüstens, zur Minderung der militärischen Konfrontation und seinen Fortschritt bei den Verhandlungen über die entsprechenden Fragen beitragen". Die französischen Politiker, vermerkte man in Moskau mit Genugtuung, „wenden sich gegen die Ausdehnung des Wettrüstens im Weltraum". Folgerung in der „Neuen Zeit": „Den politischen Willen vorausgesetzt, böte sich die Möglichkeit, um der Zukunft willen an diesem Schlüsselproblem gemeinsam zu arbeiten."

Und an anderer Stelle wird nochmals an die französische Seite appelliert, zu erkennen, daß die Verständigung zwischen Moskau und Paris im hohen Maße davon abhänge, „welche Richtung die europäische Entwicklung nehmen wird, zur Konfrontation und zur Stärkung der Spannungen oder aber zur Wiederherstellung der Entspannung, zur Festigung der Sicherheit und zum Ausbau der Ost-West-Zusammenarbeit, die allen Partnern Nutzen bringt". In diesem Bemühen, Front gegen die USA zu machen, greifen die Sowjets weit in die Vergangenheit zurück. Sie erinnern daran, „daß im Zweiten Weltkrieg das sowjetische und französische Volk

● Fortsetzung Seite 12

Empörung über Jaruzelskis „Angebot"

Walesa nennt Verknüpfung von Amnestie und Wahlbeteiligung „vulgäre Erpressung"

DW. Warschau/Washington

Die Verknüpfung einer möglichen weiteren Amnestie in Polen mit einer hohen Beteiligung an der Sejm-Wahl am 13. Oktober ist von Sprechern der „Solidarität" mit Empörung aufgenommen worden. Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hatte in einem Interview der „Washington Post" während seines New-York-Aufenthaltes erklärt, eine Wahlbeteiligung von 75 bis 80 Prozent würde er als Zeichen der Rückkehr zur Stabilität in Polen werten. In diesem Falle könnte die Regierung eine neue Amnestie für politische Häftlinge in Betracht ziehen.

„Es ist ganz einfach eine vulgäre Erpressung", sagte Arbeiterführer Lech Walesa. „Die Minderheit erpreßt die Mehrheit." Jacek Kuron, der Mitbegründer des Komitees zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter, kommentierte: „Ich kann Ihnen im voraus versichern, daß die Regierenden eine Wahlbeteiligung von 85 Prozent bekanntgeben werden. Aber die wahre Beteiligung wird von der Opposition mitgeteilt werden. Ich bin neugierig, auf welche der beiden Angaben sich General Jaruzelskis Amnestiegesetz stützen wird … Ich glaube, man mißt den Worten führender Politiker aus sozialistischen Staaten zuviel Bedeutung bei."

Mit keinem Wort erwähnten die polnischen Zeitungen gestern die Amnestie-Äußerungen General Jaruzelskis. In Polen gibt es nach offiziellen Angaben zur Zeit rund 250 politische Häftlinge, obwohl im vergangenen Jahr aufgrund einer Amnestie

SEITE 12:
„Arbeiterräte" an die Leine

620 politische Gefangene freigelassen worden waren. In Kreisen der Opposition wird die Zahl der aus politischen Gründen Inhaftierten auf rund 300 geschätzt.

Die „Solidarität" hat aus dem Untergrund zu einem Boykott der „Wahlen" am 13. Oktober aufgefordert. Lech Walesa schloß sich diesem Aufruf an, da das Wahlgesetz nicht für unabhängige Kandidaten gelte. Die katholische Kirche hat dem Regime unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß das Schweigen der Bischöfe zu dem Urnengang keineswegs als Billigung der „Wahlen" verstanden werden dürfe. Primas Glemp kündigte an, er werde am 13. Oktober nicht im Lande sein, sondern sich im Vatikan aufhalten. Mit anderen Worten: Auch der Kardinal bleibt demonstrativ den Wahlurnen fern.

Während einer „Messe für das Vaterland" in der Gemeinde des 1984 ermordeten Paters Popieluszko sagte vor 15 000 Menschen ein „Solidarität"-Gewerkschafter: „Am 13. Oktober werden wir die Mutter Gottes wählen." Der Sprecher forderte seine Landsleute auf, „nicht für den Mechanismus des Bösen zu stimmen".

In Polen ist zur Zeit eine Kampagne im Gange, bei der es nicht um die Wahl einzelner Kandidaten, sondern um die Teilnahme an der Abstimmung überhaupt geht. Das Fernsehen zeigte am Sonntag 20 Minuten lang, wie „herzlich" General Jaruzelski bei seiner Rückkehr von der Teilnahme an der Sitzung der UNO-Vollversammlung auf dem Warschauer Flughafen von „Vertretern der Bevölkerung" empfangen worden sei.

Reagan lädt zu westlichem Gipfel ein

Shultz sieht „neue Ideen" Moskaus / Kohl will mit Gorbatschow Kontakt aufnehmen

gba./DW. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten westlichen Industrienationen zu einem „Zwischengipfel" in New York für den 24. Oktober eingeladen, um mit ihnen über die Vorbereitung seiner für den 19. und 20. November geplanten Begegnung mit Gorbatschow zu sprechen. Einladungen ergingen an die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada und Japan.

Das westliche Treffen soll am Rande der UNO-Vollversammlung stattfinden. Regierungssprecher Friedhelm Ost verwies darauf, daß damit die schon seit längerem geplante Begegnung zwischen dem Kanzler und Präsident Reagan nicht ersetzt werde. Reagan hatte Kohl gebeten, vor der Begegnung mit Gorbatschow noch einmal ein Gespräch zur Abstimmung zu führen. Als Termin dafür war zunächst Ende Oktober oder Anfang November in Aussicht genommen worden. Ost schloß nicht aus, daß dieses Gespräch zwischen Kohl und Reagan nun im zeitlichen Zusammenhang mit dem New Yorker Zwischengipfel stattfinden werde.

Bundeskanzler Kohl will auch mit dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow Kontakt aufnehmen. Bei einem Essen zu Ehren des spanischen Ministerpräsidenten Gonzales teilte Kohl mit, er wolle Gorbatschow die deutschen Vorstellungen „in geeigneter Form darlegen". Allerdings stellte die Bundesregierung gestern eine Reihe von Bedingungen auf, die als Maßstab für die sowjetischen Vorschläge, die nuklearen Angriffswaffen um 50 Prozent zu verringern, gelten sollen. Dazu gehören, so Regierungssprecher Ost, eine größere strategische Stabilität, die „hinreichende Berücksichtigung europäischer Sicherheitsinteressen" sowie Kontrollmaßnahmen.

US-Außenminister Shultz hatte in einem Fernsehinterview zu den möglichen sowjetischen Abrüstungsvorschlägen erklärt, sie könnten Bewegung in die Genfer Abrüstungsverhandlungen beider Staaten bringen. Shultz betonte jedoch, daß die USA ihr Forschungsprogramm für ein Raketensystem im Weltraum (SDI) nicht aufgeben würden.

Verschiedene Vertreter der US-Regierung wiesen jedoch auf zahlreiche „Unklarheiten" hin, die der sowjetische Vorschlag angeblich enthalte. Sicherheitsberater Robert McFarlane stellte die Frage: „Wird die UdSSR eine einseitige Fähigkeit zum Erstschlag behalten; wird es der Sowjetunion erlaubt sein, neue Systeme zu bauen, während es den USA verboten ist?" Der Chef der US-Abrüstungsbehörde, Adelman, sprach von einem „gemischten" Vorschlag, der positive Elemente enthalten könnte, aber auch Passagen, die „offenkundig einseitig" seien.

Bundesaußenminister Genscher teilte die erste positive Reaktion Washingtons. Allerdings sei eine Antwort „nicht allein eine amerikanische Angelegenheit, sondern sie ist eine Angelegenheit des ganzen Bündnisses", das schließlich auch die Verteidigungsanstregungen gemeinsam trage.

Geballte Wissenschaft in der Blechtonne

DIETER THIERBACH, Bonn

Buchautoren sind sie schon, Astronauten wollen sie erst noch werden. Werbewirksam lächeln sie seit Monaten brav in die Kameras, geben bereitwillig Auskunft über „ihren Weg ins All". Was Ulf Merbold noch mit dem Understatement eines Nur-Wissenschaftlers hinter sich brachte, vermarkten seine Nachfolger, die Deutschen Reinhard Furrer und Ernst Messerschmid sowie der Niederländer Wubbo Ockels, profihaft.

Für den europäischen Teil der achtköpfigen D-1-Besatzung, der ersten deutschen Spacelab-Mission, wird es jetzt ernst. Man will niemanden enttäuschen, denn das Projekt, an dem seit 1979 gearbeitet wird, ist teuer. 402 Millionen Mark Kosten weist das Budget auf, im Branchenjargon mit „Endfertigstellungskostenschätzung" umschrieben.

Der Start, für den 30. des Monats vorgesehen, befindet sich in der Endphase der Vorbereitung. Geflogen wird an Bord einer „Challenger"-Raumfähre. Startort: Kennedy Space Center der Nasa in Florida. Vor einer Woche wurde die endgültig vorbereitete „Gesamtnutzlast" eingebaut. Das sind in der Bundesrepublik und europäischen Partnerländern bereitgestellte Experimentier-Einrichtungen und das in Bremen entwickelte Raumlabor Spacelab. In diese einzigartige Blechtonne ist, wie an keinem anderen Ort auf der Welt, „unglaublich viel unterschiedliche Wissenschaft" – so ein Projektleiter – in vier Metern Durchmesser und knapp sieben Metern Länge eingezwängt.

In der vergangenen Woche lief erstmals ein Probe-Datenaustausch zwischen dem Nasa Johnson-Space-Center und dem deutschen Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen an. Zum ersten Mal wird ein Raumfahrtunternehmen von deutschem Boden aus geleitet. Houston kontrolliert zwar Start, Flug und Landung, fungiert ansonsten aber „nur" als Durchlaufstation. Experten wünschen sich, daß es dann aus 324 Kilometer Höhe bei einer Stundengeschwindigkeit von 28 000 Kilometern hoffentlich nie heißen wird: „Hallo Oberpfaffenhofen, wir haben ein Problem …"

Bis zu 17 Sprachleitungen, zwei Datenleitungen und eine Videoverbindung können permanent über den Atlantik geschaltet werden. Eine ungeheure Datenflut prasselt im Verlauf der Mission mit Lichtgeschwindigkeit vom Himmel herab: bis zu 32 Millionen Informationseinheiten pro Sekunde. Der gemeinsame Nenner für 70 Einzelexperimente in sieben Tagen ist schnell ermittelt: Er heißt Schwerelosigkeit. Ob D-1 nun die endgültige Anwort auf die noch immer ungelöste medizinische Kernfrage findet, wie sich der Organismus an diese für ihn ungewohnte Situation anpaßt, steht in den Sternen.

DER KOMMENTAR

Eröffnungszug

HERBERT KREMP

Generalsekretär Gorbatschow, der am Mittwoch in Paris eintrifft, wird es Mitterrand leichter machen als die Organisation Greenpeace.

Ihm geht es in erster Linie darum, seinen Charme, der in den Augen von Frau Thatcher nach dem Ausweisungs-Pingpong verbraucht sein dürfte, im Lande des Ursprungs des Wortes frisch zu verbreiten. Die Andeutung eines Gastgeschenkes enthält der Brief über die sowjetischen Pläne für eine Atomwaffen-Reduzierung, den Schewardnadse in Washington hinterließ. Die Andeutung besteht in einer Weglassung. Die Sowjets scheinen nicht mehr darauf zu pochen, die französischen (und britischen) Nuklearwaffen in die Genfer Rechnung einzubeziehen.

Die Reverenz vor der französischen Unabhängigkeit, die nach gaullistischer Raison auf der eigenen Atomstreitmacht gründet, wird in Paris sicher dankbar zur Kenntnis genommen. Die Grand Nation spielt im Weltkonzert eine Bratsche. Es entspricht der seit de Gaulle erneuerten Vorstellung von Außenpolitik, daß die Ost-West-Beziehungen nicht auf Solo-Auftritte oder Duette der Weltmächte beschränkt bleiben dürfen. Frankreich fühlt sich in besonderer Weise für den europäischen Kontinent verantwortlich. Schon bei seiner Moskau-Visite im Juni vergangenen Jahres hatte Mitterrand „aktive Beziehungen der Freundschaft, zumindest des gegenseitigen Respekts mit der Sowjetunion" als eine „säkulare Gegebenheit der französischen Politik" bezeichnet. Die politische Absage an die amerikanischen SDI-Pläne beim Bonner Gipfel im Mai dieses Jahres spann den wiedergeknüpften Faden fort.

Gorbatschow ist beweglich genug, die Regungen Mitterrands in sein Kalkül einzubeziehen. Für ihn ist der Besuch an der Seine der speziell europäische Eröffnungszug für den Welt-Dialog in Genf. Der Mann nach Breschnew und Gromyko tritt im westlichen Teil des Kontinents mit der Botschaft auf, daß die alte Erde um 50 Prozent der atomaren Arsenale erleichtert werden könnte – würden die Amerikaner jenseits des Atlantiks nur die Arbeit an der weltraumgestützten Verteidigung einstellen (oder drastisch abmagern). Diese Ziel-Kombination wirkt auf viele Europäer verführerisch. Sie hat für die Sowjets den Vorteil, „in der richtigen Richtung" Druck auf Reagan zu entfalten. Behält der innenpolitisch bedrängte Mitterrand im Sinn, daß Gorbatschow nicht vom Atlantik bis zum Ural, sondern vom Ural bis zum Atlantik denkt?

Auswärtiges Amt hält an Rühes Äußerungen fest

lim. Bonn

Das Auswärtige Amt hält offenbar trotz verschiedener Klarstellungen von Unionspolitikern zur umstrittenen Äußerung des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rühe an dessen Interpretation von der „Bindungswirkung" der Ostverträge fest. In einem Blitztelegramm vom 7.2.1985 mit der Nummer 1010 an die Botschaften in Warschau, Moskau, Budapest, Bukarest, Prag, Sofia, London, Rom, Paris, Washington sowie die Vertretungen bei der UNO in New York, bei der NATO in Brüssel und bei der KVAE in Stockholm war Bezug genommen worden auf die Aktuelle Stunde im Bundestag am 6. Februar sowie auf Rühes Stichwort von der „politischen Bindungswirkung". Es hieß weiter, der Bundeskanzler habe „ausdrücklich" festgestellt, „daß MdB Rühe seine, des Bundeskanzlers Position aus der Sicht der Union dargestellt habe".

Das Citissime trägt das Aktenzeichen 214-321-00. In Punkt 4 werden die Botschaften und Vertretungen „gebeten, bei Gesprächen im Gastlande die Übereinstimmung der Fraktionen hinsichtlich unserer Politik gegenüber der Volksrepublik Polen, wie auch die Kontinuierlichkeit unserer Politik zu unterstreichen". Gezeichnet ist das Blitztelegramm vom Leiter der Ostabteilung im AA, von Braunmühl. Das Auswärtige Amt konnte gestern nicht bestätigen, daß diese Anweisung widerrufen worden sei. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dregger, hatte am 27. Februar erklärt, daß weder die Fraktion noch die Regierung sich die Äußerungen Rühes zueigen machen.

Die WELT erweitert ihren Börsenservice

DW. Bonn

Die WELT erweitert ihren Börsenservice. Der Kursteil wird von heute an um eine viertel Seite auf zwei volle Seiten ausgedehnt. Mit der täglichen Veröffentlichung der WELT-Branchenindices und der größten Gewinner und Verlierer des Tages wird eine raschere Übersicht über die Trends am deutschen Aktienmarkt ermöglicht.

Der Umfang der Kurse vom Optionsmarkt und von ausländischen Aktienbörsen – darunter jetzt auch Luxemburg, Stockholm, Oslo und Johannesburg – wird wesentlich ausgeweitet.

Eine völlige Neuerung bringt die WELT im Rentenkursteil. Für Pfandbriefe und Kommunalobligationen werden als zusätzlicher Service die täglichen Marktrenditen veröffentlicht. Statt der bisher wiedergegebenen Auswahl der Kurse von Pfandbriefen und Kommunalobligationen einzelner Emittenten, die wegen der großen Palette der am Markt umlaufenden Titel zumal ohne Laufzeitangabe nur begrenzten Informationswert haben konnten, bringt die WELT jetzt als einzige Zeitung täglich in tabellarischer Form computererrechnete Preise, die sich bei unterschiedlichen Laufzeiten und Kupons aufgrund der Marktrendite ergeben.

Ferner wird der Börsenteil um DM-Nullkuponanleihen, Eurodollar- und ECU-Anleihen, international beachtete US-Zinssätze, zusätzliche DM-Notierungen von Auslandsaktien, Investmentzertifikate und Warenterminnotierungen erweitert.

Bagdad meldet wieder einen Bombenanschlag auf Kharg

Iranisches Flugzeug ist über Basra abgeschossen worden

DW. Bagdad/Teheran

Im iranisch-irakischen Golfkrieg haben beide Seiten erneut schwere Attacken gemeldet. In Bagdad hieß es, die irakische Luftwaffe habe erneut den iranischen Erdölterminal Kharg im Norden des Persischen Golfs bombardiert. Wie ein Militärsprecher mitteilte, gerieten die noch bestehenden Einrichtungen auf Kharg in Brand. Es habe sich um den sechsten Luftangriff gegen den Erdölterminal seit sechs Tagen und um den 16. seit dem 15. August gehandelt.

Teheran soll erwägen, die Ölverladung entgültig zu schließen. Aus Schiffahrtskreisen hieß es zusätzlich, die Iraner wollten die Terminals auf andere Inseln verlegen.

Die Iraker bemühen sich andererseits seit längerem darum, ihre Ölexporteinrichtungen aus der Reichweite der Iraner zu verlagern. Wie das Wirtschaftsblatt „Middle East Economic Survey" berichtete, fließt bereits durch eine neue Pipeline vom irakischen Basra aus Öl zum saudiarabischen Hafen Yanbu. Damit werde der Weltmarkt erstmals seit fünf Jahren wieder mit Öl von Basra-Rumaila beliefert.

Ferner wurde berichtet, über Basra sei eine „Phantom F-4" der iranischen Luftwaffe abgeschossen worden. Zwei iranische Maschinen dieses Typs seien in den Luftraum über der Stadt im Südosten Iraks eingedrungen, teilte der Sprecher in Bagdad mit. Eine Maschine sei von der irakischen Luftabwehr getroffen und ihre beiden Piloten gefangengenommen worden. Die zweite „Phantom" habe abgedreht.

In Teheran wurde der Abschuß indirekt bestätigt. In einem von Radio Teheran verbreiteten Kommunique des iranischen Generalstabs hieß es, iranische Flugzeuge hätten ein Elektrizitätswerk bei Harethia, 20 Kilometer nordwestlich von Basra, bombardiert und „schwer beschädigt". Eine der an dem Angriff teilnehmenden Maschinen habe aus technischen Gründen auf feindlichem Territorium notlanden müssen. Der Irak sei für das Leben der beiden Piloten „verantwortlich".

E

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Etwas mehr zumuten

Von Enno v. Loewenstern

Die Einzelheiten fügen sich zu einem Bild zusammen. Der Kanzlerkandidat der SPD kündigt „Korrekturen", und zwar „wesentliche", der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik an. Er verspricht, „daß wir den starken Schultern, die vieles tragen können, etwas mehr zumuten wollen". Die Wirtschaft, die sich gerade wieder zu berappeln und Vertrauen in die Zukunft dieses Landes zu fassen beginnt, wird es mit Interesse hören.

Auch derjenige Teil der Wirtschaft, der sich dort noch einigermaßen sicher fühlt, wo Raus Partei nicht regiert. Denn Rau ruft seine Anhänger in Nordrhein-Westfalen zu verstärkten Anstrengungen auf, „damit die Schlaglöcher in anderen Regionen der Republik ausgefüllt werden können".

Dann kann er sich wenigstens in Zukunft den Ruf nach verstärkter Finanzhilfe aus den vernünftig regierten Bereichen der Republik für sein hochverschuldetes, vom eigenen Finanzminister Posser schon mit Mexiko und Polen verglichenes Nordrhein-Westfalen sparen. Denn wenn überall in der Manier Rau regiert wird, hat bald keiner mehr was zum Abgeben.

Außenpolitisch steuert Rau einen Beitrag bei, der ebenfalls in unnachahmliche Form gekleidet ist: In die Erwartung, „daß die Genfer Verhandlungen so geführt werden, daß beide Seiten auf jede Form der Weltraumrüstung verzichten". Der Weltraumrüstung, wohlverstanden, nicht der Rüstung auf dem Erdboden. Rau ist kein Geschobener, oder falls er einer sein sollte, so hat er sich jedenfalls mit den Kräften identifiziert, die da schieben.

Dazu paßt Brandts Klage wider Kohl, dieser möge „nicht noch einmal den Versuch machen, das deutsche Volk zu spalten". Worin besteht dieser angebliche Versuch in Brandts Sicht? Ausgerechnet darin, daß Kohl die Wiedervereinigung zum Thema des Wahlkampfes machen will. Während Brandt ihr bei jeder Gelegenheit wohlverklausulierte Zweifel, wenn nicht Absagen, verpaßt.

Wer für die Einheit der Deutschen ist, der spaltet sie also – und das meint Brandt ganz ernst. Diese nächste Bundestagswahl wird in der Tat eine sehr ernste Sache.

Buthelezi wird deutlich

Von Monika Germani

Mit unerbittlicher Klarheit hat Südafrikas führender schwarzer Politiker, Mangosotho Buthelezi, der Chefminister des größten Volkes, den kommunistischen ANC zur Rede gestellt. Vor rund zehntausend Zulus erklärte der Zulu-Führer am „Shaka-Tag": Da es dem ANC nicht gelungen sei, den Kampf gegen die Sicherheitskräfte des Landes zu gewinnen, habe diese Organisation nun den Bruderzwist, den Kampf Schwarz gegen Schwarz, eröffnet.

„Unsere Jugend wird aufgehetzt und soll ihre Eltern angreifen, Schwarze werden von Schwarzen gesteinigt und lebendig verbrannt, und der ANC im Exil betrachtet das auch noch als einen großen Schritt auf dem Wege zur Befreiung. Dabei sind sie selbst aus Südafrika fortgelaufen und verstecken sich nun hinter dem Rücken von Kindern, die der Brutalität der Polizei ausgesetzt werden!"

Buthelezi klagte gleichzeitig den ANC an, ihn ermorden zu wollen. Er rief die Organisation auf, sich in einer freien Abstimmung der Bevölkerung von Südafrika zu stellen.

Das ist eine offene Herausforderung an den ANC, den Buthelezi, als ehemaliges Mitglied, bestens kennt. Seine Aufforderung, sich einer Abstimmung zu stellen, bestätigt der Öffentlichkeit, daß der ANC von niemanden als von sich selbst gewählt worden ist. Deutlicher kann kein schwarzer Politiker das Bild einer kommunistischen Organisation zeichnen, deren Führungsspitze sich, sowohl Schwarz als auch Weiß, zum größten Teil aus den Mitgliedern des Zentralkomitees der südafrikanischen Kommunistischen Partei rekrutiert hat.

Damit wagt es ein schwarzer Politiker erstmals, die seit mehr als einem Jahr tobenden Unruhen nicht als Aufschrei eines unterdrückten Volkes zu bejubeln, sondern als kommunistische Inszenierung hinzustellen. Buthelezis Worte erinnern aber auch daran, daß der ANC nie eine schwarze Regierung in Südafrika akzeptieren wird, die er nicht selbst gebildet hat. Der Westen sollte die Botschaft nicht leicht nehmen; in Bonn, Paris, London und Washington sollte man darüber nachdenken, über welchen gemäßigten und demokratischen Schwarzen-Führer ein Ausweg aus der Krise führen könnte.

Wahlzauber in der Südsee

Von Heinz Weissenberger

Wie man mit Wahltricks einer Minderheit zur Mehrheit verhelfen kann, machte die sozialistische Regierung Frankreichs in der französischen Besitzung Neu-Kaledonien vor. Dort wollen die Sozialisten auf Biegen und Brechen den Kanaken die Unabhängigkeit vrschaffen.

Für die Unabhängigkeit ist jedoch nur die marxistische Partei FLNKS, die in flagranter Illegalität, allerdings mit Duldung der Pariser Regierung, bereits eine „Provisorische Regierung der Republik Kanaki" gegründet hat. Die 53 000 Weißen, die 30 000 Zuwanderer aus Tahiti, Wallis und Futuna und Südostasien sowie ein Teil der 56 000 Kanaken, der Ureinwohner Neu-Kaledoniens, wollen bei Frankreich bleiben.

Wie kann man diese Zahlen auf den Kopf stellen, um den „Unabhängigkeitskämpfern" die Macht auf der Insel zuzuschieben? Frankreichs Minister für Neu-Kaledonien, Edgard Pisani, fand den Weg: Man setzt Neuwahlen an, schneidert die Wahlkreise maßgerecht zu und gibt denen mit einer zu erwartenden kanakischen Mehrheit relativ mehr Sitze als denjenigen mit einer voraussichtlich anderen Mehrheit.

Damit schaffte Pisani es tatsächlich, daß die Kanaken mit weniger als vierzig Prozent der Stimmen gegenüber mehr als 60 Prozent für die pro-französischen Parteien in drei der vier Wahlkreise die Mehrheit bekamen. Nur in der Hauptstadt Noumea behielt die Gaullistische Partei die Mehrheit. Jean-Marie Tjibaou, der selbsternannte „Regierungschef von Kanaki", wird damit in der Praxis zum Herrn der Insel.

Noch dazu schnippelte Pisani die Wahlkreise so zurecht, daß Noumea für Wasser und Strom von der „kanakischen" Wahlregion Süd abhängig ist und die lebenswichtigen Nickelgruben alle in „kanakischem" Territorium liegen. Die Radikalen können also jederzeit das Wirtschaftszentrum Noumea lahmlegen.

Es bleibt zu befürchten, daß dieser Wahlzauber zu bitteren Auseinandersetzungen führt, wenn nicht gar zu einem Bürgerkrieg. Die Sozialisten säten in Neu-Kaledonien eine böse Saat, indem sie dort eine neue Art von „Apartheid" einführten, die diesmal freilich gegen die Weißen gerichtet ist.



KLAUS BÖHLE

Dampframme in Elysium

Von Günter Zehm

Am 15. Oktober beginnt in Budapest das sogenannte „Europäische Kulturforum", Folge einer Verabredung der KSZE-Konferenz von Helsinki und dazu bestimmt, „den Ost-West-Dialog zu vertiefen" und im Sinne von Korb drei des Helsinki-Abkommens „auszufüllen". Die Bonner Regierung nimmt das Ereignis sehr wichtig und bereitet sich intensiv darauf vor. Zum Leiter der deutschen Delegation wurde Karl-Günther von Hase bestellt. Prominente Schriftsteller der verschiedensten Couleur sind nach Budapest eingeladen, unter ihnen Rolf Hochhuth, Reiner Kunze, Walter Kempowski, Günter Grass.

Die offiziellen Vertreter Bonns wollen sich zugunsten „zwangloser Begegnungen" der Kulturschaffenden selbst deutlich zurückhalten. Kultur lasse sich nicht gängeln und bürokratisch reglementieren, so ist zu vernehmen, alles komme hier darauf an, freie, schöpferische Dialoge zwischen Schriftstellern, Künstlern, Theaterleuten und Architekten zu ermöglichen. Die Rolle der Berufsdiplomaten könne allenfalls darin bestehen, Wege zu ebnen, Verbindungen herzustellen, „Störungen von außen" fernzuhalten.

Dergleichen hört man grundsätzlich gern, nur wissen natürlich auch die Diplomaten, daß das Budapester Kulturforum nicht im luftleeren Raum irgendwelcher elysischer Gefilde stattfindet, sondern auf dem harten Boden ost-westlicher Tagespolitik. Der Osten wird seine Delegationen zum Beispiel keineswegs nach dem Schema „so pluralistisch und unabhängig wie möglich" zusammenstellen, sondern er wird darauf achten, daß alle unsicheren Kantonisten draußen bleiben und nur parteitreue Personen berufen werden, die sich zudem noch auf eine eisern einzuhaltende einheitliche Tagungsstrategie verpflichten müssen. Gerade diejenigen also, für die der legendäre Korb drei in erster Linie gedacht war, werden in Budapest fehlen.

Man kann sich nur allzu gut vorstellen, wie Begegnungen zwischen Ost und West unter solchen Bedingungen aussehen werden. Die östliche Delegation rückt in Form einer Dampframme an, lanciert tagespolitische Resolutionsentwürfe über SDI und dergleichen und erklärt den „Frieden" zum „höchsten aller Kulturgüter", das zunächst einmal „geschützt" werden müsse, bevor man über freie Ausreise, Publikationsmöglichkeiten, Kulturaustausch oder ähnliche Kleinigkeiten diskutiere. Die westlichen Einzelgänger reagieren diffus und entgegenkommend, schließlich will man sich ja „verständigen". Im Nu sind eine ganze Reihe Moskau genehmer Aufrufe unterzeichnet, und die offiziellen Bonner Vertreter schauen tatenlos zu, weil man sich ja „auf keinen Fall in die Kultur einmischen" will.

Auch andere Szenarien sind denkbar, aber keines von ihnen weckt gute Gefühle. Sollte Günter Grass mit von der Partie sein, so wird er mit Sicherheit, wie schon kürzlich auf einem Symposion in Bonn, wieder die Bonner Kompetenz in Sachen Kultur überhaupt bestreiten und versuchen, eine eigene pseudopolitische Plattform vorzuzeigen und ins Spiel der Delegationen zu bringen. Antiamerikanische Ausfälle eines Teils der deutschen Delegationsteilnehmer würden dann wahrscheinlich, auf die die Offiziellen irgendwie reagieren müßten – so etwas hinterließe einen gar nicht günstigen Eindruck von der Bonner Kulturpolitik.

Im Augenblick sieht es noch nicht so aus, als sei man in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes hinreichend auf solche unerquicklichen Möglichkeiten vorbereitet. Man spricht dort voll Vornehmheit von „Implementierungen", denen man aus dem Weg gehen müsse, aber es fehlt die Figur eines Trouble-shooters, wie sie die Amerikaner mit Daniel P. Moynihan oder Jeane Kirkpatrick in der UNO hatten, Persönlichkeiten, die die östlichen Tagungspraktiken genau kennen und deshalb eventuell schon im Vorfeld abbiegen können; Persönlichkeiten, die den Mut haben, die Wahrheit beim Namen zu nennen und auch einmal zum Gegenangriff überzugehen.



Der Tagungsort in Budapest: Auch ein Wort für Sacharow?
FOTO: POLY-PRESS

Das Mindeste, was von Bonn gefordert werden muß, ist, daß es seine Delegationsteilnehmer, und zwar die offiziellen wie die weniger offiziellen, auf ein Minimum an Delegations-Konsens einschwört. Pluralismus ist gut und notwendig, aber eine Delegation, die im protokollbewußten kommunistischen Ausland als gleichsam wilder Haufen anrückt, weckt keine Sympathie, sondern allenfalls Kopfschütteln, und zwar nicht nur bei den Betonfraktionisten, sondern auch bei den liberalen und auf Unterstützung aus dem Westen hoffenden Kräften.

Sehr zu begrüßen wäre auch eine einigermaßen sorgfältige Abstimmung der westlichen Delegationen untereinander, vor allem eine Abstimmung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, aber auch zwischen der Bundesrepublik und den USA. Aus den Reihen der amerikanischen Delegation wird es zweifellos zu bestimmten „Implementierungen" in Sachen Sacharow oder Schtscharanskij kommen, und die Bundesrepublik sollte sich ihnen unbedingt anschließen. Es wäre verheerend, wenn der Osten in diesen entscheidenden Fragen des Korb drei einen westlichen Dissens verbuchen könnte.

Das Budapester Kulturforum wird gewiß keine spektakulären Ergebnisse in Sachen kultureller Freiheit und ungehinderten Kulturflusses zwischen Ost und West bringen, dazu fehlen alle politischen Voraussetzungen. Es wäre aber schon viel, wenn dort einigen jener Stimmen Öffentlichkeit und Gehör verschafft werden könnte, die man bisher immer wieder zum Schweigen verdammt hat.

IM GESPRÄCH Heinz Ossenkamp

Weder alt noch rot

Von Günther Bading

Mit 38 Jahren ist er der jüngste unter den Gewerkschaftsvorsitzenden: Heinz Ossenkamp, seit dem Wochenende Chef der 65 000 Mitglieder zählenden Fachgewerkschaft „Komba" für die Bediensteten der Kommunen und der Stadtstaaten. Ossenkamp macht kein Hehl daraus, daß er ein in der Wolle gefärbter „Schwarzer" ist – im Gewerkschaftsbereich ein eher seltenes Bekenntnis führender Funktionäre. Aber, und das hat der neue Vorsitzende auf dem Wiesbadener Gewerkschaftstag als erstes klargestellt: „Gewerkschaftliche Erfolge lassen sich auf Dauer nur durch parteipolitische Neutralität erringen." Ein Wort, das man gern auch einmal von Funktionären anderer Couleur in den Gewerkschaften hörte.

Ossenkamp ist ein waschechter Bonner. Nach der Schulausbildung hat er die Ausbildung für den gehobenen Dienst bei der Stadt Bonn absolviert. Er ist Diplom-Verwaltungswirt und stand bis 1975 – seither ist er beurlaubt wegen der hauptamtlichen Tätigkeit für die Komba-Gewerkschaft, die ihrerseits Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (DBB) ist – als Stadtamtmann in den Diensten der Bundeshauptstadt. Ossenkamp ist auch Mitglied im Bundeshauptvorstand des Beamtenbundes.

Neben seinem gewerkschaftlichen Engagement ist der neue Vorsitzende auch in der „normalen" Politik tätig. Seit zwanzig Jahren gehört er der CDU an, in seinem Wohnort Bonn-Buschdorf ist er CDU-Ortsvorsitzender. Weiter hat er sich in der CDA „aus gesellschaftspolitischer Grundüberzeugung" engagiert. Hier gehört er dem Landesvorstand der rheinischen Sozialausschüsse an.

Während die Wahl Ossenkamps, der einziger Kandidat für die Nachfolge des scheidenden Vorsitzenden Ulrich Berger war, niemanden überraschte, hatten die Wahlen für die



CDU-Politiker an der Spitze ei[...] Gewerkschaft: Komba-Chef [...]senkamp FOTO: DIE W[...]

Stellvertreter ein unerwartetes [...]gebnis. Erstmals in der langen [...]schichte der Gewerkschaft der Ko[...]munalbediensteten – sie ist aus d[...] früheren Bund Preußischer Komm[...]nalbeamter hervorgegangen – wur[...] eine Frau in den Vorstand gewäh[...] Erika Knecht aus Berlin erhielt [...] von 106 abgegebenen Stimmen. D[...] neue Vorsitzende Ossenkamp bei[...] sich, vor den Delegierten zu ver[...]chern, daß auch eine Frau im G[...]werkschaftsvorstand „voll akze[...]tiert" werde.

Jung, wie er ist, gibt Ossenkam[...] als Hobbies sportliche Betätigung a[...] Er spielt Tennis und ist, obwohl noc[...] keine 40, Mitglied in der Altherrenri[...]ge des Bonner Fußballklubs „Rat u[...] Verwaltung". Neben ihm spielen lo[...]kale Größen wie der Oberbürgerme[...]ster der Bundeshauptstadt, Md[...] Hans Daniels, in dieser Mannschaf[...] Außerdem betont der junge Spitzen[...]funktionär, daß er trotz gewerk[...]schaftlicher, politischer und sportl[...]cher Betätigung immer noch Zeit fü[...] die Familie (mit zehnjährigem Sohn) findet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Das Massenblatt kommentiert den Terrorismus:

Zwei Banditen schlagen zwei Kassiererinnen blutig, wollen die Kasse eines Supermarktes rauben. Ein gemeines, gewöhnliches Verbrechen ... Erinnern wir uns: Die Rote Armee Fraktion sagt, daß sie die „unterdrückten" Bürger von den „Kapitalisten", „Imperialisten" befreien will. Sie kämpfe für die kleinen Leute gegen den bösen Staat. Wie das aussieht, haben die beiden Kassiererinnen erlebt.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zum Frankfurter Krawall heißt es hier:

So tragisch der Tod des Frankfurter Demonstranten ist – der junge Mann starb an den Folgen eines bedauerlichen Unfalls. Die Suche nach Schuld oder Schuldigen ist daher müßig. Was die Frankfurter Grünen freilich nicht hindert, der Polizei im Handumdrehen eine Mitschuld anzulasten. Nicht jene, die Steine und Flaschen geworfen und zahlreiche Polizisten verletzt haben, die eine friedliche Demonstration in eine brutale Krawallaktion umfunktioniert haben, tragen also Schuld, sondern jene, die kraft Amtes Schlimmeres verhindern wollten. Welch verquere Logik.

ПРАВДА

Das sowjetische Parteiorgan wertet die Diskussion über das „Bülow-Papier":

Während die Opposition ... beharrlich nach Wegen zur Abschwächung der militärischen Konfrontation in Europa, zur Festigung der Sicherheit und des Friedens auf de[...] Kontinent sucht, trat der CDU/CSU[...] Block vor der westdeutschen Öffen[...]lichkeit erneut als ein blinder Anhä[...]ger der Washingtoner Militaristen au[...] ... Besonders stark wütet der recht[...] Flügel der Christdemokraten mit de[...] bayerischen Konservativen an de[...] Spitze, deren proamerikanisch[...] Sympathien bekannt sind.

HAMBURGER MORGENPOS[...]

Das Blatt mokiert sich über den „Bürge[...]kanzler Johannes Rau":

Es kann eigentlich nur ein CDU[...]Sympathisant gewesen sein, der de[...] wackeren Westfalen eine derart blau[...]äugige Strategie empfohlen hat. Ab[...]gesehen von der Intelligenz der Wäh[...]ler – wir hatten einen Bürgerkanzle[...] Helmut Schmidt. Und wie hat es ih[...] die eigene Partei schließlich gelohnt[...]

Hamburger Abendbla[...]

Das Blatt kommentiert, daß es bei de[...] ehemals besetzten Häusern in der St.-Pa[...]li-Hafenstraße wieder schwere Ausschrei[...]tungen gegeben hat:

Wie lange noch will die Führun[...] dieser Stadt den kriminellen Unruh[...]herd dulden? Die Regierenden habe[...] einsehen müssen, daß es ein schwere[...] Fehler war, Chaoten aus politische[...] Opportunismus Mietverträge zu ge[...]ben. Nun wissen die Politiker nich[...] wie sie sich aus der Affäre ziehe[...] sollen. Die stereotype Aussage, ma[...] könne die Verträge nicht vorzeiti[...] kündigen, weil es sich um „ganz no[...]male Mieter" handele, ist nur ein[...] Ausrede. Das Bürgerliche Gesetz[...]buch sieht bei unzumutbaren Störun[...]gen und vertragswidrigem Gebrauc[...] eine fristlose Kündigung vor.

Der Aufruf mit dem bewußten Unterton

Immerhin: Die alten Schläger haben wenig Nachwuchs / Von Dankwart Guratzsch

Es war kein ungefährliches Motto, mit dem die Veranstalter jenes deutsch-ausländischen Freundschaftsfestes, das in Gewaltakte mündete, an deren Ende der Tod eines Menschen stand, für ihre Ziele geworben hatten. „Kein Nazi-Treffen im Gallus und anderswo", hatten sie gefordert und damit direkt an jenen Slogan angeknüpft, der in Frankfurt Geschichte gemacht hat: „Keine Startbahn in Frankfurt und anderswo."

Mit diesem Slogan, den später die Anti-Atombewegung skandierte, als sie forderte: „Keine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen und anderswo", sind rund um Frankfurt schon tausende Jugendlicher für die „massenhaften" Demonstrationen mobilisiert worden, bei denen es immer wieder zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, zu Verletzungen und zu Sachbeschädigungen in Millionenhöhe gekommen ist.

Wer diese Formel aufgreift, muß wissen, wen er anspricht. Die „Startbahnbewegung" in Hessen ist nämlich noch immer Sonntag für Sonntag im „Einsatz". Am Zaun der längst fertiggestellten Startbahn West liefert sie dann der Polizei zum Teil ausgesprochen bösartige Scharmützel. Da werden nicht nur Streben aus dem Startbahnzaun gebrochen, sondern auch Steine und Feuerwerkskörper auf die Polizisten abgeschossen. Immer wieder gibt es dabei auch Verletzte.

Wer diese Personengruppe mit einem wohlvertrauten Lockruf „an die Front" bittet, muß also wissen, was er tut. Und tatsächlich, so die Erkenntnisse der Polizei, haben „militante" Kräfte aus dem Startbahnmilieu am Samstag abend bei den Demonstrationen und Ausschreitungen in der Frankfurter Innenstadt, bei denen ein 36jähriger von ihnen zu Tode kam, eine verhängnisvolle Rolle gespielt.

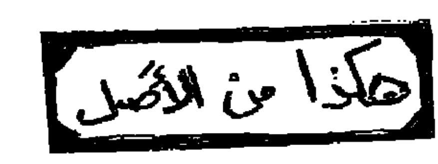
Fast drehbuchartig wiederholte sich die Szene dann am Abend danach. Wieder rief in Frankfurt ein „Aktionskomitee" zu einer „Trauerkundgebung" und „Demo" auf, und wieder rechnete man dabei auf die alten Kämpen der „Startbahn-BI". Diesmal wurde sogar eigens ein Blitzkurier nach Mörfelden-Walldorf geschickt, der dort ein Flugblatt unter den gerade in eine Auseinandersetzung mit der Polizei verwickelten „Kämpfern" verteilte. Flugs schwangen sich die achtzig Startbahn-Freaks in ihre Autos, um beim Rabbatz in Frankfurt mitzumischen. Bis gegen Mitternacht zog die von ihnen begleitete Demo eine Spur der Verwüstung durch die Stadt.

Nun werden viele ihre Hände in Unschuld waschen. Die Frankfurter SPD und die DKP zum Beispiel, die genauso wie die kommunistische Jugendorganisation SDAJ, die kommunistische VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), die Grünen und einige Ausländervereinigungen den Aufruf zu den Demonstrationen am Sonnabend mitunterzeichnet hatten. SPD und DKP haben sich inzwischen insofern zurückgezogen, als sie dem neuen „Aktionsbündnis anläßlich des Todes von Günther Sare" nicht mehr angehören. Die „Verantwortungsgemeinschaft" für das, was am Samstagabend geschah, können sie aber schon deshalb nicht abstreifen, als sie nichts getan haben, was einer Verwechslung der Ziele ihrer Demonstrationen mit den alten und neuen gewaltsamen Auftritten der Startbahnaktivisten hätte vorbeugen können.

Die Grünen, die gemeinsam mit der „Startbahn-BI" und der Bunten Hilfe nun auch das neue „Aktionsbündnis" mittragen, haben erst recht große Schwierigkeiten, ihr Engagement an der Seite der Gewalttäter zu bemänteln. Aus dem Mund ihres Sprechers Tom Königs klang das gestern nachmittag so: „Wir haben Verständnis für jede Form des Protestes, aber wir selbst sind der Gewaltfreiheit verbunden. Wir werden uns aber nicht vor den Karren derjenigen spannen lassen, die jene ausgrenzen wollen, die diesen pazifistischen Protest nicht mittragen können."

Mit solchen Formulierunge[...] kann die Mitverantwortung nic[...] vertuscht werden. Die Grünen ho[...]fen vielleicht, auf diese Weise noc[...] einmal ihre innerparteilichen Fe[...]den zwischen „Fundamentaliste[...] und „Realpolitkern" beizulege[...] Vor allem aber scheinen sie si[...] dem Trugschluß hinzugeben, da[...] sie neuen Auftrieb durch die sch[...] abgeschriebenen „neuen sozial[...] Bewegungen" erhalten könnte[...] die einmal das Reservoir der sog[...]nannten Umweltpartei gebild[...] hatten.

Aber die neue Jugendszene h[...] andere Interessen. Es ist kein Z[...]fall, daß bei den Frankfurter K[...]wallen unter den 254 Festgeno[...]menen des „harten Kerns" n[...] noch wenige Studenten, dafür Le[...]te aus den verschiedensten Be[...]fen und übrigens hauptsächli[...] „Twens" von 20 bis 35 Jahren [...]ren – das sind die Protestierer v[...] einst, fünf bis zehn Jahre älter [...] worden. Und es sieht nicht na[...] Auftrieb aus, sondern nach Ab[...]sang. Einem schändlichen zuma[...]



Moderne Industrie versöhnt Südtiroler und Italiener

Industrie, das war für die Südtiroler italienisches Teufelswerk schlechthin. Heute blüht in dem „Urlaubsland" eine moderne, zukunftsorientierte und umweltfreundliche Industrie. Der Lohn: halb soviel Arbeitslose wie im sonstigen Italien.

Von F. MEICHSNER

Das Wort Südtirol weckt nördlich der Alpen spontan die Vorstellung von Skilaufen, Bergwandern, Klettern, Sonne, Wein, Äpfeln und Tiroler Speck. Der eine oder andere mag auch noch an romantische Schlösser und Burgen, an Walther von der Vogelweide und Andreas Hofer, an Volkstumskampf und Italienisierungspolitik denken. Worauf er, wenn überhaupt, zu allerletzt verfällt, ist der Gedanke an Industriebetriebe – es sei denn, er habe noch das negative Image der Bozener Industriezone im Hinterkopf, die Mussolini im Rahmen seiner systematischen Entdeutschungskampagne aus dem Boden stampfte.

Wem ist schon bewußt, daß sich von der arbeitenden Bevölkerung dieses Ferienparadieses zwischen Brenner und Salurner Klause heute 30 Prozent ihren Lebensunterhalt in einer Industrie verdienen, die in den letzten Krisenjahren größere Widerstandskraft bewiesen hat als die Industrie im übrigen Italien und in den Nachbarländern? Und wer mag schon glauben, daß viele Südtiroler – ganz gleich, ob deutsch-, italienisch- oder ladinischsprachig – diese Industrie, auf die sie stolz sind, gar nicht mehr missen mögen und missen können?

„Die Industrie hat Südtirols Wohlstand in den letzten beiden Jahrzehnten mitbegründet", konstatierte dieser Tage der Präsident der Südtiroler Handelskammer, Robert von Fioreschy, in einem Referat vor einer Gruppe von Journalisten aus Italien und dem deutschen Sprachraum, denen der Südtiroler Industriellenverband während der Bozener Mustermesse diese Industrie vorstellte. Und der Präsident des Industriellenverbandes, Kurt Leitner, wies darauf hin, daß es der Industrie zu verdanken sei, wenn heute Landflucht und Abwanderung ins Ausland weitgehend gestoppt werden konnten.

Erinnerungen an den Faschismus

Lobeshymnen auf die Industrie wären noch vor zwanzig Jahren aus dem Munde führender Vertreter der deutschen Volksgruppe undenkbar gewesen. War doch Industrialisierung für die große Mehrheit der deutschsprachigen Südtiroler damals ein ausgesprochenes Reizthema. Bis Anfang der fünfziger Jahre waren fast 40 Prozent der Südtiroler Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Sie lebten in einer geschlossenen bäuerlichen Gesellschaft, die der sich ausbreitende Fremdenverkehr nur am Rande zu beeinflussen vermochte. Industriebetriebe gab es nur im Raum Bozen–Meran/Sinich. Sie waren in der Zeit des Faschismus entstanden und beschäftigten fast ausschließlich Italiener.

Die deutschsprachigen Politiker lehnten Industrie schlechthin als italienisches Teufelswerk ab. Sie waren sich mit dem konservativen lokalen Klerus weitgehend in der Überzeugung einig, daß jeder Industrialisierungsprozeß die bestehende Ordnung gefährden, die traditionellen Wertvorstellungen untergraben, die Italienisierung vorantreiben und das Gift von Ideen verbreiten würde, die als unvereinbar galten mit der „Tiroler Weltanschauung" (von Fioreschy).

Trotz dieser auch heute noch nicht ganz überwundenen Mentalität haben einige einfallsreiche und risikofreudige, aus dem Handwerksstand hervorgegangene Südtiroler Unternehmer mit Hilfe zunächst nur weniger weitsichtiger Landespolitiker eine Industrialisierung nach Maß eingeleitet und vorangetrieben. Das erweist sich heute geradezu als Segen für die deutsche Volksgruppe. Leitner: „Viele Bergbauernhöfe können nur deshalb noch bewohnt und bewirtschaftet werden, weil Fremdenverkehr und Industrie die Möglichkeit eines Nebenerwerbs eröffnen."

Im Laufe von drei Jahrzehnten hat sich die Wirtschaftsstruktur Südtirols grundlegend geändert. 1951 waren noch 38,1 Prozent der Südtiroler Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und nur 22,6 Prozent in der Industrie beschäftigt. 1983 war das Verhältnis 17,4 zu 30 Prozent. Zur Bildung des Bruttosozialproduktes trug die Industrie 1983 28,5 Prozent, die Landwirtschaft nur mehr neun Prozent, der Dienstleistungsbereich mit der Fremdenverkehrsindustrie an der Spitze 62,5 Prozent bei.

Dieses Ergebnis wurde mit einem Konzept erreicht, das sich bewußt von der unter dem Faschismus praktizierten Methode der Installierung staatlich subventionierter Großbetriebe abhob. Die neue Industrie entstand vornehmlich in den größeren Orten der Dreischaften: im Eisacktal, in Sterzing, Brixen und Klausen, im Pustertal in Bruneck, im Grödnertal in Sankt Ulrich, im Etschtal – neben dem bereits „industrialisierten" Orten Meran und Sinich – in Lana, im Vinschgau in Schlanders. Nur dort wurden Industriezonen mit modernen, die Umwelt so wenig wie möglich beeinträchtigenden klein- und mittelständischen Betrieben geschaffen, die sich ihre Arbeitskräfte am Ort suchten und selbst ausbildeten. Ganz wenige dieser Betriebe hatten mehr als 500 Beschäftigte.

Gemeinsam mit den modernisierten größeren Betrieben von Bozen und Meran zeigten diese neuen Unternehmen eine erstaunliche Leistungsfähigkeit. Ihre modernen Anlagen garantieren eine hohe Qualität der Erzeugnisse. Es gab kaum Verluste durch Streiks, da diese Industrialisierung nach Maß keine drastische Veränderung der Gesellschaftsstruktur bewirkte und kein Industrieproletariat mit klassenkämpferischen Tendenzen schuf.

Wenn heute die Arbeitslosenrate in Südtirol mit 4,1 Prozent nicht einmal halb so hoch ist wie der nationale italienische Durchschnitt, dann ist dies zweifellos in erster Linie dieser von der Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre nur schwach berührten Industrie zu verdanken. Es gibt sogar Gebiete, in denen es praktisch überhaupt keine Arbeitslosigkeit gibt, etwa im oberen Eisacktal, wo einer weiteren Expansion der Leitner-Werke (Liftanlagen, Schneeräumer und Schneekatzen, Kläranlagen) schon durch den lokalen Arbeitsmarkt enge Grenzen gesetzt sind.

Für die Leistungsfähigkeit der Industrie in Südtirol – eine Leistungsfähigkeit, die keine Volkstumsgrenzen kennt – zeugen etwa diese Beispiele:

Die zum Falck-Konzern gehörenden Bozener Stahlwerke, mit 1700 Mitarbeitern der größte Betrieb des Landes, haben von der weltweiten Stahlkrise kaum etwas verspürt, sie konnten sich mit Edelstahlspitzenprodukten, zu deren traditionellen Abnehmern u. a. Daimler-Benz gehört, voll auf dem schwierigen Weltmarkt behaupten.

Das vor fünf Jahren von dem deutschen Dynamit-Nobel-Konzern erworbene Chemiewerk in Sinich bei Meran, die Dynamit Nobel Silicon, gehört weltweit zu den Hauptproduzenten von Silizium, dem Material, aus dem die Computerchips bestehen. Hier wird mitten im vielbesungenen weinseligen Etschtal absolute Spitzentechnologie praktiziert.

Die Firma „Pan Tiefkühlprodukte" in Leifers ist die größte Strudelfabrik überhaupt. Sie beliefert 60 Prozent des deutschen Marktes.

Die Firma Sevi im Grödnertal gehört zu den wichtigsten Produzenten von Holzspielzeug. Sie beschäftigt zwar nur 70 Mitarbeiter direkt im Werk, darüber hinaus aber 250 Heimarbeiter und exportiert in 52 Länder der Welt. In Italien, Österreich und Deutschland unterhält sie ein eigenes Vertriebsnetz.

Als weitere Beispiele für die Effizienz der Südtiroler Industrie gelten: die Firma Zuegg als größter Marmeladenhersteller Italiens, die Firma Zipperle, der Fruchtsafthersteller mit der größten Lagerkapazität in Europa, die Durstwerke mit dem größten Weltmarktanteil an Fotovergrößerern, das Bozener Magnesiumwerk als einer der drei Betriebe Europas, in denen dieses Metall gewonnen wird, das zum Fiat-Konzern gehörende Lancia-Werk als Hersteller von Spezialfahrzeugen auch für das Militär. Einen ersten Militärauftrag haben kürzlich übrigens auch die Sterzinger Leitner-Werke erhalten: Sie produzieren Spezialschneekatzen für die indischen Streitkräfte.

Ermöglicht wurden diese Erfolge der Südtiroler Industrie nicht zuletzt durch die Förderungspolitik der Provinzialregierung, die von einer Koalition der Südtiroler Volkspartei (SVP), der Democrazia Cristiana und der Sozialistischen Partei Italiens getragen wird. Diese drei Koalitionsparteien haben sich grundsätzlich darauf verständigt, daß die Maßnahmen zur Förderung von Industrie und Technologie das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Volksgruppen nicht verändern sollen. Industrialisierung soll also keine Waffe mehr sein im Volkstumskampf. Sie soll allen Volksgruppen zugute kommen.

Weitsichtige Politik der Südtiroler Volkspartei

Weitsichtige Südtiroler Politiker sehen in ihr sogar eines der Mittel zur Überwindung der Spannungen, die bei den letzten Wahlen in der italienischen Wählerschaft der Provinz zu einem Erdrutsch zu Gunsten der Neofaschisten geführt haben.

Die Südtiroler Autonomie, so unterstrich jetzt der SVP-Abgeordnete Roland Riz in einem Interview mit der „Südtiroler Wirtschaftszeitung", ist auf die Dauer nur dann zu verteidigen und auszubauen, wenn sie auch von der Mehrheit der italienischen Volksgruppe mitgetragen wird, das heißt, wenn auch die in der Provinz Bozen ansässigen Italiener darin etwas Positives zu sehen vermögen.

Im industriellen Bereich ist man diesem Ziel des gemeinsamen Wohls zweifellos am nächsten gekommen – auch wenn es noch immer in der deutschen Volksgruppe einiges Mißtrauen gegen die Industrie geben mag und manche Italiener der überholten faschistischen Industrialisierungspolitik nachtrauern mögen.







Der Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs: Serenissimus, der Kurfürst

FOTOS: BENZ/OLGAO

AKK – das sind keine Mainzer Narren

In und um Mainz am Rhein entwickelt sich aus einer Mischung aus Jux, Foklore und Historie ein Grenzstreit unter Nachbarn, der allmählich politisches Eigengewicht gewinnt und selbst im fernen Bonn für Nervosität sorgt. Die Gemeinden Amöneburg, Kastel und Kostheim (AKK) wollen zurück nach Mainz.

Von JOACHIM NEANDER

Im Hof der mittelalterlichen Burgruine des Städtchens Eltville im Rheingau erklimmt Ludwig Falck, Direktor des Mainzer Stadtarchivs, ein Podest und verkündet, von Scheinwerfern angestrahlt, einer feuchtfröhlichen Gästerunde, er müsse „auf Befehl von Serenissimus, dem Kurfürsten" einen Vortrag über das Thema „Der Rheingau als mainzisches Land" halten.

Die Runde jubelt vor Begeisterung. „Serenissimus, der Kurfürst" hockt mittendrin bei Wurst und Rheingauer Wein: der Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs.

Genau wie ihn kennt jeder hier auch die Pointe. Der Mainzer OB – „auf den Spuren der Kurfürsten" (so steht es in der Einladung) – hat zum traditionellen Spätsommerfest diesmal nicht in die eigene Stadt, sondern sozusagen in „Feindesland", in den rechtsrheinisch-hessischen Rheingau, gebeten. Just diesen Rheingau aber hatte vor genau 1000 Jahren Kaiser Otto der Zweite dem legendären Mainzer Erzbischof und Erzkanzler Willigis „auf ewige Zeiten" zum Geschenk gemacht.

Da aber die Geschichte nichts von „Ewigkeiten" hält, dauerte die Mainzer Herrschaft (oder Herrlichkeit) im Rheingau „nur" ein knappes halbes Jahrtausend. Immerhin, in vielen kulturellen und menschlichen Beziehungen lebt sie weiter. Manche trauern ihr lebhaft nach, auf beiden Seiten übrigens – in Mainz wegen der Rheingauer Weine, im Rheingau, weil viele Mainz doch als etwas menschlicher empfinden als die kalte Pracht der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Doch mehr als ein bißchen Sentimentalität und ein bißchen Ulk steckt nicht dahinter. So scheint es jedenfalls.

Doch es gibt mittlerweile Leute, die bei der Erwähnung dieses Themas heimlich auf Holz klopfen. Denn genau so, aus Erinnerung, Folklore und Jux, ist ein paar Kilometer rheinaufwärts in den letzten Jahren eine Bewegung entstanden, die die Politiker heute schon vor nur schwer lösbare Probleme stellt. Dort wollen drei ehemalige Mainzer Vororte auf dem rechten Rheinufer, die seit 1945 nicht mehr zu Mainz, sondern zum gegenüberliegenden Wiesbaden gehören, allen Ernstes „heim nach Mainz". Das AKK-Problem – benannt nach den Vororten Amöneburg, Kastel und Kostheim – beschäftigt bereits namhafte Verfassungsrechtler und floß einmal sogar in die Beratungen des Bundestages ein.

Wie in den drei AKK-Vororten, die mit 27 000 wahlberechtigten Einwohnern und so steuerkräftigen Unternehmen wie Dyckerhoff-Zement, Kalle-Chemie oder den Chemischen Werken Albert ein ökonomisch und politisch hochinteressantes Zankobjekt geworden sind, aus Jux plötzlich Zündstoff wurde, das hat nicht zuletzt mit „Serenissimus, dem Kurfürsten von Mainz", also mit Jockel Fuchs zu tun.

Nicht, daß er an der Sache schuld wäre. Aber seine in 20 Amtsjahren zur Kunst entwickelte Begabung, knallharte Politik mitunter in Spaß und Helau zu verpacken, hat gewollt oder ungewollt zur Eskalation beigetragen. Dieser Jockel Fuchs, den meisten Bundesbürgern nur unter der Zierde der Karnevalskappe bekannt, gehört zu einer besonderen Politiker-Spezies. Der Gegensatz zwischen ihm und jenen geistlichen Herren, die im Mittelalter Mainz und von dort aus weit ins Land regierten, ist mit dem Wort „weltlich" sicher viel zu schwach charakterisiert.

Mit seinen fast 66 Jahren ist der Landarbeitersohn von der Nahe inzwischen gerade deswegen so populär wie kaum einer seiner deutschen OB-Kollegen. Die Leute duzen ihn auf der Straße. Und die alte deutsche Spruchweisheit – „Wenn der Fuchs anfängt zu predigen, müssen die Gänseküken sich in acht nehmen" – empfinden die meisten Mainzer als großes Kompliment für ihren Jockel. Er selber sowieso.

1908 bzw. 1913 waren die drei rechtsrheinischen AKK-Ortschaften zu Mainz gekommen. 1945 wurde das ganze Gebiet von US-Truppen besetzt. Im Juli aber übergaben die Amerikaner, getreu den Potsdamer Beschlüssen, das linksrheinische Gelände in diesem Bereich an die französische Besatzungsmacht.

Bei dieser Trennung, inzwischen verfestigt durch die hessische und rheinland-pfälzische Landesgrenze, ist es geblieben. Es gab zunächst schüchterne deutsche Proteste, schüchtern vor allem deswegen, weil damals zur Hungerzeit im AKK-Bereich jedermann froh war, bei den Amis untergeschlüpft zu sein. Auch blieb in Amöneburg, Kastel und Kostheim manches kurios, etwa die Ortsschilder „Mainz-Kostheim, Stadtkreis Wiesbaden", oder daß die Post weiterhin aus Mainz über die Rheinbrücke kommt und die AKK-Orte eine eigene Telefonvorwahl behielten. Aber regieren ließen sie sich scheinbar gern und gehorsam von Wiesbaden.

Das änderte sich etwa vor 15 Jahren. Da tauchte dann gelegentlich der Mainzer OB auf AKK-Fastnachtssitzungen auf, stürmisch bejubelt natürlich. Die Zeitungen fingen an, die alte Sache mit der willkürlichen Trennung wieder auszugraben. Eine Bürgeraktion wurde gegründet, die für die Rückkehr ins heimatliche Mainz kämpfte.

Vielleicht wäre alles wieder versandet, hätte die damalige Wiesbadener Stadtregierung nicht den Fehler begangen, den AKK-Vororten kurzerhand die Mitbestimmung über ihre Steuereinnahmen bestreiten zu wollen. Da wallten plötzlich die Gefühle hoch. Eine Straßenabstimmung ergab zunächst an die 65 Prozent, eine repräsentative Bürgerumfrage in den AKK-Orten im vergangenen Jahr sogar 80 Prozent für einen Anschluß an Mainz.

Juristisch gesehen ist das gar nicht möglich. Die große Länderneugliederung nach Artikel 29 des Grundgesetzes ist bekanntlich begraben worden. Kleinere freiwillige Grenzkorrekturen zwischen Bundesländern sind nach dem Gesetz nur für Gebiete bis zu 10 000 Einwohnern gestattet. Ein Versuch, dies 1975 mit Blick auf Mainz auf 100 000 Einwohner auszuweiten, scheiterte im Bundestag.

Das Land Hessen denkt gar nicht daran, die drei reichen Vororte seiner Landeshauptstadt herauszurücken. Doch die neue SPD-Mehrheit im Wiesbadener Stadtrat ist an die Versprechen gebunden, die sie in diesem Frühjahr vor der Kommunalwahl den Wählern in Amöneburg, Kastel und Kostheim feierlich gegeben hat: eine offizielle, vollständige Bürgerbefragung noch im Jahre 1986 zuzulassen.

Das Ergebnis scheint vorprogrammiert: eine deutliche Mehrheit für Mainz. Rechtliche Wirkungen wird es dennoch nicht haben. Aber der politische Druck würde durch solch einen Vorgang in unkontrollierbare Größenordnungen anwachsen. Es würde zu Massendemonstrationen kommen.

Der Gedanke, Ähnliches könne sich eines Tages auch im ehedem mainzischen Rheingau entwickeln (immerhin fühlt der alte Rheingaukreis sich seit der hessischen Gebietsreform durch Zwangsehe mit dem benachbarten Hintertaunus ein wenig „unterdrückt"), verursacht Beklemmungen.

Frage an Jockel Fuchs: „Was machen Sie, wenn auch in Eltville eine Bürgeraktion für einen Anschluß an Mainz entsteht?" Die Antwort, füchsisch zwischen Fleischwurst und 1983er Hattenheimer Engelmannsberg Kabinett: „Dann sag' isch dene, tut mer leid, mer hawwe schon genug . . ."

Der Herbst bringt den Pseudo-Krupp

Von LUDWIG KÜRTEN

Manche Eltern mit Kleinkindern benötigen keine Warnungen der Meteorologen vor den „Inversionswetterlagen", bei denen sich schadstoffbelastete Luftschichten über einer Stadt eingenistet haben und kein Wind und Wetter sie vertreiben kann: Ihre Kinder leiden an dem sogenannten Krupp-Syndrom („Pseudo-Krupp"). Bei ihnen treten, meistens in der Nacht, plötzlich Atemnot und Husten auf. Die Ursache ist eine Verengung der Atemwege durch eine Entzündung der Schleimhäute. Lange haben diese Eltern darum gekämpft, daß auch die Behörden anerkennen, welche Rolle die Schadstoffe in der Luft bei der Entstehung dieser Krankheit besitzen. Sie bekommen jetzt endlich Schützenhilfe von einer Studie, die Kinderärzte und Meteorologen gemeinsam in Berlin durchgeführt haben.

Die Untersuchung zeigt, daß Erkrankungen der Atemwege bei Kindern, vor allem die Bronchitis und der Pseudo-Krupp sowohl von der Konzentration an Luftschadstoffen als auch von meteorologischen Umgebungsfaktoren beeinflußt werden. Die Ergebnisse wurden jetzt auf dem Internationalen Kongreß für Human Biometeorologie vorgetragen, der zur Zeit in Freiburg tagt.

Die Wissenschaftler hatten zwischen 1979 und 1982 Atemwegserkrankungen bei Kindern in zwei großen Berliner Kliniken ausgewertet. Sie stellten dabei fest, daß der „Pseudo-Krupp" meistens im Herbst sowie in Perioden mit häufigen und krassen Wechseln von kühlen und warmen Witterungsabschnitten auftritt. Die Forscher schließen daraus, daß diese Erkrankung vor allem auf eine mangelnde Anpassungsfähigkeit der Schleimhaut an sich verändernde Umweltfaktoren zurückgeht. Denn im Herbst sinkt nicht nur die Lufttemperatur, sondern mit Beginn der Heizperiode wird auch die Innenraumluft trockener und die Temperaturunterschiede krasser.

Eine erhöhte Schadstoffkonzentration zu dieser Zeit kann die Zahl der Erkrankungen dann in die Höhe treiben: An einzelnen Tagen mit extrem hoher Belastung, an denen Smogalarm ausgelöst werden mußte, stieg die Erkrankungsrate jeweils deutlich an. Im Winter nimmt die Zahl der Fälle dann wieder ab, liegt jedoch noch immer wesentlich höher als im Sommer.

Die Bronchitis („Asthma") tritt dagegen vor allem im Winter auf, auch schon bei verhältnismäßig geringen Schadstoffimmissionen. An sehr belasteten Tagen stieg die Zahl der Bronchitisfälle um bis zu 50 Prozent an.

Die Untersuchung schloß auch einen Vergleich zweier Berliner Stadtbezirke ein, die unterschiedlich stark mit Luftschadstoffen belastet sind. Die Ergebnisse zeigen, daß die Mehrzahl der an Bronchitis erkrankten Kindern in den Kliniken aus dem höher belasteten Bezirk (Neukölln) stammten, obwohl die Unterschiede der Schwefeldioxidkonzentrationen nur etwa zehn Prozent betrugen. Beim Pseudo-Krupp konnte eine solche Beziehung nicht nachgewiesen werden, es sieht sogar eher so aus, als wenn der Anteil dieser Fälle in dem geringer belasteten Bezirk (Rittberg) höher sei.

Saar-CDU warnt SPD vor Polemik gegen die USA

UR. Bonn

Die saarländische CDU fürchtet, daß die sozialdemokratische Landesregierung das Saarland zum „Aufmarschgebiet des Antiamerikanismus" machen will. Jüngster Anlaß für diese Befürchtungen ist die Rede des Wirtschaftsministers Hans-Joachim Hoffmann aus Anlaß des 30. Jahrestages des Bestehens der deutsch-sowjetischen Gesellschaft in Saarbrücken. Dort hatte Hoffmann in Anwesenheit des sowjetischen Botschafters Wladimir Semjonow in einer heftigen Attacke gegen die Sicherheitspolitik Washingtons das SDI-Projekt als „kriegstreibend" bezeichnet. Der SPD-Politiker war in seiner Polemik gegen die Vereinigten Staaten noch einen Schritt weiter gegangen. Er sprach im Zusammenhang mit der Weltraumverteidigung von einer „Perversion des Denkens". Diese Einschätzung gelte ebenso für das Technologieprojekt Eureka, solange dessen ausschließlich friedliche Nutzung nicht garantiert sei.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Schwarz ordnete in einer Aktuellen Stunde die Äußerungen Hoffmanns den Bestrebungen der Landesregierung zu, auf „Konfrontationskurs zur Bundesregierung" zu gehen. Man könne eine solche Veranstaltung „nicht zum Anlaß einseitiger Schuldzuweisung nehmen und sich damit der Sowjetunion gegenüber anbiedern, ohne die westlichen Sicherheitsinteressen zu gefährden", betonte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Peter Jacoby, gegenüber der WELT. Der Beitrag Hoffmanns liege auf der Linie Oskar Lafontaines, der den Austritt aus der NATO propagiere.

Neue Ermittlungen wieder eingestellt

AP, Köln

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren wegen der Todesursache der Ehefrau des in die „DDR" übergewechselten Regierungsdirektors im Bundesamt für Verfassungsschutz, Hans Joachim Tiedge, eingestellt. Wie die Justiz gestern mitteilte, hat sich bei den neuen Nachforschungen kein Anhaltspunkt für ein Fremdverschulden beim Tod der Frau ergeben. Ute Tiedge war am 16. Juli 1982 in der neurochirurgischen Abteilung der Kölner Universitätskliniken gestorben. Sie soll sich zuvor den Kopf am Waschbecken gestoßen haben. Offizielle Todesursache war ein Blutgerinnsel im Gehirn. Die Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen wieder aufgenommen, nachdem in Presseberichten unter Berufung auf Personen aus der Umgebung der Familie Tiedge Zweifel an dieser Todesursache laut geworden waren. Nach Angaben der Justiz haben die jetzigen Ermittlungsergebnisse jedoch die früheren im wesentlichen bestätigt.

Gegen Eingriffe bei Abfallbeseitigung

dpa, Köln

Bei der Abfallbeseitigung sind nach Auffassung des Bundesverbandes der Industrie (BDI) nicht staatliche Eingriffe, sondern mehr Anreize zu marktorientierter Weiterentwicklung geboten. Nachdrücklich trat der BDI damit gestern in Köln dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf zur vierten Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes entgegen. Der Entwurf enthalte „eine Reihe unverständlicher wirtschaftslenkender Elemente" wie Kontingentierung, Zwangspfand und Rücknahmepflicht für Verpackungen sowie Abfallvermeidungsgebot, die als „kontraproduktiv" anzusehen seien, hieß es in der Stellungnahme. Dies gelte noch mehr für die Vorschläge der Oppositionsparteien, die Regulierungen durch Produktions- und Produktvorschriften sowie Herstellungsverbote bis in planwirtschaftliche Dimensionen steigern wollten. Das Abfallaufkommen sei seit 1980 um 16 Prozent zurückgegangen, was das Ergebnis innovativer Abfallvermeidungs- und -verwertungsstrategien auf marktwirtschaftlicher Grundlage sei.

In der Ära Goppel wurde Bayern zum Industrieland

PETER SCHMALZ, München

Mit Geburtstagen ist die bayerische Regierungspartei in diesem Jahr reichlich gesegnet, was ihr dank der damit verbundenen publizistischen Ausstrahlung angesichts der kommenden Wahlkämpfe für Land und Bund zupaß kommt. Begonnen hatte es mit dem 60. Geburtstag des Partei-Vize Friedrich Zimmermann und einem von Prominenz und Medien gesegneten Fest auf der Landshuter Burg Trausnitz, enden wird das Jubeljahr im November, wenn die Partei auf einem Parteitag der 40. Wiederkehr ihrer Gründung gedenkt.

Dazwischen lag der eher von Insidern beachtete 60. von Fritz Pirkl, einst Sozialminister und heute Anführer der CSU-Streiter im Europaparlament, und natürlich die kaum endenwollenden Jubelfeiern zum 70. des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß.

Und nun darf einer gefeiert werden, der die Partei um das doppelte Alter und den Parteichef um zehn Jahre übertrifft: Alfons Goppel wird heute 80 Jahre alt. 16 Jahre repräsentierte er in der ihm eigenen milden und weisen Art die Regierung des Freistaats, bis 1976 sein Nachfolger drängelte und Goppel sich bereit fand, die Europaliste der CSU anzuführen und für fünf Jahre nach Straßburg zu gehen.

In Regensburg als viertes von neun Kindern geboren, absolvierte er das Jurastudium, trat der CSU bei und schien das Pech gepachtet zu haben: Die Bürger von Aschaffenburg wie jene von Würzburg ließen ihn bei der Oberbürgermeisterwahl durchfallen, was den gut Fünfzigjährigen bewog, sein künftiges Glück in der Landespolitik zu suchen, wo der Weg schnell nach oben führte: 1957 Staatssekretär der Justiz, im Jahr darauf Innenminister und vier Jahre später nach dem Tod von Hans Ehard Überraschungs- und Verlegenheitslösung für das Amt des Ministerpräsidenten.

„Maßvoll und menschlich"

Doch Goppel fand Gefallen am neuen Posten, und das Volk gewann Sympathie für den neuen Mann. „Er ist der Landesvater geworden", sagte Strauß einmal über ihn und fand zu dessen Abschied aus der Staatskanzlei eine Vielzahl lobenswerter Charaktereigenschaften: „Maßvoll und menschlich, verbindlich und vernünftig, weltoffen und dabei in Geschichte und Brauch des Landes verwurzelt."

In den Jahren davor sprudelte das Lob des Parteivorsitzenden über den Münchner Regierungschef spärlicher, der Unmut über den Parteifreund, der den Frohgesang einer Schulklasse der harten politischen Konfrontation vorzog, grollte auch hörbar. Es waren nicht Goppels bequemste Stunden, wenn er die Staatskanzlei besuchte und – wie sich dieser einmal schmunzelnd erinnerte – mit viel Sitzfleisch den Ministerpräsidenten auf den rechten Weg einschwor. So geschah die staatspolitisch wohl bedeutsamste Aktion, der Gang nach Karlsruhe wegen des Grundlagenvertrags, zwar in der Ära Goppel, aber auf Initiative von Strauß.

Ergänzung zu Strauß

Trotz mancher Kontroversen wußte der Parteichef auch damals Art und Wesen des Regierungschefs durchaus zu schätzen. „Wir haben es besser als die CDU in anderen Ländern", meinte Strauß an einem Wahlabend vor elf Jahren. „Alfons Goppel gewinnt Sympathien als Landesvater, und ich kann energisch und konsequent die politische Linie aufzeigen." Es war der Abend, als das ungleiche Wahlkampf-Paar seinen größten Erfolg kassierte: Die CSU gewann 62,1 Prozent und verfehlte nur knapp die Zwei-Drittel-Mehrheit. Es waren auch die Regierungsjahre Goppels, in denen sich das Agrarland Bayern zu einem fortschrittlichen Industrieland entwickelte.

Zweimal wurde Goppel als möglicher Unions-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten gehandelt, er aber winkte ab: „Meine Aufgabe ist Bayern." Und es ist kein Geheimnis, daß er sich dieser Aufgabe nur zu gerne noch einige Jahre gewidmet hätte, wären ihm die innerpolitischen Konstellationen der CSU gewogener gewesen.

Nach einigem Zaudern zog er sich im vergangenen Jahr auch aus der Europapolitik zurück, steht nun nur noch dem Bayerischen Roten Kreuz als Präsident vor, der Name Goppel aber bleibt in der bayerischen Politik: Thomas, der jüngste der fünf Söhne, sitzt im Landtag und gilt als eine der Zukunftshoffnungen der CSU.

Sozialausschüsse stellen sich hinter den Kanzler

CDA-Hauptgeschäftsführer zum ‚Streikparagraphen' 116

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Sozialausschüsse halten trotz Drohungen aus dem DGB, die Gespräche mit der Regierung und den Arbeitgebern künftig zu boykottieren, den Appell des Bundeskanzlers nach wie vor für richtig, strittige arbeitskampfrechtliche Fragen wie die Neutralitätspflicht des Staates im „Streikparagraphen" 116 des Arbeitsförderungsgesetzes einvernehmlich zwischen den Tarifparteien zu lösen. Zur Erklärung des IG Metall-Vorsitzenden Hans Mayr vom Wochenende, er sehe keinen Bedarf für Gespräche mit den Arbeitgebern, sagte der neue Hauptgeschäftsführer der CDA, Heinz-Adolf Hörsken, gegenüber der WELT:

Hörsken: Wir halten es nach wie vor für notwendig, daß Tarifpartner eine Regelung des Paragraphen 116 mit eigener Kraft herbeiführen. Wir halten sie auch dafür in der Lage. Was Herr Mayr gesagt hat, steht ja auch in Widerspruch zu dem, was sein Kollege, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Breit, noch vergangene Woche beim Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten gesagt hat. Breit hat dort erklärt, der DGB sei sehr wohl bereit, über offene Fragen in diesem Zusammenhang zu reden.

WELT: In welchem Rahmen könnten denn die Tarifvertragsparteien dies besprechen? Kommt da der Selbstverwaltung bei der Nürnberger Anstalt eine Rolle zu?

Hörsken: Das ist genau der entscheidende Punkt. Die Selbstverwaltung ist hier gefragt. Denn der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit muß die Anordnung zum Paragraphen 116 herbeiführen; der Bundesarbeitsminister muß sie dann genehmigen. Aber gefragt sind jetzt die Vernünftigen in allen Bereichen, und die arbeiten seit Jahren erfolgreich in der Bundesanstalt für Arbeit zusammen. Aus diesem Grunde würde sich dieses Gremium anbieten, um zu einer vernünftigen Lösung zu kommen und damit die Neutralitätspflicht – deren Notwendigkeit unumstritten ist – sicherzustellen.

WELT: Der Bundestagung der Sozialausschüsse am Wochenende in Saarbrücken liegt ein Antrag zur Behandlung des „Streikparagraphen" vor. Wie ist der Tenor, mit welcher Verabschiedung rechnen Sie?

Hörsken: Der Antrag zur Neutralitätspflicht, der der Bundestagung vorliegt, sagt in seinen Forderungen, daß diese Pflicht erfüllt werden muß, daß der Staat im Streikfall keine Hilfen als Vorleistung erbringen darf. Und der Antrag besagt, daß dabei allerdings die Tarifautonomie nicht untergraben und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden dürfen. Entscheidend ist: Alle wollen, daß wir die Neutralitätspflicht ordnungsgemäß regeln. Darüber hinaus wollen die Sozialausschüsse der CDA, daß die Tarifpartner dies miteinander tun. Und schließlich wollen wir, daß es hierbei keine Sieger und Verlierer gibt, sondern eine partnerschaftliche Lösung.

Tod eines Demonstranten löste in vielen Städten Krawalle aus

Hamburgs Innensenator: Ich hoffe, wir können die Randalierer vor Gericht bringen

dg./DW. Frankfurt/Bonn

Als Reaktion auf den Tod des 36 Jahre alten Schlossers Günter Saré, der am Sonnabend bei einer Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung in Frankfurt ums Leben gekommen war, ist es in der Nacht zum Montag in mehreren Städten der Bundesrepublik zu Krawallen und schweren Sachbeschädigungen gekommen. Das Ausmaß der Schäden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Neben den Großstädten Frankfurt, Hamburg, Berlin, München und Köln waren auch zwölf mittlere und kleinere Städte von Ausschreitungen betroffen.

Die schwersten Auseinandersetzungen gab es wie schon am Vortag in Frankfurt. Rund 1500 Demonstranten hatten sich nach einem Aufruf eines spontan gebildeten „Aktionsbündnisses", dem unter anderen Vertreter der Startbahn-Bürgerinitiative und der Grünen angehören, zu einer Trauerkundgebung für Günter Saré zusammengefunden. Nach Darstellung der Polizei hatten sie sich am Sonntagabend bereits während des Aufmarsches am Paulsplatz mit herausgebrochenen Pflastersteinen für ihr Vorhaben gerüstet. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurden unter anderem im Polizeipräsidium und in einem Bank-Hochhaus Scheiben eingeworfen. Aus einem Juweliergeschäft entwendeten die Randalierer Schmuck und Antiquitäten im Wert von rund 200 000 Mark. Ein Teil des Schmucks sei später bei den Festgenommenen wiedergefunden worden, berichtete ein Polizeisprecher. Die Poilizei fand bei den 255 vorübergehend Festgenommenen außerdem zahlreiche Schlagwerkzeuge, feststehende Messer und Feuerwerkskörper. Nach Feststellung der Personalien wurden alle im Laufe der Nacht wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Polizei hat dabei ein detailliertes Bild von der Zusammensetzung des „harten Kerns" der offiziell als „Störer" bezeichneten „auffälligen Personengruppen" gewonnen. Zwei Drittel der Festgenommenen stammten nicht aus Frankfurt, sondern vor allem aus Städten und Gemeinden in einem Umkreis von 100 Kilometern. Resumee des Polizeisprechers: „Mit Arbeitslosen haben diese Krawalle nichts zu tun."

In Hamburg haben nach Polizeiangaben rund 300 Personen, meist Punker und Bewohner der ehemals besetzten Häuser in der St. Pauli-Hafenstraße, in mehreren Stadtteilen die Fensterscheiben von rund 100 Geschäften eingeworfen. Sechs von ihnen wurden festgenommen. In einem Rundfunk-Interview erklärte Innensenator Rolf Lange (SPD), er hoffe, daß es gelingen werde, die Festgenommenen durch Zeugenaussagen auch vor Gericht zu bringen.

Auch in Berlin kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Rund 200 Demonstranten warfen am Kurfürstendamm und in der Berliner Innenstadt Schaufensterscheiben ein und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Am späten Abend verlagerten sich die Krawalle in den Bezirk Kreuzberg, wo militante Demonstranten Straßensperren errichteten und Fahrzeuge in Brand setzten. Hier konnte die Polizei insgesamt elf Personen festnehmen. Bei einer nichtgenehmigten Demonstration in der Münchner Altstadt ist es ebenfalls zu zahlreichen Sachbeschädigungen gekommen. Elf Demonstranten wurden festgenommen.

Alle Bürger, die bei den jüngsten Krawallen geschädigt worden sind, sollten sich wegen einer Schadensaufnahme sofort an ihre Versicherung wenden. Hermann Arnhofer, der Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute, erklärte, die Folgen sogenannter „innerer Unruhen" seien zwar generell nicht versichert, doch werde man in jedem Einzelfall nachzuprüfen haben, wie die rechtliche Lage sei.

Wegen der Ereignisse in Frankfurt haben die hessischen Grünen die für gestern geplante zweite Runde der Koalitionsverhandlungen mit der SPD abgesagt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Grünen bezeichneten es als „mehr als zweifelhaft, ob Günter Saré nicht absichtlich überfahren wurde".

Um die genaue Todesursache von Günter Saré zu ermitteln, wertet das Landeskriminalamt Hessen noch Foto- und Videoaufnahmen der Polizei sowie den Fahrtenschreiber des Wasserwerfers aus. Immer noch ist unklar, ob der 36jährige Schlosser durch den Wasserwerfer oder durch einen Steinwurf an den Kopf getötet wurde. Der Frankfurter Staatsanwalt Rochus sagte zu den Ermittlungen, Saré „hatte Verletzungen im Brustbereich, die durch das Überrollen mit dem Wasserwerfer kamen und auch Verletzungen im Kopfbereich. Er ist gestürzt. Der Sturz kann ebenfalls die Todesursache gewesen sein."

Die Mutter von Günter Saré hat gegen den Frankfurter Polizeipräsidenten, die Einsatzleitung und die Besatzung des Wasserwerfers Strafanzeige erstattet.

R. Loewenthal auf einsamem Posten

„Deutsch-sowjetische Begegnungstagung" in der Evangelischen Akademie Loccum

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Mit hochgespannten Erwartungen war die „deutsch-sowjetische Begegnungstagung" am Wochenende in der Evangelischen Akademie Loccum angekündigt worden. Die Loccumer Akademieleitung gab dem Treffen das anspruchsvolle Motto: „Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung". Nach den Vorstellungen der Veranstalter sollten „Erinnerungsarbeit" geleistet, erste Themen für die Zukunft der deutsch-sowjetischen Beziehungen entwickelt und damit zur Versöhnung zwischen den beiden Völkern beigetragen werden.

Doch Anspruch und Wirklichkeit klafften erheblich auseinander. Von dem mehrfach beschworenen Abbau von Feindbildern konnte, sofern man sich nicht die sowjetischen Vorstellungen zu eigen machte, die übrigens von dem überwiegenden Teil des politisch einseitig zusammengesetzten Auditoriums geteilt wurde, kaum die Rede sein. Symptomatisch dafür war die Reaktion der Sowjets wie auch eines großen Teils der Teilnehmer auf das Eröffnungsreferat des Berliner Politikwissenschaftlers Richard Loewenthal zum Thema „Geschichtszüge der historischen Dimension der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1917 bis in die Gegenwart".



Richard Loewenthal
FOTO: JUPP DARCHINGER

Loewenthal, der eingangs sein freundliches Verhältnis zu Willy Brandt und seine positive Einstellung zu dessen Entspannungspolitik unterstrich, zeichnet ein insgesamt zutreffendes Bild von den Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland seit 1917, ein Bild, das frei von ideologischen Klischees und von Geschichtsklitterungen war. Genau dies kreideten ihm die sowjetischen wie auch ein großer Teil der Tagungsteilnehmer an.

So erklärte Loewenthal, daß Stalin seit 1937/38 bewußt eine Kooperation mit Hitler angesteuert habe, um eine Einheit von Deutschland mit dem Westen zu verhindern. Auch daß Loewenthal den Sowjets vorhielt, daß sie die Schwäche der Amerikaner im Zuge der Niederlage im Vietnam-Krieg zur Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen genutzt hätten und daß der vom ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt initiierte NATO-Doppelbeschluß zu den logischen Folgen der sowjetischen Rüstungspolitik gehört habe, nahmen ihm die sowjetischen Teilnehmer der Tagung sehr übel.

Vollends in die Schußlinie der sowjetischen, aber auch der Kritik aus dem Auditorium geriet Loewenthal dann, als er sich nach einem Vortrag des sowjetischen Tagungsteilnehmers Jan Vogeler zu Wort meldete und erklärte, es gäbe sehr viele, denen es ungeheuer schwer gemacht werde, die von Vogeler vertretene Ideologie auch nur ernst zu nehmen. Diese Ideologie sei im Laufe der Zeit so erstarrt, daß sie selbst für die meisten sowjetischen Funktionäre unglaubwürdig geworden sei. Er sei deshalb so erstaunt, diese ideologische Utopie erneut von sowjetischer Seite serviert zu bekommen.

Loewenthal richtete zum Schluß seiner Ausführungen die unüberhörbare Aufforderung an die Russen: „Wenn Sie mit uns zu einer gemeinsamen Verständigung kommen wollen, dann lassen Sie uns bitte mit Ihrem ideologischen Gedankengut zufrieden."

Daß der von den Loccumer Veranstaltern eingeladene Loewenthal von diesen im Stich gelassen wurde, gehört zu den nicht wenigen Merkwürdigkeiten dieser Tagung. Die Tagungsleitung kritisierte die Ausführung Loewenthals, allerdings erst nachdem er abgereist war – und bekundete unumwunden ihre Sympathie für die sowjetischen Vorstellungen, wie sie beispielsweise vom Leiter der Abteilung Internationale Politik am Institut für Weltwirtschaft der Moskauer Akademie der Wissenschaften, Wjatscheslaw Datitschew, formuliert wurden.

Datitschew äußerte sich verwundert darüber, daß die Versöhnung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion erst am Anfang stehe, wo es doch im Hinblick auf die Aussöhnung mit der „DDR" für die Sowjets keine Probleme gegeben habe. Nachdem in der Bundesrepublik und in der Sowjetunion eine neue Generation herangewachsen sei, die frei von den Erfahrungen des Kriege sei, müßten jetzt auch die alten Feindbilder abgebaut werden.

Datitschew machte dabei keinen Hehl daraus, daß die Versöhnung mit der Bundesrepublik nur zu einem von den Sowjets diktierten Preis zu haben ist. Die Zukunft der Beziehung zwischen beiden Ländern hänge davon ab, inwieweit die Bundesrepublik die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtige.

In der Loccumer „Versöhnungsdebatte" war von sowjetischer Seite von einer „ groß angelegten Provokation gegen die Sowjetunion", von Feindbildern in der Bundesrepublik, von der „Lüge über die Gefahr aus dem Osten" die Rede.

Ein prominenter Tagungsteilnehmer, der verwundert und kopfschüttelnd die Szenerie der Loccumer Tagung beobachtete, meinte in der Kulisse der Veranstaltung, er zerbreche sich den Kopf darüber, wie man auf die sowjetischen Beleidigungen antworten könne, ohne selbst beleidigend zu werden.

Verhalten der Neuen Heimat „beschämend"

gba. Bon

Der CDU-Abgeordnete Helmu Link hat in einem Brief an den DGB Vorsitzenden Ernst Breit den Au verkauf von Sozialwohnungen durc die gewerkschaftseigene Neue He mat als „beschämend und empören zugleich" bezeichnet. Link, seit 194 Mitglied der IG Metall und damit de DGB, schrieb an Breit, „noch nie ha be ich bisher innerhalb des DGB un seiner ‚gemeinwirtschaftlichen' Un ternehmen ein so beispiellos mise rables und unsoziales Verhalten e lebt wie durch den DGB-eigene Konzern Neue Heimat", dessen Au sichtsratsvorsitzender Breit sei. Mi dem „Ausverkauf" von 100 000 Soz alwohnungen seien in den Ballungs räumen „Angst und Schrecken unte den Mietern verbreitet" worden. De DGB betreibe „doppelte Moral" wenn er einerseits zu Demonstratio nen gegen angeblichen Sozialabba durch die Regierung aufrufe, im eige nen Verantwortungsbereich aber ge rade „soziale Demontage" betreibe.

„Die zehn Milliarden Mark an öf fentlichen Mitteln und Steuergeldern die die Neue Heimat in der Vergan genheit durch den Staat kassiert hat sind als Subvention für einkommens schwache Mieter und nicht für di Mißwirtschaft bei der Neuen Heima und deren zwielichtige Spekulations geschäfte gegeben worden."

Link forderte Breit als Vorsitzen den des DGB und Aufsichtsratsvor sitzenden der Neuen Heimat auf, „un verzüglich das Verscherbeln von So zialwohnungen zu stoppen und rück gängig zu machen".

Schily erteilt Schröder Abfuhr

mj. Hannover

Eine Abfuhr hat der Bundestagsab geordnete Otto Schily dem nieder sächsischen SPD-Spitzenkandidate Gerhard Schröder erteilt, in ein mögliche SPD-Landesregierung al Parteiloser einzutreten. Schily sagt gestern, es werde in Niedersachse nach der Landtagswahl 1986 „ein Koalition SPD/Grüne oder keine Ko alition SPD/Grüne geben"; auf jede Fall „keine Koalition SPD/Schily". Der Politiker der Grünen, dessen Ver hältnis zur eigenen Partei in der Ver gangenheit nicht immer spannungs frei war, reagierte damit auf Signale von Schröder, Schily zur Mitarbeit in einer künftigen SPD-Regierung zu animieren. In Hannover war in jüng ster Zeit die Rede davon, daß di Sozialdemokraten dem Rechtsanwa Schily das Justizministerium anbie ten könnten.

Die SPD diskutiert ‚blockübergreifend'

rmc. Bonn

In einem zweitägigen „Werkstatt gespräch" beschäftigt sich die SPD seit gestern mit den möglichen politi schen und technischen Auswirkun gen der „Strategischen Verteidi gungsinitiative" der USA. Damit möchten die Sozialdemokraten, wie ihr Bundesgeschäftsführer, Peter Glotz, zur Eröffnung sagte, ihre längst ausgedrückte Ablehnung eines SDI-Programms auf eine nach ihrer Ansicht verbesserte Wissensgrundla ge stellen. Zu diesem Zweck lud die Parteiführung für eine Reihe von An hörungen Wissenschaftler und ande re Experten aus dem In- und Aus land. Glotz unterstrich, die Sicher heitsprobleme der Zukunft seien nicht lösbar, indem dem heutigen Zu stand ein neues Schild oder neues Schwert hinzugefügt werde. Glotz setzte sich dafür ein, nach einer Poli tik Ausschau zu halten, welche die beiden Teile Europas nicht weiter in ihrem jeweiligen Lager zusammen drängt, die vielmehr blockübergrei fend für Europa eine „eigenständige technologische und friedenspoli tische Perspektive" verspreche.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Neuer Parteichef für Quebecs Separatisten

dpa, Ottawa

Die in der kanadiscnen Provinz Quebec regierende Parei der francokanadischen Separatisten hat den Justizminister der Provinz, Pierre Marc Johnson (39), zum Parteichef gewählt. Er löst den Parteigründer und Ministerpräsidenten René Levesque ab, der sich aus der Politik zurückzieht.

Mit seinem Abtritt geht eine Ära zu Ende, während der das Traumziel der Separatisten, die Unabhängigkeit Quebecs, nicht erreicht wurde. Levesque gewann 1976 die regionalen Wahlen, verlor jedoch 1980 ein Unabhängigkeitsreferendum. Seitdem büßten er und seine Partei zunehmend an Popularität ein. Sein Nachfolger Johnson vertritt den gemäßigten Flügel der weiterhin nationalistischen, aber kaum noch separatistischen Partei.

Putschführer in Sudan identifiziert

rt/AP, Khartum

Der sudanesische Verteidigungsminister Osman Abdullah Mohammed hat gestern den Chef der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee, John Garang, als einen von drei Anführern des gescheiterten Putschversuchs der vergangenen Woche identifiziert. Außer Garang seien Jaagub Ismail und Jussef Kuwa, Führer nicht-arabischer Stämme, an dem Umsturzversuch beteiligt gewesen, sagte Mohammed der amtlichen Nachrichtenagentur SUNA.

Garang, Ismail und Kuwa hätten im Falle eines erfolgreichen Putsches von einer ausländischen Hauptstadt nach Khartum fliegen sollen, sagte Mohammed. Die Regierung hoffe weiterhin, Garang zu Friedensgesprächen bewegen zu können. Im Zusammenhang mit dem Putschversuch sind nach früheren Angaben Mohammeds 162 Personen festgenommen worden.

Der Vorsitzende des in Sudan regierenden Militärrats General Abdul Rachman Swareddahab, hat versichert, daß seine Regierung die Zügel weiter fest in der Hand halte. Das ägyptische Fernsehen meldete, Präsident Mubarak habe Swareddahab per Telefon zugesichert, Ägypten werde es niemandem erlauben, sich in Sudan einzumischen.

Panamas Politik stellt Militär nicht zufrieden

Von G. FRIEDLÄNDER

Panamas neuer Präsident Eric Arturo Delvalle ist nicht der soziale Revolutionär, wie General Omar Torrijos ihn sich vorstellte, als er 1968 mit einem Staatsstreich die Nationalgarde (heute Panamas Verteidigungsheer genannt) an die Regierung brachte. Delvalle leitet eine große Zuckerraffinerie und Holdinggesellschaften.

Im Wahlbündnis der Nationalen Demokratischen Union, die das Gedankengut der Revolution des 1981 bei einem Flugzeugunglück gestorbenen Torrijos vertritt, gehört Delvalle der kleinen Republikanischen Partei an, die rechts von der Mitte Unternehmerinteressen vertritt. Um so mehr wird er die Hilfe des Heeres und seines Kommandanten General Manuel Noriega brauchen, die sein Vorgänger Ardito Barletta verloren hatte.

Panamas neuer Präsident Eric Arturo Delvalle FOTO: AP

Dessen Sturz nach weniger als einem Jahr im Amt war nur noch eine Frage der Zeit, nachdem Noriega ihm im August in einer Rede die Unzufriedenheit des Volkes vorhielt: Statt den Kopf in Lehrbüchern amerikanischer Universitäten zu vergraben, mögen die erfahrenen Wirtschaftler praktische Lösungen für die panamaische Wirtschaftskrise finden.

Panamas Gesamtproduktion war erneut gefallen, die Arbeitslosigkeit überstieg 15 Prozent. Dennoch ist zu bezweifeln, ob Grundsatzfragen die beiden Männer trennten, oder nur ihr Stil. Ardito Barletta war immerhin als Torrijos' Planungsminister einer der Architekten der panamaischen Revolution, ohne besonders in Erscheinung zu treten. Gerade das schien Noriega bewogen zu haben, den Torrijistas diesen Mann als Präsidentschaftskandidaten aufzuzwingen.

Im Amt versuchte Ardito Barletta, die Umschuldung der 3,75 Milliarden Dollar betragenden Auslandsschuld – die zweitgrößte Pro-Kopf-Schuld der Erde – in Angriff zu nehmen und die vom Internationalen Währungsfonds geforderten Sparmaßnahmen zu treffen. *Das trieb das Volk zu Protest*kundgebungen auf die Straße. Ardito Barletta mußte seine Pläne aufgeben. Er blieb seinem Stil treu, als er sein Mißvergnügen über den erzwungenen Rücktritt mit den Worten umschrieb, er gebe als seinen Beitrag zum inneren Frieden Panamas sein Amt auf, weil das Heer und seine Partei nicht mehr mit ihm arbeiten wollten.

Es könnte mehr hinter dem erzwungenen Rücktritt stecken. Vor wenigen Tagen fand man im *Grenzgebiet Costa* Ricas mit Panama den Leichnam des enthaupteten Arztes Hugo Spadafora, eines panamaischen Revolutionärs der Linken, der auch in Nicaraguas Bürgerkrieg verwickelt war. Spadafora war Noriegas Erzfeind, was zu Gerüchten führte, der General sei in die Mordsache verwickelt und habe den Sturz Ardito Barlettas als Ablenkungsmanöver gebraucht.

Die USA sind am demokratischen Prozeß in Panama interessiert, der mit den Wahlen des vergangenen Jahres und dem Versprechen des Heeres, nicht mehr in die Landespolitik einzugreifen, gesichert schien. Daher Washingtons schnelle Erklärung des „Bedauerns" über die Ereignisse.

Auch Panama hat gute Gründe, Stabilität und Demokratie zu wünschen. Es hat in den letzten Jahren alle größeren internationalen Banken ins Land gebracht, die in einem mächtigen Bankenzentrum Lateinamerikas Fluchtkapital auffangen und anlegen halfen.

Warum mußte Ardito Barletta gehen? Manche sehen als Hauptgrund den Ehrgeiz Noriegas, der, wie es heißt, mit dem Gedanken der eigenen Präsidentschaft kokettiert und deshalb Ardito Barletta als ein Hindernis auf diesem Weg ausschaltete.

Neukaledonien: Wahl brachte keine Klarheit

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Wahlen im französischen Übersee-Territorium Neukaledonien haben ihren Zweck verfehlt, klare Aus*kunft über einen Verbleib bei Frank*reich oder die Unabhängigkeit zu geben.

Nach den offiziellen Wahlergebnissen, die gestern in Paris veröffentlicht wurden, hat die Gruppe, die für einen Verbleib bei Frankreich eintritt, mit 60 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen die absolute Mehrheit erzielt. Sie beherrscht künftig auch den neu eingerichteten Insel-Kongreß.

In drei der vier neugeschaffenen „Regionen" dagegen konnte die kanakisch-sozialistische nationale Befreiungsfront des Jean-Marie Tschibao die *Mehrheiten in den Regional*räten stellen. Hier erwies sich, daß die überwiegende Mehrheit der melanesischen Urbevölkerung (über 80 Prozent der Stimmen) für Tschibaos Befreiungsfront stimmte.

Dem Ergebnis entsprechend legt nun jede Seite die Zukunft des Territoriums unterschiedlich aus. Tschibao sagt, die etwa 90 000 Melanesier hätten mehrheitlich ihren Willen zu einer Trennung von Frankreich bekundet, eine Unabhängigkeit sei nun unausweichlich.

Sein Gegenspieler Dick Ukeiwé, der von der Pariser Opposition unterstützte Führer der nationalistischen „Sammlungsbewegung für Kaledonien in der Republik", will ein schnelles Referendum über die Zukunft des Territoriums. Es soll spätestens nach den französischen Parlamentswahlen im März stattfinden, wenn, so glaubt er, die Verfechter der Unabhängigkeit (die französischen Sozialisten) die Macht wieder abgegeben haben.

Noch in der Wahlnacht hatten Oppositionspolitiker in Paris den Sieg der Befreiungsfront in drei Regionen als „Ergebnis einer geographischen Manipulation und daher als irrelevant für die wahren Verhältnisse im Lande" bezeichnet.

Dennoch wird das Gebiet in seiner neuen dezentralisierten Form und auf der Basis eines, wie Kaledonien-Minister Edgar Pisani sagte, „subtilen Gleichgewichts" verwaltet werden, bis eine Volksabstimmung spätestens am 31. Dezember 1987 über das endgültige Statut des kleinen Pazifik-Archipels entscheidet. So jedenfalls will es die augenblickliche Pariser Regierung. Gewinnt die Opposition die Wahlen, wird alles anders.

„Wir haben schon große Konzessionen gemacht"

WELT-Gespräch mit Papademas, Zyperns Botschafter in Bonn

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Vor einer optimistischen Beurteilung der Gespräche vergangener Woche zwischen dem Vertreter der Türken auf Zypern, dem „Präsidenten" der nur von der Türkei anerkannten „Föderativen Republik Nordzypern" Rauf Denktasch und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Perez de Cuellar, hat der Botschafter der Republik Zypern *in Bonn*, Costas Papademas, gewarnt. In einem Gespräch mit der WELT sagte Papademas, Denktasch sei „zu seinen alten Standpunkten zurückgekehrt" und seine Erklärungen erlaubten keinen Optimismus. Vor allen Dingen gäbe es keine Änderung hinsichtlich der Weigerung der Türkei, ihre Truppen von der Insel abzuziehen. Der Botschafter wies darauf hin, daß der Generalsekretär der UN mit der Republik Zypern Verbindung halte und schon im Oktober den Präsidenten Spyros Kyprianou in New York treffen werde. Im Hinblick auf den 25. Jahrestag des Bestehens der Republik Zypern, der am 1. Oktober gefeiert wird, mahnte der Botschafter in diesem Gespräch, die Teilung der Insel und die Besetzung des Nordteils, die jetzt schon elf Jahre andauere, nicht zu vergessen.

Obwohl die ganzen Verhandlungen bislang nicht zu einem Ergebnis geführt hätten, meinte Papademas, es gebe keine andere Option für die Insel als in Verhandlungen „eine gangbare Lösung" zu suchen. Die Alternative dazu sei ein Krieg mit der Türkei; doch das sei „absurd". Für eine Lösung am Verhandlungstisch hätte die Regierung Zyperns schon eine Reihe von Konzessionen gemacht. Papademas: „Die einschneidenste Konzession ist, daß wir eine Föderation akzeptieren. So etwas hat es in der ganzen Jahrtausende alten Geschichte Zyperns nicht gegeben. Es war immer ein Land, in dem die Leute in Harmonie zusammen lebten. Und zwar überall auf der Insel, nicht in bestimmten Teilen, wie es noch heute die Landkarten beweisen. Heute nun aber sind die griechischen Zyprer aus einem Teil der Insel vertrieben worden. Sie mußten Hab und Gut aufgeben. Gleichwohl akzeptieren wir jetzt ein föderatives System. In einem Gebiet würden autonom die türkischen Zyprer leben, in einem anderen die griechischen Zyprer. Das ist eine riesige Konzession".

Die Griechen hätten den Türken auch ein Gebiet zugestanden, daß größer ist, als es ihrem Anteil von 18 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspreche. Papademas: „Wir haben 25 Prozent vorgeschlagen und schließlich sogar 29 Prozent für die Türken akzeptiert". Der Botschafter wies jedoch sogleich darauf hin, daß damit der Spielraum der Regierung *für weitere Konzessionen* erschöpft sei. Denn „wenn man den Türken der Insel größere Zugeständnisse macht, als ihnen anteilmäßig zusteht, betrügt man die Griechen in gleichem Maße um ihre Rechte".

Papademas wies darauf hin, daß schon vor 25 Jahren bei den Verträgen von Zürich und London, auf die sich die Unabhängigkeit der Insel gründet, Kompromißlösungen akzeptiert werden mußten. So seien bei den Verhandlungen nur die damalige Kolonialmacht Großbritannien, Griechenland und die Türkei beteiligt gewesen, nicht aber Zypern. Erzbischof Makarios hätte damals keine andere Möglichkeit gehabt, als der ihm vorgesetzten Lösung zuzustimmen, denn die Briten hätten schon damals mit einer Teilung der Insel gedroht, um die Zyprer gefügig zu machen. Auch hätten die Briten, in denen Papademas die Hauptschuldigen der zyprischen Tragödie sieht, damals ohne Not die Türkei an den Verhandlungen über die Insel beteiligt. Diese hatten mehrfach – zuletzt 1923 in den Verträgen von Lausanne – auf alle Rechte an der Insel verzichtet.

Der Botschafter betonte jedoch, daß sich seine Regierung *nach wie vor* durch die jetzt 25 Jahre alte Verfassung gebunden fühle. Papademas: „Mit der Übereinkunft von London könnten wir leben, gäbe es nicht ständig Einmischung von außen. Es könnte funktionieren". Diese Verfassung müsse auch bei allen Verhandlungen als Grundlage herangezogen werden. Es gebe keinen Grund, die Republik Zypern wie sie heute seit 25 Jahren existiert, in Frage zu stellen.

Direkte Kontakte zu den Türken der Insel, wie sie etwa auf gewerkschaftlicher Ebene bestehen oder wie sie mit dem Abwässerungsprojekt für die beiden Teile der Hauptstadt Nikosia realisiert werden, seien zwar eine gute Sache, weil alle Leute davon profitierten. Aber das könne „überhaupt nicht als Ersatz betrachtet werden für eine Lösung des Problems".

Finnland will Vollmitglied der EFTA werden

rtr, Helsinki

Finnland will Vollmitglied in der Europäischen Freihandelszone (EFTA) werden. In einer gestern veröffentlichten Erklärung der finnischen Regierung hieß es, Finnland hoffe, gleichzeitig mit dem Austritt Portugals in die EFTA eintreten zu können. Portugal wird am 1. Januar 1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Finnland ist seit zwei Jahrzehnten assoziiertes EFTA-Mitglied und profitiert als solches von den handelspolitischen Vereinbarungen des Verbundes.

In den 60er Jahren hatte Finnland einen *Antrag auf Vollmitgliedschaft* in der EFTA aus Sorge um mögliche Spannungen mit dem Nachbarland Sowjetunion zurückgezogen.

Schon am 18. September hatten finnische Delegierte auf einer EFTA-Konferenz den neuen Antrag auf Mitgliedschaft angekündigt. Die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion würden dadurch nicht berührt. Außerdem sei die Sowjetunion über den Schritt Finnlands informiert worden, hatten sie erklärt.

Aus München ein Programm für Afghanistan

dpa, München

Ein von den USA finanzierter Rundfunkdienst „Radio Freies Afghanistan" (RFA) wird heute seine ersten Sendungen ausstrahlen. In Afghanistan geborene Mitarbeiter schreiben und redigieren die RFA-Sendungen in ihrer Muttersprache, berichtete die Pressestelle der US-Sender Radio Free Europe und Radio Liberty gestern in München. RFA werde wie diese Sender unter der Schirmherrschaft der Internationalen Rundfunkbehörde (Board of International Broadcasting) stehen. Die RFA-Mitarbeiter sitzen in München, die Sendungen werden über die Realaisstationen von RFE und RF ausgestrahlt. Als „freier Sender" soll der neue Rundfunkdienst dem afghanischen Widerstand und „der großen Mehrheit der Bevölkerung als Quelle für unzensierte Nachrichten dienen".

Vier Baltinnen beantragen Status als Kriegsgefangene

Schreiben an den Obersten Sowjet / Bezug auf UN-Resolution

INGO URBAN, Bonn

Vier baltische politische Gefangene aus dem sowjetischen Arbeitslager Nummer 3 in der Mordwinischen ASSR – die Estin Lagle Parek, die Lettin Lidija Doronina-Lasmane, die Litauerinnen Edita Abrutiene und Jadvyga Bieliauskiene – haben beim Obersten Sowjet der UdSSR den Status als Kriegsgefangene beantragt.

Sie berufen sich auf die UN-Resolution 3103 vom 12. Dezember 1973, die denjenigen Personen den Status eines Kriegsgefangenen zubilligt, die gegen die Okkupation ihres Landes durch eine fremde Macht kämpfen. Die Moskauer Zeitschrift „Literaturnaja Gaseta" hatte diese Resolution am 6. Juni 1984 als einen der sowjetischen Politik dienenden Artikel bezeichnet. Auf diesen Artikel beziehen sich die vier Gefangenen. Das Baltikum – Estland, Lettland und Litauen – ist seit 1940 von der Sowjetunion besetzt.

Die Architektin Lagle Parek war 1983 wegen der Unterzeichnung verschiedener Eingaben zu sechs Jahren Freiheitsentzug und drei Jahren Exil verurteilt worden. Die Babtistin Lidija Doronina-Lasmane erhielt 1983 wegen antisowjetischer Propaganda fünf Jahre Freiheitsentzug und drei Jahre Exil. Sie leidet an einer schweren Tuberkulose.

Mit vier Jahren Freiheitsentzug und zwei Jahren Exil wurde Edita Abrutiene 1983 wegen ihrer Kontakte zu westlichen Auslandskorrespondenten bestraft. Die Lehrerin Jadvyga Bieliauskiene schließlich war 1983 wegen religiöser Unterrichtung von Jugendlichen zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Sie leidet an einer schweren Nieren- und Lungenerkrankung.

Sorge um die Freiheit in Manila

WELT-Gespräch mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche auf den Philippinen

MANFRED NEUBER, Köln

Die katholische Kirche auf den Philippinen wird nicht müde, vor einem Bürgerkrieg zu warnen und zu einem nationalen Dialog der Aussöhnung aufzurufen. Wie ihr Oberhaupt, Kardinal Jaime Sin, der WELT jetzt in Köln erklärte, weicht jedoch das Marcos-Regime einer Antwort auf seine Appelle aus.

Der Erzbischof von Manila, der am Sonntag mit Kardinal Höffner den Monat der Weltmission zugunsten der Kirche in Asien eröffnete, tritt seit Jahren für einen Ausgleich zwischen den politischen Lagern ein – bisher ohne Resonanz. Gegen die 20jährige Herrschaft von Präsident Ferdinand Marcos kämpfen kommunistische Rebellen in der Provinz, opponieren demokratische Politiker mit zivilem Ungehorsam in den Städten.

Seine Kirche stehe über dem Streit um die Tagespolitik, betonte der Kardinal, sie wolle aber den Weg zur Versöhnung und zum Frieden weisen. „Uns schert es nicht, wer das Land regiert, solange die Menschenrechte gewahrt bleiben. Wir sorgen uns freilich darum, wie die Freiheit auf den Philippinen wiederhergestellt werden kann." Nur durch grundlegende Reformen kann nach Einschätzung des Kardinals eine revolutionäre Entwicklung noch abgewendet werden. Die Rolle der Kirche umreißt er als Ankläger und Schlichter zugleich, „denn Anklage, Bekehrung und Versöhnung sind unzertrennlich miteinander verknüpft".

Entschieden verurteilte der Kardinal jene Priester, die angesichts der Not und des Elends die Befreiungstheologie als einzige Alternative erachten und selbst zur Waffe greifen. „So dürfen Christen nicht handeln. Sie sollten für diejenigen beten, die sie verfolgen. Denn Gewalt erzeugt wieder Gewalt, und niemand kann wissen, wo das hinführt ... Christen töten nicht!"

Unter Mitwirkung der Kirche wurde ein unabhängiges Gremium geschaffen, das die nächsten Präsidentschaftswahlen überwachen soll. „Wir hoffen auf ehrliche, offene und saubere Wahlen ... Wenn ich von der Kanzel zu fairen Wahlen aufrufe, dann ist das keine Einmischung, sondern geradezu ein Gebot der Kirche." Aus freien Wahlen solle eine Gesellschaft hervorgehen, die die Rechte aller Filipinos achte.

Unablässig prangert Kardinal Sin die Korruption an. „Diese Auswüchse müssen beseitigt werden." Die Wirtschaftsmisere der Philippinen resultiere aus der politischen Unsicherheit, meinte er. „Das größte Problem ist jedoch die moralische Krise." Wenn sie überwunden werde, könne auch die wirtschaftliche Krise gemeistert werden. „Unser Land ist reich, es kann überleben. Die materiellen Probleme lassen sich beheben."

Madrid weist Vertreter der Polisario aus

dpa, Madrid

Die spanische Regierung hat die Ausweisung aller Vertreter der Westsahara-Befreiungsfront Polisario und die Schließung ihrer bislang in Madrid und Las Palmas geduldeten Informationsbüros bekanntgegeben. Madrid reagierte damit auf die Versenkung des spanischen Fischtrawlers „Junquito" und den Beschuß des spanischen Patrouillenbootes „Tagomago" durch Polisario-Guerrillas vor der Westsahara-Küste vor zehn Tagen. Dabei waren ein Fischer und ein Marinesoldat um Leben gekommen und zwei weitere Marinesoldaten schwer verletzt worden.

Die sechs von den Freischärlern gefangengenommenen Besatzungsmitglieder des Trawlers sowie die Leiche ihres Kameraden kehrten am späten Sonntagabend nach Spanien zurück.



Ging es Tito um die Unterdrückung der Serben?

Von C. GUSTAF STRÖHM

In der kommunistischen Partei- und Staatsführung der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien hat ein geschichtswissenschaftliches Buch, das vor einigen Tagen von der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad herausgegeben wurde, wie eine Bombe eingeschlagen und heftige Proteste ausgelöst. Das zweibändige Werk des serbischen Historikers Veselin Djuretic unter dem Titel „Die Alliierten und das jugoslawische Kriegsdrama" (Verlag Narodna Knjiga und Balkanologisches Institut, Belgrad) erweist sich als politisch-ideologische Sensation, wenn nicht gar als Sprengstoff für das bisherige kommunistische Geschichtsbild über die Rolle Marschall Titos, der Partisanen und ihrer Gegner während des Zweiten Weltkriegs.

Djuretic stellt der kommunistischen These, wonach alle Völker Jugoslawiens in „Brüderlichkeit und Einheit" gemeinsam gegen die Okkupanten, Faschisten und ihre „einheimischen Helfer" aufgestanden seien, eine fundamental andersartige Behauptung entgegen: Die kommunistische Revolution habe nur auf einer „antiserbischen Plattform" ihren Sieg erringen können. Die jugoslawischen Kommunisten hätten während des Zweiten Weltkriegs (und bereits davor) die „verlogene" Behauptung verbreitet, daß es im königlichen Jugoslawien der Vorkriegszeit eine „großserbische Hegemonie" und eine „großserbische Unterdrückung" der anderen Völker – der Kroaten, Slowenen, Mazedonier und Moslems – gegeben habe. Obwohl, wie Djuretic behauptet, in den ersten Kriegsjahren 90 Prozent der kommunistischen Partisanen Titos ihrer Nationalität nach Serben waren, obwohl die „politisch dressierte kroatische und mohammedanische Bevölkerung" während der Okkupation an einem massenhaften Genozid gegen das serbische Volk beteiligt war, hätten die Kommunisten nach ihrer Machtergreifung in erster Linie die Serben niedergehalten.

Nicht nur seien die mörderischen Verbrechen der Kroaten, Moslems und Albaner an den Serben aus Gründen der Opportunität von der KP totgeschwiegen worden, behauptet Djuretic. Die Kommunisten hätten nach 1945 die „zentrifugalen" nationalen Kräfte – die Kroaten, Slowenen und Kosovo-Albaner – belohnt und die Serben durch Abtrennung serbischen Territoriums (Mazedonien und die autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo) bestraft sowie Serbien als Staat damit „desintegriert".

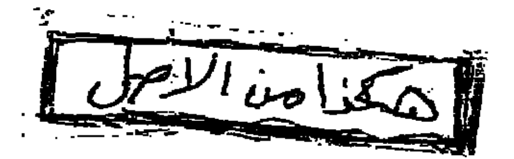
Vor allem greift Djuretic die parteioffizielle jugoslawische Behauptung an, wonach die kroatischen Ustascha (die von den italienischen Faschisten und später von den deutschen Nationalsozialisten unterstützte extremistische kroatische Bewegung) so wie die serbischen „Tschetniks" (die monarchistische, nationalserbische Widerstandsbewegung des Generals Draza Mihailovic) in gleicher Weise „Verräter" und „Kollaborateure" gewesen seien. Im Gegenteil: Die „Tschetnik"-Bewegung sei neben und noch vor den Kommunisten Träger des antifaschistischen Kampfes gewesen. Die national-serbischen „Tschetniks" – Freischärler, deren Entstehung auf den Kampf gegen die Türken im 19. Jahrhundert zurückgeht – seien vielmehr der „extremistischen kommunistischen Politik" zum Opfer gefallen. Der Anti-Kommunismus der „Tschetniks" sei eine Form ihres Anti-Extremismus gewesen. Sie seien zur Kollaboration mit den Deutschen „gezwungen" worden, weil es ihnen – im Gegensatz zu den Kommunisten Titos – darum ging, die „biologische Substanz" des serbischen Volkes vor den Repressalien (Geiselerschießungen) und den Massenabschlachtungen durch die „Ustascha" und andere national-separatistische Kräfte zu retten.

Der serbische Historiker zeichnet sogar von jenen Politikern und Militärs Serbiens, die während des Zweiten Weltkriegs mit den Deutschen zusammenarbeiteten und deshalb nach 1945 meist als Kriegsverbrecher hingerichtet wurden, ein differenziertes Bild. Der serbische General Milan Nedic, Ministerpräsident des unter deutscher Militärverwaltung stehenden Rumpf-Serbiens, wird von ihm mit dem französischen Marschall Pétain verglichen und als tragische Gestalt, ja sogar als Patriot dargestellt, der für sein Volk zu retten suchte, was zu retten war.

Die Serben seien als Nation während des Zweiten Weltkriegs in zwei Lager gespalten gewesen – auf der einen Seite die Kommunisten, auf der anderen Seite die „Tschetniks". Diese mangelnde Disziplin sei der serbischen Nation teuer zu stehen gekommen. Denn, so formuliert Djuretic, jenen Völkern Jugoslawiens, die wie die Kroaten „einheitlich" und „geschlossen" blieben, wobei sie zumindest am Anfang weitgehend prodeutsch eingestellt waren und die Schaffung des „unabhängigen Staates Kroatien" von Mussolinis und Hitlers Gnaden begrüßten, sei es auch nach dem Sieg der Kommunisten viel besser ergangen. Sie wurden von allen Missetaten freigesprochen und „straflos" auf der Seite der Sieger akzeptiert. Ja, sie erhielten sogar, was den Serben durch die Abtretung der autonomen Provinzen verwehrt wurde: ihre ungeschmälerte Staatlichkeit in der neuen kommunistischen Föderation Jugoslawiens.

Djuretic führt die angebliche antiserbische Komponente der kommunistischen Politik auf den Einfluß Moskaus, vor allem der kommunistischen Internationale und auf die Übernahme serbenfeindlicher Konzepte und Auffassungen aus dem alten kuk-Österreich zurück. Interessant ist die von ihm geschilderte Begegnung zwischen dem kommunistischen Führer Tito und dem „Tschetnik"-Chef Draza Mihailovic: Oberst Mihailovic beklagte sich bei Tito über die Ausschreitungen der Kroaten gegen die Serben – in der falschen Annahme, Tito sei ein von Moskau entsandter Russe. Bis 1943, als der Kampf bereits so gut wie entschieden war, habe Tito geschickt geheimgehalten, daß er selber Kroate war, heißt es bei Djuretic.

In der gegenwärtigen Lage Jugoslawiens, die von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und von einer „Systemkrise" gekennzeichnet wird, ist das Buch von Djuretic nicht nur Balsam auf die Wunden des serbischen Nationalbewußtseins, das durch den albanischen Nationalismus im Kosovo und durch die „Zerfaserung" der Föderation schwer angeschlagen ist. Es stellt auch eine Entmythologisierung Titos dar und könnte sogar als Versuch einer Ent-Titoisierung verstanden werden. Bei einer öffentlichen Buchpräsentation in der Belgrader Akademie wurde das Werk von 500 Anwesenden – darunter mehreren serbischen Altkommunisten und einem General – mit donnerndem Applaus begrüßt. In die trüben Wasser serbisch-kroatischer Beziehungen und Gegensätze ist damit ein politischer Stein großen Kalibers geworfen worden.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bedenkliche Rückwirkung

Sehr geehrte Damen und Herren,

den trefflichen Kommentaren zu den jüngsten Äußerungen evangelischer Kirchenvertreter über die Zukunft der deutschen Nation in Loccum und Dresden ist kaum noch etwas hinzuzufügen – allenfalls dies: Sie widersprechen nicht nur elementaren Grundsätzen des Völkerrechts und allen geschichtlichen Erfahrungen, sondern vor allem dem christlichen Verständnis der Geschichte.

Damit leisten sie einer fatalistischen Grundstimmung Vorschub, die selbstverständlich nicht ohne bedenkliche Rückwirkungen auf das Selbstverständnis der evangelischen Kirche und darüber hinaus unseres Volkes bleiben kann. Woher weiß man in der EKD eigentlich so genau, ob die „Veränderungen, die 1945 auf der Landkarte Europas eingetreten sind", rückgängig zu machen sind oder nicht? Wird wieder einmal menschliches Ermessen zum Maßstab politischer Belehrungen erhoben?

Nach menschlichem Ermessen sollte durch die (nach wie vor heftig umstrittene) Ostdenkschrift der evangelischen Kirche ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet werden. Warum wird in den Betrachtungen zum 20. Jahrestag dieser Denkschrift nicht selbstkritisch festgestellt, daß die mit so großen Erwartungen eingeleitete und von der evangelischen Kirche maßgeblich unterstützte neue Ostpolitik ins exakte Gegenteil geführt hat: nämlich an den Rand des Dritten Weltkrieges – sofern man der veröffentlichten Meinung einmal Glauben schenken darf.

Und warum? Weil man inzwischen auch in der evangelischen Kirche vergessen hat, daß es nicht auf „er-warten", sondern auf „warten" ankommt. Ersteres erzeugt Ungeduld, letzteres Geduld und Demut. Bismarck wußte noch um diese „praktische Vorbedingung aller Politik", als er schrieb: „Man kann nicht selber etwas schaffen; man kann nur abwarten, bis man den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört; dann vorspringen, um den Zipfel seines Mantels zu fassen – das ist alles."

Wann endlich wird die evangelische Kirche an diese „Grundbedingung" der Politik erinnern – sich selbst zuallererst?

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. Klaus Motschmann, Berlin 33

„Möchtegern-Gymnasium"

„Für die SPD ist das Gymnasium gescheitert": WELT vom 18. September

Sehr *geehrte Damen und Herren,*

angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, gerade auch unter den Jugendlichen, ist es schon erstaunlich, was den Bürgern unseres Landes da immer noch – und nun schon wieder – von den sogenannten Bildungsexperten der SPD und nahmhaften Erziehungswissenschaftlern mit der neuen Offensive für die Einführung von Gesamtschule zugemutet werden soll. Immer noch sind uns die Vertreter der „Palaverintelligenz" – wie Professor H. D. Ortlieb diese treffende Bezeichnung erst kürzlich dankenswerterweise in die Diskussion einführte – nach gescheiterter Mengenlehre und Ganzheitsmethode den Beweis schuldig geblieben, daß die Gesamtschule dem herkömmlichen Schulsystem überlegen ist.

Das nicht überraschende Zugeständnis, bei der Besetzung eines Arbeitsplatzes sei „nicht ein mögliches Quentchen mehr abgefragtes Schulwissen, sondern Phantasie und Kooperationsfähigkeit entscheidend", ist doch wohl die Bestätigung für erhebliche Defizite in entscheidenden Fachgebieten. Stärkere Besinnung auf die ursprünglichen Reformziele der Gesamtschule, wie sie von den heillos durch den Gleichheitsbazillus Infizierten gefordert wird, mag für Schulsysteme im Randbereich seine Gültigkeit haben, muß aber entschieden als oberstes Ziel in Frage gestellt werden für das „Möchtegern-Gymnasium" in der krampfhaften Bemühung um die nach Gießkannenart flächendeckende Einführung.

Das Problem unserer Mißbildungsfanatiker hinsichtlich ihrer Realitätsferne und des fehlenden Kontaktes zur beruflichen Basis läßt sich vielleicht damit erklären, daß sie häufig leider nie persönlich im handwerklichen oder wirtschaftlichen Sektor tätig gewesen sind – die Arbeit tun die anderen – andererseits aber nur zu gern und ganz selbstverständlich Anspruch auf den in der Produktion erwirtschafteten Gewinn erheben.

In der nationalen, mehr noch in der weltweiten internationalen Herausforderung kommt es für die junge Generation der Bundesrepublik darauf an, sich den ständig zunehmenden Leistungsanforderungen zu stellen. Alle Bildungspolitiker, die sich diesem Anspruch verweigern und primär, zum Teil sogar ausschließlich, die Palaverwissenschaften herausstellen, müssen sich mit der Sagengestalt aus Hameln vergleichen lassen. Sie sind nicht mehr die sogenannten geheimen Verführer; bei so offenkundiger Priorität der Leistungsbereitschaft, des Leistungswillens und des Leistungsvermögens müssen sie als Verführer in bzw. der Öffentlichkeit angesehen werden – wie aus der überdurchschnittlichen Zahl der Arbeitslosen in den betreffenden Berufsgruppen zu erkennen ist – die leider keinen entscheidenden Beitrag zur Verringerung der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen erbringen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Reinald Ohler, Oberhausen 11

Giftpflanzen?

„Schierling auf dem Schulhof"; WELT vom 24. September

Einige Behauptungen in dem Aufsatz sind rätselhaft. Wieso wird Löwenzahn unter die Giftpflanzen gerechnet?

In meiner ostgalizischen Heimat meinten zwar die Bauern, sein Saft schädige die Augen und nannten ihn daher „Slepak" (Blindmacher), aber das war reiner Volksaberglaube, basierend auf der Tatsache, daß dieser milchige Saft dem unappetitlichen Trachom-Eiter ähnelt. Daß man alle Teile des Löwenzahns bedenkenlos konsumieren kann (als Gemüse und Salat die Wurzeln und Blätter, als Sirup und Honig die Blütenessenz), wußte man auch dort.

Die Kernchen vom Roten Holunder sind zwar in der Tat leicht giftig, aber kaum giftiger als jene des Schwarzen Holunders. Bereitet man also aus den Beeren Latwerge oder Sirup, so tut man gut daran, die Kerne hierfür nicht zu zermalmen und auszupressen – obwohl es mit dem Giftgehalt nicht weit her sein kann. Im Kanton Appenzell gilt „Holunder-Zonne", ein Kompott aus Schwarzen Holunderbeeren, seit Urzeiten als beliebte und bekömmliche Volksspeise.

Und die Samen der Robinie mögen giftig sein? Aus ihren Blütendolden bereitet man aber im Elsaß unter dem irreführenden Namen „Akazienkuechle" ein leckeres Schmalzgebäck, ähnlich den Küchlein aus den flachen Dolden des Schwarzen Holunders.

Es wäre schade, wenn durch solche Fehlinformation solche beliebten alten Volksrezepte aus unserem gastronomischen Repertoire weggestrichen würden.

Dr. Salcia Landmann, St. Gallen/Schweiz

Wort des Tages

» In der Jugend bald die Vorzüge des Alters gewahr zu werden, im Alter die Vorzüge der Jugend zu erhalten, beides ist ein Glück. «

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Freie Zonen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Diskussion um chemie- und atomwaffenfreie Zonen muß ich immer an Bankfilialen denken. Ich habe dort noch nie – weder beim Personal noch bei den Kunden – eine Schußwaffe gesehen. Wir könnten also sagen, Filialen von Banken und Sparkassen sind schußwaffenfreie Zonen.

Und doch wird gerade dort am häufigsten geschossen und nicht in den Kasernen der Bundeswehr, den Polizeirevieren oder bei der Wach- und Schließgesellschaft.

Vielleicht können uns das einmal die Anhänger des Gedankens der A- und C-waffenfreien Zonen erläutern.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Werner Metzing, Lindlar

Sprechblasen

Wenn, wie man hört, Germanisten sich mit Comic-Strips als Literaturform beschäftigen, dann wird man wohl darauf gefaßt sein müssen, daß uns das Fernsehen künftig mehr und mehr mit fortlaufenden Bildergeschichten mit Sprechblasen abfertigt.

Elfriede Reinke, Hamburg 60

Personalien

GEBURTSTAG

Der frühere Direktor des Instituts für Flugführung an der TU Braunschweig, Professor Dr. **Karl Heinrich Doesch**, feiert am Freitag seinen 75. Geburtstag. Die Fliegerei und ihre wissenschaftliche Durchdringung bestimmten den Lebensweg von Doesch. Schon bei seinem Maschinenbaustudium in Aachen kam er mit der Fliegerei in Berührung. Im Anschluß an sein Studium begann er in Berlin-Adlershof eine Flugbaumeisterausbildung, die er 1936 mit dem Staatsexamen abschloß. In den folgenden Jahren trat er nicht nur durch eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten hervor, sondern machte sich auch einen Namen als Testpilot vieler damaliger Flugzeugneuerfindungen bis hin zur Me 262, dem ersten strahlgetriebenen Jagdflugzeug der Welt. Im Jahre 1943 promovierte er an der TH Berlin. Seine Erfahrung als Testpilot veranlaßte ihn damals zur Neugestaltung der Flugeigenschaftsrichtlinien, die bis zum heutigen Tage ihre Bedeutung behalten haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er zum Royal Aircraft Establishment (RAE) nach Farnborough nach Großbritannien geholt, daß ihm für anderthalb Jahrzehnte zur zweiten Heimat wurde. Als Direktor der Control Divison (1950) war er maßgeblich an den Entwurfsarbeiten für das Überschallflugzeug „Concorde" beteiligt und hat wesentlich dazu beigetragen, daß hier erstmals ein elektrisches Primärsteuerungssystem in ein Zivilflugzeug eingesetzt wurde. 1961 kehrte Professor Doesch nach Deutschland zurück, übernahm die Leitung des Deutschen-Flugwissenschaftlichen Instituts für Flugführung und wurde gleichzeitig Ordinarius und Direktor des Instituts für Flugführung an der TH Braunschweig, wo er bis zu seiner Emeritierung 1980 tätig war.

RUHESTAND

Das Düsseldorfer Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung von **Christoph Zöpel** (SPD) wäre zu klein gewesen, um die Vielzahl der Gäste aufzunehmen, die Staatssekretär **Hanns Winter** verabschieden wollten. So zog man vorsorglich in das Innenministerium um. Der langjährige Chef des Hauses Zöpel, der aus Altersgründen pensioniert wird, erfuhr dabei gestern eine besondere Ehre. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** verlieh ihm das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepulik Deutschland in Würdigung seiner Verdienste um das Klinikum Aachen. Wahrscheinlich ist Winter der einzige in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, der das komplizierte Rechenwerk des kostspieligen 2-Milliarden-Mark-Projektes noch durchblicken kann.

VERÄNDERUNG

Nachfolger des aus seinem Amt als Kuratoriumsvorsitzender für das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung in Braunschweig ausscheidenden ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten **Alfred Kubel** wird Niedersachsens Kultusminister **Georg-Bernd Oschatz**.

AUSZEICHNUNGEN

Dem Geschäftsführenden Gesellschafter der Olzberger Hütte, Hermann Everkern GmbH & Co., **Edward Kersting**, ist das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Kersting ist gleichzeitig langjähriger Vorsitzender des Unternehmerverbandes Südöstliches Westfalen e. V., Arnsberg. Mit der Auszeichnung werden Kerstings unternehmerische Verdienste sowie sein ehrenamtliches Engagement für die Unternehmerschaft in der Öffentlichkeit gewürdigt.

*

Der Maler und Grafiker **Fred Thieler**, 1916 in Königsberg geboren und seit 1959 in Berlin lebend, erhält den mit 10 000 Mark dotierten Hauptpreis des Lovis-Corinth-Preises der Künstlergilde Esslingen. Thieler, der in seiner Heimatstadt zunächst Medizin studiert hatte, erhielt von 1946 bis 1950 seine künstlerische Ausbildung an der Kunstakademie München bei Professor **Karl Caspar**, lebte anschließend in Holland und Frankreich und ließ sich, der abstrakten Kunst zugewandt, 1955 als freischaffender Künstler in Gröbenzell bei München nieder. 1959 wurde er als Professor an die Hochschule für bildende Künste in Berlin berufen. Die Ehrengabe des Lovis-Corinth-Preises, dotiert mit 4000 Mark, wurde dem 1906 in Bielschowitz in Oberschlesien geboren und heute in Recklinghausen lebenden Kunsterzieher **Norbert Ernst Dolezich** zugesprochen. Der ebenfalls mit 4000 Mark dotierte Förderpreis geht an den 1941 in Temeschburg im Banat geborenen und seit 1979 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Bildhauer **Ingo Glass**. Die Preise werden am 23. November in der Ostdeutschen Galerie Regensburg überreicht.

EHRUNG

Der Nestor der Marburger Psychologen, Professor Dr. **Heinrich Düker**, ist zum Ehrenbürger der Stadt Göttingen ernannt worden. Der 87jährige Emeritus, der seit Jahren in Saarbrücken lebt, war 1946/47 der erste demokratisch gewählte Oberbürgermeister von Göttingen. Nach Ablauf seiner Amtszeit nahm er einen Ruf an die Universität Marburg an.

WAHL

Die Mitglieder der Internationalen Paläontologischen Gesellschaft haben bei ihrer 55. Jahrestagung in München den Münchner Paläontologen Professor **Dietrich Herm** zum neuen Präsidenten gewählt. Er löst zum Jahresanfang 1986 den Mainzer Paläontologen Professor **Karlheinz Rothaus** ab, der nach dreijähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte. Der international hochangesehene Mainzer Säugetierspezialist Professor **Heinz Tobin** wurde zum Ehrenmitglied der 1912 in Greifswald gegründeten Gesellschaft ernannt, **Vladimir Vasiliewitsch Menner** aus Moskau zum korrespondierenden Mitglied.

*

Zwei ehemalige Sprecher des Berliner Senats stellten sich am Sonntag als Kandidaten für den Vorsitz im „Journalistenverband Berlin" (JVB) zur Wahl: **Hanns-Peter Herz** (unter **Willy Brandt** und **Klaus Schütz** aktiv) und **Hermann Meyn**, von **Dietrich Stobbe** zum Senatssprecher berufen. In einer Kampfabstimmung setzte sich Herz mit 95:83 Stimmen gegen Meyn durch. Der JVB ist in Bonn und im übrigen Bundesgebiet vor allem als Ausrichter des glanzvollsten deutschen Ballereignisses, des Presseballs in Berlin bekannt.

Am 27. September 1985 verstarb unerwartet unser langjähriges Aufsichtsratsmitglied, Herr

Dr. h. c. Konrad Jacob

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von einer großen, markanten Persönlichkeit. Mit seinem klugen und abgewogenen Rat stellte er uns seine reichen Erfahrungen und umfassenden Kenntnisse als praktischer Landwirt und Vertreter seines Berufsstandes zur Verfügung. Wir verlieren mit ihm einen hervorragenden Berater. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Aufsichtsrat und Vorstand der
Kali und Salz Aktiengesellschaft

Am 29. September starb

Günther Heysing

mein geliebter Mann, unser lieber Vater und Großvater, der beste Kamerad.

Lieselotte Heysing geb. Silkeit
Hiltrud Nissen geb. Heysing
Klaus Nissen
Jörn, Nis, Beate, Ulf Nissen
Heinrich Bodo Heysing
Anita Heysing geb. Runkel
Andrea, Dirk Heysing

8000 München 19
Nymphenburger Str. 172

Trauerfeier: Donnerstag, 3. Oktober 1985, um 9.00 Uhr im Waldfriedhof, Neuer Teil, Lorettoplatz, München.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gienow, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

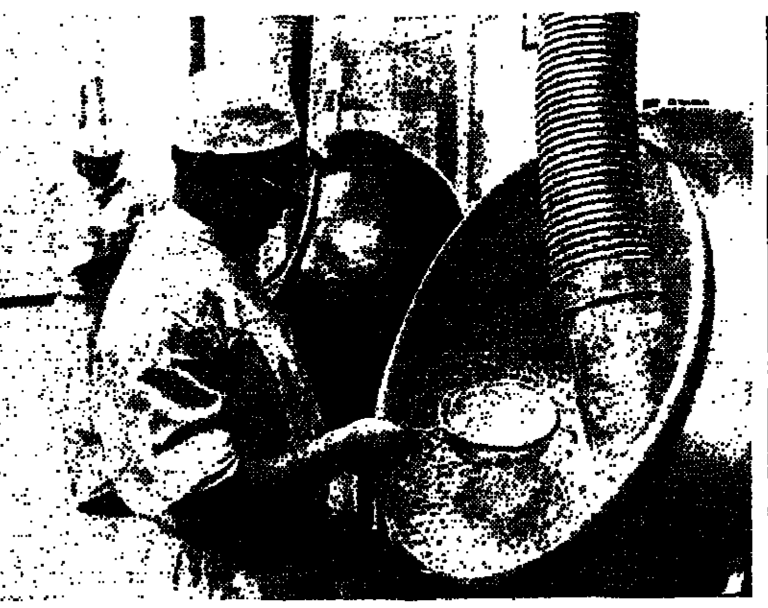
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Wesentlich verantwortlich für den irrationalen Gebrauch von Medikamenten in der Dritten Welt sind die Marketingpraktiken multinationaler Pharmakonzerne. Auf deren Heilmittel sind die Entwicklungsländer fast vollständig angewiesen. Ein Bericht über „EG-Exporte pharmazeutischer Produkte in Entwicklungsländer" von Health Action International, der jetzt der Öffentlichkeit zugänglich wurde, wartet mit schier unglaublichen Beispielen auf.

Wo „Entwicklungshilfe" den Ärmsten der Armen Appetitanreger anpreist



Wie viele dieser Pillen gehen in die Dritte Welt?
FOTO: JUPP DARCHINGER

Von IRENE ZÜCKER

Die meisten Krankheiten der Dritten Welt sind Krankheiten der Armut. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO in Genf lassen sich über drei Viertel aller Erkrankungen in Entwicklungsländern durch ausreichende Ernährung, sauberes Wasser und verbesserte Hygiene beseitigen. Zudem hat die WHO eine Liste von rund 220 Medikamenten zusammengestellt, mit denen die Gesundheitsbedürfnisse in der Dritten Welt abgedeckt werden können. Doch in der Realität quellen je Land oft über 15 000 Medikamente (Mexiko 80 000) auf den Markt. Viele sind entbehrliche Duplikate, Vitamin- und Stärkungsmixturen, die nur von einer privilegierten Schicht bezahlt werden könnten.

Notwendige Arzneimittel werden zu teuer verkauft

In Bangladesch wurde über ein Drittel des für Medikamente ausgegebenen Geldes in unnötige oder gar gefährliche Mittel investiert. In Nordjemen werden nur 1,3 Prozent für die Behandlung von Malaria, Bilharziose und Tuberkulose ausgegeben, woran 14 Prozent der Bevölkerung erkrankt sind. Unentbehrliche Arzneimittel werden zu Preisen angeboten, welche die Armen nicht bezahlen können.

Doch Arzneien, die in Industrieländern z. B. für zwei Krankheiten verschrieben werden, sollen in Mexiko plötzlich fünf Krankheiten heilen und in Guatemala gar acht. Die Nennung von Nebenwirkungen auf den Beipackzetteln erscheint als Absatzhemmnis und wird deshalb gekürzt oder einfach ganz weggelassen. Schlimmer noch: Medikamente und Substanzen, die in Industrienationen wegen ihrer Gesundheitsrisiken verboten sind, werden in der Dritten Welt oft profitabel weiterverkauft.

Gefährliche Schmerzstiller mit Dipyron wurden in den meisten Industrieländern vom Markt zurückgezogen oder streng kontrolliert, wobei die fatalen Nebenwirkungen angegeben werden. Seit 1935 ist bekannt, daß Dipyron u. a. die Zerstörung des Knochenmarkes verursachen kann. Trotzdem sind diese Mittel in den meisten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nicht einmal rezeptpflichtig. Im Schwarzen Kontinent ist der Gebrauch bereits bei trivialem Kopfweh weitverbreitet, und in Brasilien enthalten über 100 Medikamente Dipyron (etwa Novalgin, Hoechst).

Die rezeptpflichtigen Medikamente zur Migränebehandlung Sandomigran (Sandoz, Schweiz) und Periactrin (Merck, Sharp & Dohme, USA) besitzen gemäß Beipackzettel „appetitsteigernde Nebenwirkungen, was zu Gewichtszunahme führen kann". Wie die Studie zeigt, verkaufen in Pakistan und anderen Ländern die beiden Konzerne die gleichen chemischen Zusammensetzungen, den dortigen Marktbedürfnissen angepaßt, als „sehr wirksame Appetitanreger, die bei neun von zehn Patienten eine bedeutsame Gewichtszunahme bringen". Angesichts von über 800 Mill. Unterernährten der Dritten Welt, die Nahrung benötigen, ist der Verkauf von Appetitanregern der reine Hohn.

Ein Kombinationsantibiotika wie Quemi-Ciclina (Carlo Erba, Italien) ist eine nicht sinnvolle Kombination von zwei Antibiotika, Chloramphenicol und Tetracyclin. Doch in den Anden wird das Medikament sogar in Lebensmittelgeschäften verkauft und allgemein als Mittel gegen Durchfall (der häufigsten Todesursache bei Kindern der Dritten Welt) verwendet, obschon gerade Antibiotika- und Sulfonamid-Zusammensetzungen zur Behandlung von Diarrhöe die falsche Therapie sind und auch dann vermieden werden sollten, wenn ein bakterieller Grund vermutet wird.

Ein „schweres Geschütz" in Form von Süßigkeiten

Chloramphenicol kann lebensgefährliche Knochenmarkschädigungen verursachen, und Tetracyclin wird in Europa für unter Zwölfjährige nicht empfohlen. Trotzdem vermarktet die Firma ein mit Schokolade überzogenes Produkt, das peruanische Kinder als „Bonbon gegen Durchfall" kennen.

Der Gebrauch von Anabolika (muskelbildenden Substanzen) wird in europäischen Ländern strikt überwacht und sollte nur in Fällen wie lebensgefährlicher Blutarmut verwendet werden, sofern der Patient zuvor auf andere Medikamente nicht angesprochen hat. Wegen der Gefahr von unwiderruflicher Vermännlichung bei Mädchen, von Leberkrebs und Wachstumsstopp sollten Anabolika für Kinder nur in absoluten Ausnahmefällen verwendet werden. Trotzdem empfiehlt der Beipackzettel von Durabolin (Organon, NL), gekauft im indischen Lahore, das gefährliche Medikament gerade für Kinder mit „ungenügender Gewichtszunahme, Frühreife, zurückgebliebener Entwicklung, tropischer Asthenie und bei Unterernährung". Dies, obschon der holländische Verband der Pharmazeutischen Industrie Nefarma bereits 1983 feststellte, daß Organon durch sein Marketing die Verbraucher gefährdet.

Während Psychopharmaka wie Melleril (Sandoz) von Ärzten der Industrienationen in stärkerer Dosierung in psychiatrischen Kliniken als Neuroleptikum angewendet werden und bei Kindern einzig im Fall schwerer Verhaltensstörungen sowie Schizophrenie, wird Melleril in Afrika z. B. zur Beruhigung von Nägel kauenden Kindern eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund ist es umso bemerkenswerter, daß in der vergangenen Woche rund 30 im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) organisierte Arzneimittelhersteller einen gemeinnützigen Verein mit dem Namen „Gesundheitshilfe Dritte Welt – German Pharma Health Fund" gründeten. Zweck des Vereins ist – nach eigenen Angaben – das Gesundheitswesen von Ländern der Dritten Welt als „maßgeschneiderte Antwort auf die heutige Situation" im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe zu fördern.

Das Rätsel um Atlantis bleibt ungelöst

Der Jungfernflug der vierten US-Raumfähre hat einen rein militärischen Charakter

Von WOLFGANG WILL

Bei der nächsten für Donnerstag, den 3. Oktober, geplanten US-Raumflugzeug-Mission absolviert die Fähre „Atlantis" ihren Jungfernflug. „Atlantis" vervollständigt – neben „Columbia", „Discovery" und „Challenger" – die Flotte der Nasa-Raumtransporter. Alle Bemühungen der US-Weltraumbehörde und auch des Pentagon, Mittel für eine fünfte Maschine bewilligt zu bekommen, sind bisher gescheitert.

Wie sehr die Nasa „mit dem Pfennig" rechnen muß, belegt auch die Tatsache, daß die neue „Atlantis" mit gebrauchten Triebwerken bestückt wurde. „Kannibalisieren" nennen Nasa-Techniker den Brauch, sich bestimmte Teile von einer anderen Maschine zu entleihen. Der Grund: Es stehen nicht genügend Triebwerksätze und Computersysteme zur Verfügung, um alle vier Maschinen stets voll einsatzbereit haben zu können.

So haben die Triebwerke für den „Atlantis"-Jungfernflug schon mehrere Bewährungsproben im Weltraum bestehen müssen. Sie sind aus der „Challenger" ausgebaut worden. Obwohl beim Raumflug schon bewährt, mußte der gebrauchte Satz der drei Haupttriebwerke auf der Startrampe einer Generalprobe unterzogen werden. Dies schreiben die Flugregeln für einen Jungfernflug vor, weil während der Triebwerksbrenndauer von 22 Sekunden auch zahlreiche andere, vor allem mit den Triebwerken integrierte Raumflugzeug-Systeme überprüft werden können.

Bei der „Atlantis" verlief der Jungfernflug-Probelauf der Triebwerke ohne Zwischenfälle, so daß für die bevorstehende Mission „grünes Licht" gegeben werden konnte. Das war bei vergleichbaren Tests keineswegs immer so einfach: Als die Triebwerke der „Challenger" 1982 ihre Rampentests absolvierten, wurde ein Leck in der Treibstoffleitung entdeckt. Der erforderliche Austausch eines Triebwerkes verzögerte den Challenger-Jungfernflug dann um mehr als zwei Monate. Der gesamte Nasa-Fahrplan geriet durcheinander.

Der Oktober-Flug der „Atlantis" wird eine militärische Geheim-Mission. Wahrscheinlich werden zwei militärische Satelliten auf ihre Umlaufbahnen gebracht. An Bord sind fünf Offiziere verschiedener Waffengattungen: Außer dem Nasa-Astronauten und Kommandanten Karel Bobko, Oberst der Luftwaffe, fliegen Oberstleutnant Ronald Grabe (Luftwaffe), Major David Hilmers (Marine), Oberstleutnant Robert Stewart (Heer) und Major William Pailes (Luftwaffe) mit.

Die genaue Startzeit am Donnerstag bleibt geheim. Die Luftwaffe, die der Nasa bei Flügen von rein militärischer Bedeutung die Informationsrechte beschneidet, nennt als einen „möglichen Starttermin" lediglich die Zeit zwischen 10.20 Uhr und 13.20 Uhr. Damit soll sowjetischen Spionage-Schiffen und anderen Ortungsinstallationen das Verfolgen der Flug- und Umlaufbahnen erschwert werden.

Allein die Kenntnis derartiger Daten läßt Schlüsse auf den Charakter der Mission und der Ladung zu, die mitgeführt wird. Dauer der Mission und Landezeit sind ebenfalls geheim. Letztere wird erst 24 Stunden zuvor bekanntgegeben. (SAD)

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zeitung mit Zukunft

Kassel (DW.) – Unbrennbare Dämmplatten aus Zeitungspapier, die für den Hausbau zugelassen sind, werden seit kurzem von einem bei Kassel ansässigen Betrieb hergestellt. Zum Verkleben werden naturnahe Harze verwendet. Die Gefahr der Entzündung wird bis zu Temperaturen von 400° C durch die Beifügung von anorganischen Salzen verhindert. Bereits vor Beginn der Produktion, so teilten die Hersteller mit, sei die Material-Nachfrage groß gewesen.

Fossilfauna erhalten

Frankfurt (dpa) – Das Internationale Komitee der Naturhistorischen Museen (ICNHM) hat vor einer Zerstörung der vorzeitlichen Naturschätze in der Fossilienfundstätte Messel (Landkreis Darmstadt-Dieburg) gewarnt. Die 60 Delegierten aus 16 Staaten sprachen sich dafür aus, „die einmalige Fossilfauna, die eine paläontologische Fundstätte von internationaler wissenschaftlicher Bedeutung ist", zu schützen. Das Komitee schlug vor, die Grube Messel „als eine Fundstätte von Weltbedeutung gemäß dem Unesco-Übereinkommen von 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt" anzuerkennen.

Ungarn „up to date"

Bonn (E. T.) – Die New Yorker Wissenschafts-Zeitschrift „Scientific American" erscheint ab November unter dem Titel „Tudomány/-Scientific American" auch in ungarischer Übersetzung. Bei zunächst 35 000 Stück Auflage soll die Ausgabe 98 Forint (etwa sechs Mark) kosten. Der amerikanische Verlag schickt die Fahnenenabzüge per Luftpost nach Budapest, wo sie übersetzt werden. Die ungarische Ausgabe erscheint dann jeweils zwei Monate nach der amerikanischen.

Getönt geht's besser

Bonn (D. T.) – Eine zweistufig getönte Linse hat jetzt der größte europäische Hersteller von Kontaktlinsen in Aschaffenburg vorgestellt. Durch zwei unterschiedliche Tönungsgrade ist die Linse im Pupillenbereich 50 Prozent weniger getönt als im Irisbereich. Während lichtempfindliche Augen geschützt werden, bleibt gleichzeitig eine gute Sehleistung auch in der Dämmerung und nachts erhalten.

Die Großereignisse der Woche: Fußball-Europapokal und Tennis-Daviscup

● Spiele im Fußball-Europapokal waren einst sportliche Festtage in Deutschland. Am Mittwoch finden die Rückspiele der ersten Runde statt. Aber das Großereignis der Woche hat mit Fußball nichts zu tun: Davispokal-Halbfinale gegen die CSSR, ab Freitag in Frankfurt – und das Fernsehen ist vom ersten Aufschlag bis zum letzten Matchball live dabei.

● Das deutsche Tennis-Team trainierte gestern zum ersten Mal auf dem für 100 000 Mark eigens entwickelten Belag, der den schnellen Rasenplätzen sehr nahe kommen soll. Von diesem Nadelfilz-Teppich erhofft sich Boris Becker, daß er seine spielerischen Qualitäten und seine besonderen Fähigkeiten beim Aufschlag noch unterstützt.

● Noch immer gilt als Geheimnis, wer neben Boris Becker als zweiter Einzelspieler eingesetzt wird. Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Hansjörg Schwaier dem 20 Jahre alten Michael Westphal weichen muß. Das Doppel wird nicht verändert. An der Seite von Becker spielt, wie schon in Hamburg gegen die USA, Andreas Maurer.

● Auch gestern abend war Ivan Lendl, der Star im Team der Tschechoslowakei und Nummer eins der Weltrangliste, noch nicht zum Training in Frankfurt eingetroffen. Jean Kodes, Teamchef der CSSR, nannte aber alle Vermutungen, der angeblich am Ellenbogen verletzte Lendl werde gegen Deutschland nicht antreten, „Blödsinn".

Augenthaler: Wir sind derzeit auf dem Tiefpunkt

sid/dpa, Bonn

Wenn es um das Verbreiten von Optimismus im Fußball-Europapokal geht, dann steht Teamchef Franz Beckenbauer seinen Vorgängern Helmut Schön und Jupp Derwall um nichts nach. Also sagt auch Beckenbauer stereotyp vor den Rückspielen der ersten Runde: „Ich gehe davon aus, daß unsere sechs Mannschaften es noch schaffen können." Die Möglichkeit besteht selbstverständlich, doch die Wahrscheinlichkeit, daß am Freitag bei der Auslosung der zweiten Runde in Zürich noch alle sechs Bundesligaklubs vertreten sind, ist nicht sehr groß. Denn gleich ein komplettes Quartett ist am Mittwoch (das ZDF sendet Ausschnitte ab 22.50 Uhr) vom frühzeitigen Ausscheiden bedroht.

Nicht die leisesten Zweifel gibt es in Uerdingen, wenn der Pokalsieger mit einem 3:0-Polster gegen den Malteser Vertreter FC Zurrieq antritt. Meister Bayern München gewann zwar das Hinspiel bei Gornik Zabrze (Hindenburg) mit 2:1, angesichts des 0:4 gegen Düsseldorf in der Bundesliga gewinnen aber eher die Pessimisten an Oberwasser. Mannschaftsführer Klaus Augenthaler sagt: „Wir sind derzeit auf dem Nullpunkt."

Schwerer haben es die vier Vertreter im UEFA-Pokal-Wettbewerb, die allesamt von Verletzungssorgen geplagt werden. Werder Bremen muß gegen Tschernomorets Odessa ein 1:2 wettmachen und bangt um Torjäger Rudi Völler. Der Hamburger muß das 0:2 von Rotterdam gegen Sparta ohne Felix Magath aufholen. Dem 1. FC Köln, der mit einem 0:0 nach Gijon reist, fehlen die Stürmer Klaus Allofs und Uwe Bein. Noch schlimmer trifft es Borussia Mönchengladbach. Das Team von Jupp Heynckes soll ohne Bruns, Hannes und Krauss das 1:1 vom Hinspiel gegen Lech Posen (Polen) wettmachen.

Beckers Training mit Hindernissen: Aufschlagsfeld einen Meter zu kurz

sid/dpa/DW, Frankfurt

Die 9689 Dauerkarten – sie haben eben einen hohen Wert – sind fälschungssicher. Für die Vertreter der Medien (sie kommen aus 15 Ländern) sind 300 Plätze reserviert, auch Japan ist via Fernsehen dabei, um etwas vom deutschen Fieber besonderer Art zu erhaschen. Für den Hauptdarsteller wurde eigens ein Personalschutz engagiert. Alles in allem sollen rund 1,4 Millionen Mark in den Kassen eines deutschen Fachverbandes, der bisher noch nie in solchen Dimensionen denken durfte. Es geht, selbstverständlich, um Tennis, um Boris Becker und das Davispokal-Spiel gegen die Tschechoslowakei ab Freitag in Frankfurt.

Ein Ereignis, das Deutschlands bisher liebstes sportliches Spielzeug, den Fußball, in den Schatten drängt – zumindest kurzfristig für das nächste Wochenende. Die Fernsehanstalten ARD und ZDF rechnen bei den geplanten Live-Übertragungen vom ersten Aufschlag am Freitag bis zum letzten Matchball am Sonntag mit Einschaltquoten, die an Weltmeisterschaftsspiele der deutschen Fußball-Nationalmannschaft heranreichen (etwa 60 Prozent Sehbeteiligung).

Der Countdown hat gestern in der Frankfurter Festhalle begonnen – mit dem ersten Training der kompletten deutschen Mannschaft und der ersten Panne. In der Nacht zum Montag – von 20.00 bis 4.00 Uhr war in einer harten Extra-Schicht der Hallen-Arbeiter ein „extrem schneller Nadelfilz-Teppich" (Beckers Trainer Günther Bosch) verlegt worden. Als Wimbledonsieger Boris Becker mit seinem Doppelpartner Andreas Maurer zum ersten Training unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschien, mußte er erst einmal fluchen. Die noch nicht ganz trockenen Linien auf dem Belag, der schnellen Rasenplätzen sehr ähnlich sein soll, wiesen einen gravierenden Fehler auf: Ein Aufschlagsfeld war um einen Meter zu kurz. Becker und Maurer trainierten totzdem, zwei durchgeschwitzte Trikots danach waren Indiz für die Intensität der Übungen auf einem zu kurzen Feld, über das noch zwei Damen mit Staubsaugern huschten und vor Arbeitern, die die Sitze installierten. Doch selbst der oft griesgrämige Becker-Manager Ion Tiriac schien sich von diesen Störungen nicht erschüttern zu lassen. Bekkers Urteil über den Belag: „Er ist schön schnell."

Noch aber geht der Blick auf kleine Probleme und Pokerspielereien, die erst am Tag der Auslosung der Reihenfolge der Spiele (Donnerstag, 13.00 Uhr) verschwinden werden. Noch immer fehlte gestern der CSSR-Spitzenspieler Ivan Lendl, Nummer eins der Weltrangliste. Er leide an einer Ellenbogen-Verletzung des Schlagarmes (die WELT berichtete in in ihrer Montagsausgabe), hieß es am Wochenende. Ein Gerücht, das nur ein Teil jenes Ballyhoo's ist, das es bisher nur vor großen Boxkämpfen gab?

Jean Kodes, Team-Chef der CSSR und Wimbledon-Sieger von 1973, reagierte gestern mit einem einzigen Wort auf die Frage, ob Lendl vielleicht nicht antreten werde: „Blödsinn." Dennoch konnte auch Kodes nicht erklären, warum der Star seines Teams bis gestern Abend noch nicht in Frankfurt eingetroffen war. Nici Pilic, der Coach der deutschen Mannschaft, zerbricht sich über die Gerüchte nicht den Kopf: „Mit Lendl ist die CSSR gewiß stärker, aber auch ohne ihn ist sie stark. Wir können verlieren – mit oder ohne Lendls Mitwirkung."

Wer neben Boris Becker versuchen soll, das Halbfinale zu gewinnen und das Endspiel (dann ebenfalls in Deutschland gegen Schweden oder Australien) zu erreichen, steht ebenfalls noch nicht fest. Das gehört zu Pilics kleinen taktischen Manövern, die die Gegner im unklaren lassen sollen. Heute abend, so Pilic werde er „das Geheimnis lüften". In der letzten Woche trainierte er allerdings schon mit Michael Westphal in Deisenhofen bei München. Der 20 Jahre alte Hamburger hat wohl trotz des (vorläufigen) Dementis von Pilic („wenn er nicht in Topform ist, spielt er auch nicht") die besten Chancen auf einen Einsatz im zweiten Einzel. Der 100 000 Mark teure Hallenboden kommt seiner Spielweise eher entgegen als der von Hansjörg Schwaier, der in Hamburg gegen Aaron Krickstein einen Punkt in der Begegnung mit den USA gewann.

Doch nur bei der Besetzung des Doppels hat sich Pilic bisher deutlicher festgelegt: „Es ist fast sicher, daß Boris Becker wie in Hamburg gegen die USA zusammen mit Andreas Maurer spielt. Das ist die Kombination Nummer eins und es gibt auch keine großen Alternativen."

*

So überträgt das Fernsehen: Den deutschen Tennisfans soll keine Minute des Davispokal-Spiels entgehen. Das ZDF beginnt am Freitag um 14.00 Uhr mit der Übertragung des ersten Einzels. Um 17.30 Uhr übernimmt das Erste Programm (ARD). Das Doppel wird am Samstag ab 14.00 Uhr wieder von der ARD übertragen. Am Sonntag, dem letzten Tag, beginnt die ARD um 14.00 Uhr, ab 16.42 Uhr übernimmt das ZDF. Sollte das Spiel um 18.18 Uhr noch nicht beendet sein, steht wieder die ARD bereit, die Übertragung noch einmal zu übernehmen. Seltene Gemeinschaftsaktion der beiden Sendeanstalten – Tennis und vor allem Boris Becker machen es möglich...

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 2. Spieltag: Köln – Rießersee 3:2, Bayreuth – Rosenheim 3:9, Kaufbeuren – Düsseldorf 5:3, Landshut – Iserlohn 7:3, Mannheim – Schwenningen 1:1.

DIE TABELLE

1.Rosenheim	2	1	1	0	11:5	3:1
2.Schwenning.	2	1	1	0	8:2	3:1
3.Köln	2	1	1	0	5:4	3:1
4.Iserlohn	2	1	0	1	11:8	2:2
5.Landshut	2	1	0	1	8:7	2:2
6.Düsseldorf	2	1	0	1	7:6	2:2
7.Mannheim	2	0	2	0	5:5	2:2
8.Kaufbeuren	2	1	0	1	6:11	2:2
9.Rießersee	2	0	1	1	6:7	1:3
10.Bayreuth	2	0	0	2	4:16	0:4

VOLLEYBALL

Europameisterschaften in Holland, 1. Spieltag, Damen, Gruppe A: CSSR – Bulgarien 3:1, „DDR" – Griechenland 3:0 – Gruppe B: UdSSR – Polen 3:1, Deutschland – Frankreich 3:1. – Gruppe C: Rumänien – Holland 3:0, Italien – Ungarn 3:2. – Herren, Gruppe A: UdSSR – Schweden 3:0, Italien – Griechenland 3:0. – Gruppe B: Polen – Rumänien 3:0, CSSR – Spanien 3:0. – Gruppe C: Holland – Jugoslawien 3:0, Frankreich – Bulgarien 3:0. – Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: München 6:0 – VdS Berlin 3:2, Gießen – Hamburg 2:3, Leverkusen – Dachau 3:1.

TENNIS

Turniere, Männer in San Francisco, Finale: Edberg (Schweden) – Kriek (Südafrika) 6:4, 6:2. – Damen in New Orleans, Finale: Evert-Lloyd – Shriver (beide USA) 6:4, 7:5. – Doppel: Evert-Lloyd/Turnbull (USA/Australien) – Piatek/White (USA) 6:1, 6:2.

HANDBALL

Europapokal der Meister, Qualifikation zur 1. Hauptrunde: Gummersbach – HB Düdelingen (Luxemburg) 23:14.

GOLF

Vierländer-Turnier mit gemischten Nationalmannschaften (vier Damen, sechs Herren) in München-Straßlach: 1. Belgien 6:0 Punkte (31:14 Siegpunkte), 2. Holland 4:2 (21:24), 3. Deutschland 2:4 (22:23), 4. Schweiz 0:6 (16:29). – Deutschland – Schweiz 9,5:5,5: Damen 2,5:3,5 (Vierer 1:1/Einzel 1,5:2,5), Herren: 7:2 (2:1/5:1). Deutschland – Holland 7:8: Damen 3:3 (0,5:1,5/2,5:1,5), Herren 4:5 (1:2/3:3), Deutschland – Belgien 5,5:9,5: Damen 2:4 (1:1/1:3), Herren 3,5:5,5 (1:2/2,5:3,5). – Ferner: Belgien – Holland 10:5, Belgien – Schweiz 11,5:3,5, Holland – Schweiz 8:7. – Für Deutschland spielten, Damen: Ruland (Bad Worrishofen), Lampert (Kronberg), Umsen (Hamburg), Kötter (Hubbelrath), Herren: Hübner, Schieffer (Hubbelrath), Mund (Mönchengladbach), Struver (Hamburg), Städler (Wuppertal), Stamm (Braunschweig).

MOTORSPORT

Rallye San Remo, Stand nach vier Sonderprüfungen: 1. Saby/Fauchille (Frankreich), Peugeot 205 Turbo, 40:21 Minuten, 2. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland), Audi Sport Quattro, 40:26, 3. Salonen/Harjanne (Finnland), Peugeot 205 Turbo, 40:32, 4. Biasion/Siviero (Italien), Lancia Rally, 41:01, 5. Cerrato/Cerri (Italien), Lancia Rally, 41:15, 6. Toivonen/Piironen (Finnland), Lancia Rally, 41:35

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 27, 30, 32, 37, 41, 42, Zusatzzahl: 35. (Ohne Gewähr)

VOLLEYBALL / 3:1-Sieg zum EM-Auftakt

Bundestrainer Niemczyk klagt: „Psychisch müde"

dpa, Enschede

Nach dem geglückten Europameisterschafts-Auftakt wurde auch Roland Mader mutig. „Jetzt schlagen wir auch Polen 3:1 und kommen in die Finalrunde", sagte der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) nach dem Sieg des Damen-Nationalteams über Frankreich (3:1) am Sonntag abend in Enschede. Hinter dichtem Zigarettenquaim wich auch bei Bundestrainer Andrzej Niemczyk die spürbar gewordene Anspannung: „Meine Mädchen sind wie ich unheimlich nervös in diese EM gegangen, weil der Druck so groß wie noch nie ist."

Gegen Polen geht es – eine Niederlage gegen den Top-Favoriten UdSSR gestern abend (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) einkalkuliert – um alles oder nichts. Doch das stört den aus Lodz stammenden Niemczyk, der selbst von 1973 bis 1977 die Damen seines Heimatlandes trainierte, wenig: „Das ist für mich ein ganz normales Spiel. Ich will gewinnen, auch wenn sie hinterher nicht mehr mit mir sprechen."

Doch richtig zufrieden ist im DVV-Lager trotz guter Perspektiven niemand. Hinter der Fassade sorgen Probleme für Gesprächsstoff. Ungelöste soziale Schwierigkeiten der Spielerinnen gehören ebenso dazu wie Niemczyks Ankündigung, zum Ende der Saison als Vereinstrainer des SV Lohhof zurückzutreten.

„Meine Mädchen sind psychisch müde", meint Niemczyk zu Punkt eins. „Die Ungewißheit in Schule und Beruf ist eine Belastung." Durchschnittlich kommen die Nationalspielerinnen durch Aufwandsentschädigungen und Sporthilfe auf rund 24 000 Mark pro Jahr. Der Bundestrainer: „Sie bekommen ein paar Mark, aber verdienen tun sie nichts." Angesichts des zusätzlichen Kader-Trainings an über 130 Tagen in diesem Jahr werde es immer schwieriger, die Mannschaft zu motivieren. Das für diesen Herbst angekündigte Sozialmodell kommt für Niemczyk „ein Jahr zu spät".

Rund zwei Millionen Mark – hauptsächlich von Sponsoren aufgebracht – sollen in den nächsten vier Jahren bis zur EM im eigenen Land für einen Athletenfonds bereitgestellt werden. Denn Volleyball-Spiel bedeutet mittlerweile Full-time-job. Für jedes Mitglied des A-Kaders bei Herren und Damen werden jährlich zusätzlich ungefähr 20 000 Mark bereitgestellt.

Zum zweiten Problem: Der 41jährige Niemczyk ist in seiner Doppelfunktion überlastet. Zusätzlich zu seiner täglichen Arbeit bildet er die Nationalspielerinnen selbst aus und kümmert sich um private Probleme. „Die Spielerinnen haben mich einfach satt", sagt der Trainer, „wir sind zu viel zusammen, wenn ich sie auch noch täglich im Lohhof habe. Sie müssen jetzt selbstständig werden und sich selbst motivieren." Sein Nachfolger als Vereinstrainer soll sein bisheriger Assistent Jürgen Buschmann werden

NACHRICHTEN

Schwärzel tritt zurück

Meissenheim (sid) – Werner Schwärzel (37) aus Meissenheim hat seinen Rücktritt vom Motorrad-Seitenwagen-Sport erklärt. Seit 1973 war Schwärzel einmal Weltmeister, sechsmal Vizeweltmeister und zehnmal deutscher Meister.

Randalierende Fans?

London (dpa) – Als Randalierer bekannte englische Fußball-Fans wollen nach Spanien reisen, um den schottischen Klub Glasgow Rangers morgen beim UEFA-Pokalrückspiel gegen Atletico Osasuna zu unterstützen, berichten britische Zeitungen.

Verona zurückgefallen

Verona (sid) – Fußball-Klub Hellas Verona, mit Nationalspieler Hans-Peter Briegel in der letzten Saison italienischer Meister, liegt nach einer 0:1-Heimniederlage gegen Tabellenführer Juventus Turin am vierten Spieltag schon fünf Punkte zurück.

Capelli bei Tyrell

London (sid) – Der Italiener Ivan Capelli (22) fährt anstelle des tödlich verunglückten Stefan Bellof (Gießen) für das britische Tyrell-Team beim Formel-1-Grand-Prix am Sonntag in Brands Hatch.

Porsche-Doppelsieg

Watkins Glen (spa) – Al Holbert und Derek Bell (USA/England) gewannen auf Porsche das 500-Meilen-Rennen von Watkins Glen vor den Markengefährten Jochen Mass und Jim Busby (Deutschland/USA).

STAND ● PUNKT / *Protest und Glaubwürdigkeit*

Siege, die am grünen Tisch errungen worden sind, haben stets einen schalen Beigeschmack. Die Rennleitung des Dortmunder Rennvereins hatte am Sonntag nach dem Zieleinlauf des 101. Deutschen Galopper-St.-Legers keine andere Möglichkeit, als den Hengst Cassis auf den zweiten Platz zurückzustufen.

So kam Kamiros mit Peter Alafi (49) zum Erfolg in einem klassischen Rennen, auch wenn er nur als Zweiter das Ziel nach 2800 Metern erreichte. Peter Remmert (46) im Sattel von Cassis behinderte 200 Meter vor dem Ziel den an der Innenseite angreifenden Kamiros entscheidend. Der Protest der Rennleiter gegen Cassis kam spontan. Hätte man von einer Disqualifikation Abstand genommen, wäre wohl jegliche Glaubwürdigkeit dahingewesen. Die Entscheidung geht in Ordnung.

Ferdinand Leisten (71) aus Köln, der Manager des Gestüts Erlengrund, dem Cassis gehört, hat dann auch gestern seine ursprünglich noch am Sonntag eingelegte Berufung gegen die Protestentscheidung zurückgezogen. Kamiros bleibt St.-Leger-Sieger 1985.

Das Rennen offenbarte aber Schwächen im Turfsystem, die möglicherweise problemlos durch eine Änderung der Ausschreibung abgestellt werden könnten. Nicht erst am Sonntag gab es Schwierigkeiten mit der Besetzung des Rennens. Diese eklatanten Probleme haben sich in den letzten Jahren regelmäßig wiederholt. So sollte man sich einmal mit dem Gedanken befassen, das Rennen auch für ältere Pferde zu öffnen, denn unsere Dreijährigen halten die lange Saison offenbar nicht aus. Es bleibt meist nur ein karger Rest übrig, der dann in St. Leger antritt.

In Frankreich praktiziert man das seit Jahren mit Erfolg. Schließlich muß der Veranstalter auch seinen Sponsor bei Laune halten, denn ständige negative Schlagzeilen vor und nach dem Rennen sind kaum Motivation, sich weiter zu engagieren. Ideales Wetter sorgte für Massenbesuch und über 1,1 Millionen Mark Wettumsatz in Dortmund. Die Besetzung des St. Legers war daran sicher kaum beteiligt. KLAUS GÖNTZSCHE

Sie haßte pianistische Kraftakte: Clara Schumann

„Frau Oberin" am Klavier



Um sie lag eine Aura der Lebensgroßartigkeit: Clara Schumann geb. Wieck (1819–1896) FOTO: DIE WELT

Die musikalische Ehrfurcht in Deutschland hat wiederholt zur annähernden Heiligsprechung von Frauen geführt (selbst bei zeitweilig exemplarisch sündigem Lebenswandel), die andere Länder nicht kannten. Madame Colbran, Rossinis Frau, eine gefeierte Sängerin, oder Giuseppina Strepponi, die Signora Verdi, auch sie ein Star der Oper zu ihrer Zeit, genossen durchaus nicht die anhimmelnde Verehrung, die Cosima Wagner, der „Hohen Frau" Bayreuths, zuteil wurde, oder auch Clara Schumann, die ein sonst eher spitzzüngiger Mensch wie Eduard Hanslick voller Respekt „die Frau Oberin" nannte.

Cosima wie Clara, bei aller Gegensätzlichkeit ihres Lebens und ihrer Verdienste, schienen der Mitwelt, je länger sie lebten, auf unvergleichliche Weise erhaben. Um sie lag eine Aura der Lebensgroßartigkeit, zu der

Frühlingssinfonie – ZDF, 19.30 Uhr

sie sich im wahrsten Sinne des Wortes hinaufgekümmert hatten. Kummer und Kümmern vereinten sich für sie zu einer Lebensaufgabe, die sie beide unerschrocken, unerschöpft und wahrhaft heiliggemäß bestanden, wenn es in beiden Fällen auch eine sehr irdische Heiligkeit war. Clara und Cosima blieben auf ihre exemplarische Art Menschen, anfällig und anfechtbar, doch an Seelenkraft unvergleichbar.

Clara hatte in ihrer Ehe mit Robert Schumann acht Kinder geboren. Emil, ihr erster Sohn, starb noch als Kleinkind, Ludwig verschwand als 22jähriger in einer Anstalt, in der er 19 Jahre später verblich. Clara hatte für die große Familie finanziell aufzukommen, und sie konnte das nur, da sie vor allem eine sensationelle Konzertpianistin gewesen und bis ans Ende der Tage geblieben war.

Hanslick stellte die Klavierspielerin Clara Schumann, die er eine Virtuosin nicht nennen mochte, über alle, die er gehört hatte. Sogar über die besten ihrer männlichen Kollegen hätte er sie gestellt, wenn sie rein physisch jene Kraft gehabt hätte, ein Klavier derart spektakulär zusammenzuschlagen, wie nur ein Mann es vermochte. Damit konnte Clara nicht dienen. Besser noch: Sie wollte es nicht. Ihr waren pianistische Massaker ein Greuel. Ihr Spiel kam aus anderem Geiste.

Natürlich spielte sie Schumann und wurde die Botschafterin seines Werks. Sie gestattete sich freilich in seinen großen Zyklen, den „Davidsbündlertänzen", aber auch dem „Carnaval", Auslassungen, über die man heutzutage nur staunt. Sie spielte (nach den Aufzeichnungen im Zwikkauer Robert-Schumann-Haus) zwischen ihrem Debüt als Neunjährige und ihrem Frankfurter Abschiedskonzert (sie war damals 71) 1299 Konzerte, wozu ein erfolgreicher Pianist auch heute noch rund 13 Jahre braucht – da dürfen bei den Damen keine Schwangerschaften, Kinderaufzucht, Gattenbetreuung, Familienführung dazukommen – doch mit Reiseerleichterungen durch Düsenjets.

Diese pianistische Leistung konnte Clara Schumann allerdings auch nur vollbringen, weil der moderne Klavierabend noch nicht erfunden war, in dem ein Pianist im Alleingang das volle Programm bestreitet. Zu Claras Zeit gab es in den Konzerten mehr Abwechslung. Man fand sich in wechselnden Gruppierungen auf dem Podium zusammen, man machte Kammermusik in beflügelnden Kombinationen. Man spielte sich nicht bis zum Umfallen der totalen Erschöpfung entgegen.

Clara ließ sich in Rußland feiern und in England. Mißmutig gab noch Paderewski laut, Frau Schumann habe die Insel für den Genuß seiner pianistischen Prankenschläge gründlich verdorben. Tastengedonner war Claras Vorliebe nie. Sie war sich ihres Eigenwerts wohl bewußt.

Deswegen mußte es sie auch bei aller Milde ihres Wesens kränken, wenn ihre liebe Freundin Pauline Viardot, der singende Superstar, sie wohl zu aufsehenerregenden Empfängen in ihre Baden-Badener Villa lud – aber nur dann, wenn gerade keine königlichen Hoheiten zu Gast waren, was anscheinend selten genug der Fall war. Clara ballte darüber wütend die Pianistinnenfäuste, die übrigens ohne Schwierigkeit eine Dezime griffen.

Die Ausbildung, die der Vater Friedrich Wieck, ihr hatte zuteil werden lassen, erschien ihr bis zum Tod ideal. Überhaupt nahm sie den grimmigen Vater, der ihr die Eheschließung mit Schumann auf grausame Weise schwergemacht hatte, in den meisten anderen Punkten bis an ihr Lebensende in Schutz. Er habe sie nicht als Kind ans Piano gequält; sie sei nie bis zur Erschöpfung gedrillt worden; Rücksicht auf sie und Verständnis für sie hätten während des Unterrichts immer geherrscht.

Auf diesem Unterricht hatte sie ihr eigenes Leben zu begründen verstanden, das sie über den Tod Schumanns, alle Verzweiflungen und alle Nöte hinaus, höchst professionell in die eigene Hand nahm: diese Pianistenhände, die sie dem Vater verdankte. KLAUS GEITEL

*

In den Artikel „Popcorn und Trends für beide Ohren" (s. WELT vom 28. 9.) hat sich bedauerlicherweise ein Fehler eingeschlichen: Nicht die „demokratische", sondern „demografische" Entwicklung der „DDR" war gemeint.

KRITIK

Blitzlichter des Grauens

Inspiriert von Ernst von Salomons sensationellem Bucherfolg, legt Regisseur Rolf Busch den berühmten „Fragebogen" erneut auf den Tisch. Dem Titel **Ami go home** (ARD) zum Trotz rückt Busch seine Szenenfolge von Salomons sarkastischer Kritik an den Siegermächten weg und konzentriert sich auf die Frage nach der Schuld und der Mitschuld der Deutschen. Es ist eine Schuld, die weiterreicht, als ein Fragebogen jemals ausleuchten könnte. Eine Schuld, die eine schwache Demokratie zum Schauplatz der Gewalt machte. Eine Schuld, die manchen – wie Salomon – plötzlich ohnmächtig vor einem Berg von Verbrechen stehen ließ.

Die Fragen des amerikanischen Verhör-Offiziers beantwortet der Schriftsteller, glänzend verkörpert von Michael Weckler, kalt und sarkastisch, pendelnd zwischen Rechtfertigung und Eingeständnis. Rolf Busch appelliert ans Erinnern, an die Selbsterforschung, aber er vernachlässigt das Sentiment. Er zerfasert die Handlung, er setzt das gezeigte Geschehen einem hektischen Szenen-Geschnipsel aus, er zerstückelt alles, unterbricht alles. Auf einer Leinwand hoch über dem Verhörtisch jagen sich Filmszenen aus Salomons Vergangenheit, Bilder von zerbombten Städten und von ermordeten Menschen in Konzentrationslagern. Blitzlichter des Grauens, die allzu schnell vorbeiflimmern. Dem Mitdenken fehlt das Mitfühlen. So wird Buschs „Fragebogen" ein gewaltiger TV-Essay, der die meisten Zuschauer überfordert. HERMANN A. GRIESSER

ARD  SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Die Super-Hitparade der Operette
12.20 Irische Nachbarn
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Anna Wimschneider, Bäuerin und Bestseller-Autorin
16.55 Spaß am Dienstag
17.25 Da schau her!
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Ausdauernde Jäger – Aus dem Familienleben der Schakale
21.00 Monitor
Der Pershing-Unfall von Heilbronn – Neue Erkenntnisse über die Ursachen / Fluor unwirksam gegen Karies? – Der Filz zwischen Zuckerindustrie und Zahnärzteverbänden / Der Goldfinger aus München – Die Geschäfte des Herrn Beierlein
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Stadt in Dur und Moll
Internationales Musikfest in Stuttgart
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff
Besinnliches der vergangenen 4000 Jahre für Nachtschwärmer

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
mit Maren Bienhold
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Nur ein Routinefall
19.00 heute
19.30 Neue deutsche Filme
Frühlingssinfonie
Spielfilm (1983) von Peter Schamoni
Mit Nastassja Kinski, Rolf Hoppe, Herbert Grönemeyer u. a.
Kamera: Gerard Vandenberg
21.15 Live vom Cannstatter Volksfest: WISO
Rummel als Geschäft – Geschäft mit dem Rummel
21.45 heute-journal
22.05 Der Zerrissene
Posse mit Gesang in drei Akten von Johann Nestroy
Musik von Adolf Müller
Von den Salzburger Festspielen 1982
Mit Helmuth Lohner, Otto Bolesch, Teddy Podgorski u. a.
Inszenierung: Otto Schenk
0.05 heute

SAT 1

13.30 Petrina
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Papermoon
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
18.30 APF blick
18.45 Der Schandfleck
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
21.30 APF blick
22.15 Sackgasse
Amerikanischer Spielfilm (1937)
23.45 APF blick

3SAT

19.00 heute
19.30 Coca-Colonialisiert
20.30 Ringstraßenpalais
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Knight Rider
20.20 RTL-Spiel
20.30 Heißer Tatort Tripolis
Ital.-span. Spielfilm (1966)
22.10 RTL-Spiel
22.18 Wie geht's?
22.45 Horoskop
22.50 Betthupferl

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
„Freiheit" – hinter Stacheldraht
20.45 Rückblende
Vor 30 Jahren gestorben: Der Filmschauspieler James Dean
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Die Leiden der Besiegten
Zehn Jahre im vietnamesischen „Gulag"
23.45 Letzte Nachrichten

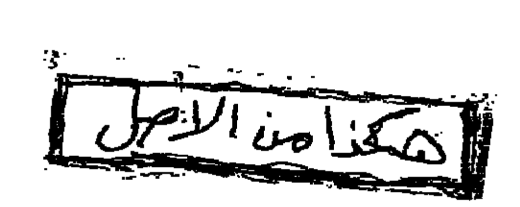
NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Gregor von Rezzoris Antiquitäten-(Ver)führer
19.00 Kleine Panne? – Keine Panik! (1)
19.15 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Auto-Scooter
21.15 Toma
Amerikanische Kriminalserie
22.00 Ich und Du
23.00 Schach dem Weltmeister
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.30 Unser Auto wird hundert
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort
Kennwort: Fähre
21.45 Drei aktuell
22.00 Bücher-Report
22.45 Angst – Eine Hotelgeschichte
23.45 Vor vierzig Jahren
„Welt im Film"

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Streit um Krebsarzt Dr. Kisseler
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Reizwort: Aids
Nur für das Saarland:
20.15 Deutschlands grüne Inseln
21.00 Autos, die Geschichte machten (4)
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Frau nach Maß
Deutscher Spielfilm (1940)
22.45 Avanti! Avanti!
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Der Untergang von Metropolis
Italienischer Spielfilm (1961)
20.30 Wege über dem Abgrund
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Meine Aufgabe: Bayern
A. Goppel zum 80. Geburtstag
22.35 Im Gespräch
Neue Wege zur Entwicklungshilfe
23.20 Rundschau





ANDERE AUTOS
MIT DIESEN FAHRWERTEN TANKEN SUPER.

هكذا من الأصل

DER NEUE LANCIA THEMA TURBO DS

DER NEUE LANCIA PRISMA TURBO DS

Lancia ist ganz gewiß keine Marke, die behäbige Autos baut. Und wenn Lancia nun zwei Fahrzeuge auf den Markt bringt, die Diesel konsumieren, dann hat das einen ganz einfachen Grund: Lancia hat Diesel-Motoren entwickelt, die es von ihren Werten her wert sind, einen Lancia anzutreiben. Diesel-Motoren, deren technische Beschreibung sich liest wie vor kurzem noch die manch hochkarätigen Otto-Motors: Vierzylinder-Motor mit obenliegender Nockenwelle, KKK-Turbolader mit integriertem Waste-Gate und Ladeluftkühlung.

Dieses exemplarische Motoren-Konzept gibt es gleich in zwei Lancia-Klassen: Zum einen im neuen Lancia Thema – hier ist das Basis-Triebwerk ein 2,5-Liter-Dieselmotor mit völlig verblüffenden Werten: Höchstleistung 100 PS/74 kW bei 4100 U/min, maximales Drehmoment 22,1 mkp (217 Nm) bei 2300 U/min. Mit einer Höchstgeschwindigkeit von 185 km/h ist der Lancia Thema turbo ds die zur Zeit schnellste Serien-Diesel-Limousine überhaupt.

Zum anderen im Lancia Prisma – dem meistverkauften Lancia aller Zeiten – bei ihm ist die Motor-Basis ebenso ein völlig neukonstruierter 1,9-Liter-Dieselmotor, der seine satten 80 PS/59 kW schon bei 4200 U/min voll zur Wirkung bringt. Sein maximales Drehmoment hat er mit 17,5 mkp (171,7 Nm) bei 2400 U/min. Das sorgt für eine Höchstgeschwindigkeit von 170 km/h und eine Beschleunigung von 12,9 sek. von 0 auf 100 km/h.

Dazu kommen noch ein paar gute Argumente, die es den Super-Tankern nicht leicht machen: niedriger Verbrauch, optimale Steuervorteile, hohe Lebensdauer, sehr günstige Schadstoffwerte, gute Kraftstoffpreise – es spricht vieles für Diesel, wenn es ein Lancia ist.

Lancia, Salzstraße 140, 7100 Heilbronn.





Welch ein Fahr-Zeug!

Gorbatschow wirbt um Gemeinsamkeit

● Fortsetzung von Seite 1

Schulter an Schulter seinen Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus und zur Errichtung des Friedens in Europa geleistet hat".

Dabei ist, was die französisch-sowjetischen Beziehungen betrifft, von dem Sonderstatus, über den zu de Gaulles Zeiten viel gesprochen wurde, kaum etwas faßbares übriggeblieben. Anders als in den 60er Jahren, als auf der Ebene Paris-Moskau psychologische Vorarbeit für das spätere Konzept der Detente geleistet wurde, verlaufen heute die zentralen Fäden des west-östlichen Kräftespiels in andere Richtung. Die Weichen werden derzeit zwischen Moskau und Washington gestellt. Aber in Frankreich hat der Gedanke der europäischen Rolle in diesem Spiel wieder an Attraktivität gewonnen. Deshalb legt der sonst nicht zimperliche sowjetische Propagandaapparat in Sachen Frankreich Schongang ein. In der sowjetischen Presse findet sich kein Vorwurf zu den französischen Atomtestversuchen im Südpazifik, während doch jeder Testversuch der Amerikaner pamphlethaft geahndet wird.

Dafür werden jetzt die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich lobend herausgestrichen. So sei der Handelsumfang von 1980 bis 1984 doppelt so groß wie in den vorausgegangenen fünf Jahren gewesen, heißt es anerkennend. Die UdSSR kaufe in Frankreich Maschinen, Ausrüstungen, Agrarerzeugnisse und Eisenwalzgut. Für die französische Wirtschaft seien hingegen die sowjetischen Lieferungen von Energieträgern und anderen Waren sehr wichtig.

Positiv hervorgehoben wird auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den Partnern. Sie beziehe sich auf so wichtige Bereiche wie die Kernphysik, das Verkehrswesen, die Erforschung des Weltmeeres und der Umwelt. Erinnert wird in diesem Zusammenhang auch an die sowjetisch-französische Zusammenarbeit bei der „friedlichen Erschließung des Weltraums".

In dieser lobenden Betrachtung des sowjetisch-französischen Verhältnisses wird mit nur einem Satz die französische KP genannt. George Marchais, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, der kürzlich wieder einen Monat in der Sowjetunion weilte und dem sowjetischen Parteichef seine Aufwartung machte, wird nicht einmal erwähnt. Diese Behandlung beziehungsweise Nichterwähnung zeugt von der Verlegenheit der Kreml-Autoren. Gilt doch Gorbatschows Besuch in Paris dem Präsidenten Mitterrand, eben jenem Staatsmann, den Marchais und seine Gefolgsleute jetzt bekämpfen, den aber der Sowjetführer vor der Visite nicht vor den Kopf stoßen will.

Rau fordert Verzicht auf Weltraum-Rüstung

Auftritt in Genf als Außenpolitiker / Bedenken wegen SDI

DW. Genf

Die Forderung der Sozialdemokraten nach der Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa und die Sorgen seiner Partei vor der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau gestern vor amerikanischen Wirtschaftsführern in Genf erläutert. In einem Referat vor dem „World Business Council" vertrat Rau die Auffassung, daß die SDI „den Frieden nicht sicherer machen würde, sondern eher neue Gefahren hervorruft". Der voraussichtliche SPD-Kanzlerkandidat für die nächsten Bundestagswahlen äußerte zugleich die Hoffnung, daß bis zum Frühjahr 1987 in der Bundesrepublik Deutschland „die Weichen noch nicht so gestellt sind", um einen eventuell gewählten SPD-Bundeskanzler zu zwingen, die Ablehnung des SDI-Programms zum Regierungsprogramm zu machen.

Rau, der gestern in Genf auch mit den Delegationsleitern der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche, Max Kampelmann und Viktor Karpow, zusammentraf, machte anschließend im Gespräch mit Journalisten deutlich, daß die von den USA abweichende Haltung seiner Partei zu SDI innerhalb des NATO-Bündnisses diskutiert werden müsse. Dabei sollten allerdings die Sozialdemokraten nicht in den Fehler verfallen, über den Bestand des Bündnisses selber diskutieren zu wollen. Andererseits müsse man aber in den Vereinigten Staaten akzeptieren, daß im geteilten Deutschland mit seiner besonderen geographischen Lage ein starkes Interesse an den Fragen der Abrüstung herrsche.

Im Hinblick auf das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow am 19. November in Genf äußerte Rau die Erwartung, daß diese Begegnung nicht nur zum „reinen Kennenlernen" gerät. Die Ende vergangener Woche in einem Brief Gorbatschows an Reagan geäußerten Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion sind nach Auffassung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden auf „ein ermutigendes Echo" in den USA gestoßen. Vor diesem Hintergrund äußerte Rau die Erwartung, daß die Genfer Abrüstungsverhandlungen „so geführt werden, daß beide Seiten auf jede Form der Weltraumrüstung verzichten". Die führenden Politiker sollten das wissenschaftlich-technische Potential in ihren Staaten mit ganzer Kraft dazu einsetzen, „die Probleme auf der Welt human zu lösen".

Rau betonte nach seinen Gesprächen in Genf, er stehe insgesamt in Loyalität zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis. Die abweichende Haltung seiner Partei zu der Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen auf deutschem Boden sei als ein Standpunkt unter vielen innerhalb des Atlantischen Bündnisses zu verstehen. Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur Atlantischen Allianz stehe für ihn nicht zur Diskussion.

Der Genfer Gipfel im November sollte allerdings „konkrete Ergebnisse" zeitigen. Die Welt erwarte „kleine Schritte in die richtige Richtung anstelle Stillstand oder gar Rückschritt". Das geteilte deutsche Volk müsse aufgrund seiner geographischen und politischen Lage an der Nahtstelle der beiden Blocksysteme mehr als andere Völker auf Fortschritten bestehen. Die Deutschen erwarten nach den Worten von Rau in Genf am 19. November eine Vereinbarung über Maßnahmen, die in Mitteleuropa die Angst vor einem drohenden atomaren Krieg mildern. Die „absurden Rüstungsmaßnahmen", die auf den Schultern der Menschen lasten, müßten begrenzt und abgebaut werden.

Warschau legt jetzt die „Arbeiterräte" an die Leine

Walesas Freunde in den Betrieben sollen aus der Gewerkschaftsarbeit ausgeschaltet werden

AFP, Wiesbaden

Die nach dem Danziger Abkommen in der Zeit der legalen Existenz der unabhängigen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" gegründeten „Arbeiterselbstverwaltungsräte", Samorzad genannt, haben zwar die Säuberungsaktionen von Parteichef General Jaruzelski überlebt, wurden jedoch seit dem Verbot von „Solidarität" unter strenge ideologische Aufsicht gestellt. Damit wollen die Behörden auch die wenigen nicht entlassenen Anhänger von Arbeiterführer Lech Walesa endgültig aus dem gewerkschaftlichen Leben der Betriebe ausschalten.

Die kürzliche Auseinandersetzung zwischen dem Somarzad der Textilfabrik Elana in Thorn, einer ehemaligen Hochburg von „Solidarität", und Polens Chemieminister Edward Grzywa ist bezeichnend für den Willen der Regierung, den insgesamt 11 200 Arbeiterräten in 6400 Unternehmen des Landes auch nicht die geringste Abweichung vom offiziellen politischen Kurs zu erlauben. Der Arbeiterrat der Firma Elana hatte beschlossen, am 24. und 25. September in Thorn eine Debatte über das Thema „Bilanz der Wirtschaftsreform" zu organisieren, zu der Vertreter von 22 anderen Samorzad geladen wurden.

Ein Arbeiterrat klagt

Auch der mit Durchsetzung der „Reform" beauftragte Minister Wladislaw Baka, der Vorsitzende einer parlamentarischen Kommission und zwei Kandidaten für die „Wahlen" zum Sejm am 13. Oktober sollten an der Debatte teilnehmen. Die Antwort aus Warschau: Chemieminister Grzywa verbot das Treffen und die vier „Regierungsvertreter" lehnten die Einladung ab. Gleichzeitig rieten die Betriebsleiter den ebenfalls eingeladenen Vertretern der 22 anderen Arbeiterräte, darunter der Stettiner Werften, der Stahlwerke Huta Warszawa und anderer ehemaliger Hochburgen von „Solidarität", nicht nach Thorn zu reisen.

Der Arbeiterrat der Thorner Textilfabrik nahm die Entscheidung des Warschauer Ministers allerdings nicht hin und legte gerichtliche Klage ein. Dabei berufen sich die Arbeiter auf Artikel 35 des Gesetzes zur Selbstverwaltung, das den Mitgliedern der Arbeiterräte einen gegenseitigen Meinungsaustausch in einer gemeinsamen Versammlung ausdrücklich gestattet. Die Kläger haben jedoch nur wenig Aussichten zu ihrem Recht zu kommen. Regierungssprecher Jerzy Urban erklärte in der vergangenen Woche zu dieser Angelegenheit, es müsse vor allem verhindert werden, daß die Arbeiterräte zu „Verschwörungszellen" gegen die Regierung ausarteten.

Das KP-Organ „Trybuna Ludu" hatte bereits Anfang September in einer Reportage über die Arbeiterräte in den Betrieben von Thorn zwischen den „Unerwünschten" und den „Vorbildlichen" unterschieden. Die vorbildlichen Arbeiterräte seien die, die von einem lokalen Parteisekretär geleitet werden oder deren Vorstand mehrheitlich aus Kommunisten besteht, schrieb das Parteiblatt. In der Firma Elana hingegen versuchte der Arbeiterrat die Selbstverwaltung zu antisozialistischen Zielen zu mißbrauchen. Die Reportage schloß mit den beschönigenden Worten, die Probleme einiger Arbeiterräte würden durch ein falsches Verständnis des von der Partei ausgearbeiteten Selbstverwaltungsrechts hervorgerufen.

Dieses „Unverständnis" der offiziellen politischen Linie hatte sich bei Elana, dessen Arbeiterrat noch immer von Anhängern Lech Walesas geleitet wird, bereits im vergangenen Jahr bemerkbar gemacht, als der Rat beschlossen hatte, zum Begräbnis des ermordeten Pater Jerzy Popieluszko einen Kranz zu kaufen. Auch damals hatte sich der Betriebsleiter geweigert. Der Arbeiterrat erwirkte jedoch eine gerichtliche Entscheidung und der Kranz konnte schließlich gekauft werden. Stanislaw Czuszel, der Leiter des Arbeiterrats der Firma, nimmt die jüngste Warnung der Behörden allerdings sehr ernst. Vor allem fürchtet er das uneingeschränkte Recht des Ministers, den derzeitigen Rat aufzulösen oder zumindestens vorläufig zu suspendieren.

Danzig treu geblieben

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht der „Solidarität" über die „Lage in Polen fünf Jahre nach den Danziger Verträgen" vertreten die Experten der Gewerkschaft die Auffassung, die Arbeiterräte bleiben trotz der zahlreichen Einschränkungen ihrer urspünglichen Befugnisse ein geeignetes Forum, in dem die Anhänger von „Solidarität" noch einen gewissen Einfluß ausüben könnten. Trotz der Allgegenwärtigkeit der Partei und der Behörden hätten etwa drei bis 15 Prozent der Arbeiterräte ihre Unabhängigkeit bewahrt. Mehrere hundert Räte seien den Idealen von Danzig treu geblieben, heißt es in dem Bericht optimistisch.

Diese Präsenz der Anhänger Lech Walesas in zahlreichen Arbeiterräten ist ohne Zweifel einer der Gründe für die im Juli dieses Jahres von der Regierung beschlossenen weiteren Beschränkungen ihrer Befugnisse. So wurde ihnen das Recht, Wohnungen zuzuteilen und Urlaubsaufenthalte zu gewähren, entzogen und den offiziellen Gewerkschaften übergeben, die von der Regierung gegründet wurden.

Bundesbank lehnt Programm der SPD ab

gba. Bon[n]

Bundesbank und Zentralbankr[at] haben sich im Gespräch mit Bundes[-]kanzler Helmut Kohl gegen staatlich[e] Ausgabenprogramme zur Beschäft[i]gungsförderung gewandt. Dabei wu[r]de das SPD-Programm „Arbeit u[nd] Umwelt" als untauglich bezeichnet.

Die Bankexperten verwiesen d[ar]auf, daß allein der Vollzug der Gro[ß]feuerungsanlagenverordnung in d[en] nächsten Jahren Investitionen mit [ei]nem Volumen von 20 Milliarden Ma[rk] auslösen werde. Dieses „Umweltpr[o]gramm" werde aber nicht aus öffen[t]lichen Kassen finanziert.

Bundesbankpräsident Pöhl beto[n]te, daß sich der Anfang des Jahr[es] geäußerte Konjunkturoptimism[us] bestätige. Die außerordentlich gü[n]stige Etragslage bei den Firmen ha[be] die private Investitionstätigkeit b[e]lebt. Selbst das Baugewerbe komm[e] aus dem Tal heraus. Die Konjunkt[ur] werde nicht mehr allein vom Expo[rt,] sondern auch durch die binnenwi[rt]schaftlichen Entwicklung angetri[e]ben.

Es bestünden „berechtigte Ho[ff]nungen", daß 1986 die Zahl der A[r]beitslosen zurückgehen werde. Sor[ge] äußerte Pöhl über die Entwicklu[ng] des Haushaltsdefizits in den USA u[nd] über die Verschuldungskrise in d[er] Dritten Welt.

Diskussion um Wettlauf der Technologie

Mk. Bon[n]

Die Bundesrepublik Deutschlan[d] werde im weltweiten Technologie[-] Wettlauf zurückfallen, wenn sich die offizielle Forschungs- und Entwicklungs-Förderung weiterhin vorwiegend auf eine „Verbesserung der Rahmenbedingungen" beschränkt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des zuständigen Referats im Bundeswirtschaftsministerium. Ein Sprecher des Hauses teilte jedoch mit, daß diese Ansicht nicht der des Wirtschaftsministeriums entspricht.

In der Studie war die Rolle der direkten Förderung konkreter Forschungsprojekte herausgestellt worden: „Wenn sich die Beeinflussung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit über amerikanische Weltraum- und Militärforschungsprogramme so weiterentwickelt, wird die Bundesrepublik über kurz oder lan[g] wieder vor der Notwendigkeit stehe[n,] die Projektförderung auszudehnen.

Allein für die Militärforschung g[e]ben die USA sechzehnmal soviel a[us] wie die Bundesregierung zur Förde[-]rung von Forschung und Entwick[-]lung der Wirtschaft. Von einem Sub[-]ventionswettlauf könne nicht die Re[-]de sein, „eher von einem Hinterher[l]aufen".

Haussmann: DGB läßt Maske fallen

AP, Bonn

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann hat dem DGB gestern vorgeworfen, er wolle „lieber Konfrontation als Kooperation". DGB-Chef Ernst Breit und sein Vertreter Gustav Fehrenbach hätten in Interviews eine Fortsetzung des Dreier-Gesprächs mit der Regierung und den Arbeitgebern abgelehnt. Fehrenbach drohe sogar mit einem „Dauerkrieg zwischen der Regierung und den Gewerkschaften". Hier ließen Gewerkschaftsfunktionäre die Masken fallen.

Haussmann forderte ferner eine gesetzliche Regelung zur Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen.

Keine Neuauflage der Rückkehrhilfe

gba. Bonn

Für die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden türkischen Gastarbeiter wird es keine Neuauflage der Rückkehrhilfe geben. Darauf hat sich gestern eine Ministerrunde unter Leitung von Bundeskanzler Kohl geeinigt. Von der Rückkehrhilfe hatten etwa 150.000 Türken Gebrauch gemacht. Die türkische Regierung hat Bonn wiederholt an die im Rahmen der EG-Assoziierung vereinbarte Freizügigkeit für Türken in den Ländern der EG von Ende 1986 an erinnert. Die Bundesregierung hat Ankara deshalb zu verstehen gegeben, daß sie keine neuen Maßnahmen ergreifen werde, um die hier lebenden Türken zur Rückkehr zu bewegen.

Geißler nach Lateinamerika

dpa, Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler reist heute zur Konferenz christlich-demokratischer Parteiführer aus Lateinamerika nach Panama. Wie die CDU gestern mitteilte, soll auf der Tagung ein Grundsatzdokument zur Demokratisierung in Zentralamerika und der Karibik verabschiedet werden. Ein Sprecher erklärte, die CDU werde sich auch künftig für politischen und gesellschaftlichen Wandel in Lateinamerika einsetzen. Während des Kongresses will Geißler eine Reihe von Gesprächen mit Partnerparteien der CDU in Lateinamerika führen. Der Unionspolitiker wird anschließend auch Venezuela und Costa Rica besuchen.

CDU berät über Abtreibungsfrage

dpa, Bonn

Eine Kommission des CDU-Präsidiums unter Leitung von Generalsekretär Geißler hat gestern Maßnahmen gegen die „Abtreibung auf Krankenschein" erörtert. Nach Angaben von Parteisprecher Merschmeier ging es darum, wie ein Mißbrauch der Reichsversicherungsordnung verhindert werden könne. Man verständigte sich auf eine weitere Begegnung. Auch soll das Gespräch mit der CSU gesucht werden, um innerhalb der Union zu einer gemeinsamen Linie zu finden. Am Freitag war im Bundesrat ein Gesetzentwurf des Landes Rheinland-Pfalz zu dieser Problematik auf Widerspruch auch bei Unionsländern gestoßen.

14 „Brüder" für die Diakonissen

idea, Stuttgart

Erstmals in ihrer 131jährigen Geschichte hat die Evangelische Diakonissenanstalt Stuttgart 14 Männer in die bisherige Verbandsschwesternschaft aufgenommen, die aus diesem Anlaß in „Gemeinschaft diakonischer Schwestern und Brüder" umbenannt worden ist. Die zwischen 23 und 44 Jahre alten „diakonischen Brüder" haben den rechtlichen Status der bisherigen Verbandsschwestern: sie werden tariflich bezahlt, leben nicht im Mutterhaus und können ihre Lebensform – verheiratet oder ehelos – frei bestimmen. Die Diakonissenanstalt in Stutgart ist mit 1300 Mitgliedern nach Bethel die zweitgrößte im Bundesgebiet.

Noch eine Subvention

hg – Alle sind gegen Subventionen – besonders Politiker in ihren Sonntagsreden. Am Montag tun sie dann leider oft das Gegenteil, wie beispielsweise jetzt der Bundesbauminister mit seinem Verzicht auf Zinsen für Darlehen bei Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen aus dem Regionalprogramm des Bundes. Jetzt hofft er, daß es keiner merkt.

Zu diesem Zweck hat er dem Kind einen anderen Namen gegeben. Trotzdem ist es immer noch dasselbe und heißt nun einmal „Subvention", auch wenn der Minister sich darauf berufen kann, daß mit diesem Geschenk nur Fehlentwicklungen aus den siebziger Jahre korrigiert werden sollen, die er nicht zu verantworten hat.

Das ist ja gerade das Fatale an Subventionen: Immer sollen damit die unerwünschten Ergebnisse vergangener Subventionen geglättet werden, und man kann sich ausrechnen, wohin das führt. Es führt dazu, daß die Politiker nie von ihren Geschenken herunterkommen, auch in diesem Fall nicht: Nach Ablauf des Bonner Zinsverzichts werden die Mieten für die betroffenen Sozialwohnungen eben doch über das Niveau im freifinanzierten Wohnungsbau steigen, und dann geht alles wieder von vorne los.

Je größer die Leerstände am Wohnungsmarkt sind, desto grotesker werden die Folgen einer derartigen Politik. Das Schlimmste daran ist nicht einmal, daß der private Mietwohnungsbau behindert wird, der es besser und billiger kann. Das Schlimmste ist, daß hier ein weiterer Bereich entstanden ist, in dem auf Kosten aller Bürger Überschüsse verwaltet werden.

Traditionen

Py. – Zweihundert Jahre und kein bißchen weiser, möchte man in *Anlehnung an Curd Jürgens'* autobiographischen Titel sagen. Zweihundert Jahre wird in diesen Tagen das Bankhaus Trinkaus & Burkhard in Düsseldorf, ein Institut mit traditionsreicher und wechselvoller Geschichte, nimmt man allein das Rein und Raus der verschiedenen Großaktionäre. Als eines der ersten Privatbankhäuser wurde vor etlichen Jahren eine vorsichtige, freiwillige Publizität eingeführt. Sie wurde aber freudlos gehandhabt und nie weiter entwickelt. Eine glückliche Hand hatte man im Umgang mit der veröffentlichten Meinung nie. Allzu oft wurden Eigentümerwechsel erst dann bestätigt, wenn man einfach nicht mehr dementieren konnte. So sind auch der am Freitag letzter Woche beschlossene Gang an die Börse mit etwa 20 Mill. DM und die Kapitalerhöhung um 25 auf 105 Mill. DM keine News mehr, wenn man in 14 Tagen die Presse zu sich bittet. Bis dahin dürfte auch der Ausgabekurs der Trinkaus-Aktie „öffentlich" sein. Und Trinkaus schweigt aus Tradition.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Vor neuem Geschäft mit der Sowjetunion

In der Getreidepolitik muß Brüssel nun eine andere Richtung einschlagen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Mit dem Abschluß eines größeren Getreidegeschäftes zwischen einer französischen Firma und der Sowjetunion aus Anlaß des Besuchs von Parteichef Michail Gorbatschow am Mittwoch in Paris rechnen Marktbeobachter. Auch früher hat sich die französische Regierung in solche Kontakte direkt eingeschaltet. Im Gespräch ist die Lieferung von einer bis vier Millionen Tonnen. Obwohl die diesjährige Getreideernte in der EG um rund acht Prozent unter der des Vorjahres bleiben dürfte, steigen die unverkäuflichen Überschüsse.

„Warten auf die Russen", so kommentiert ein deutscher Händler die gegenwärtige Situation nicht nur auf dem Getreidemarkt der EG, sondern weltweit. Moskau gilt gegenwärtig als einziger potentieller Käufer. Im vergangenen Jahr flossen aus der EG von den 28,5 Millionen Tonnen Gesamtausfuhren allein acht Millionen Tonnen in die Sowjetunion. Wegen der besseren sowjetischen Ernte in diesem Jahr dürfte dieses Ergebnis kaum wieder erreichbar sein.

Von den weltweiten Getreideimporten von rund 210 Millionen Tonnen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1984/85 nahm die Sowjetunion 55 Millionen Tonnen ab. Bisher wurde von einem sowjetischen Einfuhrbedarf von 35 bis 40 Millionen Tonnen *in diesem Jahr ausgegangen*, nach jüngsten Schätzungen könnten es sogar nur 30 bis 35 Millionen Tonnen werden.

Erschwerend kommt für die Gemeinschaft hinzu, daß China und Indien als Verkäufer neu auf dem Markt aufgetreten sind. Argentinien gibt sich sehr aggressiv. Die USA wollen über ihr großzügig ausgestaltetes Exportförderungs-Programm neue Märkte erobern. Probleme bereitet der EG-Kasse auch der gesunkene Dollarkurs. Auf der Verwaltungsratssitzung in der vergangenen Woche wurde die Exporterstattung beispielsweise für Weichweizen auf 68 ECU oder 162,50 Mark je Tonne festgesetzt. Zuvor lag sie bei 45 ECU. Für das abgelaufene Wirtschaftsjahr geben Experten sie mit 30 bis 40 ECU an.

In der vergangenen Woche erfolgte ein Zuschlag über 0,5 Millionen Tonnen für den Export. Auf weitere Abschlüsse wird jetzt im Zusammenhang mit dem Besuch des sowjetischen Parteichefs in Paris spekuliert. Die französische Regierung ist zwar nicht Partner des Kontrakts. Sie hat sich jedoch bereits in den vergangenen Jahren für solche Abschlüsse stark gemacht, die dann über die Firmengruppe des Jean Baptist Doumeng abgewickelt wurden. Der „Rote Baron" ist einer der Hauptfinanziers der französischen KP. Deutsche Firmen haben kaum eine Chance.

In der Getreidepolitik steht die EG an einer Wegscheide. Nach Angaben der Kommission lag die Getreideernte in der Gemeinschaft im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1983 bei 125 Millionen Tonnnen. Im vergangenen Jahr wurde eine Superernte von 155 Millionen Tonnen erzielt. Diese dürfte „dem normalen Erzeugnisumfang um das Jahr 1990 entsprechen", so die Kommission – und das ohne Zunahme der Anbauflächen.

Der Hauptgrund für die Steigerung vor allem bei Weizen liegt in der Umstellung auf neue Sorten und Techniken. Der „technische Fortschritt" liegt bei rund drei Prozent im Jahresdurchschnitt. Bei einer solchen Produktionsentwicklung sagen Experten für Ende dieses Jahrzehnts unverkäufliche Lagerbestände von einer halben Jahresproduktion voraus.

Die Überschußverwaltung und -finanzierung dürfte für die Gemeinschaft „unmöglich" werden, stellte die Kommission bereits in ihrem jüngsten Grünbuch fest. Sie will noch in diesem Jahr ihre Vorschläge präsentieren. Sie sieht sich vor der Alternative einer einschneidenden Senkung der realen Getreidepreise und der Einführung zusätzlicher Maßnahmen zur Angebotsregulierung.

Sie gibt im Gegensatz zur Bundesregierung der Preispolitik den Vorzug. Im Gespräch ist das Einfrieren der nominalen Preise und die Einführung einer Erzeugermitverantwortungsabgabe kombiniert mit strengeren Qualitätsanforderungen, aber auch mit Flächenstillegungen.

KANALTUNNEL

Für Paris stehen zwei Projekte in engerer Wahl

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bis Ende dieses Monats müssen die Firmenkonsortien, die eine feste Verkehrsverbindung zwischen Frankreich und Großbritannien entsprechend den von den Regierungen beider Länder festgelegten Bedingungen erstellen und finanzieren wollen, ihre Projekte in verbindlicher Form vorlegen. Die Regierungsentscheidung selbst soll spätestens am 31. Januar 1986 fallen.

Zur engeren Wahl stehen zwei Projekte: Das bekannteste ist der spektakuläre Brücken-Tunnel des französisch-britischen Konsortiums „Euroroute", dessen Kosten auf umgerechnet 17,5 Mrd. DM veranschlagt werden. Der jetzt in Paris von dem französischen Konsortium France-Manche vorgestellte Doppeltunnel, dem sich die britische Channel Tunnel Group angeschlossen hat, soll dagegen nur neun Milliarden Mark kosten.

Aber diese beträchtliche Differenz muß nicht den Ausschlag geben. Denn die beiden Regierungen haben die Auflage gemacht, daß die Finanzierung ohne jede staatliche Hilfe erfolgt. Um so stärker sind sie an einer möglichst kurzen Konzessionsdauer interessiert, denn nach deren Ablauf gehen die Benutzungsgebühren nicht mehr an die Konsortien, sondern an die Staatskasse beider Länder.

Wie schnell die Investitionen abgeschrieben werden können, hängt aber nicht nur von deren Höhe ab, sondern auch vom bewältigten Verkehrsvolumen. Euroroute glaubt sich dabei im Vorteil, weil bei ihrem Projekt die Kraftfahrzeuge nicht auf die Eisenbahn umgeleitet werden müssen. Sie werden vielmehr von der Autobahnbrücke spiralförmig über zwei künstliche Inseln in einen auf 19 Kilometer verkürzten Tunnel herabgeleitet.

Diesem Vorteil hält France-Manche entgegen, daß die Kapazität ihres Verladetunnels mindestens ebenso hoch wie die der Autobahn ist und in jedem Fall der Expansion des Straßenverkehrs bis mindestens zum Ende dieses Jahrhunderts gerecht wird. Andererseits würde der dem Eisenbahnverkehr vorbehaltene Paralleltunnel dem französischen Schnellverkehrszug TGV erlauben, die Strecke Paris–London in einer Rekordzeit von 3 Stunden und 15 Minuten zurückzulegen.

Hinter France-Manche steht ein bedeutendes Bankenkonsortium, dem die beiden größten verstaatlichten Großbanken BNP und Credit Lyonnais sowie die zur Suez-Gruppe gehörende Indo-Suez angehören, während sich auf britischer Seite die National Westminster und die Midland Bank beteiligen. Für „Euroroute" haben bisher nur Paribas und die Societe Generale zugesagt.

Zugunsten von Euroroute könnte auch der Umstand sprechen, daß zur Durchführung ihres Projekts mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden – an die 150 000 Personen –, während für den reinen Tunnelbau von France-Manche nur knapp 100 000 Arbeiter benötigt werden.

Börse bleibt auf Kurs

Von CLAUS DERTINGER

Das Haussespiel geht weiter. Trotz Dollarturbulenzen. Diesen Eindruck vermittelte auch die gestrige Börse wieder. Aber die Karten werden neu gemischt, wie es die WestLB treffend formulierte. Aktien stark in den Dollarraum exportorientierter Unternehmen verlieren mit der Korrektur des überhöhten Dollarkurses etwas von ihrem zeitweilig künstlich aufpolierten Glanz. Papiere von Gesellschaften mit Geschäftsschwerpunkt im Inland und Titel von Unternehmen, die von einem niedrigeren Dollarkurs und sinkenden Zinsen profitieren, rücken in den Vordergrund. Dieser Trend hatte sich bereits



vor dem Dollarsturz zu Beginn der vorigen Woche abzuzeichnen begonnen; er hat sich nun stärker akzentuiert.

Zu neuen Favoriten hat die Börse Aktien der Banken, Energieversorger, Warenhäuser, Versicherer und Stahlverarbeiter auserkoren, die im September Gewinne bis zu mehr als zehn Prozent ihres Kurswertes erzielten. Die Autoaktien, zunächst *noch im Zusammenhang* mit der IAA enorm hochgejubelt, finden sich inzwischen in einer Verliererposition wieder. Die Farbennachfolger zeigen nur noch verblaßte Farbe. Die Titel der Investitionsgüterproduzenten aus der Elektro- und Maschinenbauindustrie lassen noch keinen ganz klaren Trend erkennen, wenn *man einmal* vom Branchenriesen Siemens mit einem knapp zehnprozentigen Kursgewinn im September absieht.

Trotz zeitweiliger Irritationen von der Währungsfront gehört der September mit einem gut 6,5prozentigen Anstieg des WELT-Aktienindex von 207,56 auf ein neues absolutes Hoch von 221,37 Punkte (31. 12. 64 = 100) zu den guten Börsenmonaten dieses Jahres, seit dessen Beginn sich das Indexplus auf stolze 34 Prozent summiert.

Auf die nach dem Dollarsturz aufgetauchte besorgte Frage, ob die heile Welt der Börse nun wohl zusammenbreche, hat der Aktienmarkt inzwischen mit einem klaren Nein geantwortet. Die Ängstlichen, die ihre Papiere vor einer Woche fallen ließen wie heiße Kartoffeln, bereuen inzwischen ihre Kopflosigkeit.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen der Notenbanken, den Dollar von seinem Thron auf ein realistischeres Niveau herunterzuholen, bleibt festzuhalten, daß die stark vom Export abhängige deutsche Konjunktur nicht ins Wanken gerät. Einmal, weil der überhöhte Dollarkurs nicht die Haupttriebfeder der Exporterfolge war, zum anderen, weil der Wirtschaftsaufschwung mehr und mehr von der Binnennachfrage, vor allem von der deutlich lebhafteren Investitionstätigkeit getragen wird.

Geht man zudem von der optimistischen Annahme aus, daß ein niedrigerer Dollarkurs dazu beitragen kann, eine „weiche Landung" der US-Wirtschaft zu erleichtern und protektionistische Kräfte zurückzudrängen, wäre auch für die Weltwirtschaft viel gewonnen. Daran muß gerade die exportabhängige deutsche Wirtschaft ein starkes Interesse haben.

Diese Betrachtungsweise scheint sich in Börsenkreisen nach anfänglicher Unsicherheit jetzt deutlich durchzusetzen. Vor allem ausländische Anleger, allen voran britische, honorieren diese Einschätzung mit massiven Käufen deutscher Aktien, die unter dem *Blickwinkel der* Ertragskraft im internationalen Vergleich als preiswert gelten. Sicherlich spielt dabei auch eine Rolle, daß der D-Mark jetzt zusätzliche Aufwertungschancen zugebilligt werden. Aber entscheidend ist, daß internationale Portfoliomanager derzeit in kaum einem anderen *Land* so günstige Entwicklungsbedingungen für die Aktienbörse sehen wie in der Bundesrepublik und auch in der Schweiz, was freilich nicht bedeutet, daß die Kurse auf einer Einbahnstraße nach oben marschieren.

AUF EIN WORT

„Die Tendenz zum Markenartikel und weg vom Billigartikel hält an. Hier ist zu erkennen, daß der Verbraucher offensichtlich mit zweitklassigen Artikeln auch zweitklassige Erfahrungen gemacht hat."

Dr. Thomas Bentz, persönlich haftender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Melitta, Minden FOTO: DIE WELT

Bruttoeinkommen gestiegen

dpa/VWD, Wiesbaden

Die Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik sind 1984 im Durchschnitt um gut drei Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhöhte sich der Bruttojahresverdienst der männlichen Industriearbeiter um 3,4 Prozent auf 38 973 Mark und der Industriearbeiterinnen um 3,2 Prozent auf 26 901 Mark. Bei den Angestellten stieg das Bruttoeinkommen nach den Angaben bei den Männern um 3,6 Prozent auf 58 427 Mark und bei den Frauen um 3,3 Prozent auf 38 393 Mark. In diesen Angaben sind auch Sonderzahlungen enthalten.

STAHLVERHANDLUNGEN MIT USA

Herstellerverband Eurofer mahnt Kommission zur Härte

WILHELM HADLER, Brüssel

Die europäischen Stahlproduzenten haben die EG-Kommission zur Härte bei den laufenden Verhandlungen über ein neues Stahl-Arrangement mit den USA aufgerufen. Notfalls – so forderte ihr Dachverband Eurofer – müsse die Gemeinschaft die internationalen Regeln über Kompensations- und Vergeltungsmaßnahmen ins Spiel bringen.

Eurofer wies darauf hin, daß bereits das 1982 abgeschlossene Selbstbeschränkungsabkommen den Zugang europäischer Massenstahlerzeugnisse zum amerikanischen Markt erheblich erschwert habe. So seien die Verkäufe der EG von einem Drittel der US-Importe auf knapp ein Viertel zurückgegangen.

Die EG-Lieferanten seien um Exporte von etwa fünf Millionen Tonnen zu Gunsten von Herstellern aus anderen Ländern gebracht worden. „Diese Opfer scheinen um so unnützer zu sein, als sie eigentlich die Restrukturierung der US-Stahlindustrie voranbringen sollten. Diese Restrukturierung steht jedoch noch aus."

Eurofer forderte, daß die im August vereinbarten zusätzlichen Konzessionen für „Konsultationsprodukte" nicht über das Jahresende hinaus verlängert werden. Auch für rostfreien Stahl und Werkzeugstahl dürften keine weiteren Restriktionen in Erwägung gezogen werden.

Die Verhandlungen haben bisher zu keiner Annäherung der Standpunkte geführt. Die USA verlangen Exportbegrenzungen der EG für die meisten Stahlerzeugnisse bis 1989, während sich die EG bisher gegen ein globales Abkommen wehrt und sich nicht über das Jahr 1987 hinaus binden will.

BAUMINISTERIUM

Verzicht auf die Zinsen für Aufwendungsdarlehen

hg, Bonn

Bundesbauminister Oscar Schneider will den Vermietern zahlreicher Sozialwohnungen helfen, ihre Wohnungen vermietbar zu erhalten. Gleichermaßen will er vielen Eigenheimern helfen, deren Mittel knapp sind: Der Bund wird auf Zinsen für Aufwendungsdarlehen in diesem und im kommenden Jahr ganz oder teilweise verzichten, die aus dem Regionalprogramm gewährt worden sind, teilt das Bauministerium mit.

Der Bundesbauminister habe eine entsprechende Ermächtigung an die Bundesländer erteilt, heißt es weiter. Betroffen sind die allein aus Bundesmitteln geförderten Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen der Jahrgänge 1971 bis 1977. Für die 1985 und 1986 in die Leistungsphase kommenden Darlehen sei zunächst eine Aussetzung oder Senkung für drei Jahre vorgesehen, die auf Antrag des Darle*hensnehmers erfolge.*

Nach den ursprünglich getroffenen Vereinbarungen seien diese Darlehen mit sechs Prozent zu verzinsen und mit zwei Prozent zu tilgen. Im Bundesbauministerium wird betont, daß lediglich die Verzinsung ausgesetzt werden könne, nicht aber die Tilgung. Alle Darlehensnehmer würden von dem jeweils für die Förderung zuständigen Landesinstitut rechtzeitig über die Ermäßigungsmöglichkeiten unterrichtet.

Im Mietwohnungsbau komme es auf die Wirtschaftlichkeit des Objekts an: Der Darlehensnehmer könne Zinsaussetzung oder Senkung beantragen, wenn die Zinszahlung die künftige Miete erheblich über die jeweilige Marktmiete treiben würde. Bei Eigentumsmaßnahmen sei auf die Einkommensverhältnisse des Darlehensnehmers abzustellen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Konjunktur-Indikator für die USA gestiegen

Washington (dpa/VWD) – Der Frühindikator für die Entwicklung der US-Konjunktur in den kommenden Monaten ist im August um 0,7 Prozent gestiegen. Die Wirtschaftsexperten der Regierung korrigierten in Washington zugleich den Wert für Juli von plus 0,4 auf plus 0,7 Prozent. Die Zahlen für Juli und August sind die höchsten seit Februar dieses Jahres. Der Index berücksichtigt unter anderem Produktionszahlen, die Geldversorgung, -Aufträge, Baugenehmigungen, Kreditnachfragen und Abeitsmarktdaten. Im 1. Quartal dieses Jahres war er um 1,7 Prozent gestiegen, im 2. Quartal um 0,1 Prozent.

Gegen staatliche Eingriffe

Bonn (DW.) – Das Abfallaufkommen ist seit 1980 um 16 Prozent zurückgegangen. Das ist das Ergebnis innovativer Abfallvermeidungs- und -verwertungsstrategien auf marktwirtschaftlicher Gundlage. Wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gestern anläßlich der Anhörung zur vierten Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes mitteilte, sind auch für die Zukunft keine staatlichen Eingriffe, sondern noch mehr Anreize zu marktorientierter Weiterentwicklung geboten. Der industrielle Spitzenverband tritt dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf daher nachdrücklich entgegen. Er enthalte eine Reihe unverständlicher wirtschaftslenkender Elemente (Kontingentierung, Zwangspfand und Rücknahmepflicht für Verpackungen, Abfallvermeidungsgebot), heißt es in der Stellungnahme.

Neuer Rentenfonds

Frankfurt (cd.) – Die Adig-Investment und die Victoria-Versicherungsgruppe legen unter dem Namen Victoria Rent-Adig zum Erstausgabepreis von 70 Mark einen Rentenfonds auf, der zu mindestens 75 Prozent aus auf D-Mark lautenden festverzinslichen Papieren, Wandelschuldverschreibungen und Optionsanleihen deutscher Emittenten bestehen soll; der Rest kann auf in- und ausländische Aktien entfallen. Der Fonds wird vom Victoria-Außendienst und von Banken vertrieben.

Liquidität für die Banken

Frankfurt (cd.) – Zum Mindestzins von 4,50 Prozent bietet die Bundesbank der Kreditwirtschaft Liquidität über Wertpapierpensionsgeschäfte in *zwei Tranchen an, die vom 2. Oktober* bis zum 6. November beziehungsweise bis zum 4. Dezember laufen.

Elektro-Hausgeräte gefragt

Hannover (dpa/VWD) – Hersteller und Händler von Elektrohausgeräten erwarten in diesem Jahr eine Umsatzsteigerung von drei Prozent auf rund 10,8 Milliarden DM, gerechnet zu Endverbraucherpreisen. Wie die zuständigen Fachverbände in Hannover mitteilten, hat der Trend zur Sparsamkeit, der die ersten sechs Monate 1985 bestimmte, offensichtlich seinen Höhepunkt überschritten. Dabei gehen sie von einer Preissteigerung von höchstens einem Prozent aus. Die Verbände geben die Haushaltssättigungsrate mit über 90 Prozent an. Der Ersatzbedarf bestimme daher inzwischen rund 75 Prozent des Umsatzes, bestätigte ein Sprecher.

Umsatz-Einbuße erwartet

Duisburg (dpa/VWD) – Der Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie erwartet für 1985 einen Umsatzrückgang von 15 Prozent. 1986 muß die Produktion vermutlich um weitere fünf Prozent gedrosselt werden, teilte der Verband in Duisburg mit. Bereits 1984 seien mit 45,1 Mill. Kubikmetern fünf Prozent weniger Transportbeton produziert worden als im Vorjahr. Der Umsatz sei auf 4,44 (4,63) Mrd. Mark zurückgegangen.

SPANIEN

EG-Beitritt macht schwierige Anpassung erforderlich

HEINZ STÜWE, Bonn

Viele spanische Unternehmer sehen dem EG-Beitritt ihres Landes mit gemischten Gefühlen entgegen. Von geradezu „traumatischen Vorstellungen" bei einigen Kollegen berichtete der Präsident des Unternehmerverbandes Circulo de Empresarios, José Joaquin Ysasi-Ysasmendi, vor Journalisten in Bonn. Der Verbandspräsident sieht dagegen in der starken europäischen Konkurrenz eine Herausforderung: „Die spanischen Unternehmen sind gezwungen, die industrielle Modernisierung voranzutreiben." Dabei sei eine gewisse Selektion unter den Unternehmen nicht zu vermeiden. Probleme erwartet er vor allem in der Metallindustrie. Nach einem schwierigen Anpassungsprozeß werde sich der EG-Beitritt per Saldo positiv auswirken, gab sich Ysasi-Ysasmendi überzeugt.

Die spanischen Unternehmen wollten dem verstärkten Wettbewerbsdruck durch mehr Kooperationen und Fusionen standhalten, erklärten Experten des Verbandes. Einige dürften – nach dem Vorbild der geplanten Ehe VW/Seat – die Zusammenarbeit mit multinationalen Unternehmen suchen. Die deutsche Wirtschaft sollte die Chancen in Spanien nicht verpassen, mahnte Rüdiger von Voss, Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU.

Zwischen dem Circulo de Empresarios und dem Wirtschaftsrat gibt es seit 1980 einen regelmäßigen Gedankenaustausch. Bei dem diesjährigen Treffen, das parallel zu dem Besuch des spanischen Ministerpräsidenten Felipe *Gonzáles* stattfindet, standen die Themen Europäisches Währungssystem, Privatisierung und Arbeitslosigkeit im Vordergrund.

RENTENVERSICHERUNG / Institut der Wirtschaft legt ein Sanierungsmodell vor

Kurzfristig sind die Zahlungen sicher

PETER JENTSCH, Bonn

Der Reigen der Modelle zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzen ist jetzt um ein weiteres vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ergänzt worden.

Es unterstellt, daß die Renten kurzfristig, bis etwa 1990, sicher sind. Da die Zahl der Rentner aber von knapp 13 Millionen 1984 in den kommenden 20 Jahren auf gut 17 Millionen (im Jahre 2005) steigen wird, ergeben sich daraus nach IW-Berechnungen je nach Wirtschaftswachstum und Beschäftigtenentwicklung Einnahmedefizite, in deren Folge die Schwankungsreserve (Ausgaben für einen Monat) aufgezehrt wird und sich die Rentenversicherer immer stärker verschulden müßten. Bis zum Jahre 2005 wäre danach ein Schuldenberg zwischen 314 und 895 Milliarden Mark aufgetürmt.

Um die Schwankungsreserve auf dem gesetzlichen Minimum einer Monatsausgabe zu halten, müssen auch unter der Annahme eines günstigen Wachstums nach Darstellung des IW entweder die Beitragssätze auf bis zu 21 Prozent (1984: 18,5) angehoben, das Rentenniveau um 13 Prozent gesenkt oder der Bundeszuschuß auf 23 Prozent der Gesamtausgaben der Rentenversicherung erhöht werden. Andere Sanierungskonzepte, etwa höhere Beitragsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose oder die Anhebung der Rentenaltersgrenze um ein Jahr von 1991 an, können die Defizite nicht beseitigen.

Schwerwiegende Finanzierungslücken können nach Auffassung des IW schon dann entstehen, wenn die Einnahmen nur geringfügig hinter den Ausgaben zurückbleiben; daraus könne sich ein beachtliches Defizit kumulieren. Diese Gefahr bestehe bereits, wenn die Wirtschaft nur langsam wächst, die Arbeitslosigkeit nur langsam abnimmt oder Arbeitszeitverkürzungen zu Lasten von Lohnerhöhungen vereinbart werden.

Um die Sanierungslasten ausgewogen zu verteilen, empfiehlt das IW eine Kombination verschiedener Sanierungsansätze. Dazu gehört eine Erhöhung des Bundeszuschusses, der 1984 24,2 Milliarden Mark (15,2 Prozent der Rentenausgaben) betrug. Außerdem plädiert das Institut für eine Änderung des Rentenanpassungsverfahrens. Entweder solle eine Bruttoanpassung eingeführt werden, bei der die Renten um den Prozentsatz erhöht werden, um den im Vorjahr die Einkommen der Erwerbstätigen nach Abzug des Arbeitnehmerbeitrags zur Rentenversicherung gewachsen sind. Dabei würden die Beitragssätze im Jahre 2005 um 2,4 bis 6,3 Prozentpunkte über dem Niveau von 1984 liegen. Oder es sollte eine Nettoanpassung eingeführt werden, wodurch sich die Beiträge um 1,1 bis 4,6 Prozentpunkte erhöhten.

BERLINER VEREIN / Erfolgreiches Freiberufler-Konzept

Beitragsgarantie bis 1986

HARALD POSNY, Düsseldorf

Wie bereits in den Vorjahren garantiert die Berliner Verein-Krankenversicherung VVaG, Köln/Berlin, erneut für fast alle Tarife stabile Beiträge bis mindestens zum vierten Quartal nächsten Jahres. Besonders bemerkenswert ist, daß insbesondere ein schon 1980 konzipierter privater Vollversicherungsschutz für Selbständige und Freiberufler im Beitrag unverändert bleibt. Freilich wird in diesem Gesamtschutztarif auf teure Extras bei Zusatzleistungen (z. B. modische Brillen) verzichtet, wenn auch Ergänzungen zu dieser preiswerten Grundabsicherung durchaus möglich sind. Der Berliner Verein: „Das Konzept hat sich bewährt."

So ist es der Krankenversicherung und dem Lebensversicherer nicht schwergefallen, einige Leistungsverbesserungen und Erweiterungen ins Tarifangebot einzuführen. Im Krankenversicherungsbereich sind es die Vorausdeklaration der Beitragsrückerstattung in 1986, die Einführung eines Pflegetagegeldes sowie ein neuer Auslandsreisetarif, der vollständig in einen bestehenden Versicherungsschutz zu integrieren ist. Der Lebensversicherer bietet einen Abkürzungstarif an, der die Auszahlung der Versicherungsleistung vorsieht, sobald eingezahlte Beiträge und Gewinnanteile die vereinbarte Versicherungssumme erreichen oder übersteigen.

Die Krankenversicherung steigerte 1984 ihre Prämieneinnahmen um 2,2 Prozent auf 260 Mill. DM, denen freilich um 11,1 Prozent auf 213 Mill. DM gestiegene Aufwendungen für Versicherungsfälle gegenüberstanden. Die Leistungsquote stieg auf 94,2 (96,4) Prozent der Beiträge. Das von 32,4 auf 13,4 Mill. DM abgeschmolzene Geschäftsergebnis geht zu 90,2 (92,9) Prozent in die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Berliner Verein Lebensversicherung aG hatte 1984 ein Neugeschäft von 120 (108) Mill. DM und erreichte einen Bestand von 696 (640) Mill. DM. Die Kapitalanlagen stiegen auf 191 (169) Mill. DM, aus denen 16 (13) Mill. DM an Erträgen erwirtschaftet wurden. Insgesamt ergab sich ein Rohüberschuß von 8,8 (8,9), von denen 8,6 (8,7) Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt wurden. Dazu kamen noch 4,2 Mill. DM aus Direktgutschriften und Zinsen für gutgeschriebene Gewinnanteile, insgesamt 12,8 Mill. DM. Das ist bei nur 26,2 Mill. DM Beitragsaufkommen eine beachtliche Summe.

TRANSRAPID / Referenzstrecke schnell festlegen

Baubeginn für Südschleife

dos. Lathen

Für die im Emsland erprobte Magnetschwebetechnik wird „so schnell wie möglich" eine Referenzstrecke benötigt, um die neue Technik unter realen Verkehrsbedingungen testen zu können. Diese Forderung erhob Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel bei einem Besuch der Magnetschwebebahn Transrapid auf der Versuchsstrecke bei Lathen/Emsland.

Als verkehrspolitisch sinnvoll und besonders attraktiv sei eine Trassenführung von Hannover nach Berlin zu betrachten. Dies werde auch Thema der Eureka-Konferenz Anfang November in Hannover sein. Bei den Untersuchungen über weiterführende Referenzstrecken sollte „die Achse Hannover–Köln–Paris insgesamt" präferiert werden, meinte die Ministerin. Ein Sprecher des Konsortialführers Thyssen Henschel hatte demgegenüber vor einiger Zeit der Route Hannover–Berlin keine Chancen für eine Realisierung eingeräumt.

Der jetzt beginnende Bau der elf km langen Südschleife soll Anfang 1987 abgeschlossen sein und die vorhandene Versuchsstrecke (20 km) komplettieren. Die Kosten für den Ausbau werden auf 150 Mill. DM veranschlagt. Erst nach Fertigstellung dieses Abschnitts können Spitzengeschwindigkeiten bis 400 km/h erreicht und Dauertests mit fahrplanähnlichem Betrieb durchgeführt werden. Bislang wurden in das Projekt 479 Mill. DM investiert.

Der Ausbau der Versuchsanlage wird von einem neuen Firmenkonsortium in der „Versuchs- und Planungsgesellschaft für Magnetbahnsysteme mbH" vorgenommen. Gesellschafter sind die Deutsche Bundesbahn, die Lufthansa AG und die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH.

ITALIEN / Regierung veröffentlichte am Wochenende Entwurf für das Finanzgesetz 1986

Keine grundlegende Sanierung

GÜNTER DEPAS, Mailand

Das Kassendefizit des italienischen Staates wird im kommenden Jahr 114 000 Milliarden Lire (172 Mrd. DM) erreichen und damit das des laufenden Jahres um annähernd 7000 Milliarden Lire überschreiten. Mit ihrem am Wochenende verabschiedeten Entwurf zum Finanzgesetz 1986 hat die Regierung Craxi Einsparungsmaßnahmen und zusätzliche Einnahmen in Höhe von insgesamt 8750 Milliarden Lire beschlossen, mit denen der Anteil des Budgetfehlbetrages am Bruttoinlandsprodukt von 15,6 auf 14,6 Prozent zurückgehen wird. Ohne diese zusätzlichen Eingriffe wäre dieser Anteil den Erwartungen des Schatzministeriums zufolge im kommenden Jahr auf 17,8 Prozent gestiegen. Trotzdem bleibt der Anteil auch jetzt noch der höchste aller EG-Partnerländer, so daß von einer grundlegenden Sanierung des italienischen Staatshaushalts auch jetzt noch nicht die Rede sein kann.

Die italienische Regierung hat sich vorbehalten, im Laufe des kommenden Jahres weitere Einsparungsmaßnahmen im Umfang von 4000 Milliarden Lire zu beschließen, um damit das Kassendefizit weiter auf 110 000 Milliarden Lire zu senken. Beobachter bezweifeln, daß es der Regierung gelingen wird, den neuen Haushaltsansatz über die parlamentarischen Hürden zu bringen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß es in den letzten fünf Jahren den Regierungen nie gelungen ist, den ursprünglichen Planansatz einzuhalten. So war für 1984 ursprünglich ein Kassendefizit von knapp 91 000 Milliarden Lire vorgesehen, während der tatsächliche Fehlbetrag dann 95 000 Lire überschritt. Noch stärker ist die Differenz im laufenden Jahr. In diesem Fall war ursprünglich ein Kassendefizit von 96 470 Milliarden Lire eingeplant, das jetzt voraussichtlich auf 106 700 Milliarden Lire steigen wird.

Die Einsparungsmaßnahmen beziehen sich vor allem auf Kindergelder und Gesundheitsausgaben. Die neuen Einnahmen betreffen dagegen hauptsächlich die Erhöhung von Gebühren und Preisen für öffentliche Verkehrs- und Dienstleistungen. In diesem Fall entschloß sich die Regierung Craxi zu einer bewußten Durchsetzung des Kostenprinzips, das die Vorgängerregierungen bisher immer gescheut hatten anzuwenden. Unter anderem erhöhen sich die Gebühren für Wasser und Strom, während eine Reihe von vergünstigten Bahntarifen abgeschafft bzw. drastisch vermindert werden.

Die Staatsausgaben werden 1986 nominell um insgesamt 6,7 Prozent auf 308 000 Milliarden Lire steigen, womit der ursprünglich geplante Ansatz von sechs Prozent um 0,7 Prozentpunkte überschritten wurde. Da für das kommende Jahr eine Inflationsrate von sechs Prozent ins Auge gefaßt wurde, bedeutet das, daß es wie im laufenden Jahr auch 1986 zu einer realen Zunahme der Staatsausgaben kommen wird.

MEXIKO / Der Industriesektor ist vom Erdbeben kaum getroffen worden

Die Finanzsituation bleibt prekär

WERNER THOMAS, Mexico City

Nach dem Erdbeben ist die de-la-Madrid-Regierung noch immer mit der Bestandsaufnahme beschäftigt: Wie hoch sind die Schäden, wie stark die Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Schuldensituation?

Obgleich die betroffenen Gebiete im Zentrum der 18-Millionen-Metropole einen schockierenden Eindruck hinterlassen – mehr als 700 zerstörte Gebäude –, äußern viele Beobachter die Meinung, daß Mexiko die wirtschaftlichen Konsequenzen der Katastrophe überwinden kann. „Der Produktionsapparat ist intakt", erinnerte ein deutscher Firmenvertreter.

Der Industriesektor der mexikanischen Hauptstadt wurde kaum betroffen, von einigen Textilfabriken abgesehen. Der staatliche Ölkonzern Pemex meldete keine Schäden. Die größte Devisenquelle der Nation blieb erhalten.

Das Tourismusgewerbe in Mexico City leidet, weil acht Hotels zusammengefallen sind. Viele Touristen werden vorerst die Hauptstadt meiden, leere Hotels und Restaurants bereiten Sorgen.

Regierungsvertreter warnen vor administrativen Problemen. Viele Behörden verloren ihre Büroräume. So müssen das Verkehrsministerium und das Handelsministerium abgerissen werden.

Die gesamten Schäden sollen zwischen zwei und drei Milliarden Dollar betragen. Ausländische Kredite werden einen großen Teil der Wiederaufbaukosten decken. So offerierte die Weltbank 300 Millionen Dollar. Die Interamerikanische Entwicklungsbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) wollen ebenfalls helfen.

An der Schuldensituation wird sich kaum etwas ändern. „Das Land ist durch das Erdbeben nicht zahlungsunfähig geworden", betonte ein europäischer Bankier. Die Medien fordern jedoch eine kulantere Behandlung seitens der Gläubiger und des Internationalen Währungsfonds.

Der IWF reagierte prompt: Die bereits getroffene Entscheidung, die letzte Tranche (1,2 Milliarden Dollar) eines Kredites von insgesamt 3,4 Milliarden Dollar nicht auszuzahlen, weil die Nation einige Bedingungen der letzten Absichtserklärung nicht erfüllte, wurde storniert. Finanzminister Jesus Silva Herzog führt zur Zeit Gespräche in New York und Washington, um bessere Bedingungen auszuhandeln. Die Schuldendienste betragen in diesem Jahr 15 Milliarden Dollar.

Die meisten Beobachter glauben, daß die bereits vorhandenen Probleme wesentlich stärker wiegen als die Erdbeben-Schäden. Die Inflation kann in diesem Jahr 60 bis 70 Prozent erreichen, mindestens zehn Prozent mehr als erwartet. Das wirtschaftliche Wachstum wird mit etwa einem Prozent unter dem Planziel (3,7 Prozent) der Regierung liegen. Die Kapitalflucht, etwa vier Milliarden Dollar in diesem Jahr, hält an.

Das Bruttoinlandsprodukt, seit 1981 um zehn Prozent gefallen, sinkt weiter. Die Bevölkerung wächst dagegen um 2,2 Prozent im Jahr. Das Land muß jährlich eine Million Arbeitsplätze schaffen, um Schritt zu halten mit dem Bevölkerungswachstum. (SAD)

POLEN / Export in den Westen geringer als angestrebt

Schuldentilgung erschwert

AFP, Warschau

Der polnische Außenhandel mit den westlichen Ländern hat in den ersten acht Monaten 1985 mit einem Überschuß von nur 613 Millionen Dollar die gesteckten Ziele bei weitem nicht erreicht. Der ursprünglich für das Gesamtjahr erwartete Überschuß von 1,1 Milliarden Dollar dürfte kaum noch erzielt werden.

Wie Regierungssprecher Jerzy Urban kürzlich erklärte, werde Polen versuchen, die Exporte in die westlichen Länder zu verstärken und alles zu tun, um die aus den Kreditschulden entstandenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Ergebnisse des Außenhandels würden jedoch nicht allein von der Arbeit der polnischen Industrie, sondern auch von der Normalisierung der Finanzbeziehungen mit dem Westen, der Gewährung von Krediten und der Öffnung der ausländischen Märkte abhängen, setzte Urban hinzu.

Der von Januar bis einschließlich August erzielte Exportüberschuß mit dem Westen blieb um 30 Prozent unter dem Ergebnis der Vorjahre periode, als er 962 Mill. Dollar erreic hatte. Diese Mindereinnahmen v ringern die Möglichkeiten W schaus, die auf 27 Milliarden Dol geschätzte Außenverschuldung „harten Devisen" zurückzuzahlen.

Ein Vorabkommen über die U schuldung polnischer Verbindli keiten für die Periode 1982 bis 1 war mit den westlichen im „Pari Club" vertretenen Ländern un zeichnet worden. Es sollten bilater Abkommen für die Zahlung v Rückständen aus dem Jahre 1981 fang September in Höhe von 400 lionen Dollar folgen.

Polen war jedoch „aus technisc Gründen" nicht in der Lage, di Zahlungen zu leisten, was zu ei Verschiebung der Ende vergange Woche vorgesehenen Sitzung „Pariser Clubs" führte. Nach An ben westlicher diplomatischer Kre wurde bisher nur ein bilaterales kommen mit Österreich unterzei net.

FRANKREICH / Freie Gebühren für Kreditkarten

Handel gegen Einheitstarife

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Vereinheitlichung des französischen Kreditkartensystems, die zum 1. November abgeschlossen werden soll, führt nicht zu Einheitstarifen. Vielmehr wollen die Banken ihre Gebühren im Rahmen bestimmter Grundsätze mit den Handelsverbänden frei aushandeln. Dies beschloß jetzt das „Groupement Carte Bancaire", in dem die Emittenten der beiden nationalen Kreditkarten (carte bleue und carte verte) zusammengeschlossen sind.

Gegenwärtig berechnen die französischen Banken dem Handel für die finanzielle Abwicklung der mit seinen Kunden getätigten Geschäfte entsprechend der Zahl und dem Wert der Transaktionen Gebühren innerhalb eines einheitlichen Rahmens, der Mitte 1984 von dem „Groupement" festgelegt worden war. Gegen dieses System laufen die Handelsverbände mit der Behauptung Sturm, daß es sich um ein Kartell handelt. Sie haben von der Regierung inzwischen indirekte Schützenhilfe dadurch erhalten, daß im Juli dieses Jahres die Banken den allgemeinen Regeln des französischen Wettb werbrechts unterworfen wurden.

Andererseits vergütet die Bank de Händlers einen Teil der diesem b rechneten Gebühren der Bank de Kreditkarteninhabers für die Gara tie der Zahlungsfähigkeit des Ku den. Dadurch erhalten Kreditkarte für den Händler Bargeldcharakte Der Satz der Interbankgebühr wurd jetzt einheitlich auf 0,8 Prozent de Gesamttransaktion festgesetzt. E kann unter „den günstigsten Sicherheitsbedingungen" bis auf 0,6 Pro zent reduziert werden.

Gegenwärtig liegt die Gesamtgebühr für Kreditkartengeschäfte bei 1,5 bis 1,6 Prozent, während die Banken ihre Kosten auf zusammen 0,8 bis 1,0 Prozent veranschlagen. Sie könnten aber, so fürchten manche Institute, künftig nicht mehr abgedeckt werden, wenn es zu einem Tarifkrieg kommen sollte.

Die französischen Banken haben die Vereinheitlichung des Kreditkartensystems und ihre Elektronisierung vor allem deshalb so stark vorange trieben, weil sie ihren Kunden kein Scheckgebühren berechnen dürfen.



STIHL / Investitionen werden stark gesteigert

Umsatzmilliarde im Visier

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Stihl-Firmengruppe, Waiblingen, der Welt größter Motorsägenhersteller, steuert in raschem Wachstumstempo die Milliarden-Marke beim Umsatz an. In den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985 steigerte die Gruppe – teilweise auch als Folge der Dollarkursentwicklung – den Umsatz um 31 Prozent auf 723 Mill. DM. Das Stammhaus, die Andreas Stihl KG, kam in diesem Zeitraum sogar mit einem Umsatz von 403 Mill. DM auf ein Wachstum von 46 Prozent. Allerdings ist hierbei die Auswirkung des arbeitskampfbedingten Produktionsausfalls im Vergleichszeitraum des vorangegangenen Jahres zu berücksichtigen.

Dem kommenden Jahr sieht Stihl „mit vorsichtigem Optimismus" entgegen, wobei darauf verwiesen wird, daß im Hinblick auf die starke Abhängigkeit der Gruppe vom Weltmarkt die weitere Entwicklung des Dollarkurses eine wichtige Rolle spiele. Die Zuversicht im Hinblick auf die weiteren Wachstumschancen unterstreicht Stihl mit seinen Investitionsentscheidungen: Für 1985 sind allein im Stammhaus Sachinvestitionen von 26 (15) Mill. DM eingeplant. Hiervon geht ein wesentlicher Teil in den Ausbau der Produktionstechnik und der -verfahren. Für 1986 ist eine Steigerung der Investitionen auf 35 Mill. DM vorgesehen.

Jede dritte Umsatzmark der Firmengruppe wurde im bisherigen Verlauf dieses Jahres auf dem nordamerikanischen Markt erzielt. Neben der Bundesrepublik zählen Brasilien, Australien, Frankreich und Großbritannien zu den wichtigsten Absatzländern für Stihl-Produkte. Der südostasiatische Raum gewinne als Markt an Bedeutung.

Die Firmengruppe, die 1986 auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken kann, werde in diesem Jahr ihre führende Marktposition „mit Sicherheit weiter ausbauen können". Dazu trage der ständige Ausbau der Vertriebsorganisation im Ausland bei. In neun Ländern hat Stihl den Vertrieb in eigener Regie. Eigene Vertriebsgesellschaften nahmen in 1984 in Frankreich und Neuseeland, 1985 in Spanien ihre Tätigkeit auf. In der ganzen Unternehmensgruppe waren Ende August 5353 Mitarbeiter beschäftigt, das waren 5,3 Prozent mehr als zu Jahresbeginn. Bekanntlich ist Stihl dabei, die Mitarbeiter des Stammhauses in Form von Genußscheinen am Unternehmenskapital zu beteiligen. Bis zum 24. September war eine halbe Mill. DM gezeichnet worden.

KABELINDUSTRIE / Sorgen um die längerfristige Zukunft der Glasfaser

Zwei Kartelle werden nicht verlängert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Wirtschaft wird bald um zwei Kartelle ärmer sein. Zum Jahresende 1987 läuft die Fernmeldekabel-Gemeinschaft, ein Rationalisierungsabkommen der deutschen Kabelindustrie, aus. Heute bereits wird die „Rationalisierungsgemeinschaft Starkstromkabel" in „Rationalisierungsverband Kabel", Köln, umbenannt. Elmar Kaiser, Geschäftsführer des Fach-Verbands Kabel und isolierte Drähte, betont dabei, daß die Umwandlung in einen Rationalisierungsverband mehr als nur ein Namenswechsel ist.

Dieser Zusammenschluß von 15 Kabelherstellern sei freiwillig und solle die Spezialisierung mit Typisierungsempfehlungen weiterführen. Immerhin sei es gelungen, in neun Jahren die Zahl der Starkstromkabel-Typen von 1250 (davon 350 gängige) um 25 Prozent zu reduzieren.

Bislang war es so, daß die 900 „ungängigen" (ungebräuchlichen) Typen in Quoten auf die Mitglieder zur Produktion verteilt wurden. Sie konnten sie dann zu festgesetzten Preisaufschlägen abgeben. Mit der Freiwilligkeit des neuen Abkommens habe das straffe Kartell keinen Sinn mehr.

Die Fernmeldekabel-Gemeinschaft ist ein typisches Mittelstandskartell mit zwölf Mitgliedern, die die Deutsche Bundespost als Kunden haben. Das Kartell besteht bereits seit 1902, übrigens gegründet auf Betreiben der Reichspost. Mit der Postausschreibung für 1988 müssen sich die Fernmeldekabel-Hersteller dem Wettbewerb stellen, der härter wird, weil jetzt auch EG-Anbieter – wenigstens zu einem Teil – um deutsche Postaufträge ringen werden. Ob für die Post auch die Preise steigen, ist einstweilen offen, meint Kaiser.

Die Kabelfernseh-Entwicklung wird von der Branche längst nicht mehr mit der anfänglichen Euphorie betrachtet. Ab 1988 wird der Spaß ohnehin vorbei sein, sagt Kaiser. Bis dahin werde man jedoch für 750 Mill. DM Kabel verlegt haben. Mehr Sorge scheint man sich um das Thema Glasfaser-Kabel zu machen. Bis Mitte 1987 wird das Grundgerippe der Glasfaserverkabelung in Betrieb sein. In diesem Jahr (1985) sollen noch einmal 50 000 (10 000) Faserkilometer verlegt werden. Doch was danach kommt, ist auch dem Kabelverband nicht klar. Macht die Post nach insgesamt 100 000 Faserkilometern in ihren Planungen weiter, wird sie 20 000 Faserkilometer in den verbundenen „Städteinseln" verlegen?

Die Kabelindustrie hat 1984 ihre Produktion um 2,3 Prozent auf 293 000 t gesteigert. Die Starkstromkabelproduktion wurde mit rund 114 000 t knapp gehalten. Bei Starkstromleitungen stieg die Fertigung um 5,5 Prozent auf reichlich 76 000 t. An Nachrichtenkabel und -leitungen wurden mit 53 000 etwas weniger, bei Wickeldrähten, vor allem für die Autoindustrie, mit fast 50 000 (46 000) t weit mehr verkauft als 1983.

Der Branchenumsatz lag 1984 bei 3,66 (3,56) Mrd. DM. Im 1. Halbjahr nahm die Tonnage an Kabeln um drei Prozent auf 144 000 t im Wert von 1,9 (1,82) Mrd. DM ab. Erstmals nimmt die Beschäftigung der 46 Verbandsmitglieder (1984: 36 600 Mitarbeiter) leicht zu. Exportiert wurde von der Branche 1984 für 1,53 (1,46) Mrd. DM, zu 45 Prozent in die EG. Importiert wurde für 865 (745) Mill. DM.

HDW

Neuordnung jetzt abgeschlossen

PETER ZERBE, Hamburg

Die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Kiel und Hamburg, haben jetzt den Schlußstrich unter das „Unternehmenskonzept '83" gezogen. Von heute an firmiert das Werk in Hamburg als eigenständige Tochter unter dem Namen HDW-Hamburg, Werft und Maschinenbau GmbH. Der HDW-Vorstandsvorsitzende Klaus Ahlers betonte gestern, die neue Tochter erhält ein Stammkapital von 40 Mill. DM und kann damit flexibel in einer harten Wettbewerbssituation um Aufträge kämpfen.

Die neue 100prozentige Tochter wird sich künftig mit dem Schiffbau und dem Maschinenbau befassen. Im Geschäftsbereich Werftbetrieb sind vor allem Schiffsumbauten und Reparaturen vorgesehen. Dazu gehören auch Arbeiten an Off-shore-Geräten. Ein Schiffsneubau ist in Hamburg nicht mehr vorgesehen. Dieser ist von HDW nach dem Unternehmenskonzept in Kiel konzentriert worden. Für den Geschäftsbereich Maschinenbau liegen volle Orderbücher vor. Hier hat der neue Werftbetrieb alle Voraussetzungen, seine weltweit führende Stellung bei den Stevenrohrabdichtungen auszubauen. Auch Flossenstabilisatoren für Fähren und Kreuzfahrtschiffe gehören zum Fertigungsprogramm in Hamburg. Um sich weiter abzusichern, werden bereits Beschichtungs- und Kaschieranlagen für die Elektroindustrie, Rühr- und Mischwerke für die Nahrungsmittelindustrie und Entölungsanlagen gebaut.

Ahlers und die beiden Geschäftsführer Helmut Volker Nadler und Herbert Kaltner rechnen im ersten Geschäftsjahr mit einem Umsatz von etwa 230 bis 250 Mill. DM. Die Werft beschäftigt noch 2200 Mitarbeiter von ehemals 6000.

SATURN-HANSA

Kaufhof-Tochter expandiert weiter

dos, Hannover

Mit der Eröffnung des zweiten Kaufhauses für Unterhaltungselektronik in der Bundesrepublik setzt die Saturn-Hansa Handels GmbH, eine 100prozentige Tochter der Kaufhof AG in Köln, ihre Strategie, die dem Fachmarkt den Vorzug vor dem traditionellen Kaufhaus gibt, fort. Saturn-Geschäftsführer Manfred Schulz ließ bei der Inbetriebnahme des neuen Hauses in Hannover keinen Zweifel daran, daß weitere Technik-Kaufhäuser folgen werden. An zunächst sechs weiteren Standorten, zumeist Ballungsgebiete mit hoher Kaufkraft, will Saturn-Hansa Flagge zeigen.

Ähnlich wie in Frankfurt, wo bereits im Frühjahr dieses Jahres das erste Unterhaltungselektronik-Kaufhaus eingerichtet wurde, soll das in Hannover im ersten Jahr einen Umsatz von 50 Mill. DM erzielen. In die Umgestaltung des Gebäudes wurden 6 Mill. DM investiert. In den 13 Abteilungen – neben Unterhaltungselektronik auch Foto- und Computerangebote – werden 154 Mitarbeiter beschäftigt. Prunkstück des Hauses ist die Schallplattenabteilung mit über 100 000 Titeln.

Hinter der Idee und dem Konzept des neuen Kaufhaus-Typs von Saturn-Hansa steht der Kölner Kaufmann Fritz Waffenschmidt, der sich schon Anfang der 60er Jahre mit den Gesellschaften Saturn-Electronic und Hansa-Foto einen Namen gemacht hatte. Waffenschmidt hatte seine Unternehmen 1984 an die Tertia Unternehmensbeteiligungs GmbH, Köln, verkauft, nachdem der Erwerb durch die Kaufhof AG vom Kartellamt untersagt worden war. Über die Tertia aber ist Kaufhof mit 17,5 Prozent an der Kölner Gesellschaft beteiligt; die Nutzung des Know-how außerhalb der Kölner Region wurde von der Behörde gestattet.

Jacobs: Funktionen zusammengefaßt

W. WESSENDORF, Bremen

Die Schweizer Jacobs Suchard AG macht Bremen neben Paris und Zürich zu einem der internationalen Standorte ihres Kaffee- und Schokoladengeschäfts. Von der Hansestadt aus werden künftig die Jacobs-Suchard-Märkte in Deutschland, der Schweiz, Österreich und Skandinavien gesteuert. Zürich bleibt Sitz der internationalen Zentrale.

Der Generaldirektor der Jacobs Suchard AG, Staffan Gunnarsson, begründete die Zusammenfassung der maßgeblichen Funktionen unter einem Dach mit der wesentlich verbesserten Nutzung der Managementressourcen im Kaffee- und Schokoladengeschäft. Für Bremen sprächen neben dem vorhandenen Kaffee-Knowhow und der Bedeutung der Stadt als Rohkaffee-Importeur auch der soziale Aspekt.

Die Generalbevollmächtigten für Kaffee und Schokolade in Deutschland, Hartmut Felgen und Gerhard Wacker, meldeten jeweils aus ihren Bereichen „erfreuliche Ergebnisse". So sei Suchard/Tobler im Schokoladenmarkt mit den Hauptmarken Milka, Tobler und Toblerone Marktführer. Bei Kaffee zeige der Verbraucher allerdings keine Neigung zu größerem Durst. Der Konsum stagniere auf dem hohen Niveau von 1983. Jacobs habe hier aber zu seiner gewohnten Marktposition zurückgefunden und befinde sich in einem Aufwärtstrend, der durch das neue Spitzensortiment, das in den nächsten Tagen auf den Markt kommt, verstärkt werden soll.

Die Ergebnisse der Jacobs Suchard AG für das erste Halbjahr 1985 liegen nach den Angaben im Aktionärsbrief insgesamt über der vergleichbaren Vorjahresperiode. Der Konzernumsatz habe sich von 2275 Mill. sfr auf 2717 Mill. sfr erhöht. Nach Bereinigung der Währungseinflüsse ergebe sich ein Wachstum von 16,3 Prozent. Die Ertragslage habe infolge der Materialverteuerung und der Einflüsse aus dem Währungsbereich allerdings nicht damit Schritt halten können.

NAMEN

Manfred Gömmel, Vorstandsmitglied der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), ist am Sonntag überraschend im Alter von 43 Jahren gestorben. Gömmel war erst am 1. April dieses Jahres in den Vorstand der Bank eingetreten und für die Bereiche Planung und Organisation zuständig.

Fritz Hermanns, Vorsitzender des Vorstandes der Stadtsparkasse Köln, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Heinz Dittrich, Alleininhaber der Firma Metall Dittrich, Velbert, feiert am 2. Oktober den 60. Geburtstag.

Dr. Walter Krüger, Sprecher des Vorstandes der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank, Berlin/Düsseldorf, wurde 60 Jahre.

Willi-Peter Sick ist als Nachfolger von **Elmar Kolb** zum Präsidenten des Bundesverbandes der Selbständigen – Deutscher Gewerbeverband (BDS) gewählt worden.

Dr. **Gering Mylius** und **Karl Wieland**, Vorstandsmitglieder der Gödecke AG, Freiburg, traten mit Wirkung vom 30. September in den Ruhestand. **Wieland** wird nach seiner Pensionierung Mitglied im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Personalabbau

Bochum (dpa/VWD) – Im Rahmen eines neuen Strukturkonzepts will die Krupp Stahl AG, Bochum, bis 1987 noch einmal rund 2000 Arbeitsplätze abbauen und außerdem Einsparungen bei den Sach- und Energiekosten erzielen. Wie die Unternehmensleitung gestern mitteilte, werden davon alle Standorte betroffen sein. Seit Anfang 1980 ist die Beschäftigtenzahl im Konzern bereits von über 42 000 auf heute nur noch gut 28 000 zurückgegangen.

„Pille" für die USA

Berlin (tb.) – Die Schering AG, Berlin, und die American Home Products Company, New York, intensivieren ihre Beziehungen. Beide Gesellschaften haben jetzt eine Vereinbarung getroffen, nach der die US-Tochter von Schering (Berlex) unter anderem Präparate zur Geburtenkontrolle in den USA vertreiben darf, teilte das Berliner Unternehmen gestern mit. Bisher war Schering mit seinen hormonellen Empfängnisverhütungsmitteln nicht auf dem US-Markt. Das Potential des amerikanischen „Pillen"-Marktes wird auf rund 500 Mill. Dollar (etwa 1,35 Mrd. DM) geschätzt. Der Umatz der Pharma-Sparte von Schering ist in den ersten acht Monaten um fast 14 Prozent auf 1,43 Mrd. DM gestiegen, der Umsatz der Gruppe um nahezu elf Prozent auf 3,53 Mrd. DM.

Elkem an der Börse

Frankfurt (cd.) – Zum Kurs von 41,50 DM ist gestern die Elkem-Aktie als dritter norwegischer Wert an der Frankfurter Börse eingeführt worden. Die Elkem ist die Obergesellschaft einer international tätigen Unternehmensgruppe, die sich hauptsächlich mit der Herstellung von Aluminium, Silizium und Ferro-Legierungen befaßt.

Trepel in Konkurs

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Trepel AG, Wiesbaden, Hersteller von Spezialmaschinen, hat Konkurs angemeldet. Das am 23. September eingeleitete Vergleichsverfahren ist nach Angaben von Trepel-Vorstandschef Frank Wagner an der Weigerung der Banken gescheitert, ihre Kreditlinien für das Unternehmen aufrecht zu erhalten. Trotzdem solle weiterhin versucht werden, eine Auffanggesellschaft zu gründen, um etwa 150 der zur Zeit 350 Arbeitsplätze zu erhalten. Das Unternehmen, das 1984 einen Umsatz von rund 84 (85) Mill. DM erzielte, verzeichnete nach Angaben von Wagner bis Mitte dieses Jahres aufgelaufene Verluste von rund 12,5 Mill. DM, die das Grundkapital von 10 Mill. sowie einen Nachschuß von 5 Mill. DM nahezu aufgezehrt haben.

Zwei Ertragssäulen

Bonn (DW.) – Zum Beitrag „Gruner + Jahr: Engagement im Ausland wird weiter ausgebaut" stellt der Vorstand der Bertelsmann AG, Gütersloh, in einem Schreiben fest: „In der Freitagausgabe vom 27. September 1985 hatten Sie gemeldet, das Ergebnis weise ‚Gruner + Jahr als die fast alleintragende Ertragssäule des Medienkonzerns Bertelsmann' aus. Diese Aussage ist falsch. Zwar ist Gruner + Jahr sicher ein hervorragendes und ertragreiches Unternehmen, aber das ‚Alt-Haus Bertelsmann' trägt – sieht man sich die Betriebsergebnisse an – etwa zu gleichen Teilen zum Gesamtergebnis bei wie Gruner + Jahr."

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Leverkusen: Adolf Ramme, Leichlingen; **Rosenheim:** Oberland Sportswear Sportartikel Vertriebsges. mbH, Bad Feilnbach; **Trier:** Forum Werbeagentur Trier GmbH.

Vergleich eröffnet: Frankfurt: Adt AG.

Vergleich beantragt: Arnsberg: Sauerland Bau-GmbH & Co. Bau-Union KG, Schmallenberg; Sauerland Bau-Ges. mbH, Schmallenberg; **Ludwigshafen:** Heba Treubau GmbH, Ludwigsburg-Oßwell; **Osnabrück:** Martin Pohlmann.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Hoppenhaus wächst, wo die Branche schrumpft

„Jüngstes Kind" hat den besten Absatz

HARALD POSNY, Haan

Im gnadenlosen Wettbewerb der führenden Spirituosen-Hersteller als kleiner Mittelständler zu bestehen ist schon beachtlich. Einem kleinen Kunststück gleicht es gar, bei diesen Rahmenbedingungen und zusätzlich sechs Branntweinsteuererhöhungen in zehn Jahren, die die Branche jedesmal für zwei bis drei Jahre um zehn bis 20 Umsatz-Prozente zurückwarf, zu expandieren. Die Wilhelm Hoppenhaus KG Spirituosenfabrik, Haan/Rheinland, hat es vollbracht: sie blüht, wächst und gedeiht. Der geschäftsführende Gesellschafter, der promovierte Brau-Ingenieur und Biochemiker Karl-Wilhelm Hoppenhaus kann von dem 1817 gegründeten und nun von ihm in fünfter Generation geführten Familienunternehmen sagen: „Wir haben noch nie mit Verlust gearbeitet."

Das Geheimnis: kluge Beschränkung auf einige wenige Produkte und auf den Vertrieb in einem überschaubaren Raum. Und über allem die Qualität. Karl-Wilhelm Hoppenhaus nimmt sich die Zeit zur täglichen Verkostung seiner Produkte. Das „jüngste und erfolgreichste Kind", der feinbittere Kräuterlikör „Butzelmann" brauchte vom Grundrezept bis zur Marktreife runde zwei Jahre. Und gerade mit diesem Likör, der heute ein Drittel des 12-Mill.-DM-Umsatzes ausmacht, hat Hoppenhaus die größten Absatzerfolge.

Eingedenk des Grundsatzes „ohne Gastronomie kein Erfolg im Handel" ist der bevorzugte Absatzkanal von Hoppenhaus der Getränke-Fachgroßhandel und danach erst der Lebensmittel-Großhandel. Dieser Leitgedanke gilt auch für die Töchter Schloßkellerei Bonn, Bruchhaus/Solingen und Steinacker/Leverkusen. Während selbst manche Marken-Spirituosen im Supermarktregal vom Erlös her „in die Knie gehen", kann es sich Hoppenhaus leisten, für den Likör 2 DM mehr als der Marktführer zu nehmen. „Hoppenhaus: „Wir machen mit ihm in unseren Kernabsatzgebieten mehr Umsatz als manche Marke in der gesamten Bundesrepublik."

Diese Kerngebiete sind die besonders umsatzstarke Rheinschiene von Düsseldorf bis Koblenz und 40 Kilometer beiderseits des Rheins, der Rheinisch-Bergische Raum und die Eifel, zunehmend Rheinland-Pfalz, der Rhein-Main-Raum, Nordhessen und Nordbaden. Dahin gehen mittlerweile eine Million 0,7 Liter-Flaschen Korn, Edel- und Doppelkorn, 200 000 Flaschenfüllungen für Kollegenfirmen, sowie 400 000 Kleinflaschen. Der Export ist weitgehend noch ein Kind des Zufalls. Neben Ausfuhren in die Benelux-Länder hat sich mehr zufällig ein Likör-Export in zwei Städte Kanadas ergeben – des starken deutschstämmigen Bevölkerungsanteils wegen.

Hoppenhaus, seit Jahren Vorsitzender des Verbands Rheinischer Kornbrenner, sieht mit Sorge auf die von 1960 bis 1984 auf 125 (415) gesunkene Zahl von Spirituosenherstellern. Ihr Umsatz ist zwar auf 5,19 (1,46) Mrd. DM gewachsen, doch haben nur noch etwa zwei Dutzend Bedeutung. Nach Korn und Weinbrand mit je 28 Prozent der Produktion steigt nur noch eine Spirituosenart in der Verbrauchergunst: der (halb-)bittere Kräuterlikör.

Aktien stark befestigt

Unter Führung von Banken und Versorgern ging es aufwärts

DW. – Von einer freundlichen Grundtendenz bestimmt, konnten die Aktienmärkte gestern die Kurssteigerungen fortsetzen. Bei den internationalen Anlegern setzt sich anscheinend die Überzeugung durch, daß die Deutsche Mark die beste Alternative zum taumelnden US-Dollar ist. Bevorzugte Anlage waren die zinsreagiblen Werte des Bankensektors. Inländische Anleger verlegten sich besonders auf Versorgungsaktien, wo Bardividende und Steuergutschrift eine über dem Rentenniveau liegende Effektivverzinsung versprechen.

Favorisiert blieben unter den Versorgungwerten Veba, die in den Aktienmarktstudien mehrerer Kreditinstitute als besonders aussichtsreiche Anlage herausgestellt wurde. Die Veba-Aktie legte teilweise bis zu 15 DM zu. Ebenfalls sehr fest tendierten RWE und NWK. Am Bankenmarkt ragten Deutsche Bank mit einer deutlichen Kurssteigerung um rund 25 DM heraus. Gesucht waren auch BHF-Bank (plus 10 DM) sowie Bayerische Vereinsbank. Nach Plusankündigung deutlich fester lagen Degussa. Hohe Gewinnschätzungen verschiedener Banken, die Erwartung einer Dividendenerhöhung sowie die führende Rolle Degussas als Katalysatorproduzent sind hierbei bedeutende kursbildende Faktoren. Die exportorientierten Werte der Elektro- und Automobilindustrie sowie die Aktien der Großchemie tendierten sämtlich freundlich. Mannesmann und KHD gewannen jeweils etwa drei DM.

Frankfurt: Degussa erhöhten sich um 26 DM, Didier zogen um 4 DM und die Blauen Quellen um 5 DM an. Unverändert gingen Adler aus dem Markt, Kurseinbußen mußten Adt mit minus 5,30 DM und Enzinger Union mit 1,50 DM hinnehmen.

Düsseldorf: Gerresheimer Glas befestigten sich um 2,50 DM, Kromschröder zogen um 5 DM an, und Schubert & Salzer stiegen um 4,50 DM. Kochs Adler gaben um 10 DM nach. Allianz Vers. schlossen mit einem Plus von 15 DM ab.

Hamburg: NWK-Vz. mußten mit plus 19 DM bezahlt werden. HEW konnten sich um 1 DM, Beiersdorf ebenfalls um 1 DM und Phoenix Gummi um 1,50 DM erhöhen. Holsten Brauerei gaben um 4 DM nach.

Berlin: Schering wurden um 11 DM, Rheinmetall Vz. um 8 DM und Orenstein um 6 DM heraufgesetzt. Lehmann erholten sich um 2,50 DM und Berliner Bank um 2,10 DM. Kempinski gaben um 5 DM nach.

München: Aigner erhöhten sich um 1 DM, Agrob St. um 11 DM und Audi um 12 DM. Deckel gaben um 1 DM nach, Flachglas verminderten sich um 8 DM und Leonische Draht um 2 DM.

Stuttgart: Gehe konnten 3,90 DM zulegen und Metall-Lack wurden ebenfalls mit plus 3 DM bezahlt. Stuttgarter Hofbräu St. zogen um 20 DM an. ASS gingen mit minus 10 DM um.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 221,57 (217,55)
WELT-Umsatzindex: 5016 (–)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		30.9.	27.9.
H	Aach M Bet. 10	1646	1640
H	Aach. M. Vers. 7	7708	760
D	Aach. Ruck. 9	2299	2250
D	Asnog *4	470G	470G
M	Ack-Gögg 6	146bB	146bB
H	Adca 3	142	138,5
D	Adler 9	309	305G
F	Adt 0	53,5	58,8
F	AEG-Telef. 0	142	142
D	AEG-Kabel 9	276G	275
S	Aesculap 9	449	449G
F	AGAB 5	121	123
D	Agrippina *0	1510	1510T
M	Agrob *0	202bG	191
M	dgl. Vz.* 0	155	154
M	Aigner 9	216bG	215bG
M	Alt. Kaufh *18	1050B	1150B
H	Agiv 10	–	365,5
H	Albingia 8	1000	980G
D	Alexanderw. 0	107,8	107,5bB
Hn	Allerthal*0	156G	156G
S	Allg.Re.**6,5	5870B	5870B
S	dgl.NA**6,5	3225G	3150bG
S	dgl.35%E6,5	4848	4800bG
D	Allianz Leb. 9	6050	6050
D	Allianz V. 11	1620	1605
S	Allweiler St. 8	280G	280G
S	dgl. Vz. 9	212G	215
F	Altana 10	383	367
F	Andreae-N.Z. 0	138,5	138
F	Asko 10	1120	1120
H	Audi NSU 7	750bG	780T
M	Augsb. Kg. 1,5	130	129
S	Badenwerk 6	158,5	161
F	Bd.Württ.Bk. 11	596	596
D	Balcke-Dürr 3	174T	170T
F	Bankg.v.1899 *14	620bB	630
D	Banning ** 20	890G	890G
H	BASF 9	235	233,5
H	Bavaria 3	40	175
D	Bayer 9	224,5	224,5
F	B.Br.Sch.-3 0	220bG	224G
M	Bayer. Hdb. 11	400	396
M	Bayer. Hortst. 6	660G	660bG
M	Bayer Hypo10 +2,5	435	422
M	Bayer. Lloyd 5	275bG	283bB
H	BMW 12,5	477	465

		30.9.	27.9.
F	Ceag 0	186	186
F	Chem Vw. *16	538	525T
D	Colonia 5	468	460
D	Commerzb. 6	238,5	235
D	Cobl.Berto - 0 5M	195B	196G
D	Conc. Chem 4,5-3	340	337,5G
B	Conc. Spinne - 0	405B	405B
D	Cortigas 7,5	365	366
D	Conti Gummi 3	151	151,3
D	Dahb St 7,65	256	250
D	dgl. Vz. 14,55	405bB	400T
S	Daimler 10,5	977	962
M	Deckel AG 0	200	201bG
D	Dt. Alt. Tel 10+1	460G	460
H	Dacg 5	330	321
D	Dt. Babcock St. 3	182,5	181
D	dgl. Vz. 3,5	181,5	181
F	Dt. Bank 12	648	625
D	Dt. Centralboden 12	675	635
D	Dt. Conti Rück 0	3830G	3800G
D	dgl. NA 0	995G	995G
F	Dt. Eff.-Wbz. 10	490G	490bB
F	Degussa 9,5	415	387bG
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	295bB	290
H	Dt.Hyp F.-Br 10+2,5	508	500
S	DLW 11	349	349
Hn	Dt. Spezialgl. 9	470	493
F	Dt. Steinz. *6	205	201G
M	DoTaWo 9	540T	545T
F	Dt. Texaco 2,7	198T	198
B	Dt. Eisenh. *5	–	–
D	Didier 7	229	227
F	D.N. Quellen 7,5	420T	415T
D	Dieng Holding 4	185,2	179
D	Dürr & N **60	7750G	7900G
D	DAB 0	99,5	99,5
D	Dm. Ritter 7,5	305G	325G
D	DUB-Schultheiss 7	250	241
D	Duewag 4	189	186bG
D	Dresdn. Bank 7,5	290,7	287,5
D	Dyckerh. Z 6	199	195
D	dgl. Vz. 6	201	201
F	Dywidag 7	216	217
D	Edelst. Witten *0	305T	305T
F	Eichbaum-Br. 5	167	175bB
D	Eab Vert. 10	175T	275T
H	Elbschloß 0	199	295G
M	ELECTRO 2000 25	435bG	435bG
M	En. Oberfr. 6	325bG	315B
M	En. Ostb. 6	254	255
H	Sükraft 0	101	102
B	Engelhardt 7	215G	215B
D	Enka 7,5	365	–

		30.9.	27.9.
D	Hagen Batt. 5+1	165	165,5
H	Hal.-Maurer *0	157	156bG
D	Hamb. Berg 7+1	238	239
H	Hb Hochb. *4+0,64	99,5	100G
H	HEW 5	171	170,5
H	Hdl. Lüb. 9	351bG	351G
Hn	Hann. Papier 5,5	142	141
H	Harmstorf 0	95,1	95,8
D	Harpener 11	340	336,5
F	Hartm. & B.St. 4	800	780T
F	dgl. Vz. 4	670	650G
M	Hasen-Bräu 9	1070G	1070G
S	Heidelb. Zem. 7	415	415G
M	Heilit & W. 5	295G	295G

		30.9.	27.9.
H	Maihak 4	245T	235T
F	Mainkraft *15	565G	565G
F	MAB 6,5+1	380bB	380bB
F	dgl. Vz. 6,5+1	322T	320T
D	Mannesmann 4	226	221,5
F	Mannh. Vers. 8	679	647
H	Markt & K. 7	211,5	217,5
F	MAN St. 0	191,5	190,2
F	dgl. Vz. 0	183	181
F	MAN-Rol. 20,2	452G	455
S	M.Möll Weing. *0	283	285
D	Mauser 0	94,1bG	95,2bG
F	Mercedes 10,5	867	851
F	Metallges. 0	273	273

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Südafrika

Schweden

Singapur

Tokio

Sydney

Norwegen

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

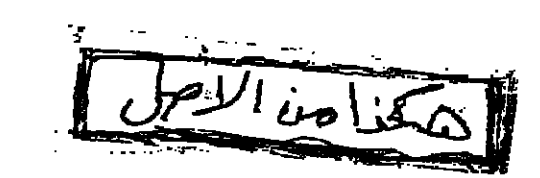
Fremde Währungen

Optionshandel

Nullkupon-Anleihen (DM)

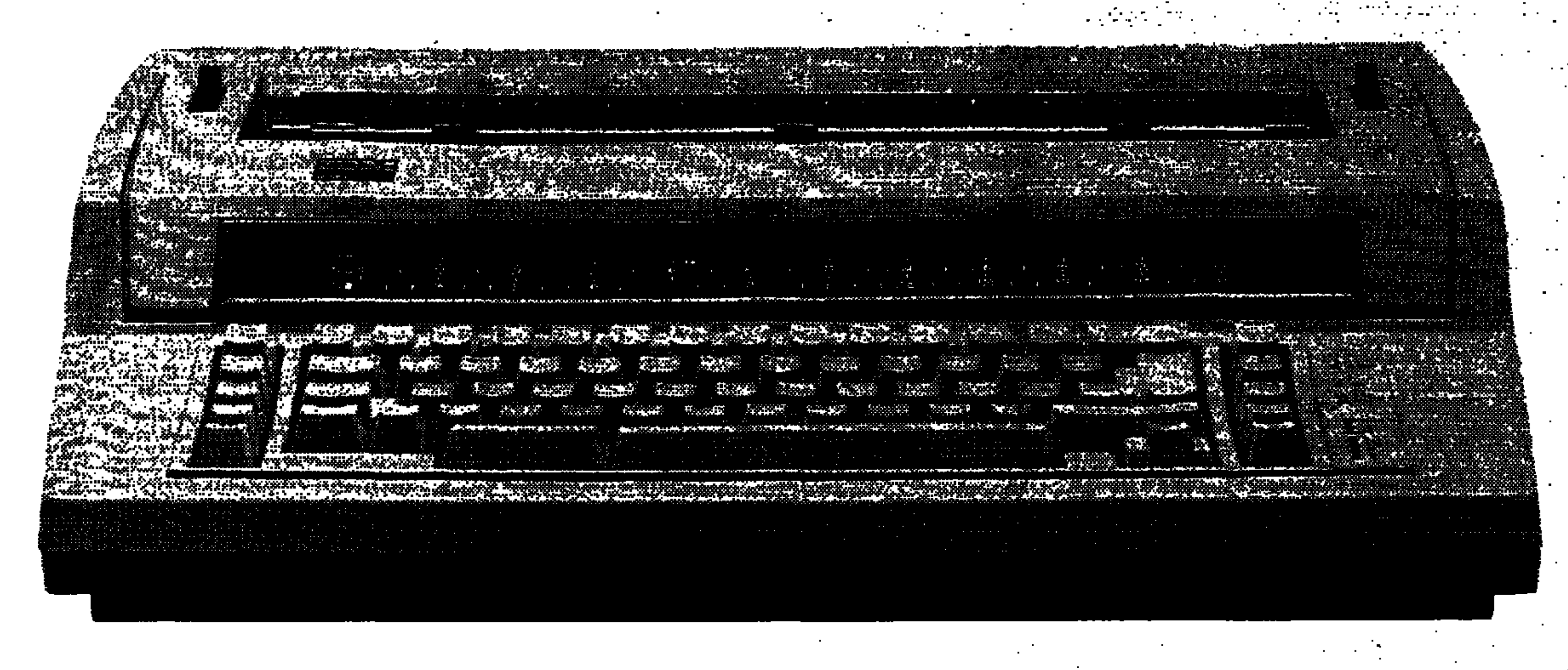
Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

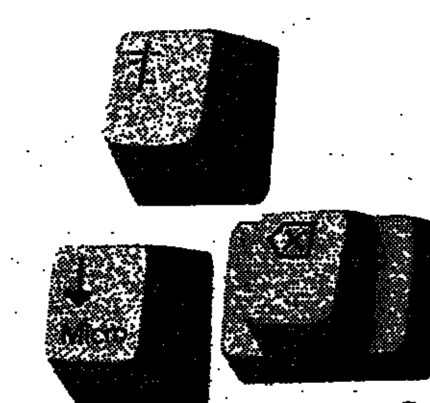


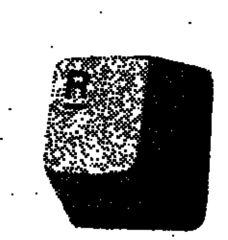
Neu, bitte ausprobieren:

Die neue, kleine
[ypenradschreibma-
ichine von IBM ist ein
Leichtgewicht, das Sie
bequem überallhin
mitnehmen können.
Sie ist auf keinen
festen Arbeitsplatz
ıngewiesen. Sie kann
mmer da einspringen,
vo gerade keine Große
ur Stelle ist. Alles,
vas sie braucht, ist
ine Steckdose für die
tromversorgung. Und
ine Kleine ist sie nur
ußerlich. Denn genau
ie die Großen
rleichtert sie mit
ıoderner Elektronik
nd vielen automati-
chen Funktionen die
igliche Schreibarbeit.
anz gleich, ob Sie im
üro oder zu Hause
ind. Mit ihrem
chnellen Typenrad
iefert Ihnen die
Jeine von IBM immer
lie Texte, die Sie
erade brauchen. Zu
ıaben ist die Typen-
adschreibmaschine
BM 6715 bei IBM
Direkt, in allen IBM
Läden und bei allen
Vertragshändlern für
BM Schreibmaschi-
ıen. Wo Sie die finden,
erfahren Sie telefonisch
zum Ortstarif von
Hallo IBM: 01 30-45 67.



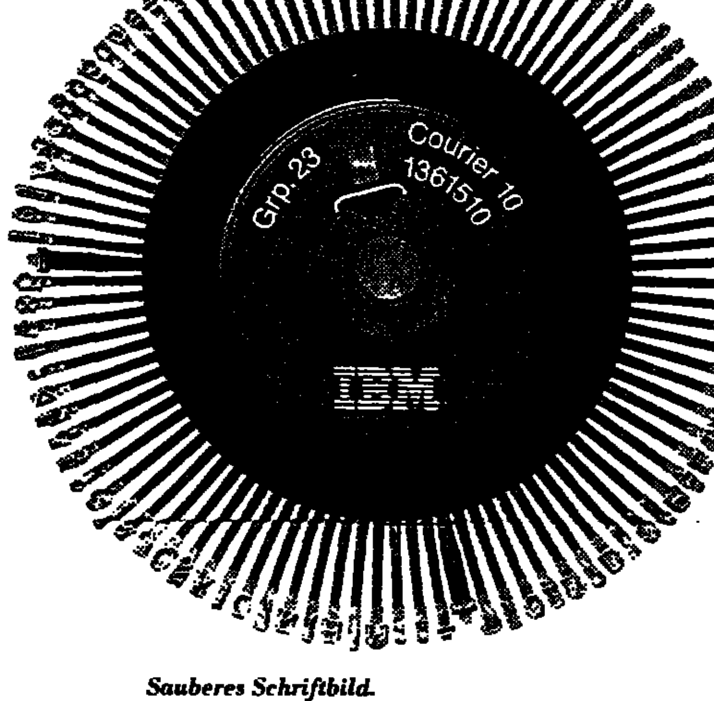
Die Typenradschreibmaschine IBM 6715.
Sie ist handlich und komfortabel zugleich. Wenn Sie zum Beispiel ein neues Blatt Papier einlegen, müssen Sie selbst nur an einem Hebel ziehen. Selbst wenn Sie ein DIN-A4-Blatt einmal quer einspannen. Den Rest erledigt die Kleine automatisch für Sie. Mit den Tasten für den Papiertransport können Sie das Papier dann selbstverständlich auch noch automatisch in jede gewünschte Schreibposition bringen.



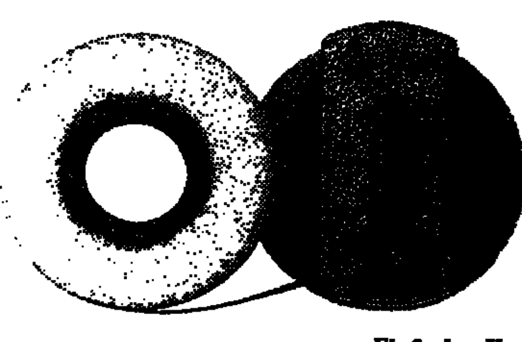


Bedienungsfreundliche Tastatur.
Mit der Tastatur der Typenradschreibmaschine IBM 6715 sind Sie schnell vertraut, und an die zusätzlichen Funktionstasten werden Sie sich gerne gewöhnen. Denn da gibt es zum Beispiel Tasten, mit denen man das Papier automatisch in die richtige Schreibposition bringen kann, oder Tasten, mit denen man alle Zeichen endlos wiederholen kann. Außerdem gibt es noch viele andere automatische Funktionstasten, mit denen man zum Beispiel automatisch zentriert oder automatisch Dezimalzahlen ordnet.

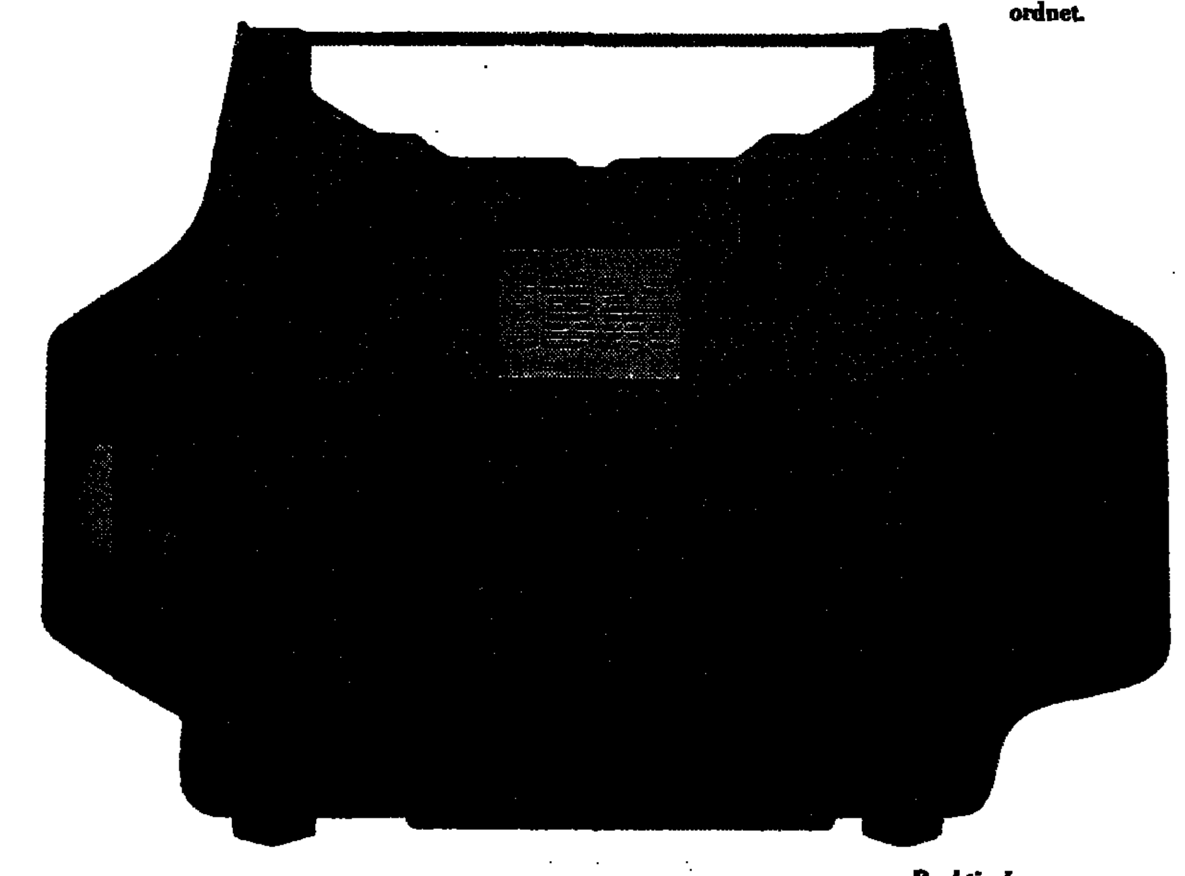
Guter Überblick.
Rechts neben der Tastatur finden Sie ein übersichtliches Kontrollfeld. Hier zeigen Ihnen mehrere kleine Lämpchen alles, was Sie über Anschlagstärke, Zeilenabstand, Schrittbreiten, Umschaltsperre und Zeilenschaltung wissen wollen.

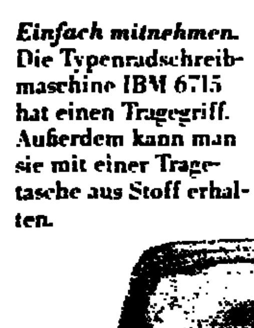


Sauberes Schriftbild.
Die Kleine schreibt mit ihrem Typenrad alle Texte so ordentlich, wie es sich für eine richtige Schreibmaschine gehört. Mehrere gut lesbare Durchschläge lassen sich dabei gleich mitschreiben. Außerdem kann sie als Schönschreibdrucker für Personal Computer eingesetzt werden. Was wollen Sie mehr?

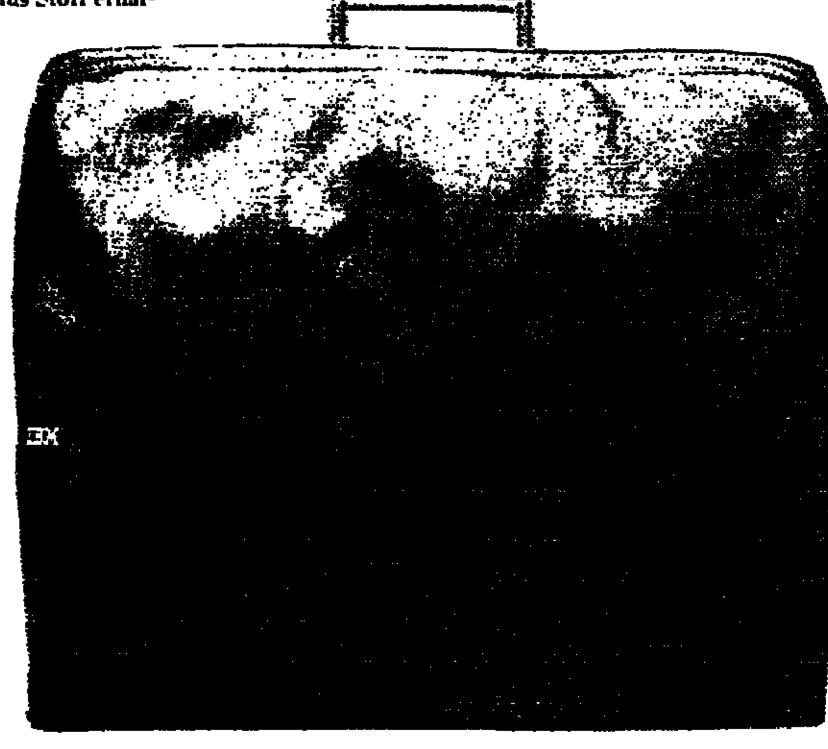


Einfaches Korrigieren.
Wenn Sie sich mal vertippen, hilft Ihnen ein Korrekturspeicher, mit dem Sie die letzten zwei Zeilen automatisch löschen können. Aber auch Fehler, die Sie erst später bemerken, lassen sich mit dem Löschkorrekturband ohne Rückstände beseitigen. Und die Halbschritt-Taste erlaubt es Ihnen, einzelne Zeichen auch noch im nachhinein einzufügen.



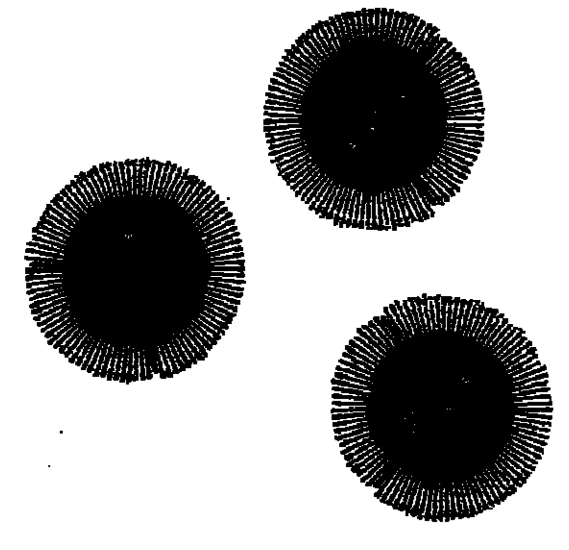


Einfach mitnehmen.
Die Typenradschreibmaschine IBM 6715 hat einen Tragegriff. Außerdem kann man sie mit einer Tragetasche aus Stoff erhalten.

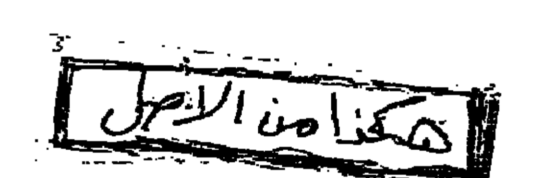


Praktische Farbbandkassetten.
Die Farbbandkassetten für die Typenradschreibmaschine IBM 6715 sind ganz einfach auszutauschen. Mit dem Farbband IBM 190 können Sie durchschnittlich 80 000 Zeichen schreiben. Das Gewebefarbband IBM 194 kann man auch mehrmals benutzen, so daß es bis zu 600 000 Zeichen liefert.

Viele verschiedene Typenräder.
Für die Typenradschreibmaschine IBM 6715 gibt es für die gängigen Schriften Typenräder mit jeweils 100 Einzelzeichen. Dabei können Sie zwischen den Schrittbreiten 10, 12 und 15 Zeichen pro Zoll wählen. Mit dem Symboltypenrad 10 können Sie außerdem viele Sonderzeichen schreiben.



1910 IBM 1985
Deutschland



Ausländische Versicherer

Py. – Seit der Kommissionsklage gegen die Bundesrepublik vor dem Europäischen Gerichtshof haben sich die Fronten zwischen EG-Kommission, Regierungen und Versicherungswirtschaften der zehn EG-Länder in der Frage der totalen Dienstleistungsfreiheit für grenzüberschreitenden Versicherungsbetrieb ohne feste Niederlassungen verhärtet. Egal ob es im Urteil heißen wird, Bonn habe sich der Überführung europäischen in nationales Recht widersetzt, oder nicht – viel europäisches Porzellan ist in Gefahr.

Die gegensätzlichen Positionen, die der „Liberalisten" britischer Herkunft oder die der deutschen Aufsichts-Verfechter, sind nebenstehend nachzulesen. Erstaunlich ist nur: Keiner der Autoren erwähnt den vorliegenden, nach Kundschaft differenzierenden Kompromißvorschlag. Er sieht vor, daß zum Beispiel ein britischer Versicherer ohne Niederlassung auf dem deutschen Markt künftig direkt oder über Makler Risiken aus dem industriellen oder großgewerblichen Bereich versichern darf, ihm das private und das kleingewerbliche Geschäft aber versperrt bliebe.

Dies ist ein guter Kompromiß. Über die Abgrenzung von Klein- und Großgewerbe wird man sich ja hoffentlich einigen können. Der Kompromiß deckt die schutzwürdigen Interessen des privaten Versicherungskunden. Er kann sich nach wie vor bei den hier niedergelassenen, zugelassenen und staatlich beaufsichtigten Ausländern versichern. Ein Industrie-Unternehmen, das glaubt, außerhalb des deutschen Marktes mit seinem Risiko, mit Konditionen oder Prämien besser zu fahren, könnte sich in London versichern. Es kennt die möglichen Konsequenzen.

Aus der Ferne Geschäftstüchtige werden auf dem deutschen Markt keine Bäume ausreißen, weder im privaten, noch im industriellen Geschäft. Insofern war die Ausdauer der Briten, mit dem Finger auf Bonn, die Bundesaufsicht und die deutschen Versicherer zu zeigen, nie recht verständlich.

WELT-Gespräch mit Makler Christian Dahms

Vorurteile gegenüber Auslandsfirmen grundlos

Drei Jahre dauert's noch – maximal – dann ist die Dienstleistungsfreiheit für Versicherer in der Europäischen Gemeinschaft durch, so oder so." Christian C. R. Dahms, persönlich haftender Gesellschafter bei Deutschlands größter Versicherungsmaklerfirma Jauch & Hübener, sieht diese Entwicklung als unausweichlich und längst überfällig an. Und die Frage, ob EG-Versicherer, ohne in der Bundesrepublik niedergelassen zu sein, mit deutschen Kunden Versicherungsverträge abschließen dürfen oder nur mit industriell-großgewerblicher Klientel, treibt ihn nicht auf die Barrikaden.

Im Gespräch mit der WELT räumt Dahms freilich ein, „daß es nicht unbedingt sinnvoll ist", zum Beispiel mit einem italienischen Versicherer nach italienischen Bedingungen und italienischer Denkweise sowie allen Sprachschwierigkeiten eine private Hausratversicherung abzuschließen. „Das wäre mit einem hier ansässigen Italiener viel einfacher." Daß es für das industrielle Geschäft mit komplexen Risiken von der Haftpflicht über Transport bis zu Feuer und Betriebsunterbrechung hingegen nötig ist, Versicherungsschutz auch außerhalb des heimischen Marktes zu finden, steht für Christian Dahms außer Frage: „Auch wenn alle wichtigen europäischen Ausländer schon hier am Markt sind, und das zum Teil seit vielen Jahrzehnten." Es komme schließlich sehr oft vor, daß ein deutscher Konzern in mehreren EG-Staaten Zweigwerke besitze, deren Risiken dieser Konzern bei einem Versicherer europaweit absichern möchte.

Einwände des Bundesaufsichtsamts, daß zum Beispiel die Klauseln der Ausländer in der Feuerversicherung nicht mit deutschen Usancen übereinstimmen, hält Dahms für nicht gerechtfertigt: „Die sind gar nicht so verschieden, sonst hätten sie bei den großen Erdbeben, Feuersbrünsten und Wirbelstürmen nicht zusammenarbeiten können." Dahms hält es auch für realitätsfern, daß es nach einer „totalen Dienstleistungsfreiheit" zu erheblichen Marktverschiebungen etwa im klassischen Feuergeschäft und im (Auto-)Flottengeschäft (HUK) kommt: „Selbst wenn Lloyds – was wegen der juristischen Konstruktion nicht möglich ist – als Gesellschafter hier zugelassen würde, träte keine Veränderung auf dem Markt ein." Auch zu einem Purzeln der Prämie komme es nicht. Für den Makler steht ohnehin fest, daß aus den EG-Ländern nur die besseren Gesellschaften mit europäischen Versicherungsinteressen hier zu Rande kommen werden.

Die Dienstleistungsfreiheit für das Industriegeschäft eröffnet für Versicherungsmakler chancenreiche Aussichten. „Es ist ja nicht unattraktiv, selbständig über Grenzen hinweg, von Portugal bis Dänemark, tätig zu sein, für grenzüberschreitende Versicherer eine EG-Police anzubieten", meint Christian Dahms. Prädestiniert erscheint ihm heute jedoch nur eine Handvoll Versicherungsmakler. Während das deutsche Geschäft nur zu 40 Prozent über Makler läuft, geht es im Ausland bis zu 70 Prozent mit Maklerkontakt.

Das Image der ausländischen Versicherer auf dem deutschen Markt hält Dahms für gut. Das gilt für die „alteingesessenen" traditionsreichen Gesellschaften ebenso wie für die seit dem Kriege hier tätigen oder für die Newcomer. „Sie besitzen eigenes Profil, bieten – zumal wenn es sich um ‚Große' im eigenen Heimatland handelt – weltweite Erfahrungen, Marktkenntnisse und Know-how. Sie offerieren nicht selten Spezialitäten, ausgesprochene Nischenprodukte, die deutsche Unternehmen nicht bieten, und sie betreiben nicht zuletzt gekonnte Schadensabwicklung."

Bedeutung und Spartenschwergewicht differieren augenscheinlich. Die Amerikaner beginnen jetzt erst stärker ins Privatgeschäft einzusteigen, die Franzosen spielen keine Rolle. Gesellschaften wie Albingia, Generali und Skandia haben sich vor allem als Spezialisten in technischen und Transportversicherungen einen Namen gemacht. National Union profiliert sich mit Haftpflicht- und Unfallgeschäft, die Cigna (früher INA) im Sachgeschäft privater Kundschaft. Beide sind Amerikaner.

Fazit für Dahms, dessen Firma mit allen, besonders den größeren Ausländern, kooperiert: „Sie sind nicht billiger als deutsche Gesellschaften, sie sind gegenüber Ende der 60er Jahre selbstbewußter geworden, sie bieten Deckungen, die der deutsche Markt oft nicht bietet, sie sind zum Teil innovativer als deutsche Wettbewerber, und sie sind über jeden Zweifel an ihrer Bonität erhaben. Man muß sie aber kennen. Wir Makler kennen sie."

HARALD POSNY

EG-DIENSTLEISTUNGSFREIHEIT / Pro und Contra zu einem umstrittenen Thema

Grundsätzliche Unterschiede lassen europäische Einigung nicht gedeihen

Die Bundesrepublik Deutschland, aber auch andere EG-Staaten stehen am Pranger: Die EG-Kommission, die jahrelang vergeblich die Freiheit der Dienstleistungen in der EG durchzusetzen versuchte, will die notwendige politische, aufsichtsrechtliche und versicherungstechnische Einigung jetzt durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes ersetzen. Zum Thema „Grenzüberschreitender Verkehr von Versicherungstransfers ohne feste Niederlassung in einem Mitgliedsland, in dem Dienstleistungen erbracht werden sollen – ja oder nein?" nehmen für die WELT zwei Experten Stellung: John de Courcy Ling, externes Mitglied von Lloyds London, spricht sich für die Liberalisierung aus; Axel Biagosch, Vorstandsmitglied der Colonia Versicherung AG und Vorsitzender des Ausschusses für Internationale Organisationen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft, erläutert die Gegenposition.

Protektionistische Gesetze

Als Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1979 und externem Mitglied von Lloyds in London seit 1969 ist mir besonders deutlich bewußt, wie sehr die Erwartungen vieler britischer Versicherer seit dem EG-Beitritt Großbritanniens 1973 enttäuscht worden sind. Die ganz große Mehrheit der ausländischen Versicherungsgeschäfte von Lloyds werden in Nordamerika getätigt, während auf die EG nur drei Prozent entfallen. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland Großbritanniens größter Handelspartner im Güterverkehr ist, bleibt das Volumen der Versicherungsgeschäfte britischer Versicherer einschließlich Lloyds in Deutschland verschwindend gering. Warum?

Großbritannien ist seit 1945 auf dem Industriesektor offensichtlich schwach und entwickelt nur langsam seine Wettbewerbsfähigkeit. Die eigentliche Stärke der britischen Wirtschaft liegt im Banken- und Versicherungswesen. Daher sind für uns Briten die protektionistischen Gesetze, mit denen einige Gemeinschaftsländer der ausländischen Dienstleistungen begegnen, besonders nachteilig. Nirgends trifft das mehr zu als auf die Bundesrepublik. Das ist um so erstaunlicher, als ein Land, das seine Industrie mit soviel Fantasie wieder aufgebaut hat, in finanziellen Dingen so orthodox und altmodisch erscheint.

Die Regierung Kohl weiß, daß weder deutschen Konsumenten noch Geschäftsleuten Versicherungen zu international konkurrenzfähigen und realistischen Prämien offenstehen. Deutschen Versicherungsmaklern ist es jedoch untersagt, Risiken aller Art im Ausland zu versichern. Daher liegt der durchschnittliche Preis für die kombinierte Versicherung einer Industrieanlage im Wert von zehn Millionen Mark um 30 Prozent über der Prämie auf dem Londoner Versicherungsmarkt.

Der EG ist es heute politisch geboten, die komplementäre Natur britischer Interessen zu erkennen. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß wir Briten keinesfalls isolationistisch veranlagt sind. In den 50er Jahren gelang der Ausgleich zwischen der deutschen Industrie und der französischen Landwirtschaft, der bis heute die Grundlage der EG darstellt. Angesichts dessen ist es nicht überraschend, daß die Briten die dem Buchstaben und Geist der Artikel 59 und 60 des Römischen Vertrags getreue Beachtung der Freiheit des Dienstleistungsverkehrs verlangen. Denn vor allem hier erweist sich Großbritannien international als leistungsstark und wettbewerbsfähig. Die ganze Europäische Gemeinschaft würde von einer Liberalisierung profitieren.

JOHN DE COURCY LING

Vertragliche Begrenzung

Der Grund für die jahrelange, auch außerordentlich kontrovers geführte Diskussion um die Dienstleistungsfreiheit in der EG liegt in der Tatsache, daß die meisten kontinental-europäischen EG-Mitgliedstaaten eine „materielle Staatsaufsicht" kennen. Ihre Geschäftstätigkeit unterliegt einer Aufsicht, die durchaus etwas strenge Charakterzüge tragen kann und im wesentlichen dem Schutz des Kunden dienen soll.

Demgegenüber steht das britische Konzept: Ein System der Finanzaufsicht, das lediglich sicherstellen soll, daß die Leistungsfähigkeit eines Versicherers dem Umfang seines Engagements entspricht. Dieses Konzept verlangt viel Vertrauen, ist jedoch, wie die Erfahrungen der Vergangenheit beweisen, nicht immer effektiv gewesen. Außerdem entspricht es nicht den Standards kontinental-europäischer Aufsichtssysteme.

Der Vertrag von Rom sieht in bezug auf die Dienstleistungsfreiheit in seinen Artikeln 59 und 60 ausdrücklich eine Einschränkung vor. Die Dienstleistungsfreiheit sollte nämlich nur „vorübergehend" und „zu den gleichen Bedingungen wie denen des Landes, in dem die Dienstleistungen erbracht werden sollen" möglich und zulässig sein. Das ist in sich auch schlüssig, denn insoweit entspricht die Tätigkeit eines verantwortungsvollen Versicherungskaufmanns derjenigen eines verantwortungsvollen Versicherungsunternehmens: Beide wollen den Kunden betreuen und müssen deshalb die dafür erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Das heißt vor allem, sie müssen präsent, also niedergelassen sein.

Anders ausgedrückt: Ein Versicherungsvertreter wie ein Versicherungsunternehmen, der nur über ein „fliegendes Büro" verfügt, wird die wirkliche Betreuung seines Kunden nicht sicherstellen können. Selbst ein befristeter Versicherungsbetrieb im Ausland sollte sich daher der Form einer Niederlassung bedienen. Ausnahmen davon sollten Ausnahmen bleiben.

Theoretisch kann die EG-Kommission die Dienstleistungsfreiheit natürlich einfach in Kraft setzen. Nur, die Enttäuschung des Versicherungskunden ist bereits programmiert. Denn einem im Wege der grenzüberschreitenden Dienstleistungsfreiheit erhaltenen Prämienvorteil steht die zweifellos schwierige Aufgabe gegenüber, die Ansprüche tatsächlich im Rahmen einer fremden Rechtsordnung, in einer fremden Sprache und gegen einen Partner, dem gegenüber keine oder wenig Einflußmöglichkeiten bestehen, durchzusetzen. Deshalb sollten die Befürworterstaaten der Dienstleistungsfreiheit verstehen, daß andere Partnerländer ihre gewachsenen Aufsichtssysteme nicht in der Erwartung aufs Spiel setzen wollen: „Es wird schon gutgehen."

AXEL BIAGOSCH

VERSICHERUNGSMAKLER / Zeitweise vernachlässigter Verkauf

Keine Angst vor dem Direktvertrieb

Müssen die Versicherungsmakler den Direktvertrieb durch Versicherer als einen Affront gegen ihre beruflichen Interessen befürchten? Über diese Frage sprach Versicherungsmakler K. U. Funk auf dem Jahrespressetreffen des Vereins Deutscher Versicherungsmakler (VDVM) in Hamburg.

Beim Direktvertrieb (Vertrieb ohne jeden Außendienst über Medien wie Briefe, Anzeigen oder Btx) handelt es sich um einen, vorübergehend eher vernachlässigten, klassischen Vertriebsweg auf dem deutschen Versicherungsmarkt. Andere etablierte Vertriebswege sind der Vertrieb über die Ausschließlichkeitsorganisationen der Versicherer, der Vertrieb über Mehrfachagenten, über Versicherungsmakler sowie über firmenverbundene Vermittler.

Diesen fünf traditionellen Vertriebswegen waren ursprünglich unterschiedliche Zielgruppen zugeordnet. Die Privathaushalte wurden vorwiegend durch die Ausschließlichkeitsorganisationen der Versicherungs-Unternehmen bedient, das Geschäft mit Industrie, Handel und Gewerbe hingegen betrieben vorzugsweise die Mehrfachagenten und insbesondere die Makler.

Angesichts des wachsenden Verdrängungswettbewerbs am deutschen Versicherungsmarkt, seien indessen, so Funk, die Grenzen zwischen den Vertriebswegen durchlässig geworden. Es sei zu „handfester Konkurrenz um die Zielgruppen" gekommen.

Dabei haben verschiedene Versicherer in den letzten Jahren den Direktvertrieb wiederentdeckt. Aus der Sicht der Makler aber rangiert dieser Direktvertrieb „auf einem der hinteren Ränge".

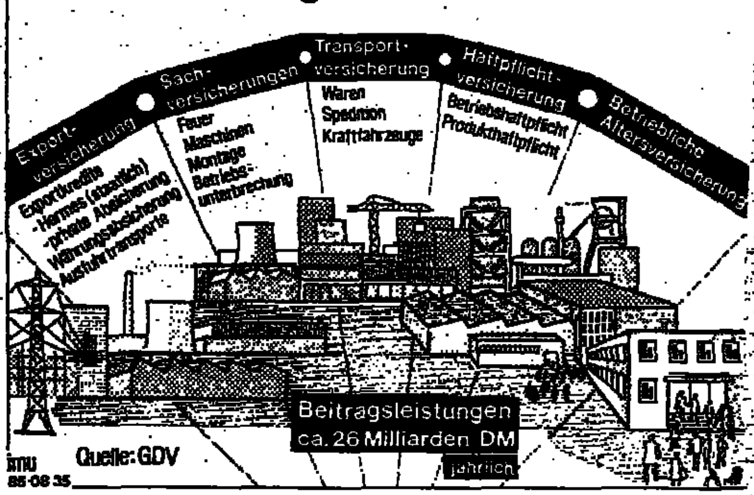
Denn für diese Art des Versicherungsgeschäfts eignen sich nur einfache, standardisierbare und nicht erklärungsbedürftige Versicherungsformen, die in großen Stückzahlen gefragt sind. Es handelt sich hierbei also, wenngleich auch in Grenzen, um den Versicherungsbedarf des Privathaushalts, der nicht gerade zur eigentlichen Zielgruppe der Versicherungsmakler zählt.

Dagegen liefern die Makler, die sich übrigens keinesfalls als Vertriebsorgane der Versicherer verstehen, Versicherungsschutz für Bereiche, die dem Direktvertrieb weitgehend verschlossen bleiben. Sie bieten nach den Worten Funks – bei umfassendem begleitendem Service – „maßgeschneiderten, dem individuellen Bedarf von gewerblichen Versicherungsnehmern angepaßten Versicherungsschutz". Kein wie auch immer angelegter Direktvertrieb könne die Erfüllung dieser Aufgabe jemals leisten.

Übrigens sind die Kosten für die Leistungen des Maklers nach internationalem Gewohnheitsrecht mit den von den Versicherungsgesellschaften an ihn gezahlten Courtagen abgegolten. Deshalb entstehen durch die Zusammenarbeit mit einem VDVM-Makler keine zusätzlichen Kosten. Trotz allem weiß der Versicherungsmakler, so betont man beim Verein Deutscher Versicherungsmakler, im Berufsalltag stets seine Unabhängigkeit von den Versicherern zu wahren.

K.-H. STEFAN

NACHRICHTEN



Unternehmerisches Entscheiden und Handeln vollzieht sich in einem Umfeld der Unsicherheit: Bedrohung von Vermögen und Einkommen etwa durch Brände, Explosionen, Unfälle, Transportschäden und Kundenpleiten. Durch Abschluß von Versicherungen schränkt das Unternehmen die finanziellen Risiken erheblich ein und erhält damit ein höheres Maß an Planungssicherheit. GRAFIK: IMU-BILD

Signal senkt Beiträge

Dortmund (Py.) – Dank eines rückläufigen Krankenstandes bei ihren Versicherten und des dadurch verringerten Ausgabendrucks senkt die Signal Krankenversicherung VVaG, Dortmund, ab 1. Oktober für alle Kunden auf Dauer die Beiträge in der Krankentagegeld-Versicherung um durchschnittlich 20 Prozent. Die Beitragssenkungen können im Einzelfall bis zu 60 Prozent betragen. Insgesamt werden die Kunden um 7,5 Millionen Mark jährlich entlastet.

Insolvenzrechtsreform

Düsseldorf (Py.) – Mit dem Ziel, dem Gesetzgeber Handreichungen aus Wissenschaft und Praxis für eine sinnvolle und langfristige Neuregelung des Insolvenzrechts zu liefern, lädt der Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKS), Bonn, zusammen mit der CDU-Mittelstandsvereinigung am 3. Oktober 1985 in Bonn zu einer ganztägigen Tagung ein.

50 Jahre Rückerstattung

Koblenz (WR) – Über 185 000 Versicherte der Debeka Krankenversicherung VVaG, Koblenz, erhalten in diesen Wochen eine Beitragsrückerstattung von insgesamt 100 Millionen Mark. Wer 1984 keine Leistungen in Anspruch genommen hat, erhält bis zu vier Monatsbeiträge, und dies vom ersten seit 1966 leistungsfrei gebliebenen Jahr an. Auch Zusatztarife werden dabei berücksichtigt. Bei der Debeka gibt es seit 50 Jahren Beitragsrückerstattung.

Metrofinanz-Center

Düsseldorf (WR) – Die Metro-SB-Großmärkte GmbH & Co. KG, Düsseldorf, bietet in Metrofinanz-Centern einiger ihrer Märkte eine Palette von Versicherungsdienstleistungen an, die für die Kunden speziell entwickelt worden sein sollen; Metro-Partner: Hamburg-Mannheimer und Agrippina (Leben), DKV (Kranken), HRV Hannover (Rechtsschutz), Patria (Autoversicherungen).

Bildschirmtechnik

Düsseldorf (Py.) – Ende letzten Jahres waren in den Unternehmen der deutschen Versicherungswirtschaft rund 49 000 Bildschirmgeräte im Einsatz. Ende 1973 waren es erst 13 000. Die Versicherungswirtschaft dürfte innerhalb der deutschen Wirtschaft der größte Anwender der Bildschirmtechnik sein.

Radler-Ausfallgeld

Bonn (WR) – Wer sich nach einem schuldlosen Unfall ein neues Fahrrad zulegen muß, kann vom Unfallgegner für die „radlose" Zeit ein Tagegeld verlangen. Darauf weist der Bundesverband deutscher Versicherungskaufleute hin. Die Mietkosten pro Tag: acht Mark.

NORDSTERN / Neue Vertriebsstruktur

Kundennähe mit Service

Die Kölner Nordstern-Versicherungen bauen ihre gesamte Verkaufsstruktur um. Die Umstrukturierung umfaßt ab 1986 sowohl die Lebensversicherung als auch die Kompositversicherung.

Ziel der Umstrukturierung ist die höchstmögliche Nähe zum Privatkunden sowie ein besserer Service durch Installation von Personal Computer bei jedem der rund 800 eigenen Vertreter. Nicht zuletzt soll die neue Struktur, so Nordstern-Chef Claas Kleyboldt, „die Effizienzverluste durch fehlende Spezialisierung der Führungskräfte auf Organisationsaufgaben beziehungsweise Makler- und Industriefragen beenden".

Allzu lange sei auf regionale Schwerpunkte im Makler- und Industriehochburgen verzichtet worden, weil die Spartenkompetenz, die Möglichkeit, vor Ort verantwortlich Risiko zu vernünftigem Preis zu zeichnen, nicht ausreichend vorhanden war. Die Stoßrichtung ist deutlich: Verstärktes industriell-großgewerbliches Geschäft, das dank größerer Spartenkompetenz der „Verkäufer" zugleich profitabler wird.

Größere Spezialisierung, Ausbau des Außendienstes, vor allem in Süddeutschland, und die Dezentralisierung der Verwaltung zielen aber auch in eine andere Richtung. Ein „Vertreter neuen Typs" bietet dem Kunden mehr Service und hat größere Regulierungsvollmachten, „was dank verschiedener Kostenvorteile durchaus auf die Preispolitik durchschlagen wird", so Kleyboldt.

Die Kölner Zentrale wird sich künftig mehr als bisher auf strategische Überlegungen stürzen können. Wesentliche Verantwortungen erhalten Zentralniederlassungen (bisher 14 Landesdirektionen) mit getrennten Direktionen: Für den Privatgeschäft zeichnenden angestellten und nebenberuflichen Außendienst, für die Industriegeschäft zeichnenden Makler und Mehrfachagenten und für die Betriebs- und Schadenabteilung.

Kleyboldt zu den Gesamtfolgen für die Mitarbeiter: „Keine überflüssigen Versetzungen, keine betriebsbedingten Kündigungen, wohl aber klarere Verantwortlichkeiten und neue Karrierewege."

HARALD POSNY

NEUE TARIFE

Cosmos-Aufbaupläne

Mit Aufbauplänen für die Finanzierung von Wohnungseigentum und zur gewerblichen Existenzgründung bietet die Cosmos Lebensversicherung AG, Saarbrücken, die Nutzung steuerlicher Vorteile der Lebensversicherung in Kombination mit einem Finanzierungsvorhaben an. Die Abwicklung von Finanzierungen für Existenzgründer erfolgt durch die partnerschaftlich verbundene Migros-Bank AG, Düsseldorf.

Lohnfortzahlungsrisiko

Die Europa Krankenversicherung AG, Köln, hat einen Tarif für Arbeitgeber zur Absicherung des Lohnfortzahlungsrisikos herausgebracht. Der Arbeitgeber kann die sich aus der sechswöchigen Lohnfortzahlung für erkrankte Arbeitnehmer ergebenden Kosten absichern. Er zahlt nur die monatlichen Beiträge. Die Absicherung kostet für einen 25jährigen je zehn Mark tägliche Leistung für den vierten bis 42. Tag der Arbeitsunfähigkeit einen Beitrag von 19,19 Mark. Die Tarifgestaltung ist variabel.

Barmenia-Pflegetagegeld

Die Barmenia Krankenversicherung VVaG Wuppertal, hat einen Pflegetagegeld-Tarif eingeführt. Es wird ohne Kostennachweis gezahlt. Das gilt für stationäre Pflege im Heim wie auch für ambulante Pflege zu Hause durch berufliches Personal oder Familienangehörige. Die Höhe des Pflegegeldes kann individuell vereinbart werden. Der Monatsbeitrag für ein Tagegeld von 50 Mark (1500 Mark im Monat) kostet für einen 33jährigen Mann 28, für eine gleichaltrige Frau 34,50 Mark.

Überschußbeteiligung

Die Continentale Lebensversicherung aG, Dortmund, hat die Überschußbeteiligung bei allen Kapital- und Rentenversicherungen eingeführt. Mit der ersten Beitragszahlung haben die Kunden bereits einen Anspruch darauf und nicht erst – wie bisher – nach Ablauf einer Wartezeit von drei Jahren. Für Risikoversicherungen gibt es Wartezeiten schon seit längerem nicht mehr.

UMFRAGE / Neue ausländische Versicherungsunternehmen auf dem deutschen Markt

Unkonventionell erobern Newcomer etablierte Märkte und Zielgruppen

Die deutsche Versicherungswirtschaft erweitert Jahr für Jahr ihre auswärtigen Kontakte, Beziehungen und Bindungen. Gleichzeitig wächst das Interesse der Ausländer am deutschen, weltweit drittgrößten Versicherungsmarkt.

Es gibt mehr oder weniger gewichtige ausländische Beteiligungen an deutschen Unternehmen; es gibt vor allem Niederlassungen von Versicherungsgesellschaften, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind. Wie überall, so stehen auch hier die Newcomer den Alteingesessenen gegenüber.

Wie sehen heute beide ihre Lage? Wir fragten bei den Deutschland-Direktionen mehrerer ausländischer Unternehmen nach Motiven, Meinungen und Impressionen.

Zu den Alteingesessenen zählen Niederlassungen ausländischer Unternehmen, die bereits seit Generationen in Deutschland tätig sind. Die stärkste Gruppe stellen die schweizerischen Unternehmen, darunter die Zürich sowie Winterthur.

Heinz Köster, Zürich-Versicherungen, bezeichnet seine Geschäftslage am deutschen Markt als gut, da in der deutschen Bevölkerung nach wie vor eine große Bereitschaft zur individuellen Vorsorge vorhanden sei. Die stabile Marktposition der Zürich stütze sich auf eine mehr als 100jährige Tradition und „auf das hohe Ansehen, das die Schweiz im Finanzdienstleistungssektor genießt".

„Steigende Marktanteile"

Unterschiedliche Bedingungen für einheimische und ausländische Unternehmen sieht Köster nicht. Auch *habe er nicht den Eindruck, daß es* hierzulande ein prinzipiell unterschiedliches Marktverhalten von Newcomern und alteingesessenen ausländischen Versicherern gibt.

Allerdings würden die Newcomer häufig unkonventionelle Wege gehen, weil sie weniger Rücksicht auf gewachsene Strukturen, etablierte Zielgruppen oder auf andere Marktgegebenheiten nehmen müßten. Helmut Braun, Winterthur-Versicherungen: „Wir haben steigende Marktanteile und fühlen uns am deutschen Markt wohl." Seine wesentlichste Erfahrung aus den letzten Jahren sei, so Braun, „daß wir Lebensversicherer die Fragen des seriösen Verbraucherschutzes aufgegriffen und positive Lösungen geschaffen haben und zur Zeit weiter vorbereiten. Die Winterthur war jeweils unter den ersten Gesellschaften, als die Sofortüberschußbeteiligung, die Nachversicherungsgarantie, der Versicherungsschutz ab Antragstellung und das Rücktrittsrecht eingeführt wurden."

Gleiche Bedingungen

Für die erst seit einigen Jahrzehnten hier tätigen Newcomer berichtet Detlef Tank vor der Direktion des Britischen Lebensversicherers Equity and Law: Seit Ende der 70er Jahre habe Equity & Law wesentlich zur Gestaltung des deutschen Marktes beigetragen. Im Bereich der risikoorientierten Vorsorge „kann uns eine gewisse Marktführerschaft nicht abgesprochen werden". Vorteilhaft sei, „daß wir nicht belastet sind durch festgelegte Strukturen. Wir haben relativ *schnell eine* Vertriebsorganisation von 1700 Versicherungsmaklern und freien Agenten aufgebaut, die nicht in tiefgestaffelten und teuren Organisationsstrukturen betreut werden, sondern die durch wenige, aber qualifizierte Vertriebsleiter und durch Marketing- und Serviceaktivitäten der Hauptverwaltung im Verbund aktiviert werden."

Unterschiedliche Bedingungen für deutsche und ausländische Versicherer sieht Tank nicht. Allerdings seien Newcomer, die sich etablieren wollen, gezwungen, stärker als andere um Marktanteile zu kämpfen. Dies führt, so räumt Tank allerdings ein, „zu einem etwas aggressiveren Marktverhalten". Innovationsbereitschaft und Innovations-Intensität seien, nach seiner Überzeugung, bei den Newcomern stärker als bei Alteingesessenen ausgeprägt.

Allerdings sei dem Newcomer auch die Bereitschaft gegeben, in der Prämiengestaltung eher den „Hecht im Karpfenteich" zu spielen. Dies darf aber, so Tank, „unter keinen Umständen zu Lasten der Solidarität gehen. Eine Kalkulation mit weniger Margen sollte durch Kostenvorteile zu rechtfertigen sein. Dumping darf nicht stattfinden."

René Schöneberger, Hauptbevollmächtigter der seit 1956 am deutschen Markt tätigen Assurances Générales de France (AGF), klagt darüber, daß die Marktbedingungen für alle härter und die Aussichten düsterer wurden, obwohl sich die Lage seiner Niederlassung eher verbessert habe. Heute ernte die AGF die Früchte ihrer Stetigkeit, wenngleich sie auch unter den Nachteilen einer unzureichenden Größe leide.

Rechtlich und wirtschaftlich freilich seien die Bedingungen für ausländische Versicherer *durchaus mit* denen für deutsche Versicherer zu vergleichen. „Spürbare Differenzen können wir nur zwischen kleinen und größeren Gesellschaften erkennen."

Auch Zugeständnisse nötig

Die Ausländer müßten hierzulande nach wie vor mit Vorurteilen kämpfen. *Dabei* genießen beispielsweise „schweizerische Lebensversicherer einen höheren Stellenwert als italienische oder französische Kollegen". Festgefügte Marktstrukturen zwingen, so Schöneberger, den Anfänger zu Zugeständnissen in bezug auf Beiträge und Provisionssätze, um sich so Marktanteile zu verschaffen. Alteingesessene Versicherer hingegen „verhalten sich konservativer, schon deshalb, weil sie Rücksicht auf ältere Bestände nehmen müssen".

Gesetzgebung und Aufsichtspraxis seien der deutschen Grundeinstellung angepaßt: Sicherheit habe Vorrang. Das mag in puncto Ordnung des Marktes positive Wirkungen haben, es „lähmt aber die Lust zu Neuerungen *und fördert* die Gleichmacherei".

Auf jeden Fall verbesserungswürdig seien die Vorschriften zur Bilanzierung und zum Jahresabschluß, „die insbesondere im Bereich der Kosten jeglicher Aussagekraft im Wege stehen". KARL-HEINZ STEFAN



Die Geschädigten sollen, auch wenn der Schadenverursacher nie ermittelt wird, nicht ohne Hilfe und Schutz bleiben FOTO: DPA

FAHRERFLUCHT / Millionenbeträge für Opfer

Kein schuldlos Geschädigter bleibt ohne Unterstützung

Der Handelsvertreter B. aus Wuppertal riß das Steuer zur Seite: Ein Auto raste ihm auf seiner Spur *entgegen – der Fahrer war offensicht*lich zu schnell in die Kurve gefahren und hatte die Gewalt über den Pkw verloren. Das Ausweichmanöver endete an einem Baum; B. erlitt so schwere Verletzungen, *daß er seinen* Beruf nicht mehr ausüben kann, seitdem auf fremde Hilfe angewiesen ist. Auch die Beifahrerin ist für immer invalide. Der Pkw-Fahrer, der den Unfall verschuldete, konnte nie ermittelt werden. Trost im Unglück: Die Deutsche Verkehrsopferhilfe bezahlte dem Verletzten für Verdienstausfall, Schmerzensgeld und Rentenausgleich insgesamt 350 000 Mark.

Seit 1963 gibt es diese von Autoversicherern unterhaltene Einrichtung. Ihr Zweck: Auch wenn aufgrund der Versicherungsbedingungen kein Assekuranzunternehmen den Schaden abdeckt, weil entweder gar keine Versicherung besteht, oder der Versicherte nicht festgestellt werden kann, oder der Unfall absichtlich herbeigeführt wurde, sollen die Opfer nicht ohne Schutz bleiben.

Gezahlt wird bis zu 1,5 Millionen Mark für Personenschäden und bis zu 400 000 Mark für Sachschäden, wenn der Geschädigte anderweitig – etwa aus dem Privatvermögen des Schädigers, von der Krankenkasse *oder aus der Vollkaskoversicherung* – keinen Ersatz bekommt.

Um Mißbrauch auszuschließen, werden Schäden am Auto nicht ersetzt, von den sonstigen Sachschäden – etwa an Kleidung, Ladung oder Gepäck – die Kosten über 1000 Mark. Die Deutsche Verkehrsopferhilfe zahlte 1984 über 22 Millionen Mark an *Geschädigte, die sonst mit* Sicherheit leer ausgegangen wären.

Auch im Ausland gibt es Hilfe für Unfallopfer, wenn der Schuldige nicht festgestellt werden kann: in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, *Österreich, Portugal; auch* Schweden, die Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn können ähnliche Einrichtungen aufweisen. Wer als Deutscher in einem dieser Länder ohne eigene Schuld Opfer eines Unfalls wird und nirgends sonst seinen Schaden ersetzt bekommt, kann sich an den jeweiligen Entschädigungsfonds wenden (Auskunft: Deutsche Verkehrsopferhilfe, Glockengießerwall 1, 2000 Hamburg 1). (WR)

NEUE BÜCHER

Professor Dr. Peter Koch, Versicherungswirtschaft. Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe, 1985, kart., 264 S., 24 Mark (Mengenrabatt möglich).

Die Versicherungswirtschaft muß kein „Buch mit sieben Siegeln" sein. Das beweist eindrucksvoll diese Neuerscheinung, für die ein „einführender Überblick" untertrieben ist. Auf knappem Raum gelang eine hervorragende Gesamtschau, die längst nicht an der Oberfläche bleibt. Autor Professor Koch hat sowohl auf seine wissenschaftliche Lehrtätigkeit als auch auf jahrelange Unternehmenspraxis zurückgreifen können. Es ist ihm gelungen, *einen guten Einblick in das* Wesen der Versicherung als Vorsorgegedanken zu geben. Das fällt, Praktiker wissen das nur zu gut, mit der „Ware" Versicherung sicher nicht leicht. Wirtschaftliche und rechtliche Aspekte werden gleichermaßen behandelt, besonders ausführlich die einzelnen Versicherungszweige, so daß jeder wirklich etwas von der Lektüre hat: Berufsanfänger, Studierende, aber auch der Praktiker. Ein guter Wurf. (Py.)

Tagegeld im Krankenhaus

Py. Düsseldorf

Für Pkw-Insassen, die trotz eines angelegten Gurtes so schwer verletzt werden, daß stationäre Behandlung notwendig wird, bieten die Autoversicherer in der Insassen-Unfallversicherung eine kostenlose Zusatzleistung an. Die Unfallopfer erhalten vom dritten Tag des Krankenhausaufenthalts an ein Krankenhaustagegeld in Höhe von einem Drittel Promille der vereinbarten Versicherungssumme für den Todes- und Invaliditätsfall. Das zusätzliche Krankenhaustagegeld, maximal 100 Mark pro Tag, wird bis zu 365 Tage gezahlt. Bei einer vereinbarten Summe von 50 000 Mark im Todes- und 100 000 Mark im Invaliditätsfall zahlt die Versicherung 50 Mark pro Tag. Der HUK-Verband weist darauf hin, daß auf diese Vergünstigung auch Rücksitzpassagiere mit angelegtem Gurt Anspruch haben. Seit dem 1. September müssen auch *Fondinsassen* vorhandene Sicherheitsgurte anlegen.





Bundesanleihen

			27.9.	26.9.
F	11 dgl. 81 S.17	8/86	105,05	105,1
F	10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,5	105,6
F	10 dgl. 81 S.19	10/86	105	105,1
F	9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,9G	105G
F	10½ dgl. 81 S.21	11/86	105,65	105,75G
F	10 dgl. 81 S.22	11/86	105,4G	105,5
F	9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,2	105,4
F	9¾ dgl. 82 S.24	2/87	105,65	105,65
F	9¾ dgl. 82 S.25	3/87	105,85	105,95
F	9¾ dgl. 82 S.26	4/87	105,85G	105,85G
F	9 dgl. 82 S.27	4/87	105,55	105,55
F	8½ dgl. 82 S.28	5/87	105,1	105,1
F	9½ dgl. 82 S.29	7/87	106,95	106,95
F	9 dgl. 82 S.30	8/87	106,4	106,4
F	8¾ dgl. 82 S.31	9/87	106,2	106,2
F	8¾ dgl. 82 S.32	10/87	105,5	105,5
F	8 dgl. 82 S.33	11/87	105,2	105,2
F	7¾ dgl. 82 S.34	11/87	104,65	104,65
F	7½ dgl. 82 S.35	12/87	104,2	104,2
F	7¼ dgl. 83 S.36	1/88	103,5	103,6
F	6¾ dgl. 83 S.37	3/88	102,6	102,6
F	7 dgl. 83 S.38	5/88	103,25	103,3
F	7½ dgl. 83 S.39	6/88	104,05	104,05
F	7½ dgl. 83 S.40	6/88	104,35	104,35G
F	8 dgl. 83 S.41	6/88	105,25	105,25
F	8 dgl. 83 S.42	9/88	106	106
F	8 dgl. 83 S.43	12/88	106,4	106,4
F	8¼ dgl. 83 S.44	12/88	106,85G	106,95
F	8 dgl. 84 S.45	3/89	105,65	105,8
F	7½ dgl. 84 S.46	4/89	104,6G	104,6G
F	7¾ dgl. 84 S.47	7/89	104,9	105
F	7¾ dgl. 84 S.48	9/89	105,25	105,35
F	7½ dgl. 84 S.49	10/89	104,9	104,9
F	7¼ dgl. 84 S.50	11/89	103,85G	104
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	103	103,1
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/90	102,15	102,2
F	7¼ dgl. 85 S.53	3/90	103,65bG	103,8
F	7 dgl. 85 S.54	4/90	102,7	102,8
	6¾ dgl. 85 S.55	6/90	101,35	102
	6½ dgl. 85 S.56	7/90	100,85	101

Bundesbahn

			27.9.	26.9.
F	8 dgl. 80 I	2/92	108	108,2
F	10 dgl. 82	2/92	118,1	118,1
F	9½ dgl. 82	7/92	116,15	116,15
F	8 dgl. 82	11/92	108,45	108,45
F	7¾ dgl. 83	1/93	107,35	107,35

Länder – Städte

			27.9.	26.9.
H	7½ Schl.-H. 72	87	102,25G	102,25G
H	8 dgl. 84	94	107,5	107,5
S	7½ Stuttgart 71	86	101G	101,1G
S	7¾ dgl. 72	87	102,75	102,75
S	8 dgl. 83	95	106,25	106,25

Sonderinstitute

		27.9.	26.9.
D	6 DSLB Pf 28	93,5G	93,5G
D	6 dgl. Pf 53	93,5G	93,5G
D	6 dgl. Pf 57	91G	91G
D	6 dgl. Pf 59	91G	91G
D	6 dgl. Pf 47	90G	90G
D	6¼ dgl. Pf 156	101,25	101,25
D	6½ dgl. Pf 68	93,5	93,5
D	6½ dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
D	7 dgl. Pf 63	99,5G	99,5G
D	7 dgl. Pf 84	98,5G	98,5G
D	7¼ dgl. Pf 99	103,5G	103,5G
D	7½ dgl. Pf 114	102,25G	102,25G
D	8 dgl. Pf 104	108,5G	108,5G
D	8 dgl. Pf 155	101,8G	101,5G
D	8 dgl. Pf 165	105,75	105,75
D	5½ dgl. RS 45	100G	100G
D	6 dgl. RS 73	100,75G	100,75G
D	8 dgl. RS 118	103,25G	103,25G
D	8 dgl. Pf 164	105,75G	105,75G
D	8½ dgl. RS 153	100,9G	100,9G
D	7 dgl. RS 162	102,25G	102,25G
D	9½ dgl. RS 172	102G	102G
D	9 dgl. RS 186	110,5G	110,5G
D	10 dgl. RS 193	102,5G	102,5G
D	11¼ dgl. RS 195	104G	104G
F	8 KfW 70	110,5G	100,5G
F	7½ dgl. 79	102,9G	103
F	8 dgl. 84	107	107G
F	10 Kredit 81	116	116,1G
F	8½ Krd.Wied.aufb.82	110,2G	110,2
F	7½ dgl. 83	105G	105G
F	8 dgl. 101	105,25	105,25G
F	7½ dgl. 102	104,25G	104,25G
F	9½ dgl. 126	105,25G	105,25G
D	8 LAG TS 76	100G	100G
D	6½ dgl. TS 77	102G	102G

Renten im Schatten

Unter dem kräftigen Hoch bei Aktien litten die Rentenmärkte. Das Geschäft blieb relativ klein, da sich das Interesse der ausländischen Anleger weitgehend auf den Aktienmarkt beschränkte und Engagements in deutschen Rentenwerten zunächst einmal zurückgestellt wurden. In Erwartung der neuen Bundesanleihe und unter Berücksichtigung des hohen Emissionsangebots an die DM-Auslandsanleihen blieben auch die inländischen Anleger reserviert. Bei öffentlichen Anleihen kam es zu abbröckelnden Notierungen mit Abschlägen von bis zu 0,35 Prozentpunkte.

		27.9.	26.9.
F	3¾ Kaufhof 84 o. O.	81,25	81bG
F	3½ Linde Int. m. O.	143,5	145G
F	3½ dgl. o. O.	80,45bG	80,45
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	180bG	178
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,75bG	93
F	3½ Nippon Flour 84 m.O	115G	115G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,5	92
F	5½ Rhythm Watch83 m.O	125G	125G
F	5½ dgl. 83 o. O.	99G	99G
F	4½ dgl. 84 m. O.	105G	105G
F	4½ dgl. 84 o. O.	96T	95,5T
F	3½ SBC Fin. 84 m.O.	129	129,5T
F	3½ dgl. o. O. 84	82	82,2
F	3½ Toyotomi Jun.84 m.O	121T	120G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,15	92,1G

	27.9.	26.9.
8 dgl. 84/94	104,85G	104,85G
7½ dgl. 85/97	104,9	104,9
7½ Audi Fin. 84/94	104,5	104,25G
7½ Austral. 73/88	105T	102T
7 Australien 72/87	102,4	103T
5½ dgl. 77/89	100,25G	100,25
6 dgl. 78/88	101,75	102G
8½ dgl. 80/90	103,5	104
9½ dgl. 81/91	113,25G	113,25
9½ dgl. 82/91	112,4G	112,4
7½ dgl. 82/92	107,5	107,5G
6½ dgl. 83/93	103,25	102,8
7½ dgl. 84/96	104,65	104,75
6½ Austral. IDC 72/87	101G	101G
8 Austr. C.E. 71/86	102,5T	102,75G

	27.9.	26.9.
6½ dgl. 78/88 II	100,5	100,2T
6½ dgl. 78/88 III	100,2	100
7½ dgl. 79/89	102	101,75
7½ dgl. 79/89	105,1	105,4
9½ dgl. 80/90	105,9G	105,9
10 dgl. 81/91	108T	108T
10½ dgl. 81/91	109,5G	109,5
10 dgl. 82/92	110bG	110
8½ dgl. 82/92	106,4	106T
8½ dgl. 82/92	105,4	105,47
7½ dgl. 83/93	104,1	103,9G
8½ dgl. 83/88	105	105
8½ dgl. 83/93	106,7	106T
8½ dgl. 83/93	106,5	106,5T
8½ dgl. 84/94	106,75G	106,75G

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Wegen des Hurrikans schlossen einige Märkte früher, andere eröffneten erst gar nicht.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	27.9.	26.9.
Dez.	300,50	298,00
März	307,25	305,50
Mai	302,50	299,00

WEIZEN Winnipeg (can $/t)
Wheat Board cif

	27.9.	26.9.
St.L. 1 CW	252,70	252,35
Am. Durum	247,64	249,29

ROGGEN Winnipeg (can $/t)

	27.9.	26.9.
Okt.	114,10	114,10
Dez.	117,70	117,70
März	122,50	122,50

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

27.9.	26.9.
34,00	34,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

27.9.	26.9.
21,75	21,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

	27.9.	26.9.
Okt.	21,04	21,06
Dez.	21,08	21,12
Jan.	21,25	21,28
März	21,63	21,65
Mai	22,00	22,00
Juli	22,25	22,20

Devisenmärkte

Der US-Dollar wurde am 30. 9. unverändert zu 2,6699 notiert, wobei die Bundesbank 32,3 Mill. Dollar abgab. Nach der Zwangsaussetzung des Handels am Freitag in New York und angesichts des heutigen Quartalsultimo kam nur zögernd Unternehmungslust auf. Mögliche Interventionen seitens der Zentralbanken wirkten zusätzlich hemmend. Das Resultat der Indikatoren übertraf mit 0,7 Prozent die Vorabschätzungen, blieb auf den Dollarkurs aber letztlich ohne positiven Einfluß. Die niedrigsten Umsätze wurden bei 2,6690 registriert. Die Marke von 2,68 wurde im Tagesverlauf zweimal überboten, die Schlußkurse bewegten sich dagegen um 2,6740. Die spezielle Aufwärtsbewegung des Japanischen Yen führte zu einem weiteren Anstieg auf 1,2345. Die Spekulation um das Englische Pfund beruhigte sich, der Kurs war mit 3,751 knapp behauptet. US-Dollar in: Amsterdam 3,0165; Brüssel 54,2050; Paris 8,2525; Mailand 1803,75; Wien 18,7690; Zürich 2,1809; Ir. Pfund/DM 3,091; Pfund/Dollar 1,4049; Pfund/DM 3,765.

Devisen und Sorten

30.9.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[3]	2,6659	2,6739	2,6557	2,61	2,71
London[1]	3,744	3,758	3,673	3,67	3,82
Dublin[1]	3,084	3,098	3,047	3,03	3,18
Montreal[3]	1,9435	1,9515	1,9303	1,91	2,01
Amsterd.	88,61	88,83	88,445	87,50	89,25
Zürich	122,32	122,52	122,11	121,00	123,75
Brüssel	4,917	4,957	4,866	4,76	4,94
Paris	32,685	32,845	32,270	31,75	33,50
Kopenh.	27,415	27,535	27,220	26,25	28,00
Oslo	33,50	33,62	32,860	32,50	34,25
Stockh.**	33,09	33,25	32,305	32,25	34,00
Mailand[2] **	1,48	1,481	1,4485	5,43	1,53
Wien	14,206	14,246	14,195	14,15	14,35
Madrid**	1,629	1,639	1,579	1,59	1,74
Lissabon**	1,58	1,60	1,505	1,25	2,05
Tokio	1,233	1,236	–	1,19	1,25
Helsinki	46,51	46,71	45,550	45,25	47,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	2,008	2,062	–	1,50	2,30
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,885	1,904	–	1,84	1,94
Johannbg.*	1,153	1,067	–	0,90	1,40

Alles in Hundert; [1] 1 Pfund; [2] 1000 Lire; [3] 1 Dollar
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage, * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 27.9. . in D-Mark 2,21191 (Parität 2,24184); in Dollar 0,82952 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 30.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt herrschte angesichts des Quartalsultimo am 30. September eine starke Zurückhaltung. Für Dollar/DM wurden etwas höhere Deports genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88-0,78	2,48-2,38	4,72-4,52
Pfund/Dollar	0,47-0,45	1,15-1,12	1,90-1,85
Pfund/DM	3,10-1,70	7,10-5,70	12,1-10,7
FF/DM	24-8	58-42	108-92

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30.9.85 ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	4⅛-4⅜
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4½-4¾
6 Monate	8⅛-8⅜	4½-4¾	4⅝-4⅞
12 Monate	8⅜-8⅝	4⅝-4⅞	4¾-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30.9. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1260,00	1618,80
10 US-Dollar (Indian)**	1250,00	1514,05
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	208,00	259,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	198,25	248,81
20 belgische Franken	160,00	210,90
10 Rubel Tscherwonez	208,00	264,48
2 südafrikanische Rand	195,00	243,96
Krüger Rand, neu	872,25	1034,27
Maple Leaf	887,00	1051,08
Platin Noble Man	850,58	1009,47
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	210,50	268,47
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,75	230,00
20 franz. Franken „Napoléon"	168,25	220,31
100 österr. Kronen (Neuprägung)	819,00	997,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	161,50	206,91
10 österr. Kronen (Neuprägung)	83,75	112,58
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	379,00	466,26
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	88,00	123,12

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30.9.: Tagesgeld 5,00-5,50 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 30.9. . 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,908 Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,908 Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 30.9. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinssätze in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25 , Kurs 100,80, Rendite 6,06 .

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kötitzer 820,00 G, VAB 1900,00 G
Düsseldorf: IWK –, Linde –, Nixdorf 558,50, Schering 525,00
Frankfurt: Allweiler St. 268,00 G, Allweiler Vz. 210,00, Frankona 350,00 bG, IWK 288,50, Linde 526,00, Magdeburger Feuer 430,00, Magdeburger Feuer Namen 740,00 G, Moto Meter 205,00, Nixdorf 557,00, Schering 530,00, Wibau 10,00
Hamburg: Schering 527,00
München: Stumpf 104,00 G, VAB 1860,00 bG, Wanderer 340,00 G, Nixdorf 556,00 bG, Isar Amper 348,00 bG, Linde 525,00, Schering 525,00, IWK 290,00 G, Bremer Wolle 180,00 G
Bezugsrechte
BASF. 14:1:190 DM, 233, 2,60 DM; Didier 5:2:100 DM, 226, 2,95 DM; Metallgesellschaft 6:1:160 DM, 273, 16,50 DM, Olivetti St. 20:1:1100 Lire, 10,95, 0,09 DM; VEW 4:1:75 DM, 145,50, 15,30 DM

Aktien-Indices

Chemiewerte: 118,01, Elektrowerte 214,29, Autowerte 472,81, Maschinenbau 161,75; Versorgungsaktien 145,46; Banken 217,18; Warenhäuser 87,84, Bauwirtschaft 232,16, Konsumgüterindustrie 127,10; Versicherung 1077,06; Stahlpapiere, 167,95

Kursgewinner:

Brau AG	250,00	+40,00	+19,0%
Aach. Münch. Vers	769,00	+49,00	+6,8%
Degussa	413,00	+26,00	+6,7%
P & S	168,00	+10,00	+6,3%
Veba	270,00	+16,00	+6,2%
Kolbenschmidt	209,00	+11,00	+5,5%
Mannh. Vers.	679,00	+34,00	+4,9%
RWE St	212,00	+10,00	+4,9%
DB	266,00	+12,00	+4,7%
SEL	348,00	+15,50	+4,6%

Kursverlierer:

Adt	55,50	-5,30	-9,0%
Binding Vz.	253,00	-12,00	-4,5%
Eichbaum-Br	167,00	-8,00	-4,5%
Hagen Batterie	157,00	-7,50	-4,5%
Schlenk	259,00	-10,00	-3,8%
Audi NSU	760,00	-29,50	-3,7%
VGT	270,80	-9,50	-3,3%
DeTeWe	535,00	-17,00	-3,0%
Kochs Adler	283,00	-9,00	-3,0%
Dalunwerke	67,00	-2,00	-2,8%

Dollar-Anleihen

	27.9.	26.9.
Gen. El. 87	141	142,5
Gillette 87	98,75	100,25
Gillette 05	113,25	114,75

ECU

	27.9.	26.9.
9¾ Eurofima95	103,875	104,375
11 dgl. 92	108,875	109,5
10⅛ EIB 94	106,125	106,875
11⅝ dgl. 94	110,375	111,125
11⅞ dgl. 91	108	108G
13⅝ dgl. 89	104	104G
14 dgl. 86	107	102G
8⅜ Fiat 90	98,375	99,25
11⅝ Forsm. 98	103,75	103,75G
13 G.d.Fr. 89	108	108G
10⅜ Giroz. 93	107,625	108,25
8⅜ IBM 90	99,25	99,75
11½ IBJ 93	105	106G
12½ Ireland91	103,5	103,5G
14⅝ ISPaolo88	103	103G
14 IMI 89	105	105G
11½ Italie 90	109,375	109,875
14 dgl. 89	107	107G
9 U B Norw.95	99,625	100,125
11¼ dgl. 90	104	104G
9½ WestLB 93	104,5	104,5
10⅛ dgl. 91	107	107G
9⅝ World Bk95	105,25	105,625
9½ dgl. 92	104,5	105
10⅛ dgl. 89	107	107,375
10⅛ dgl. 88	106,75	107,75
10⅛ dgl. 94	108,5	109
11 dgl. 93	108,5	109

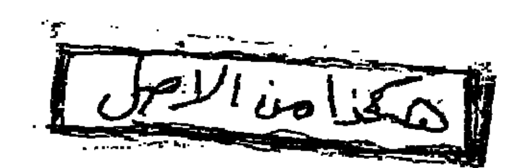
ECU-Tageswerte

	27.9.	26.9.
Dollar	0,829517	0,835295
Bfr	44,8935	45,0181
DM	2,21191	2,21871
Hfl	2,49536	2,50045
£	0,589774	0,579461
[illegible]	8,05461	8,07728
[illegible]	6,75269	6,77423
[illegible]	1493,96	1500,81
[illegible]	0,715718	0,716990
[illegible]	1,81374	1,82052
[illegible]	15,5617	15,6116
[illegible]	135,460	135,443
[illegible]	6,67347	6,68276
[illegible]	6,59881	6,61761
[illegible]	1,15080	1,15782
[illegible]	139,359	141,165
[illegible]	4,76019	4,76702
[illegible]	181,250	183,764
[illegible]	108,766	108,588

EURCO-Tageswerte

	27.9.	26.9.
[illegible]	47,58650	47,57538
[illegible]	2,33243	2,33245
[illegible]	7,11950	7,11948
[illegible]	2,62747	2,62751
[illegible]	0,61507	0,60764
[illegible]	1575,865	1576,569
[illegible]	8,48662	8,48540
[illegible]	0,87022	0,87315





Wanzen und Kakerlaken

BMB – Es gibt doch Gemeinsamkeiten zwischen Moskau und New York. Denn die, um die es hier wie dort geht, kennen keine ideologischen Barrieren, sind in Ost und West gleichermaßen zu Hause: die Kakerlaken. In der Sowjetunion heißen diese Haustierchen Tarakani, ein schöner Name, lauscht man seinem Klang nach. Aber das ist nur ein schwacher Trost. Von dieser Plage scheint hier niemand verschont. Sogar auf Moskauer Diplomaten-Empfängen plaudern Damen so angeregt über Vernichtungsstrategien gegen diese ekligen Insekten wie anderswo über die Haute Couture.

Zwar beginne ich mich allmählich mit dem unwirtlichen Klima hierzulande abzufinden, auch mit der ruppigen Art der Moskauer, wenn sie beim Schlangestehen schubsen und drängen – doch die braunen, fetten, daumengroßen flitzenden Sechsbeiner im Bad und in der Küche bringen mich immer wieder in Zorn und Verzweiflung. Tagsüber bleiben sie zwar im Dunklen verborgen. Doch wenn man nachts an den Kühlschrank geht, Licht in der Küche macht – dann halten sie im Sausen inne und dukken sich wie erstarrt. Mit atavistischer Mordlust schlage ich zu, aber diese Tiere haben das Überleben gelernt. Ich habe alles versucht. Besondere Kräuter in der Küche ausgelegt, die Ventilatoren verstopft, weißes Giftpulver gekauft. Doch nichts hilft. Munter sehe ich die Insekten um Mitternacht über den weißen Todesstreifen flitzen. Ich gestehe, daß ich allmählich eine gewisse Hochachtung gegenüber diesen so zähen Lebewesen hege. Und ich denke mir: Was ist eigentlich besser? Diese sichtbaren Kakerlaken oder die unsichtbaren „Wanzen" in meiner Wohnung?

Uraufführung nach 49 Jahren: Irwin Shaw in Bonn

Gackernder Hühnerhof

Das Bonner Theater sonnt sich nun bereits zwei Spielzeiten lang in Katastrophen-Dramatik. Mit Weltuntergangsstimmung kann man heutzutage gut reüssieren. So heißt der jüngste Bonner Theaterabend „Auf Leben und Tod"; er hat Eugene Ionescos „Die Zukunft liegt in den Eiern" gekoppelt mit der deutschen Erstaufführung von Irwin Shaws 1936 entstandenem Antikriegsstück „Begrabt die Toten": Die absurden bürgerlichen Zwänge zur Nachwuchsproduktion auf der einen Seite, die absurden Zwänge zur Vernichtung eben dieses Nachwuchses auf der anderen Seite.

Der Amerikaner Irwin Shaw (1913 bis 1981), bekanntgeworden vor allem durch Romane wie „The young Lions", läßt in seinem Erstling sechs US-Soldaten auftreten, die nach ihrem Tod in einem nicht näher bezeichneten Krieg ihre Beisetzung verweigern. Sie wollen damit ein Signal geben gegen die Sinnlosigkeit eines Sterbens, das letztlich auch durch noch so wohlklingende Sublimierungen nicht zu rechtfertigen ist, bringen aber damit natürlich auch die „Obrigkeit" gegen sich auf, die daran interessiert ist, Kampfbereitschaft und Disziplin aufrechtzuerhalten. Shaw läßt nun zwei Stunden lang alles aufmarschieren, was sich an „staatstragenden Elementen" so anbietet: Generäle, Zeitungsverleger, Seelsorger, indifferente Intellektuelle und „Frauen und Mütter („Frauen sind konservativ!") der Landser.

Daß Shaws Stück erst nach 49 (!) Jahren auf eine deutsche Bühne kam, hat sicher auch zeitgeschichtliche Gründe. Der Autor zog das Werk unter dem Eindruck des Faschismus lange Zeit zurück. Aber die Enthaltsamkeit hatte eben auch qualitative Gründe. Das Stück betet so ziemlich alle Klischees herunter, die einem zu diesem Thema einfallen. Die Generäle sind dämliche, saufende, phrasendreschende Kasperle-Figuren. Die Kirchen, ob katholisch, protestantisch, jüdisch, gefallen sich in ritualisierten, obrigkeitsorientierten Tröstungen. Politiker und Meinungsmacher kaschieren dümmlich die Wahrheit. Ehefrauen zanken noch über den Tod hinaus mit ihren unbotmäßigen Ehegatten. Und die Träume der Männer erschöpfen sich in der Beschwörung von Sonnenstrahlen und wippenden Mädchenbrüsten.

Von den dramaturgischen Schwächen braucht man da kaum noch zu reden: Das Stück reiht Argumentationsblock an Argumentationsblock, ohne dramatische Entwicklungen und ohne Schürzung irgendeines Spannungsknotens: Shaw malt ein Plakat, und damit ist heute kein noch so bereites Bewußtsein mehr zu mobilisieren.

In Bonn war man über das Stück hinaus aber auch gespannt auf den Einstand von David Mouchtar-Samorai als neuen Hausregisseur. Der Israeli hatte ja unter anderem in Heidelberg, Basel und Frankfurt nachhaltig auf sich aufmerksam gemacht. In Bonn mußte sein Einstand zwangsläufig blaß bleiben. Gewiß, sein Ionesco war einfallsreich und mit Verve inszeniert (obwohl die Tempi nicht immer stimmten): Die bürgerliche Gesellschaft als gackernder Hühnerhaufen, der sich in inhaltsleerer Produktivität erschöpft.

Den Shaw dagegen versuchte Mouchtar-Samorai mit ein paar grellen Farben zu retten, mit knappen Pointierungen, die das Plakative freilich nur verstärkten. Eindringlich gelangen ihm einige Frauengestalten, allen voran Ewa Tellmann: Da erwachen Pappfiguren zum Leben, bitter, heiter, qualvoll, resignierend. So ginge es auch!

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Zum Tode S. Signorets

Leben ohne Eitelkeiten

Sie war wunderschön, als sie ihre Karriere begann, und diese Schönheit blieb ihr auf eigentümliche Weise bis ins Alter erhalten, obwohl das Leben, der Alkohol (wie sie freimütig zugab) und schließlich die tödliche Krankheit ihre Spuren auf dem Gesicht hinterlassen haben. Simone Signoret gehörte zum Besten, was der französische Film an weiblichen Stars aufzubieten hat. Das Wort „Star" allerdings erscheint im Zusammenhang mit dieser Frau ganz und gar unpassend: sie war viel zu intelligent, um dem kurzlebigen Ruhm und irritierenden Rummel, dem die „Stars" im Filmgeschäft ausgesetzt sind, irgendetwas abgewinnen zu können. „Ich sehe aus, wie viele Frauen in meinem Alter eben aussehen", tat sie in einem ihrer letzten Interviews kund. „Und das ist gut so." Und auch das ist von ihr überliefert: „Viele in der Branche haben zwar einen strammen Busen und Po, dafür aber einen schlaffen Geist."

Jacques Beckers „Goldhelm" aus dem Jahr 1952 lancierte sie auf eine Weltkarriere, die ihr so gut wie keine Mißerfolge bescherte. Wenn auch der Film schlecht sein mochte, so lohnte der Besuch doch: ihretwegen. Zu ihren ersten Rollen gehörten Prostituierte – ihre Schönheit war stets gebrochen durch eine Prise Verworfenheit –, und dieser Kreis schloß sich mit ihrem Altersmeisterwerk „Madame Rosa". Hier spielt sie eine ehemalige Liebedienerin, die auf die Kinder ihrer jungen Kolleginnen aufpaßt. Dem Film eignet eine fatale Nähe zur Sentimentalität – aber nur, wenn die Signoret nicht auf der Leinwand ist: eine sanftmütige, abgeklärte Mutter Courage, deren käufliche Liebe zur Nächstenliebe veredelt wurde.

Zu ihrer besten und mit drei Preisen ausgezeichneten Leistung (darunter ein „Oscar") gehört die Darstellung der Alice Aisgill in Jack Claytons 1958 entstandenem „Der Weg nach oben", mit dem die britische Free-Cinema-Bewegung eingeleitet wurde. Eine rauschhafte Liebe verbindet sie mit dem Karrieristen Joe Lampton (Laurence Harvey), der die in der englischen Provinz versauernde Frau eines Industriellen schließlich in den Tod treibt.


Keine Angst vor den Spuren des Alters: Simone Signoret (1921 – 1985) FOTO CAMERA PRESS

Nach der Scheidung von ihrem ersten Mann, dem Regisseur Yves Allegret, heiratete die 1921 in Wiesbaden geborene Simone Kaminker 1951 den Sänger und Schauspieler Yves Montand. Seinetwegen gab sie das Filmen eine Weile auf. Gemeinsam engagierte sich das Ehepaar in der Politik (jahrelang grassierte das Gerücht, sie seien Mitglieder der KPF) und reiste 1956 in die Sowjetunion, um Chruschtschow zu sagen, was sie von der Invasion in Ungarn hielten. In den letzten Jahren, besonders nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei und der Zerschlagung der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc", distanzierte sich das Schauspielerpaar radikal vom Kommunismus.

Drei Bücher hat Simone Signoret veröffentlicht, darunter ihre Autobiographie „Ungeteilte Erinnerungen", die sich wohltuend abhebt von der eitlen Selbstbespiegelung zahlreicher Schauspielerinnen, die sich ebenfalls zum Schreiben berufen fühlen. Im französischen Film ist durch den frühen Tod dieser Frau eine Lücke entstanden, die nicht ausgefüllt werden kann. Und nicht nur im französischen.

RAINER NOLDEN

Deutsche kulturwissenschaftliche Institute in Italien

Große Kontinuität, kleine Brüche

Italien ist uns vertraut – als Land der Sonne und der bespöttelten Strände. Und Italien ist uns zugleich fremd geworden. Die Künstler- und Bildungsreisen in den Süden gehören längst der Vergangenheit an. Die Künstler schöpfen aus anderen Quellen als der römischen Antike und der italienischen Renaissance, die Wissenschaft setzt andere Schwerpunkte, und als Wissenschaftssprache wird das Italienische nicht mehr gepflegt. Das spüren die deutschen geisteswissenschaftlichen Institute – das Kunsthistorische Institut in Florenz, die Bibliotheca Hertziana und das Deutsche Historische Institut in Rom – immer stärker.

Die Auswahl der Bewerber um Doktoranden- und Graduiertenstipendien wird merklich schmaler. Deshalb hat die Hertziana eigens drei Doktorandenstipendien eingerichtet, um auf diese Weise die Aufmerksamkeit junger Kunsthistoriker auf die nach wie vor eminente Bedeutung Italiens für ihr Fach zu lenken. Einzig das Deutsche Archäologische Institut ist in einer besseren Situation, weil die Popularität dieses Forschungszweiges dem Interesse für die römische Abteilung, aus der das inzwischen in Berlin beheimatete und in vielen anderen Ländern gleichfalls vertretene Institut vor mehr als anderthalb Jahrhunderten erwuchs, förderlich ist.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie ist darum bemüht, ein wenig mehr Licht auf die drei Institute (die Archäologen gehören zum Verwaltungsbereich des Auswärtigen Amtes) fallen zu lassen. Zum einen, weil man gern darauf verweist, nicht allein für die technisch-wissenschaftliche Grundlagen- und Großforschung, sondern auch ein wenig für die Geisteswissenschaften zuständig zu sein. Zum anderen, weil diese Häuser Beachtliches (auch für das Ansehen der deutschen Wissenschaft im Ausland) leisten.

Eine Reihe von Forschungsprojekten dieser Institute hat bereits eine die Jahrzehnte überspannende Tradition. Dazu gehört z. B. die Edition der Nuntiaturberichte aus den vatikanischen Archiven, der Mitteilungen der päpstlichen Nuntien in Deutschland an den Vatikan, die nicht nur eine Quelle der Kirchengeschichte bilden, sondern zugleich wesentliche allgemeine Erkenntnisse zur Zeitgeschichte vermitteln. Oder die Regesten aus den päpstlichen Archiven zur Geschichte des Deutschen Reiches im 14. und 15. Jahrhundert, das „Repertorium Germanicum".

Die Florentiner konnten jetzt den ersten Band der Bestandsaufnahme der „Kirchen von Siena" vorlegen und haben das Manuskript über die Akten zur Baugeschichte des Domes der Stadt abgeschlossen. Außerdem bereiten sie eine umfangreiche wissenschaftliche Beschreibung der Selbstbildnissammlung in den Uffizien vor. Zu den Schwerpunkten der Hertziana, die Bibliothek und zugleich Forschungsinstitut der Max-Planck-Gesellschaft ist, gehören Untersuchungen zur Baugeschichte Roms und speziell St. Peters sowie Arbeiten über die Entstehung der Barockmalerei in Rom und die Geschichte der Papstgräber.

Daneben laufen in allen Instituten noch eine Fülle von Einzelprojekten, die bis in die Gegenwart hinübergreifen. So entstand in Florenz ein Archiv zur italienischen Kunst des 20. Jahrhunderts, die Hertziana experimentiert – unterstützt von der Golbenkian-Stiftung – mit einem Computerprogramm, das die antiken Kunstwerke, die den Künstlern der Renaissance bekannt waren, erfassen und nach unterschiedlichsten Gesichtspunkten aufgliedern soll, und das Historische Institut hat sein Interesse Anfang der sechziger Jahre auf das 19. und 20. Jahrhundert ausgedehnt. Dabei kommt den Forschungen über die Zeit des Faschismus besondere Bedeutung zu.

Obwohl sich in Italien mehr als drei Dutzend Institute und mehr als zwei Dutzend Zeitschriften mit der sogenannten Resistenza-Forschung befassen, wird es erst jetzt langsam möglich, diese Jahre ohne ideologische und nationalistische Vorurteile zu betrachten. Das Institut leistet dazu einen wichtigen Beitrag, indem es eine wissenschaftliche Bibliographie herausgibt. Außerdem faßt es in der Zeitschrift „storia e critica" Beiträge zur italienischen Zeitgeschichte aus der italienischen Tages- und Wochenpresse zusammen. Denn Zeitgeschichte – wie Geschichte überhaupt – ist für die Italiener stets ein aktuelles Thema. Hier ist es nicht ungewöhnlich, daß Politiker mit historischen Abhandlungen hervortreten oder Historiker in die Politik wechseln. Die Arbeit des Historischen Instituts hat deshalb in Italien ein sehr viel unmittelbareres Echo als in Deutschland (wo sich ein paralleles Projekt, Zeitungsbeiträge zur Zeitgeschichte zusammenzufassen, als unergiebig erwies).

Die Institute – 1888 bzw. 1913 (Hertziana) gegründet – blieben natürlich von den wechselnden Zeitläufen nicht verschont. Sie wurden in beiden Weltkriegen beschlagnahmt, sollten dann teils in italienische Forschungsstätten eingegliedert, teils internationalisiert werden. Jedoch gelang es jedesmal, sie nach schwierigen, oft jahrelangen Verhandlungen wieder unter deutsche Obhut zu stellen. Das hatte jedoch meist mehrfache Ortswechsel zur Folge. Nur die Hertziana residiert nach wie vor in dem Haus, in dem sie begründet wurde, dem Palazzo Zuccari oberhalb der Spanischen Treppe, dessen berühmtes „Höllenmaul", einst Eingang zum Garten, seit langem zu den römischen Kuriositäten gehört. Die Historiker fanden, nachdem ihr stilvolles Haus im Stadtzentrum viel zu eng geworden war, ein recht großzügiges Quartier an der Peripherie in der Via Aurelia Antica. Und das Kunsthistorische Institut residiert jetzt in zwei Palazzi in der Via Giuseppe Giusti – in der sich seinerzeit auch Federico Zuccari niederließ, nachdem er sich mit seinem römischen Palazzo übernommen hatte und in Florenz neuen Verdienst suchen mußte.

Diese Traditionen und historischen Bezüge sind jedoch nicht nur Arabesken. Sie dokumentieren die Kontinuität dieser deutschen Einrichtungen, die mit ihren großen Spezialbibliotheken (im Durchschnitt rund 150 000 Bände) einerseits wichtige Hilfsmittel zur Verfügung stellen und andererseits bedeutende Beiträge zur Erforschung der Geschichte und Kunstgeschichte Italiens und seiner Beziehungen zu Deutschland leisten.

PETER DITTMAR


Blieb unberührt von den abstrakten Moden: Bruno Gollers „Verschiedene Bilder" (1955) FOTO: BINDER–THIELE

Berlin: Nationalgalerie zeigt Kunst von „1945 – 1985"

Hausfrau Mona Lisa

Keine Spur von Euphorie. Nach der langen Nacht, mit der die vereinten Freunde der Nationalgalerie noch exklusiv das große Ereignis eingefeiert hatten, ging eher etwas wie skeptische Katerstimmung um. Und auch Prof. Dieter Honisch, Direktor der Neuen Nationalgalerie und Präses der Ausstellung „1945 – 1985" Kunst in der Bundesrepublik Deutschland", dekorierte sich mit Selbstzweifeln. Nur einen „Vorschlag" mochte er dieses gewaltige Unternehmen nennen, und er gestand ein: „Die Künstler haben uns mit diesem Vorschlag nicht durchgelassen, aber sie haben ihn respektiert." Honisch sah sich „außerstande" zu sagen, ob das „Werk" nun „gut oder schlecht" gelungen sei.

Ausuferung und Beengung sind die zwei Pole, zwischen denen die Ausstellungpuzzler mit sich und ihrem Stoff zu Rande kommen mußten. Es ist das erste Mal, daß der Mies-Bau total leergeräumt wurde, einer einzigen Ausstellung zuliebe. Erst wollte man 100 Jahre deutsche Kunst in den Griff kriegen, dann Hand in Hand mit Londons Royal Academy 80 Jahre bewältigen. Daraus wurde nichts. Es gibt zwei Separatveranstaltungen. Und weil denn ein Museum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, wie Honisch noch einmal betont, „nicht der geeignete Ort" sein kann, auch die Kunst der „DDR" einzubeziehen (die Akademie kam mit dem Projekt, nun ihrerseits diesen Teil beizusteuern, nicht klar), blieb es beim Torso West.

50 bis 60 Beteiligte hatte man sich ursprünglich als Ideal-Bemessung vorgestellt. Jetzt sind 220 Künstler mit von der Partie, davon etwa 35 „Hauptdarsteller". Diese Weitschweifigkeit gerät der Schau mitunter zu Flachheiten und öffnet, umgekehrt, Beschwerdeführern Tür und Tor. Nicht nur bis unters, gleich bis aufs Dach hinauf ist das Museum mit dieser Ausstellung bepackt. Und gerade die Fülle führt immer wieder zur Leere. Selbst der Katalog ist derart aufgegangen mit seinen Text- und Dokumentarapparaten (700 Seiten), daß er erst Mitte Oktober vorliegen kann. Ein Unding bei einer solchen Veranstaltung, die von der ersten Stunde an die Kunstinteressierten von weither auf die Beine brachte!

Was den Machern mühelos einleuchtet, ein vernünftiges Wegesystem von Parallelen und Kreuzungen, erschließt sich dem Besucher keinesfalls auf Anhieb. Gedankliche Ausstellungs-Konzentrationen, wie bei den Künstlern der Gruppen „ZEN" oder „Quadriga", werden dem Betrachter auch nicht durch entsprechende Beschriftungen bewußt gemacht.

Beeindruckend ist der Auftakt mit Werken, die um die „Stunde Null" entstanden, mit „Totentanz" und „Ruinennacht" von Karl Hofer auf der einen, den „Triebkräften der Erde" von Fritz Winter auf der anderen Seite, den surrealen Aufarbeitungen des Gewesenen dicht auf. Hier führt der Weg konsequent zu den Befragungen des Unterbewußten, in einem glänzenden Raum mit Nay und Baumeister und Gilles und den Skulpturen Uhlmanns. Die wiedergewonnene Freiheit war auch eine Freiheit der Gestaltung.

Es ist erstaunlich, wie gerade (aber nicht nur) im Bereich der Ungegenständlichen manche Werke sich wechselseitig beeinträchtigen. Ein anderer Fall: Grieshaber wird durch Überbewertung glatt heruntergespielt.

Die Ausstellung präsentiert sich als großer Departementstore, mal chronologisch, mal nach Branchen und Gruppen. Besonders leuchtend der glitzernde, rotierende, nagelige Raum, der ZERO-Leute; ihr Elan scheint heute in der Massierung auf einen schnieken Design-Effekt zurechtgestutzt. Kurioserweise wirken die Reliquien von Fluxus (Mona Lisa ist mal eben weg und hat ihren Schrubber abgestellt) geradezu erquickend. Das Ambiente der zeitbezogenen kritischen Künstler hat unübersehbar knappe Konzentration.

Ein abgehobener Saal rückt Beuys als zentrale Figur der neueren deutschen Kunst in den Mittelpunkt (zwischen Polke und Richter) – und hat ausgerechnet dafür nicht genügend Material zur Hand.

Rechtfertigt sich die große untere Halle allein schon durch die Riesenformate der Kiefer, Baselitz, Lüpertz, Penck und Immendorf auch als deutsche Grübel-Ecke, so haben die Ausstellungsentwerfer an der jüngsten Moderne im oberen Glaspalast gänzlich versagt. Viel leerer Raum, kleines Angebot. Etwas Köln, etwas Berlin. Einige Quadratmeter Häßlichkeit, Niedliches, flotte Grenzüberschreitungen und „End Art"-Späßchen. Als sollte die Distanz des Museums um jeden Preis mit-inszeniert werden, wird hier, mal gut mal schlecht, eine Lustlosigkeit präsentiert, die nicht nur Künstler das Fürchten lehrt. Und das an einem Punkt, an dem der Besucher ja genaugenommen in die Ausstellung eintritt.

(Bis 12. Januar 1986, Katalog voraussichtlich 49 Mark, im Buchhandel 89 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

Frankfurt: Gastspiel der Kammeroper Barcelona

Ein katalanisches Fest

Es war eine Novität von ganz besonderer Art: Einem instruktiven Traktat über die Musikkultur des Sonnenlandes Katalonien folgte eine knapp zweistündige Oper, „Spleen" ihr Titel, von Xavier Benguerel, dargeboten von der katalanischen Kammeroper Barcelona, einem relativ jungen Unternehmen, das bis zur Stunde ohne festes Ensemble und ohne eigenes Haus seine Arbeit tut.

Wer gekommen war, wurde nach der Aufführung ins Foyer gebeten. Bei Tanzrhythmen und Schallmeienklängen konnte man katalanische Spezialitäten aus Küche und Keller goutieren und genießen. Nun ja, der „reichste Mann von Wien" wartete nach der „Ariadne auf Naxos" mit einem Feuerwerk auf, moderne Fremdenverkehrswerber locken mit lukullischen Freuden. Die Kombination hat zumindest Seltenheitswert.

Seltenheitswert hat auch die Musik von Xavier Benguerel, Jahrgang 1931 und vormals im Nebenberuf Systemkritiker. Im „Spleen" versteht er sich auf musikhistorische Rückblenden, rekapituliert fleißig Bartok und Strawinsky, selbst Berg und Schönberg, kennen sich bei Boulez und Lutoslawski aus und sichert sich die nachhaltigen Effekte durch Einbezug der heimatlichen Folklore. Aber alles wird mehr assoziativ als greifbar zitiert. Bei der klinischen Demontage der Hauptfigur, des Malers Alex, bedient sich der Komponist eines eigentümlichen Melos ohne Bestand, das er immer wieder zu rhythmisch vertrackten Passagen verzerrt.

Und am Ende, beim totalen Kollaps des rauschgiftsüchtigen Malers, wenn sich die deprimierenden Stationen des Zerfalls in Bildern und tänzerischen Expressionen (hervorragend: Tony Gomez) fortsetzen, gewinnt die Musik einen befremdend kühlen Ausdruck.

Klugerweise hatten Josep M. Espada (Regie), der in Farbsymbolen denkende Ausstatter Joan-Josep Tharrats, und vor allem die Choreographie von Guillermina Coll gar nicht erst versucht, das beklemmende Geschehen optisch zu überreizen. Bei allem Streben nach Verbildlichung des Geschehens halten sich die Spanier von Vergröberungen und Überdeutlichkeit fern. Und gerade deshalb gelingt ihnen eine fesselnde, vitale Wiedergabe, die weitab liegt von den sterilen Modernismen Frankfurter Prägung.

Letztlich aber verhalfen die Sänger dem Stück zum Erfolg. Mit fast schmerzhaft nachempfundener Personifizierung kamen Josep Ruiz (Alex) und die nach wie vor erstaunliche Enriqueta Tarres als Esther zu intensiver Wirkung. Mit souveräner Kenntnis der Partitur hielt Edmont Colomer die vier kurzen Akte des „Spleen" zusammen, sorgte für eine klangliche und damit auch dramaturgische Stringenz.

Dennoch: Die Neugier, noch mehr von Xavier Benguerel zu hören, war für diesen Abend zumindest gedämpft, ob trotz oder wegen der bis Mitternacht freizügig dargebotenen Proben katalanischen Weins, das sei dahingestellt.

HEINZ LUDWIG

THEATERKALENDER

2. **München**, Kammerspiele; Musset: Lorenzaccio (R: Langhoff)
4. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Garcia Lorca: Yerma (R: Zadek)
   Köln, Schauspiel; Musset: Lorenzaccio (R: Siede)
   Regensburg, Städt. Bühnen, Radtke: Auch ein Othello (U) (R: Bigus)
5. **Hamburg**, Thalia Theater; Ibsen: Peer Gynt I u. II (R: Flimm)
   Köln, Schauspiel; Churchill: Fenn (R: Weber)
   Regensburg, Städt. Bühnen; Grill: Dem Hans sei Ganshaut oder Wo die Liebe hinfällt (U) (R: Kamm)
6. **Graz**, steirischer herbst; Müller: Bildbeschreibung (U) (R: Tscholakowa)
10. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Webster: Die Herzogin von Malfi (R: Zadek)
    Hamburg, Ernst-Deutsch-Theater; Kohout: Colas Breugnon oder Gott in Frankreich (DE) (R: Wedekind)
11. **Bochum**, Schauspielhaus; Walser: Der schwarze Schwan (R: Jeker)
12. **Köln**, Schauspiel; Strindberg: Gespenstersonate (R: Wendt)
    Zürich, Schauspielhaus; Jonson: Volpone (R: Guicciardini)
15. **Krefeld**, Verein. Städt. Bühnen; Müller: Bildbeschreibung (DE) (R: Cloos)
16. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Whitemore: Ein Haufen Lügen (DE) (R: Williams)
    München, Residenztheater; Fo: Zufällig eine Frau (R: Heising)
17. **Hamburg**, Thalia Theater; Sophokles: Ödipus (R: Gosch)
18. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Carr: Sofortige Erleuchtung (DE) (R: Carr)
    Bremen, Theater; Goethe: Faust I (R: Krämer)
    Köln, Schauspiel; Sobol: Ghetto (R: Benoin)
    Wien, Akademietheater; Wedekind: Musik (R: Giesing)
19. **Hamburg**, Thalia Theater; Goethe: Faust I (R: Flimm)
    München, Residenztheater; Albee: Wer hat Angst vor Virginia Woolf …? (R: Everding)
23. **Berlin**, Schloßpark-Theater; Svevo: Alberta und Alice (R: Berndt)
26. **Frankfurt**, Schauspiel; Shakespeare: Hamlet (R: Berg)
    Stuttgart, Staatstheater; Frayne: Wilder Honig (nach Tschechow) (DE) (R: Zinger)
28. **Berlin**, Schiller-Theater; Miller: Der Tod des Handlungsreisenden (R: Klingenberg),
30. **Esslingen**, Landesbühne; Laube: Die Karlsschüler (R: Victor)
31. **Frankfurt**, Schauspiel; Fassbinder: Der Müll, die Stadt und der Tod (U) (R: Hilsdorf)
    Wien, Akademietheater; Kohout: Erinnerung an die Biskaya (U) (R: Tillemans)

JOURNAL

„Berliner Festtage des Theaters und der Musik"

dpa, Berlin

Die 29. Ost-„Berliner Festtage des Theaters und der Musik" sind mit einem Konzert des Ostberliner Sinfonieorchesters unter Leitung seines Chefdirigenten Claus Peter Florim eröffnet worden. Im großen Konzertsaal des Schauspielhauses am früheren Gendarmenmarkt standen Werke von Johannes Brahms, Camille Saint-Saëns und Günter Kochan auf dem Programm. Bei den bis zum 13. Oktober dauernden Festtagen stehen 350 Veranstaltungen mit 39 Ensembles und 19 Solisten aus 26 Ländern auf dem Programm. Ein Höhepunkt der Festspiele ist die Uraufführung der neuen Oper von Siegfried Matthus „Judith" in der Komischen Oper in der Inszenierung von Chefregisseur Harry Kupfer. Zu den Orchestern gehören in diesem Jahr das London Symphony Orchestra, die Philharmonie Rotterdam, die Münchner Philharmoniker, das Japan Philharmonic Orchestra und das Wiener Johann-Strauß-Orchester.

Programmkinos erheben Vorwürfe

dpa, Tübingen

Fortwährende Verstöße gegen das Wettbewerbs- und Kartellrecht zu Lasten der Filmkultur und des Publikums hat die „Arbeitsgemeinschaft Kino" den großen Konzernen vorgeworfen. Gesetzgeber und Bundeskartellamt rief die Arbeitsgemeinschaft – ein Zusammenschluß von rund 180 Programmkinos in der Bundesrepublik – auf, den Konzentrationsprozeß und die „offenliegenden Verstöße" gegen das Wettbewerbsrecht zu unterbinden. Einige wenige große Kinounternehmen entwickelten sich zu den „Totengräbern" des deutschen Films. Mit „ökonomischem Druck" auf die Verleiher verhinderten sie die Vorführung vieler Filme in den Programmkinos. Ohne Rücksicht auf technische Qualität und ohne „filmkünstlerische Verantwortung würden in wenigen Kinozentren populäre Filme konzentriert, heißt es weiter in der Erklärung der Arbeitsgemeinschaft.

Keine Einigung beim Fischer Theaterverlag

dpa, Frankfurt

Im Streit zwischen dem S. Fischer Theaterverlag und der gekündigten Verlagsleiterin Krista Jussenhoven ist es vor dem Frankfurter Arbeitsgericht zu keiner Einigung gekommen. Die Verlagsleitung lehnte den vom Vorsitzenden Richter Klaus Köttinger vorgeschlagenen Vergleich ab, den Vertrag von Frau Jussenhoven bis Ende des Jahres weiterzuführen und ihr eine Abfindung von 44 000 Mark zu zahlen. Der Rechtsanwalt des Verlages warf Frau Jussenhoven eigenmächtiges Handeln, langjährige Störungen des Betriebsfriedens und ständige Querelen mit dem Betriebsrat vor. Der Anwalt der Klägerin vermutet als Kündigungsgrund die Furcht der Verlagsleitung, die gute Mitarbeiterin wolle sich selbständig machen.

André Kertész †

Bei seinem Selbstporträt begnügte er sich mit dem Schatten seines Kopfes und dem Schatten seiner Kamera. André Kertész war keiner der Photographen, die sich wichtiger nehmen als ihre Bilder. Er gehörte zu jener Generation, die die Welt voller Naivität mit der Kamera entdeckte – und die dabei sehr schnell ihre naive Weltsicht verlor. Kertész wie so viele der wichtigen Photographen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, wie Moholy-Nagy oder die Brüder Capa, wurde 1984 in Budapest geboren. Als Photograph war er Autodidakt. Er begann erst 1924, nachdem er sich in Paris niedergelassen hatte, mit der Kamera zu arbeiten. Und weil er sicher ein Bild zu erfassen wußte, zugleich Sinn für die Beiläufigkeiten am Rande der großen Ereignisse hatte, fanden sich seine Bilder bald in den großen Illustrierten der Vorkriegszeit. Seine Reportagen wie seine Porträts und Stilleben fanden sich schon in den Photogeschichten als Kertész noch lange nicht ans Aufhören dachte. Jetzt ist er, 91jährig, in New York gestorben.


André Kertész (1894 – 1985) FOTO: AP

P. Jo.

Die schlimmen Folgen eines langen Sommers

Wasservorräte in vielen Städten Italiens gehen zu Ende

KLAUS RÜHLE, Rom

Der endlos lange italienische Sommer, Freude aller Urlauber und der Fremdenverkehrsindustrie, hat schlimme Folgen für die Volksgesundheit und die Landwirtschaft des Landes: Es regnet schon seit Monaten nicht mehr. Die Wasserversorgung stockt. In vielen Teilen des Landes gehen die Wasservorräte in den Staubecken zu Ende.

In Ligurien, der Toskana, in Umbrien, den Abruzzen, Campanien und Sizilien wird die Lage immer bedrohlicher. In einzelnen Städten ordnete die Verwaltung bereits die Rationierung des Trinkwassers an. Etwa in Neapel und Bari, wo die Hähne zeitweilig völlig trocken bleiben. Wo Wassermangel herrscht oder droht, lassen Hunderttausende von Familien die Badewannen vollaufen.

Am schlimmsten sieht es in Florenz aus. Der Wasserstand des Arno ist bis zum Schlammbett gesunken. Die Wasserqualität wird immer schlechter. Die Ursache: der steigende Anteil von Amoniak und das katastrophale Fischsterben.

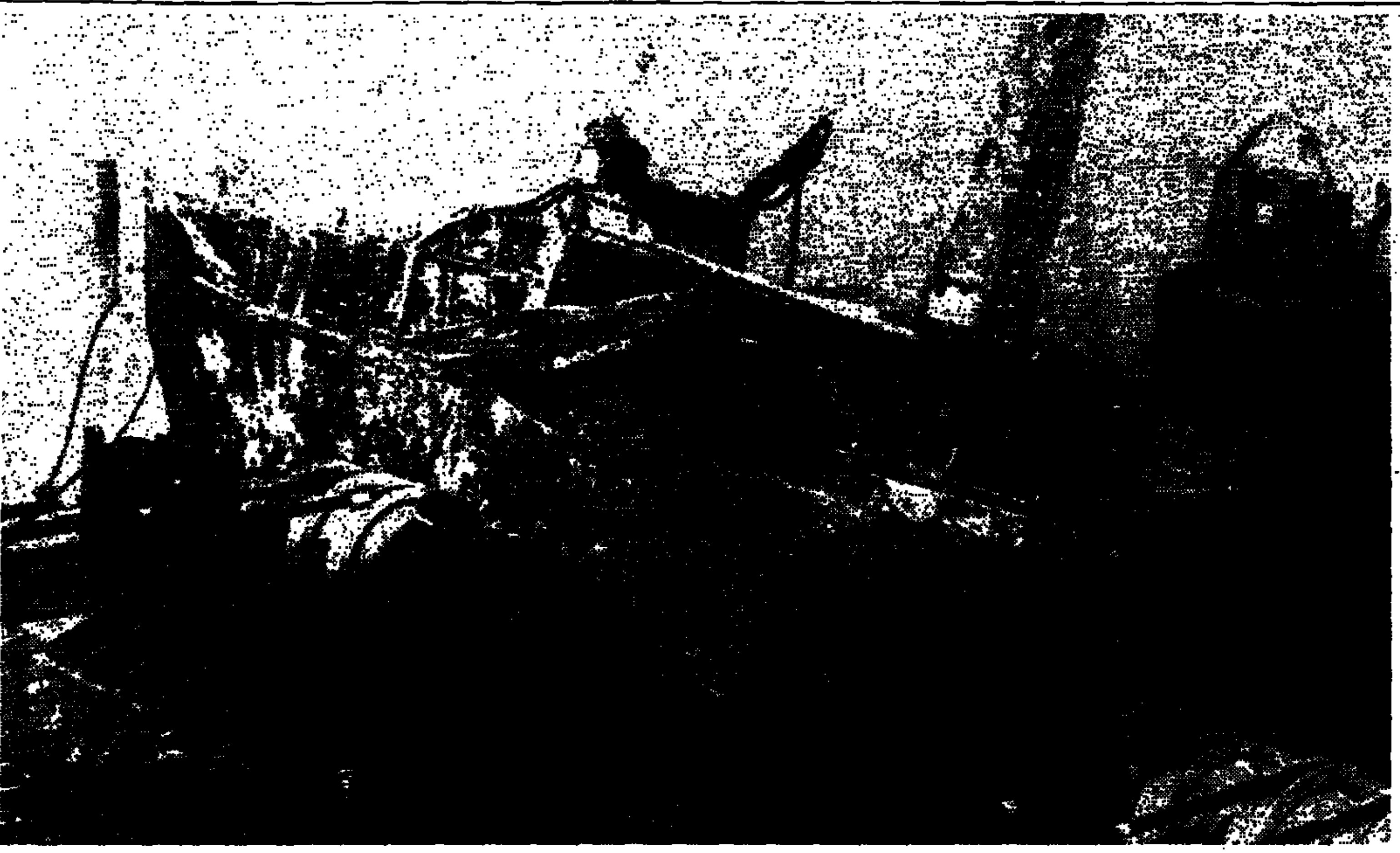
Die Situation in der toskanischen Metropole ist so ernst geworden, daß der Minister für den Zivilschutz, Giuseppe Zamberletti, die Notversorgung angeordnet hat: Ein Heer von eilig zusammengezogenen Tankwagen schafft aus noch nicht erschöpften Bassins Trinkwasser herbei und schüttet es in die rund 80 Zisternen im Stadtgebiet.

Auch Hubschrauber werden eingesetzt. Vor allem aber ist man fieberhaft dabei, eine fünf Kilometer lange Behelfswasserleitung vom Speicher von Signa bis zur Stadt zu legen. Diese künstliche Wasserstraße soll innerhalb einer Woche fertiggestellt werden. Zivilschutz und Rotes Kreuz sind Tag und Nacht im Einsatz, um den Florentinern ihren Bedarf an Trinkwasser zu sichern und das Entstehen von Seuchen durch verschmutztes Wasser zu verhüten.

Der Umstand, daß es in vielen Teilen der Apenninenhalbinsel seit Monaten nicht mehr regnet, hat auch für die italienische Landwirtschaft weitreichende Folgen. In Sizilien wird bei der kommenden Ernte von Apfelsinen, Zitronen und anderen Südfrüchten mit Einbußen von bis zu 40 Prozent gerechnet. Schlimm steht es auch um die Oliven- und Gemüsepflanzungen in Apulien. In den meisten Teilen des Landes sind die Maisfelder völlig vertrocknet. In den Marken wird die nächste Zuckerrübenernte nur den halben Ertrag gegenüber dem Vorjahr bringen. Nur die Weinlese verspricht überall beste Ergebnisse.

In den Kommentaren der italienischen Presse kommen ernste Besorgnisse hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Rückwirkungen der anhaltenden Trockenheit zum Ausdruck. Die ungewöhnliche Länge des schönen trockenen Sommerwetters stellt sich mittlerweile als schwere Hypothek heraus. Nach Ansicht des italienischen Forschungsrats kann ein solch dramatischer Wassermangel, wie er zur Zeit herrscht, in Zukunft nur dann verhindert werden, wenn Wasser nicht mehr in dem Maße wie bisher verschwendet wird.

Eine Ironie des Schicksals ist, daß zur selben Zeit an der gegenüberliegenden afrikanischen Küste eine wahre Sintflut auf die sandigen Einöden der Sahara niedergegangen ist.



Nach 13 Monaten schlammverhangen wieder aufgetaucht: die „Mont Louis"

Ein Monster wird geborgen. Unter Zischen und Gurgeln, schlamm- und algenbeschwert tauchte gestern der Bug der berüchtigten „Mont Louis" vor der belgischen Küste wieder auf (Foto: AP). Gut 13 Monate hatte der französische Frachter seit der schlagzeilenträchtigen Kollision mit dem deutschen Fährschiff „Olau Britannia" in rund 14 Meter Tiefe auf dem Meeresgrund gelegen. Zehn Wochen mühte sich der Bergungstrupp um das Wrack, das seineszeit in zwei Teile zerbrochen, mit 30 Fässern hochgiftigen Uran-Hexafluorids untergegangen war und eine weltweite Pressekampagne ausgelöst hatte. „Greenpeace" hatte von der radioaktiven Fracht erfahren, die in der Sowjetunion für westeuropäische Kernkraftwerke angereichert werden sollte. Horrorvisionen wurden beschworen. Doch alles ging glimpflich ab: Sämtliche Fässer wurden unter den Argusaugen einer beunruhigten Öffentlichkeit geborgen. Die Behälter hatten dichtgehalten. Die Sicherheitsbestimmungen brauchten offenbar nicht, wie gefordert, verschärft zu werden. Die apokalyptischen Reiter, die ein Teil der Medien schon galoppieren ließ, blieben untätig. Publik wurden nur seltsame Geschäftsverbindungen quer durch den Eisernen Vorhang, die die alarmierte Öffentlichkeit mit Befremden registrierte. Mit der Bergung des Bugs des 5000 Tonnen schweren, 60 Meter langen Frachters, dem noch das Heck folgen soll, dürfte eine dramatische Beinahe-Katastrophe ihr Ende finden. K.T.

Riesenspalte im Pazifischen Ozean entdeckt?

flo, Bonn

Eine 200 Kilometer lange und 8 Kilometer breite Spalte will der indische Erdbeben-Gelehrte Krishna Singh auf dem Grund des Pazifischen Ozeans vor dem Bundesstaat Morelos an der mexikanischen Westküste ausgemacht haben. Singh, der seit ... Jahren am Geophysischen Institut der Universität Mexiko arbeitet, hält seine Entdeckung für die größte nach einem Beben entstandene Verwerfung. Nur die Stärke des mexikanischen Bebens, die nachträglich auf den Wert 8,1 der Richterskala festgesetzt wurde, erkläre, so Singh, das außergewöhnliche Ausmaß der entdeckten Spalte. Auf Anfrage äußerten sich jedoch deutsche Geophysiker skeptisch über die Angaben Singhs. Denn die zur Spalten-Entdeckung nötige Meßkampagne lasse sich wegen des großen Aufwands nicht in nur einer Woche durchführen.

„Gloria"-Bilanz

AFP, Washington

Bei der Passage des Orkans „Gloria" sind am Wochenende im Osten der Vereinigten Staaten 16 Menschen ums Leben gekommen. Außerdem verursachte „Gloria" Sachschäden im Schätzwert von 47 Millionen Dollar.

Größte Eisenbahn-Schau

Zer, Hamburg

Die größte Fahrzeugschau seit Bestehen der Eisenbahn wird vom 3. bis zum 13. Oktober in Bochum-Dahlhausen täglich von 10 bis 17 Uhr zu sehen sein. Mehr als zweihundert Lokomotiven, Reisezugwagen und vor allem Güterwagen aus allen Epochen werden ausgestellt.

Schreckliche Wahrheit

Vier junge Frauen stießen ihre Freundin aus dem 3. Stock

SAD, Rouen

Zwei Wochen lang lag die 21jährige Chantal Rezguy Deshaye nach einem vermuteten Selbstmordversuch im Krankenhaus von Rouen im Koma. Dann erwachte sie – und erzählte, was wirklich geschehen war: Ihre vier Freundinnen hatten sie aus dem Fenster geworfen. Die Täterinnen wurden festgenommen und gestanden.

Es geschah so: Am 4. September hatte Chantal mit ihren Freundinnen Repi (25), Alice, Valérie und Véronique (alle 20) in Alices Wohnung deren Geburtstag gefeiert. Gegen 01.30 Uhr morgens hörten Hausbewohner der am Stadtrand von Rouen gelegenen Wohnung einen gräßlichen Schrei und Sekunden später einen dumpfen Aufprall auf dem Asphalt vor dem Haus. Chantal war aus dem Fenster im dritten Stock gestürzt. Ein alarmierter Rettungswagen brachte die Bewußtlose ins nächste Krankenhaus. Dort schwebte sie tagelang zwischen Leben und Tod. Der Polizei erklärten die vier Freundinnen, Chantal sei angetrunken gewesen und in einem Anfall von Schwermut aus dem Fenster gesprungen.

Doch dann kam Chantal plötzlich zu sich. Einer Schwester konnte sie zuflüstern: „Die wollten mich umbringen. Ich kann mich an alles erinnern. Wir stritten uns erst, dann schlugen sie mich. Und dann haben sie mich aus dem Fenster geworfen!" Die Polizei stellte rasch die Wahrheit fest. Zwischen Chantal und einer ihrer Freundinnen war es zum Streit gekommen, da Chantal dieser den Freund weggenommen hatte. Nachbarn erinnerten sich nachträglich, in jener Nacht Stimmen, Türenschlagen und den Lärm von umstürzenden Stühlen gehört zu haben.

Als die Freundinnen nach der Tat erfuhren, Chantal liege im Koma, hatten sie vereinbart: „Wir behaupten einfach, es sei ein Selbstmordversuch gewesen." Nicht einen Augenblick lang hatten sie es für möglich gehalten, daß Chantal aus dem Koma aufwachen würde. Das Opfer allerdings wird sein Leben lang querschnittsgelähmt bleiben.

LEUTE HEUTE

Für Josefa Tramm

Josefa Tramm? Millionen Deutschen sagt der Name zwar nichts, was keine Bildungslücke ist. Wer hier aber aufmerkt, erfüllt zweierlei Voraussetzungen: Er ist Jurist (oder hat den Beruf zumindest einmal angestrebt) und Schüler des weltbekannten Bonner Repetitors **Paul Schneider** (71), des geistigen Vaters der leichtfertigen Dame, einer Tänzerin, die von ihrem Freund Emsig ein Kind erwartet, das beide nicht haben wollen. An diesem traurigen Tatbestand hat Schneider Legionen von werdenden Juristen die Problematik der Abtreibungsparagraphen examensreif „beigebogen". Seit 40 Jahren. Das Jubiläum nahmen seine Schüler zum Anlaß, den „Thomas Mann der Jurisprudenz" in einer 60seitigen Festschrift zu ehren. Schneider dazu trocken: Warum nicht? Schließlich habe ein Viertel der CDU bei ihm gesessen. „Und selbst wer von der SPD durch meine Hände gegangen ist, hat noch einen ordentlichen Job gekriegt." Warum sollten diese Asse nichts zustande bringen.

Elektronische Leine als Lebensretter

US-Firmen entwickelten Geräte zur Überwachung von Kleinkindern und Kranken

WOLFGANG WILL, New York

Vielleicht standen Kuhglocken, die den Alpenbauern klangvoll den Standort ihrer Tiere verraten, Pate bei der Entwicklung neuer elektronischer Geräte. Sie erleichtern Familien die Überwachung ihrer Kinder und Kranken.

Ein Gerät mit der Bezeichnung „Kiddie Alert" legt Kinder sozusagen an die elektronische Leine, so daß sie nicht verlorengehen können. „Kiddie Alert" von Cortex Electronix im kalifornischen San Bernardino hat die Größe einer Zigarettenschachtel und wird dem Kleinkind einfach mit einem Gürtel umgeschnallt. Wenn sich das aus dem elterlichen Blickfeld gekrabbelte Kind mehr als 35 Meter entfernt, erklingt bei Vater oder Mutter ein Alarmton im Empfangsgerät. Der Alarm wird auch ausgelöst, wenn das Kind mit dem Gerät ins Wasser fällt. „Kiddie Alert" kostet 150 Dollar.

Ein verbessertes Gerät soll mit einem Empfänger gleichzeitig zwei Kinder überwachen können. Die maximale Reichweite wird auf 70 Meter erweitert und kann individuell eingestellt werden. Der Hersteller sieht auch medizinische Anwendungsmöglichkeiten. Etwa bei Menschen, die an Gedächtnis- oder Orientierungsverlust leiden. Der mitgeführte „Piepser" soll die zuverlässige Ortung des Verirrten ermöglichen.

Die Firma RCA patentierte soeben ein Gerät, das mit Mikrowellen Herzschlag und Atem eines Menschen mißt, ohne daß die „abgehorchte" Person Sensoren tragen muß. Das Gerät von der Größe eines kleinen Transistorradios kann in bis zu drei Meter Entfernung aufgestellt werden.

Im letzten Entwicklungsstadium begriffen und wahrscheinlich schon im nächsten Frühjahr für 300 Dollar im Handel zu haben ist ein Sensor, der den drohenden Krippentod von Säuglingen (SID = Sudden Infant Death Syndrome) rechtzeitig ankündigen soll. Dieser Sensor meldet Unregelmäßigkeiten in der Atmung und Herztätigkeit eines schlafenden Babys. Das Gerät von MIT Development Norwalk/Connecticut ist individuell regelbar: Ein Arzt stellt es auf die Normaltätigkeit von Herz und Lungen eines zu beobachtenden Kindes ein, so daß Unregelmäßigkeiten sofort bemerkt und ein Arzt gerufen werden können.

Die angewandte Elektronik macht Schwimmbecken auch allgemein sicherer. Der Sensor wird am inneren Beckenrand in Normalwasserhöhe installiert. Ein solches Gerät von Water Whole International, Madison/Wisconsin, schlägt Alarm, wenn ein mindestens eineinhalb Kilogramm schwerer Gegenstand die Wasseroberfläche in Bewegung versetzt, wenn also ein Kind ins Becken gefallen sein könnte.

Mit diesem Apparat, der an die 600 Dollar kostet, konkurriert ein „Billig-Alarm" aus dem Hause Remington für nur 60 Dollar. Dieses preiswerte Gerät sieht aus wie eine „schwimmende Untertasse" und signalisiert SOS, wenn Wellen auf der Wasseroberfläche entstehen. Die Notsignale können sogar zum Nachbarhaus übermittelt werden. (SAD)

Karawane verdurstet

rtr, Khartum

In der Wüste des nordwestlichen Sudan haben Lastwagenfahrer die Leichen von 43 Menschen entdeckt. Die Sudanesen, die auf Kamelen unterwegs nach Libyen waren, sind offenbar verhungert oder verdurstet.

Lösegeld für Leiche

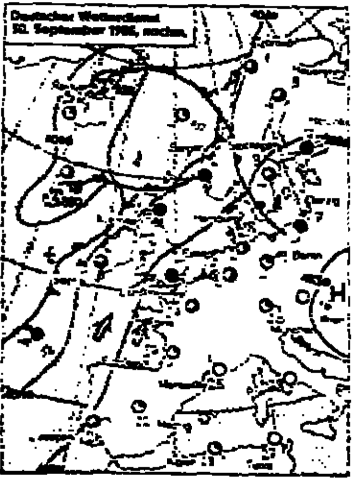
dpa, Mailand

Ein anonymer Anrufer hat beim Mailänder Büro der italienischen Nachrichtenagentur Ansa erklärt, daß die entführte Schülerin Emanuela Orlandi „eines natürlichen Todes" gestorben sei. Für die Herausgabe ihrer Leiche forderte er vom Vatikan ein Lösegeld von umgerechnet ... Millionen Mark. Der Vater des damals 15jährigen Mädchens, das am 22. Juni 1983 an einer Bushaltestelle in Rom zuletzt gesehen wurde, arbeitet beim Vatikan als Bote. Nichts deute darauf hin, daß dieser Anruf glaubwürdig sei, erklärte die Polizei.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Franklin Mint GmbH, Ottobrunn, bei.

WETTER: Weiterhin sonnig

Wetterlage: Ein kräftiges Hoch im Donauraum bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands. Nur der äußerste Norden wird zeitweise von schwachen atlantischen Tiefausläufern gestreift.



Vorhersage für Dienstag:

Im Norden Deutschlands anfangs heiter, später bewölkt, aber kaum Regen. Höchsttemperaturen 17 bis 22 Grad. Nachts kaum unter 11 Grad. Im übrigen Gebiet nach Dunst- und Nebelauflösung sonnig oder nur leicht bewölkt und trocken. Temperaturanstieg auf 23 bis 27 Grad. Tiefstwerte nachts 11 bis 6 Grad. Schwacher, im Norden und an der Küste mäßiger bis frischer Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:

Zunächst wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	19°	Kairo	28°
Bonn	20°	Kopenh.	15°
Dresden	19°	Las Palmas	28°
Essen	18°	London	16°
Frankfurt	19°	Madrid	22°
Hamburg	18°	Mailand	23°
List Sylt	16°	Mallorca	28°
München	20°	Moskau	3°
Stuttgart	20°	Nizza	25°
Algier	28°	Oslo	7°
Amsterdam	20°	Paris	24°
Athen	28°	Prag	18°
Barcelona	27°	Rom	28°
Brüssel	21°	Stockholm	9°
Budapest	17°	Tel Aviv	28°
Bukarest	19°	Tunis	27°
Helsinki	7°	Wien	16°
Istanbul	18°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.24 Uhr, Untergang: 17.58 Uhr; **Mondaufgang:** 19.07 Uhr, Untergang: 10.02 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die unvergeßliche Rolle spielte er erst nach dem Tod

MICHAEL NISCHK, Fairmount

Sie kommen von weit her, tragen Lederjacken und entsteigen lässig ihren Ford Mercurys, Baujahr 49. Doch die 3300 Einwohner von Fairmount, durchwegs Farmer, stört dies nicht. Schließlich pilgern diese Leute jedes Jahr am 30. September zu Tausenden in den kleinen Ort im US-Bundesstaat Indiana. Sie sind auch jetzt wieder gekommen, um ihres Idols James Dean zu gedenken. Sein Todestag jährte sich gestern zum 30. Mal.

James Dean, Filmstar und Rebell, wuchs nur wenige Meilen außerhalb von Fairmount bei seiner Tante auf. Er liegt auf dem Friedhof der kleinen Farmgemeinde begraben. Sein Tod im Alter von 24 Jahren machte aus dem Schauspieler Dean eine Kultfigur für alle, die gegen Autorität rebellieren. Dabei „war er gar kein Rebell", versucht seine Tante Ortense Winslow (84) noch heute das Image ihres „Jimmy" zu korrigieren. „Er war wie jeder andere Junge, er war er selbst."

Der Sohn eines Zahntechnikers war am 8. Februar 1931 in Marion in Indiana zur Welt gekommen. Im Alter von vier Jahren zog er mit seinen Eltern nach Santa Monica, wo seine Mutter Mildred fünf Jahre später an Krebs starb. Danach zog James zu seiner Tante Ortense. „Er war ehrgeizig. Er spielte Basketball und er machte gerne im Schultheater mit", erinnert sie sich. „Er beteiligte sich an Leseabenden, debattierte gerne, und machte keine Einwendungen, wenn er zu Hause mithelfen sollte."

Doch seine drei Filmrollen, in denen er als junger, schwermütiger Mann, der seinen Gefühlen freien Lauf ließ, auftrat, machten ihn zum Idol einer Generation, und sie prägen noch heute das Image James Deans. „Seine Rolle als Idolfigur begann erst nach seinem Tod", berichtet Beulah Roth. Sie und ihr verstorbener Mann Sanford waren mit Dean in den letzten Monaten seines Lebens befreundet.

Die Roths wurden Zeugen seines tragischen Todes auf dem Highway 466 kurz vor Cholame, 250 Kilometer nördlich von Los Angeles. Dean und Porsche-Mechaniker Rolf Wütherich waren an jenem 30. September 1955 auf dem Weg zu einem Sportwagenrennen. Das Ehepaar Roth folgte in seinem Caravan. „Er muß uns sehen, er muß anhalten", waren die letzten Worte Deans zu Wütherich, ehe der Ford mit dem Studenten Donald Turnupseed am Steuer den Porsche rammte. Die Polizei schätzte, daß Dean, der erst wenige Stunden zuvor ein Strafmandat wegen zu schnellen Fahrens erhalten hatte, auf der schmalen Straße mit rund 120 Stundenkilometern entlanggerast war.

Dean hatte gerade am Anfang einer vielversprechenden Karriere gestanden. Seine Rolle als Caleb Trask in „East of Eden" war ein sensationeller Erfolg. Es war Deans einziger Film, der zu seinen Lebzeiten in die Kinos kam. Ihr Erfolg machte Dean zu der fast mythischen Figur, die ihn im Laufe der Jahre zum Thema von Songs („James Dean" von den Eagles und „Rock On" von David Essex) und eines Broadway-Stücks („Come Back to the Five and Dime, Jimmy Dean, Jimmy Dean", mit Cher in der Hauptrolle) werden ließ.

Zum Jahrestag seines Todes zeigt Warner Brothers neue Kopien von „East of Eden" und „Rebel without a Cause" in Los Angeles. Alle drei Filme Deans sind in Kürze als Videobänder erhältlich. Auch wenn die Zahl seiner Fans und ihre Aktivitäten in den letzten 30 Jahren etwas nachgelassen haben, ist ein beachtlicher Kern erhalten geblieben. Sie sind es, die das Grab des Schauspielers an seinem Todestag besuchen. Und für sie, und mit ihren Spenden, wurde die wieder einmal gestohlene Grabsteinplatte am Wochenende durch eine neue ersetzt. Der Plan der „James Dean Memorial Foundation" jedoch, eine fünf Meter große Statue auf dem „Hollywood Cemetry" zu errichten, ist bisher an den Kosten gescheitert.

Die Firma „Curtis Licensing Corporation" will noch in diesem Jahr den Namen James Dean kommerziell verwerten. Eine ganze Reihe von nachempfundenen Memorabilien und Kleidungsstücken, die von James Dean populär gemacht wurden, sollen auf dem Markt kommen: so eine rote Windjacke, wie Dean sie in „Rebel" trug; Posters, Satin-Kissenbezüge, Sonnenbrillen und einen Lederblouson für Motorradfahrer.

Für die Faszination, die der Name James Dean auch noch drei Jahrzehnte nach seinem Tod ausstrahlt, hat Beulah Roth eine einfache Erklärung: „Es ist das von Hollywood entworfene Image von Jimmy, das die Jugend jeder Generation angezogen hat, das Image des mißverstandenen jungen Mannes".

ZU GUTER LETZT

„Stirbt ein Bediensteter während der Dienstreise, so ist damit die Dienstreise beendet." Aus dem Kommentar zum Bundesreisekosten-Gesetz laut Zeitschrift „Der Städtetag".

